Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. Juli 1978
Jg. 6 Nr. 27

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Indien verweigert Kontrolle seiner Atomindustrie

z.hef. Das Komitee für internationale Beziehungen des US-Parlaments mußte am 14. Juni der Lieferung von Uran für das indische Atomkraftwerk Tarapur ohne Bedingungen zustimmen. Bereits Ende April hatte Carter zustimmen müssen (siehe KVZ Nr. 18/1978, Seite 3). Die bis auf die Zähne mit Atomwaffen gerüsteten US-Imperialisten verlangten das Recht zu jederzeitiger unangemeldeter Kontrolle, ob das Uran auch friedlich genutzt werde. Indien hat auf diese Erpressung mit verstärkter Entwicklung für Verfahren zur Verwendung eigenen Natururans geantwortet. Am Tag vor der Beschlußfassung teilte der indische Premierminister in einer Ansprache dem Komitee mit, Indien werde auf keinen Fall den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen unterzeichnen (wie die US-Imperialisten verlangt hatten), wegen seiner Bestimmungen, die andere Länder gegenüber den Großmächten diskriminierten.

Gemeinsame Verteidigung der Golfstaaten

z.hah. Der Iran, Irak und Saudi-Arabien führen derzeit Beratungen über ein gemeinsames Verteidigungsabkommen zum Schutz des Golfraumes gegen jede imperialistische Aggression durch. Dafür sollen alle Golfstaaten gewonnen werden. Die Imperialisten, voran die beiden Supermächte, sind gepeinigt, hatten sie doch im Kampf um das Erdöl und den Ölpreis ihre Hoffnungen auf Widersprüche zwischen diesen drei Staaten gesetzt. Im Juni erklärten bei einem Staatsbesuch von Scheich Isa von Bahrein im Iran beide Staaten im gemeinsamen Kommuniqué, daß „die Verantwortung für die Wahrung der Sicherheit der Region durch die Staaten dieser Region wahrgenommen werden soll". Schon früher hatte Vizepräsident Saddam Hussein den Standpunkt des Irak erklärt: „Für alle Golfstaaten ist es höchste Zeit, hier eine gemeinsame Front zu bilden ... Wir denken v.a. daran, alle Kräfte zu sammeln, um der Aggression von außen die Stirn zu bieten."

VR China schließt Abkommen mit Spanien

z.mai. Anläßlich des ersten Staatsbesuchs des spanischen Königs Juan Carlos in der VR China haben Spanien und die VR China am 19. Juni ein Handels- und Luftfahrtabkommen unterzeichnet. 1973 hatte bereits das Franco-Regime diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen müssen. In seiner Rede auf dem offiziellen Bankett in Peking erklärte Juan Carlos, daß „die große chinesische Nation

Gemeinsame Verteidigung der Golfstaaten

z.hah. Der Iran, Irak und Saudi-Arabien führen derzeit Beratungen über ein gemeinsames Verteidigungsabkommen zum Schutz des Golfraumes gegen jede imperialistische Aggression durch. Dafür sollen alle Golfstaaten gewonnen werden. Die Imperialisten, voran die beiden Supermächte, sind gepeinigt, hatten sie doch im Kampf um das Erdöl und den Ölpreis ihre Hoffnungen auf Widersprüche zwischen diesen drei Staaten gesetzt. Im Juni erklärten bei einem Staatsbesuch von Scheich Isa von Bahrein im Iran beide Staaten im gemeinsamen Kommuniqué, daß „die Verantwortung für die Wahrung der Sicherheit der Region durch die Staaten dieser Region wahrgenommen werden soll". Schon früher hatte Vizepräsident Saddam Hussein den Standpunkt des Irak erklärt: „Für alle Golfstaaten ist es höchste Zeit, hier eine gemeinsame Front zu bilden ... Wir denken v.a. daran, alle Kräfte zu sammeln, um der Aggression von außen die Stirn zu bieten."

VR China schließt Abkommen mit Spanien

z.mai. Anläßlich des ersten Staatsbesuchs des spanischen Königs Juan Carlos in der VR China haben Spanien und die VR China am 19. Juni ein Handels- und Luftfahrtabkommen unterzeichnet. 1973 hatte bereits das Franco-Regime diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen müssen. In seiner Rede auf dem offiziellen Bankett in Peking erklärte Juan Carlos, daß „die große chinesische Nation
die Welt in Erstaunen versetzt hat ... und fortfährt, alle ihre Versprechungen zu erfüllen". Der stellvertretende Ministerpräsident der VR China Deng Hsiao-ping führte in seiner Rede aus, daß „die Geschichte des Widerstands sowohl Chinas wie auch Spaniens gegen fremde Aggression zeigt, daß ein Volk, das bis zum Ende für seine nationale Unabhängigkeit zu kämpfen wagt, eine unzerstörbare eiserne Bastion ist". Weiter sagte er: „Wir hoffen ernsthaft, daß die Völker aller Länder Westeuropas und am Mittelmeer beständig verstärkt auf dem Weg der Einheit gegen Hegemonismus weiterschreiten."

ECOWAS: Zollaufhebung für eigene Produkte angestrebt

z.hah. Ab 28. Mai 1979 werden alle Mitgliedsstaaten der ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten; dazu gehören z.B. Nigeria, Guinea-Bissao, Mauretanien und Senegal) gegenseitig die Zölle für Produkte der Mitgliedsstaaten einfrieren. Dies soll der erste Schritt zur völligen Zollaufhebung sein. Damit fördern die 16 afrikanischen Staaten der ECOWAS die Entwicklung der eigenen Wirtschaft in dem Teil Afrikas, den neben dem US-Imperialismus die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich als „ihren Einflußbereich" betrachten. Der Vorsitzende der dritten Gipfelkonferenz, Staatspräsident Obasanjo von Nigeria, erklärte in Lagos: „Ich sehe eine große Zukunft für eine gut entwickelte ECOWAS, die in eine Position kommen sollte, ihren Teil zu den internationalen Anstrengungen für die Neuordnung der Weltwirtschaft beizutragen." Eine Erklärung über gegenseitigen Nichtangriff wurde unterzeichnet..

SPD lockt zum Marsch ins Reformparadies

Arbeitszeit kürzer, Steuer niedriger, Unterdrückung freier ...

z.maf. Es begann mit den Streiks gegen die dauernden Lohnsenkungen. Als sich herausstellte, daß die Arbeiterbewegung nicht gewillt und die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften nicht in der Lage waren, Kämpfe gegen die Kapitalisten zu verhindern, schickte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Reformenschwärmer aus, allen voran den alten Willy Brandt, der schon vor vielen Jahren gezeigt hatte, daß er das Blaue vom Himmel Westdeutschlands herunterzulügen versteht.

Was war da im letzten Winter der Dreh? Die Arbeiter standen im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen und die kapitalistische Rationalisierung sowie die gnadenlose Intensivierung der Arbeit. Die Bewegung war kraftvoll. Die Unterstützung der Arbeiterklasse für die jeweils kämpfenden Abteilungen war groß und ziemlich geschlossen.

Eine doppelseitige Gefahr für die Interessen der Kapitalistenklasse zeichnete sich ab: Die Arbeiterklasse konnte die Tendenz zur dauernden Lohnsenkung brechen. Und: Es war sozusagen knapp davor, daß sich aus den üblen Ergebnissen der kapitalistischen Profitschinderei eine *politische* Bewegung der Arbeiterklasse herausbildete. Gegen die Intensivierung der Arbeit, gegen die Arbeit in Tag- und Nachtschichten, gegen die Akkordquälerei.

Da griff die Sozialdemokratie ein und versuchte, diese politische Bewegung zu ventilieren. Da die Kapitalisten, die ihre Interessen gefährdet sa-

Zimbabwe: Der bewaffnete Befreiungskampf geht in die Offensive über
Seite 14/15

hen, zur Aussperrung übergingen, ließ sich der Kampf der Arbeiter politisch auf den „Kampf gegen die Aussperrung" herunterbringen. Die positiven Ziele der Streiks und die positiven Forderungen, die sich aus dem Kampf selber ergeben, verschwanden dabei, d.h. sie ließen sich in der Forderung „Aussperrung verbieten" einigermaßen unauffällig einpacken.

Diese Kurve wurde von Willy Brandt und seinen Leuten gekratzt, und weil er das so schön gekonnt hat, darf er, ja muß er seitdem wieder etwas häufiger zu „innenpolitischen Fragen" sprechen.

Politische Bewegungen beruhen auf Interessen von Millionen. Politische Bewegungen können durch geschickte Nasführerei für eine Weile aufgehalten werden; manchmal sogar in die Irre geführt werden. Die politische Bewegung der westdeutschen und Westberliner Arbeiter für Arbeiterrechte, insbesondere gegen den Überstundenzwang, gegen die Arbeit bei Nacht und im Akkord, gegen die rasanten Lohnabzüge, diese vielseitige politische Bewegung für Arbeiterrechte konnte durch die sozialdemokratischen Manöver zwar in ihrer zielklaren Entwicklung gehemmt werden, und der Kelch, den die Verbindung dieser politischen Bewegung mit den Streiks gegen die dauernden Lohnsenkungen den Kapitalisten zu schlabbern gegeben hätte, ging an diesen vorüber. Aber vorbei war nichts.

Da unter der Bedingung, daß die kapitalistische Produktion eine runde Million Arbeitskräfte überzählig gemacht hat, das kapitalistische Interesse, aus den in Arbeit befindlichen immer mehr herauszuholen und sie eher noch länger arbeiten zu lassen, als die nackte Profitgier herauskommt, kann der Kampf gegen die Überstunden und die Schichtenquälerei gar nicht aufhören. Da hiervon die Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wissen, schmieren sie die Forderung nach Siebenstundentag auf ihre Fahnen; mit abwaschbarer Farbe, vorsichtshalber. Siebenstundentag, wobei die *Freiheit*, Überstunden zu machen, ganz und gar gewahrt bleibt, und Siebenstundentag, wobei die Freiheit, diese sieben Stunden auch Sonntag und auch nachts, z.B. zwischen 22.00 und 5.00 Uhr abzuleisten auch gewahrt bleibt, Siebenstundentag vielleicht so-

(Fortsetzung Seite 2)

Volksabstimmung in Kalifornien für Steuersenkung



Im US-Bundesstaat Kalifornien hat eine Volksabstimmung am 6. Juni eine Zweidrittelmehrheit für eine Senkung der Vermögenssteuer um rund 60% ergeben. Dadurch entgehen der Regierung in Kalifornien 7 Milliarden Dollar jährlich an Einnahmen. Die Vermögenssteuer hat insbesondere die Besitzer kleiner Häuser, Arbeiter, Angestellte, Rentner und die Bauern hart getroffen. Wie auf dem Bild einer Protestversammlung in Los Angeles zu sehen ist, hätten sich die Steuern wegen Inflation und Preistreiberei durch Grundstücksspekulation verdreifacht. Die US-Imperialisten sind aufgeschreckt und fürchten, daß das kalifornische Beispiel Schule macht. Eine Spaltung des Volkes ist ihnen nicht gelungen. Vor der Abstimmung hatten sie massiv mit der Entlassung von 270000 der 1 Million Beschäftigten im öffentlichen Dienst gedroht, da aus dieser Steuer angeblich „Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr und Wohlfahrtseinrichtungen" bezahlt würden. Rund die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aber hat ebenfalls für die Steuersenkung gestimmt. Sie bereiten sich auf harte Lohnkämpfe vor. In den letzten 7 Jahren wurde ihr Lohn um ein Drittel gekürzt und im öffentlichen Dienst verschärft rationalisiert. Die AFSCME, ihre Gewerkschaft, ist durch rund 1000 Beitritte pro Woche inzwischen zur größten Gewerkschaft im amerikanischen Gewerkschaftsverband geworden.

Binnenschiffer: Wenig Neigung zu Neuinvestitionen?

beiterklasse für die jeweils kämpfenden Abteilungen war groß und ziemlich geschlossen.

Eine doppelseitige Gefahr für die Interessen der Kapitalistenklasse zeichnete sich ab: Die Arbeiterklasse konnte die Tendenz zur dauernden Lohnsenkung brechen. Und: Es war sozusagen knapp davor, daß sich aus den üblen Ergebnissen der kapitalistischen Profitschinderei eine politische Bewegung der Arbeiterklasse herausbildete. Gegen die Intensivierung der Arbeit, gegen die Arbeit in Tag- und Nachtschichten, gegen die Akkordquälerei.

Da griff die Sozialdemokratie ein und versuchte, diese politische Bewegung zu ventilieren. Da die Kapitalisten, die ihre Interessen gefährdet sa-

Zimbabwe: Der bewaffnete Befreiungskampf geht in die Offensive über
Seite 14/15

hen, zur Aussperrung übergingen, ließ sich der Kampf der Arbeiter politisch auf den „Kampf gegen die Aussperrung" herunterbringen. Die positiven Ziele der Streiks und die positiven Forderungen, die sich aus dem Kampf selber ergeben, verschwanden dabei, d.h. sie ließen sich in der Forderung „Aussperrung verbieten" einigermaßen unauffällig einpacken.

Diese Kurve wurde von Willy



Im US-Bundesstaat Kalifornien hat eine Volksabstimmung am 6. Juni eine Zweidrittelmehrheit für eine Senkung der Vermögenssteuer um rund 60% ergeben. Dadurch entgehen der Regierung in Kalifornien 7 Milliarden Dollar jährlich an Einnahmen. Die Vermögenssteuer hat insbesondere die Besitzer kleiner Häuser, Arbeiter, Angestellte, Rentner und die Bauern hart getroffen. Wie auf dem Bild einer Protestversammlung in Los Angeles zu sehen ist, hätten sich die Steuern wegen Inflation und Preistreiberei durch Grundstücksspekulation verdreifacht. Die US-Imperialisten sind aufgeschreckt und fürchten, daß das kalifornische Beispiel Schule macht. Eine Spaltung des Volkes ist ihnen nicht gelungen. Vor der Abstimmung hatten sie massiv mit der Entlassung von 270000 der 1 Million Beschäftigten im öffentlichen Dienst gedroht, da aus dieser Steuer angeblich „Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr und Wohlfahrtseinrichtungen" bezahlt würden. Rund die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aber hat ebenfalls für die Steuersenkung gestimmt. Sie bereiten sich auf harte Lohnkämpfe vor. In den letzten 7 Jahren wurde ihr Lohn um ein Drittel gekürzt und im öffentlichen Dienst verschärft rationalisiert. Die AFSCME, ihre Gewerkschaft, ist durch rund 1000 Beitritte pro Woche inzwischen zur größten Gewerkschaft im amerikanischen Gewerkschaftsverband geworden.

Binnenschiffer: Wenig Neigung zu Neuinvestitionen?

Kanalausbau – imperialistische Drehscheibe für billigen Massenguttransport

r.her. Die Binnenschiffahrt zieht derzeit Bilanz am Elbe-Seiten-Kanal, ein Jahr nach der Wiedereröffnung des Kanals, dessen Damm 33 Tage nach Eröffnung gebrochen war. Es wird mit einem Transportaufkommen von 4 Mio. t gerechnet, veranschlagt waren einmal 10 Mio. t. Mit Dumping-Preisen, zugunsten des Salzgitter-Konzerns, hat die Bundesbahn das Geschäft von 4 Mio. t Eisenerzlieferung pro Jahr übernommen, das ist ein Drittel der Fracht, für die der Kanal gebaut wurde.

Lüneburgs Hafen jedenfalls ist für einen Jahrestonnenumschlag von 1 Million gebaut, etwa 130000 t sind jetzt zu erwarten. 2500 Arbeitsplätze waren groß propagiert worden, 500 werden jetzt als „beachtlicher Anfangserfolg" bezeichnet. In Uelzen gar wurden 21 Arbeitsplätze „geschaffen" und mit einer zusätzlichen Investition von 14,6 Mio. DM werden derzeit zwei Betriebe aus dem Stadtinneren „gewonnen", auf das Hafengelände umzusiedeln.

Die westdeutsche Imperialisten-Bourgeoisie sagt, „die Sache sei langfristig zu betrachten", und in die Binnenhäfen wird unbeirrt weiter investiert. Leistungsfähige Anlagen sollen erstellt werden. Denn die Zeit naht, wo die westdeutschen Imperialisten sich als Drehscheibe der Wasserstraßen Europas sehen. Ein Kanalsystem vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee und vom Mittelmeer bis zur Ostsee sowie die Verknüpfung Schwarzes Meer - Mittelmeer haben als Kernstück die westdeutschen Kanalbauten. Dazu fehlt noch der Rhein-Main-Donau-Kanal, der bis Ende 1985 fertiggestellt werden soll, und größere Teilstücke in Frankreich zwischen Rhein und Mittelmeer. Der französische Regierungschef hat jetzt aber endgültig die Baumaßnahmen zu finanzieren versprechen müssen, falls die französische Arbeiterklasse, die sich gegen das Barre-Sparprogramm zusammenschließt, nicht einen Strich durch diese Rechnung macht.

Die volle Wirksamkeit erreicht dieses Programm aber auch erst mit dem vollständigen Ausbau des Mittellandkanals für das Europaschiff, das heißt für ein 1350 t-Schiff, derzeit können nur bis 1000 t geladen werden. Die Binnenschiffahrtkapitalisten versprechen schon jetzt eine 30%ige Tarifverbilligung.

Dieser noch zu bewältigende Ausbau einzelner Kanäle gibt den kleinen Binnenschiffern eine Gnadenfrist. Während sie ihre kleineren Schiffe voll auslasten können und auch müssen, können die großen Gesellschaften mit den neuen Schiffen ihre Kapazität wegen der 1000 t-Begrenzung nicht voll ausnutzen. Das Programm zur Vernichtung der kleinen Binnenschiffer läuft jedoch. Europaweit sozusagen. Belgien, Frankreich, die Niederlande, die Schweiz und die BRD haben sich Anfang 1976 auf eine Stillegekonvention geeinigt. Vorgesehen ist die Zwangsstillegung jeweils bis zu 25% der Kapazität eines Tankreeders. Die Mindestliegezeit ist dabei auf 18 aufeinanderfolgende Kalendertage festgelegt, und es darf in dieser Zeit auch keine Reparatur ausgeführt werden. Eigentümern nur eines Schiffes soll auf Antrag eine zusammenhängende Ermäßigung der Liegezeit auf sieben Tage zugestanden werden können.

Kleine Binnenschiffer bekommen ihre Aufträge meist nur über Genossenschaften, die auch die Kontrolle ausüben, und über größere Handelsfirmen wie z.B. die Firma Winschermann, die im Auftrag des Salzgitter-Konzerns in Braunschweig tätig ist. Der Tarif ist bundeseinheitlich festgelegt, und die Frachtraten steigen längst nicht entsprechend den tatsächlich gestiegenen Kosten. Die Schiffe der Einzelbesitzer sind oft alt, Baujahr 1930 und 1950 sind nicht selten. Neue größere Schiffe, die zu Schubeinheiten zusammengefaßt werden, können sich nur Reedereien und Speditionen anschaffen. Die Binnenschiffer haben praktisch die Sieben-Tage-Woche und den 16-Stunden-Tag. Nur durch die Mitarbeit der ganzen Familie kann sich ein Schiffer über Wasser halten. Die Nutzlast wird mehr als ausgelastet, damit sich die Fahrt überhaupt lohnt und der Verdienst zum Leben ausreicht.

In Westberlin ist die Stadtverwaltung nun daran gegangen, diese Schiffer besonders zu schikanieren. Wenn ihre Last um ein weniges wegen voller Ladung über die vorgeschriebene Wassertiefe eintaucht, werden Geldbußen verhängt. Für das, was bislang jahrelang geduldet wurde und von den Schiffern auch für die Erhaltung ihrer Existenz gebraucht wird, sollen sie jetzt zahlen bzw. ihre Ladung verkleinern.

Der Bourgeoisie reicht das aber nicht. Noch 1976 bemängelt die Deutsche Schiffspfandbriefbank Aktiengesellschaft Berlin/Bremen die geringe Kreditnachfrage in der Binnenschiffahrt. Eine Bereitschaft zu Neuinvestitionen sei nicht festzustellen. Auch mit dem seit 1968 durchgeführten Abwrackprogramm ist die Bourgeoisie nicht zufrieden. 1976 verzeichnet die Binnenschiffahrt e.V. auch da einen Rückgang der Abwrackquote. Erst mit dem Frühjahr 1978 kann ein Erfolg verzeichnet werden – einmal mit dem Rückgang kleinerer Einheiten, wie dem Anschwellen des Kreditvolumens und zwar bei der Küstenschiffahrt, denn eine Frachtbeschränkung auf 1000 t wie für die Kanäle z.B. gibt es da ja nicht. Mit dem Ausbau der Kanäle erwarten sich die Finanzbourgeois ein leckeres Kreditgeschäft von den kleinen Binnenschiffern sowie die weitere Senkung ihrer Kosten für die Transporte ihrer Rohstoffe und Güter und den Ausbau ihrer Vorherrschaft in Europa.

SPD lockt zum Marsch ins Reformparadies

(Fortsetzung von Seite 1)

gar bei Verknüpfung beider Freiheiten miteinander, das ist fast so gut wie eine gesetzliche Festlegung des Neunstundentages. Zum geschwollenen Gerede zum Streikrecht, wobei von den Zielen der Streiks abgesehen wird, gesellt sich ein nicht weniger geschwollenes Gerede vom Siebenstundentag, wobei von dem Zwang zur Überstundenarbeit und zur Nachtarbeit, zur Arbeit an den Sonn- und Feiertagen vornehm abgesehen wird. Der Lohn steht so niedrig, daß es leicht sein kann, daß viele Arbeiter auf die Segnungen des Normalarbeitstages verzichten müssen und dann als Freunde der Überstunden und als Freunde des Akkordsystems usw. dastehen. Dies sollte zur Spaltung dann schon langen; so denkt man in Ministerkreisen.

Nachdem die Koalitionsregierung eine schier endlose Latte von Einschränkungen der politischen Rechte der Volksmassen erlassen hat und die Polizei, die Geheim- und Spitzeldienste, die Ermittlungs- und Gefängnisbehörden zu fast allem ermächtigt sind, staut sich in der Arbeiterbewegung der Groll gegen diese Unterdrückung. Und die Scharen von Lehrern, die die Unterdrückung in eine Maskerade von „Pflichten des Bürgers . . . " zu stecken verpflichtet sind? Die Lehrer sind durch das brutal-plumpe Mittel der „Berufsverbote" der Sozialdemokratie politisch entfremdet worden. Willy Brandt muß ran. Unternimmt einen „Vorstoß" gegen die *Praxis* der „Berufsverbote". Die Jusos jubeln pflichtschuldig. – Die Komödie ist so abgeschmackt wie je ein Zuchthausschwank. *Zuerst* bedeutet man den Lehrern, daß sie aus dem Schuldienst entlassen werden und dann auch für spätere Gelegenheiten aktenkundig sind, um sie zu unterdrücken. Man unterdrückt auch viele, und viele werden hinausgesäubert. Dann wendet man sich an den verbliebenen großen Teil und deutet sanft an, daß allerhand erlaubt sei, wenn man nur bereit sei, die *Grundsätze* zu vertreten. Wo hat Willy Brandt diese Gemeinheiten so vortrefflich einstudieren können? Wäre er schon in jungen Jahren zu solcherlei fähig gewesen, so hätte er nicht ins Ausland gemußt, sondern eine gute inländische Karriere machen können.

Für die Verwirklichung der Interessen der Kapitalistenklasse reicht es nicht aus, wenn die Arbeiter am wirtschaftlichen und politischen Kampf gehindert sind. Die Kapitalisten verlangen vielmehr, daß der Staatsapparat auch eingesetzt werde, um sie direkt zu bereichern. Da in Folge der rasanten Lohnsenkungen eine „Umverteilung" durch weitere brutale Hebung der Steuern, die aus Lohn gezahlt werden, schwer fallen wird, muß ein anderer Weg beschritten werden. Die Steuern, die die Kapitalisten zahlen, müssen heruntergesenkt werden. Bestimmt wird dann eine solche „öffentliche Armut" entstehen, daß dies ein starkes Argument für die Erhöhung der Steuern aus Lohn hergibt. Typisch für das gegenwärtige Steuersenkungsgerede ist: Es werden keine Daten herausgegeben. Es wird von „Verlängerung der Proportionalzone" gesprochen. Es wird von „durchgehender Progression" gesprochen. Aber von welchem Einkommen bis zu welchen diese Proportionalzone reichen soll und wie hoch der „proportionale" Steuersatz liegen soll, damit hält man sich weislich im Hintergrund. Dabei käme es darauf an. Aber die „Steuermaterie ist ja so kompliziert". *So* kompliziert wiederum auch nicht; kompliziert ist bloß, wenn man mit einem Haufen Bewaffneter ins Finanzministerium muß, um sich die nötigen Unterlagen zu verschaffen. Die Steuerreformpläne sind praktisch ein Polizeigeheimnis ersten Ranges. Aber die Methodik läßt sich wie gesagt schon riechen. Alles stinkt danach, daß bei den Kapitalisten die Erwartungen auf Steuersenkungen geschürt und erfüllt werden, und bei den Arbeitern geschürt und betrogen werden. Auf *Dauer* läßt sich das selbstverständlich nicht geheimhalten. Aber es muß ja nur lange genug gehen, bis die sozialdemokratischen Parteifreunde in den Gewerkschaften die passenden Lohnforderungen durchgesetzt haben. Wenn es dann herauskommt oder wenn dann sogar gar nichts herauskommt? Macht doch nichts, ein Jahr ist lang, und es heißt schon was, wenn es über die Runden gebracht ist, und die Sozialdemokratische Partei ist ewig jung und im nächsten Frühling wird Willy Brandt schon wieder was passendes Neues einfallen.

Gleich zweimal haben sich letzte Woche führende Sozialdemokraten über Gott geäußert. In den Jahren 67/68 gingen die Sozialdemokraten auch auf die Kanzeln; bergpredigen. Diesmal tun's die Kanzeln nicht. Der Kanzler Schmidt ging nach Afrika auf Tour und beleidigte die Völker, die um nationale Unabhängigkeit und vollständige Befreiung vom Imperialismus kämpfen, mit der Floskel: „. . . wir glauben, daß Gott die Menschen als Gleiche schuf." Der frischgebackene Finanzminister Matthöfer begab sich ins Bonner Büro des „Spiegel" und predigte den Redakteuren Heiko Martens und Wolfgang Kadens, damit sie's hinaustrügen in alle Welt: „Wir Sozialdemokraten fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt."

Ob der Mummenschanz nützen wird? Die Völker, die um die nationale Unabhängigkeit und die vollständige Befreiung vom Imperialismus und Kolonialismus kämpfen, haben solche „Gleichen" wie Schmidt und Carter sind, aufs Haupt geschlagen und bekämpfen sie weiter. Der Vorgänger Matthöfers, Hans Apel, der auch Sozialdemokrat ist, lernte nicht nur Gott, sondern anläßlich der politischen Bewegung, die durch seine Steuerreform ausgelöst wurde, auch „den Tritt des Pferdes" fürchten und verspricht inzwischen den Soldaten gleich zwei Familienheimfahrten im Monat.

Ob also der Mummenschanz ausreicht, um die allenthalben jetzt beginnende Erörterung der Taktik in den kommenden Lohnbewegungen so zu stören, daß die notwendige Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Forderungen gestört wird? Wenn alle aufpassen, dann *nicht.*

Notstandsgesetze werden konkret ausgestaltet

z.ere. Die Gutachtermeute der Bundesregierung schreit nach „expansiven Maßnahmen" zur Förderung des „derzeit sich abschwächenden wirtschaftlichen Wachstums". Für die Finanzbourgeoisie gibt es in dieser „stagnanten Situation" nur den Weg der imperialistischen Expansion auf den Weltmärkten, was ausschließlich mit drastischen Maßnahmen zu erreichen ist: Senkung der Reallöhne und Unterwerfung der Arbeiterklasse.

Mit dem Stabilitätsgesetz und den Notstandsgesetzen haben sich die westdeutschen Imperialisten Ende der 60er Jahre das „notwendige Instrumentarium" geschaffen. Das „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes", wie die Notstandsgesetze amtlich bezeichnet werden, sieht die drastische Einschränkung der Koalitions-, Streik-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit sowie der Unverletzlichkeit der Person und Wohnung, der Meinungs- und Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit vor. Jetzt läßt die Bourgeoisie den gerade erst warm gewordenen Innenminister Baum an der *konkreten* Ausgestaltung der Notstandsgesetze feilen. Baum, der zwischen 1966 und 1968 als Vorsitzender der Jungdemokraten den „Gang durch die Institutionen" antrat, soll nun einen „seit längerem bestehenden Plan verwirklichen und eine Abteilung ,P' bilden, in der alle polizeilichen Kompetenzen des Bundes zusammengefaßt sind".

Das Innenministerium faßt die ständige Verfolgung der „Rechtspraxis" auf den Gebieten des Verfassungsrechts, des Staatsrechts, des Verwaltungsrechts, des Polizeirechts und des Beamten- und Disziplinarrechts in zentralen operativen Führungsstäben zusammen. Solche Führungsstäbe sind bisher die sogenannten Referate und Abteilungen der ÖS (Öffentliche Sicherheit) und ZV (Zivile Verteidigung). Als scheinbar kleinste strukturelle Elemente des Innenministeriums sind die Referate und Abteilungen der ÖS und ZV als Lenkungseinrichtungen z.B. ganzer Polizeizweige mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet, direkt dem zuständigen Staatssekretär, Innenminister oder dem Kanzleramt verantwortlich.

Der Führungsstab ÖS hatte seine ersten Funktionsproben als Führungsorgan in der Vorbereitung der NATO-Stabsrahmenübung „Falex 66". Die Leitung der 15000 Mann starken Polizeitruppe anläßlich der Beerdigung von Adenauer und der weitaus größeren Polizeieinsätze anläßlich der Brokdorf- und Grohndedemonstrationen lag beim Führungsstab ÖS.

Um entsprechend den NATO-Direktiven für die Organisation der „nationalen Verteidigung" eine zentralisierte Führungspyramide zu bilden, soll jetzt nach dem Vorschlag des früheren Innenministers Höcherl ein „ständiges Lagezentrum" gebildet werden und aus den nach wie vor geführten Abteilungen ÖS und ZV eine dritte, die Abteilung ,P' entstehen. Die bisherige Abteilung ÖS wird verkleinert und die Referate für kriminalpolizeiliche Angelegenheiten, allgemeine Polizeiangelegenheiten, Ordnungsrecht, Terrorismusbekämpfung, Luftsicherheit, Strahlenschutz und kerntechnische Sicherheit sollen ausgegliedert und mit der Bundesgrenzschutzabteilung zusammengelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit blieben die Referate für Verfassungs-, Geheim- und Staatsschutz, für Waffen- und Sprengstoffrecht sowie für Paß- und Personalausweisrecht.

In den zehn Jahren seit der Notstandsgesetzgebung hat die Bourgeoisie die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um durch den Aufbau einer neuen Polizeiabteilung die Zersplitterung des Staatsapparates abzubauen und die Führung besonders des Einsatzes einer Vielzahl der verschiedensten Gliederungen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung bei den operativen Leitungsstäben im Innenministerium zu zentralisieren. Die Bourgeoisie hat es eilig mit der Durchsetzung dieser Pläne. Die Bundesregierung hat bereits einem Vorschlag zugestimmt, wonach die „Arbeitsweise der beteiligten Organisationseinheiten" in Rahmenübungen eingeübt werden soll. Dabei sollen auch die „Behörden des Verfassungsschutzes" mit einbezogen werden.

Eine Niederlage der belgischen Stahlarbeiter

„Berufsverbote" der Sozialdemokratie politisch entfremdet worden. Willy Brandt muß ran. Unternimmt einen „Vorstoß" gegen die *Praxis* der „Berufsverbote". Die Jusos jubeln pflichtschuldig. – Die Komödie ist so abgeschmackt wie je ein Zuchthausschwank. *Zuerst* bedeutet man den Lehrern, daß sie aus dem Schuldienst entlassen werden und dann auch für spätere Gelegenheiten aktenkundig sind, um sie zu unterdrücken. Man unterdrückt auch viele, und viele werden hinausgesäubert. Dann wendet man sich an den verbliebenen großen Teil und deutet sanft an, daß allerhand erlaubt sei, wenn man nur bereit sei, die *Grundsätze* zu vertreten. Wo hat Willy Brandt diese Gemeinheiten so vortrefflich einstudieren können? Wäre er schon in jungen Jahren zu solcherlei fähig gewesen, so hätte er nicht ins Ausland gemußt, sondern eine gute inländische Karriere machen können.

Für die Verwirklichung der Interessen der Kapitalistenklasse reicht es nicht aus, wenn die Arbeiter am wirtschaftlichen und politischen Kampf gehindert sind. Die Kapitalisten verlangen vielmehr, daß der Staatsapparat auch eingesetzt werde, um sie direkt zu bereichern. Da in Folge der rasanten Lohnsenkungen eine „Umverteilung" durch weitere brutale Hebung der Steuern, die aus Lohn gezahlt werden,

gierung schreit nach „expansiven Maßnahmen" zur Förderung des „derzeit sich abschwächenden wirtschaftlichen Wachstums". Für die Finanzbourgeoisie gibt es in dieser „stagnanten Situation" nur den Weg der imperialistischen Expansion auf den Weltmärkten, was ausschließlich mit drastischen Maßnahmen zu erreichen ist: Senkung der Reallöhne und Unterwerfung der Arbeiterklasse.

Mit dem Stabilitätsgesetz und den Notstandsgesetzen haben sich die westdeutschen Imperialisten Ende der 60er Jahre das „notwendige Instrumentarium" geschaffen. Das „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes", wie die Notstandsgesetze amtlich bezeichnet werden, sieht die drastische Einschränkung der Koalitions-, Streik-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit sowie der Unverletzlichkeit der Person und Wohnung, der Meinungs- und Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit vor. Jetzt läßt die Bourgeoisie den gerade erst warm gewordenen Innenminister Baum an der *konkreten* Ausgestaltung der Notstandsgesetze feilen. Baum, der zwischen 1966 und 1968 als Vorsitzender der Jungdemokraten den „Gang durch die Institutionen" antrat, soll nun einen „seit längerem bestehenden Plan verwirklichen und eine Abteilung ,P' bilden, in der alle polizeilichen Kompetenzen des Bundes zusammengefaßt sind".

Verfolgung der „Rechtspraxis" auf den Gebieten des Verfassungsrechts, des Staatsrechts, des Verwaltungsrechts, des Polizeirechts und des Beamten- und Disziplinarrechts in zentralen operativen Führungsstäben zusammen. Solche Führungsstäbe sind bisher die sogenannten Referate und Abteilungen der ÖS (Öffentliche Sicherheit) und ZV (Zivile Verteidigung). Als scheinbar kleinste strukturelle Elemente des Innenministeriums sind die Referate und Abteilungen der ÖS und ZV als Lenkungseinrichtungen z.B. ganzer Polizeizweige mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet, direkt dem zuständigen Staatssekretär, Innenminister oder dem Kanzleramt verantwortlich.

Der Führungsstab ÖS hatte seine ersten Funktionsproben als Führungsorgan in der Vorbereitung der NATO-Stabsrahmenübung „Falex 66". Die Leitung der 15000 Mann starken Polizeitruppe anläßlich der Beerdigung von Adenauer und der weitaus größeren Polizeieinsätze anläßlich der Brokdorf- und Grohndedemonstrationen lag beim Führungsstab ÖS.

Um entsprechend den NATO-Direktiven für die Organisation der „nationalen Verteidigung" eine zentralisierte Führungspyramide zu bilden, soll jetzt nach dem Vorschlag des früheren Innenministers Höcherl ein „ständiges Lagezentrum" gebildet werden und aus den nach wie vor

dritte, die Abteilung ,P' entstehen. Die bisherige Abteilung ÖS wird verkleinert und die Referate für kriminalpolizeiliche Angelegenheiten, allgemeine Polizeiangelegenheiten, Ordnungsrecht, Terrorismusbekämpfung, Luftsicherheit, Strahlenschutz und kerntechnische Sicherheit sollen ausgegliedert und mit der Bundesgrenzschutzabteilung zusammengelegt werden. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit blieben die Referate für Verfassungs-, Geheim- und Staatsschutz, für Waffen- und Sprengstoffrecht sowie für Paß- und Personalausweisrecht.

In den zehn Jahren seit der Notstandsgesetzgebung hat die Bourgeoisie die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um durch den Aufbau einer neuen Polizeiabteilung die Zersplitterung des Staatsapparates abzubauen und die Führung besonders des Einsatzes einer Vielzahl der verschiedensten Gliederungen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung bei den operativen Leitungsstäben im Innenministerium zu zentralisieren. Die Bourgeoisie hat es eilig mit der Durchsetzung dieser Pläne. Die Bundesregierung hat bereits einem Vorschlag zugestimmt, wonach die „Arbeitsweise der beteiligten Organisationseinheiten" in Rahmenübungen eingeübt werden soll. Dabei sollen auch die „Behörden des Verfassungsschutzes" mit einbezogen werden.

tun sollen. Wir hatten so gut wie nichts gelernt, was für eine Berufsausübung nützlich ist. Einige wollten studieren, die meisten hatten keine Aussicht auf einen Studienplatz in dem Fach, das sie wollten. Außerdem fehlte das Geld. Viele suchten deshalb erstmal nach einer Lehrstelle. Da stellte sich aber auch schnell heraus, daß man als Abiturient keine Vorteile hat. Im Gegenteil. Ich wollte einen handwerklichen Beruf lernen. Als ich mich bei den Monopolkapitalisten beworben habe, Siemens, AEG, SEL usw., wurde mir gesagt, daß sie überhaupt keine Abiturienten nehmen. „Das stört doch in der Ausbildungsgruppe", hieß es. Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß sie Jüngere, die noch bei den Eltern wohnen, besser mit 300 bis 400 DM abspeisen können und vielleicht auch besser unter die Knute kriegen. Ich habe dann probiert, bei Schering Biologielaborant zu werden. Zur ersten Prüfung waren wir 400 Bewerber. Bis zur vierten Prüfung war dann ein Vierteljahr vergangen, und wir waren noch 20 Bewerber zur praktischen Prüfung. Vier wurden dann eingestellt, ich aber nicht.

Für alle Schüler, die noch keinen Ausbildungs- und Studienplatz hatten, hatte eine Lehrerin unserer Schule dann einen Vorschlag. Sie schrieb im Prüfungsvorbereitungs-

Eine Niederlage der belgischen Stahlarbeiter

z.gek.Brüssel. Mit den Arbeitern vor dem Werkstor von TMM in Charleroi ist am Donnerstag, dem 29. Juni, nicht gut reden (von sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten – sie reden wallonisch, ein eigener Dialekt – abgesehen). Sie fressen eine ziemliche Wut in sich hinein und spüren die gefährliche Lage, in die sie gekommen sind, ohne die Gefahr ganz klar zu sehen. Alle sind sich soweit einig: Es mußte *jetzt* ein Streik um *alle* ihre wichtigen Forderungen geführt werden, und die Bereitschaft dazu war da. Stattdessen haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer diesen großen Streik, kaum daß er begonnen hatte, nach wenigen Tagen zum Abbruch gebracht. Noch mehr: Sie haben ein Abkommen geschlossen, das eine einzige gefährliche Falle für die Stahlarbeiter ist, und sie haben in diesem Abkommen die Gewerkschaften ausdrücklich auf die Wahrung des Arbeitsfriedens und auf die Unterstützung der Expansionspläne der belgischen Stahlmonopole auf dem Weltmarkt festgelegt. Diese Niederlage ist bitter, und sie ist weitreichend.

Daß die Streikfront in skandalöser Weise kreuz und quer gespalten werden konnte, war nur möglich, nachdem die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für ihre Forderungen untergraben war. Von vornherein haben die Sozialdemokraten und „Linkschristen", die die beiden großen belgischen Gewerkschaftsverbände in der Hand haben, es geschafft, alle Forderungen der Arbeiter gegen die Lohnsenkung und gegen die Erhöhung der Ausbeutung in den Fabriken wegzudrücken. Sie haben nur zwei Forderungen in den Vordergrund geschoben: die Forderung nach Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden binnen einem Jahr und nach Einführung eines Systems der Früh-Verrentung mit 55 Jahren für Männer und 50 Jahren für Frauen bei 80% des vormaligen Nettolohns.

Die Forderung nach der 38- oder 36-Stundenwoche, so wie sie von den Reformisten in Belgien erhoben wird, ist (wir haben schon früher darüber geschrieben) eine große Gaunerei. In Wirklichkeit ändert sich an der tatsächlichen täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit nichts. Nur daß die Arbeiter etwas mehr Überstunden abrechnen können als vorher – nachdem sie auf Erhöhung der Tariflöhne verzichtet haben. Oder daß sie im Monat sich einen freien Tag nehmen können – an dem ihre Kollegen dann die Arbeit mitübernehmen müssen. Die Forderung nach den „Früh-Pensionen" ist ebenfalls ein Beispiel dafür, wie eine wichtige Forderung der Arbeiterbewegung durch „kleine" Korrekturen in ihr Gegenteil verwandelt werden kann. Diese Forderung, die von Arbeitern aller Industriezweige erhoben wird, ist als eine Forderung nach allgemeiner Senkung des Rentenalters gedacht. Als obligatorische, gesetzliche Regelung würde dies den Druck der Reservearmee sofort mildern und den alten Arbeitern das Recht auf einen angemessenen Ruhestand sichern. Es wäre eine Barriere gegen die kapitalistische Ausbeutung. Natürlich würden sich automatisch Forderungen nach vermehrter oder eben ausschließlicher Heranziehung der Kapitalisten zur Sozialversicherung daran anschließen.

Die jetzt ausgehandelte Regelung sieht dagegen vor, daß die Kapitalisten vornehmlich die älteren Arbeiter – aber nicht nur, sie haben ganz freie Hand – hinausrationalisieren können. Die entlassenen Arbeiter über 55 Jahren erhalten dann ein erhöhtes Arbeitslosengeld, das (angeblich) 80% ihres Nettolohnes ausmachen soll, zusammengesetzt aus dem regulären Arbeitslosengeld, einem staatlichen Zuschuß und einer Prämie, die die Kapitalisten zahlen sollen, jedoch „bis auf weiteres" vom Staat „vorgeschossen" wird. So herum ist die Frühverrentung ein reines Rationalisierungsinstrument, wie zugleich ein Vorwand für unweigerlich nachfolgende Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern.

Dieser Streik ist schändlich zugrundegerichtet worden. In Wallonien sind die Christen links von den Sozialisten aufgetreten, in Flandern rechts. Dort haben sie mit der Drohung, notfalls Streikbruch zu organisieren, durchgesetzt, daß noch in der Nacht des Streikbeginns in den beiden flandrischen Betrieben ein Abkommen geschlossen wurde – das im übrigen bereits genau die Regelungen des späteren zentralen Abkommens enthielt. In Charleroi wurde zwei Tage später die „Fabrique de Fer", die bereits seit 14 Tagen, auch für betriebliche Forderungen, im Streik stand, ebenfalls aus der Streikfront herausgebrochen. Dagegen wurden die Angestellten, die in eigenen, getrennten Sektionen der beiden Gewerkschaftsbünde organisiert sind, erst nach drei Tagen in den Streik eingereiht – zu einem Zeitpunkt, als das Streikende bei den Arbeitern schon in Sicht war. Tatsächlich ließ man sie dann allein im Streik stehen!

Der Held des Tages ist für die Bourgeoisie der sozialistische Wirtschaftsminister Willy Claes, der auf einer Linie des Sozialimperialismus nach einer langen Nacht schließlich einen ganz unverhofften regelrechten Pakt zwischen Gewerkschaften und der Handvoll großer Finanziers, angeführt von der Société Générale, zustandegebracht hat.

Die Arbeiter vor dem Werkstor von TMM in Charleroi, durchweg um oder über 50 Jahre, haben nach dem Abbruch des Streiks am Vortag die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, weil erst die Hochöfen wieder in Betrieb gebracht werden müssen. Sie scheinen hauptsächlich gekommen zu sein, um zu sehen, wie die Lage ist, ob noch etwas passiert oder die tägliche Arbeitsfron wieder angeht. War der Streik ein Erfolg? Nein, kein Erfolg. „Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen." Sie würden abwarten, was kommt. Wird die Arbeitszeitverkürzung etwas bringen? Wegwerfende Handbewegung. Man wird Früh-, Spät- und Nachtschicht arbeiten wie bisher, 40 Stunden und mehr die Woche.

Warum ist das Ergebnis auf den Vollversammlungen angenommen worden? Angenommen? Die Entscheidung war längst gefallen, ohne die Streikenden, gegen sie.

Abitur – und dann?

r.gih. Westberlin. Als wir 1971 in die 7. Klasse der Lily-Braun-Schule kamen, wurde uns gesagt, wir hätten im Gymnasium die Chance, was Besonderes zu werden, und sollten die Chance nutzen.

Im Probehalbjahr fliegen dann zwei gleich wieder raus. Der Rest schlägt sich durch bis zur 10. Klasse. Da geht wieder einer ab und fängt eine Lehre bei Siemens an. Dafür haben wir jetzt zwei Sitzengebliebene in der Klasse. Durch das Kurssystem in der Oberstufe (11. bis 13. Klasse) wird dann unser Klassenverband auseinandergerissen zum Zweck der besseren Auslese. Von ca. 130 Schülern, die in der 7. Klasse gemeinsam angefangen haben, melden sich ungefähr 95 zum Abitur. Fünf davon fallen durch, einer zum zweiten Mal. Bei einer haben zwei Punkte gefehlt, sie hatte 298 statt 300 Punkte. Das war letztes Jahr. Dieses Jahr schickte die Schulaufsicht den Abiturienten einen schulfremden Prüfer auf den Hals, der alle Abiturarbeiten nachkorrigiert hat. Dadurch sind von den ca. 80 Schülern 22 durchgefallen. Einen Selbstmordversuch hat der Henkersknecht auch auf dem Gewissen.

Schon vor dem Abitur stellte sich uns die Frage, was wir anschließend tun sollen. Wir hatten so gut wie nichts gelernt, was für eine Berufsausübung nützlich ist. Einige wollten studieren, die meisten hatten keine Aussicht auf einen Studienplatz in dem Fach, das sie wollten. Außerdem fehlte das Geld. Viele suchten deshalb erstmal nach einer Lehrstelle. Da stellte sich aber auch schnell heraus, daß man als Abiturient keine Vorteile hat. Im Gegenteil. Ich wollte einen handwerklichen Beruf lernen. Als ich mich bei den Monopolkapitalisten beworben habe, Siemens, AEG, SEL usw., wurde mir gesagt, daß sie überhaupt keine Abiturienten nehmen. „Das stört doch in der Ausbildungsgruppe", hieß es. Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß sie Jüngere, die noch bei den Eltern wohnen, besser mit 300 bis 400 DM abspeisen können und vielleicht auch besser unter die Knute kriegen. Ich habe dann probiert, bei Schering Biologielaborant zu werden. Zur ersten Prüfung waren wir 400 Bewerber. Bis zur vierten Prüfung war dann ein Vierteljahr vergangen, und wir waren noch 20 Bewerber zur praktischen Prüfung. Vier wurden dann eingestellt, ich aber nicht.

Für alle Schüler, die noch keinen Ausbildungs- und Studienplatz hatten, hatte eine Lehrerin unserer Schule dann einen Vorschlag. Sie schrieb im Prüfungsvorbereitungsraum an die Tafel, daß sie Aushilfsjobs bei Siemens wüßte. Es stellte sich dann heraus, daß ihr Mann in der Abteilung ein höheres Tier ist.

Die Schülerin mit dem besten Notendurchschnitt (2,0) hat dann als einzige einen Medizinstudienplatz bekommen. Von den 30 Abiturienten, mit denen ich geprüft wurde, hat jeweils einer eine Lehrstelle als Bankkaufmann, Schriftsetzer, Arzthelferin, Gummitechniker, Klempner und Landwirtschaftsgärtner. Einer ist arbeitslos, einer Hilfsarbeiter. Sieben oder acht Schüler fangen an der PH an zu studieren. Einer, der einen Jura-Studienplatz hat, sucht weiter nach einem Ausbildungsplatz als Krankenpfleger.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 27: 32000

Auslandsbanken in Spanien zugelassen

Die „Integration“ nimmt ihren Gang / Spanien soll als „Brücke“ nach Lateinamerika dienen

z.ulg. Die spanische Regierung hat am 16. Juni ein Dekret verabschiedet, nach dem künftig ausländischen Banken die Gründung von Niederlassungen in Spanien gestattet wird. Die wichtigsten Bankmonopole der USA und französische, westdeutsche, britische und japanische Großbanken haben bereits „Interesse“ angemeldet, darunter die Deutsche und die Dresdner Bank. Bis zum Jahresende wird mit der Eröffnung eines halben Dutzend Filialen imperialistischer Banken in Madrid gerechnet.

Das Bankwesen war bisher der einzige bedeutende Wirtschaftszweig, der sich fast vollständig in spanischem Eigentum befand. Unter dem Franco-Regime war die Neugründung von Banken bis 1963 überhaupt verboten, und die Gründung ausländischer Bankfilialen war bisher grundsätzlich untersagt, was freilich nicht verhindert hat, daß schon 1970 vier ausländische Banken in der spanischen Bankenstatistik auftauchen und die Commerzbank unter ihren „Bankbeteiligungen im Ausland“ regelmäßig die Madrider Banco Urquijo aufführt. Nun also soll der frisch errichteten „Demokratie“ mit der „Liberalisierung“ der Bankenzulassung ein echt bürgerlicher Kranz geflochten werden.

Nicht, daß ausgerechnet der Faschismus die Unabhängigkeit des Landes im Auge gehabt hätte, als die Gründung ausländischer Bankfilialen verboten wurde. Der Imperialismus und vor allem die Supermacht USA haben seit Jahrzehnten das Land in Abhängigkeit gebracht und ihre Herrschaft gestützt auf die schmale spanische Oligarchie von Bankherren und Großgrundbesitzern ausgeübt. Der Profit aus dem Bankgeschäft war eine Pfründe, die der spanischen herrschenden Klasse gewährt wurde, damit sie den Zugriff des imperialistischen Kapitals auf die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse und die natürlichen Reichtümer des Landes um so ungehinderter freigab. Dafür sorgt schon die von den Imperialisten ausgeworfene Kreditschlinge. Auf 14 Mrd. Dollar wurden für Ende 1977 die spanischen Auslandsschulden geschätzt, 60% davon privat, wobei die spanischen Banken die Hauptschuldner sind, 40% Staatsschulden.

Das Bankwesen ist hochmonopolisiert. Von insgesamt 119 Banken vereinigen die 13 nationalen Banken 80% der gesamten Einlagen und mehr als 80% der Kreditsumme auf sich allein, den Löwenanteil davon wieder die sieben Großbanken Banesto, Central, Hispano Americano, Bilbao, Santander, Vizcaya und Urquijo. Seit 1918 haben diese „großen Sieben“ fast 100 kleinere Banken geschluckt. Soweit sich die Industrie nicht in ausländischem Besitz befindet oder zum Staatsmonopol INI gehört, wird sie überwiegend von den Großbanken kontrolliert. Indem sie jetzt selbst ins Bankgeschäft einsteigen, hoffen die Imperialisten auch diesen Teil der Wirtschaft direkt unter ihre eigene Kontrolle zu bringen.

Wie zufällig trafen in der gleichen Woche, in der die Regierung das Dekret über die Zulassung der Auslandsbanken beschloß, das schon seit Monaten fertig in der Schublade lag, in der Nähe von Malaga auf Einladung der spanischen Banesto Vertreter imperialistischer Großbanken zu einem „internationalen Bankentreffen“ zusammen. Anwesend unter anderem die Vizepräsidenten der Chase Manhattan und der Morgan Guaranty aus New York und der Verwaltungsratsvorsitzende der Londoner Lloyd. Referent war neben dem spanischen Finanzminister und dem Gouverneur der Zentralbank unter anderem der Sprößling des französischen Präsidenten, der letzte Woche höchstselbst zur Inspektion der spanischen Lage nach Madrid gereist ist.

Während das imperialistische Kapital immer tiefer in die spanische Wirtschaft eindringt, haben sich gleichzeitig die spanischen Auslandsinvestitionen in den letzten acht Jahren mehr als verdoppelt auf jetzt etwa 150 Mio. DM jährlich, abgesehen von illegalen Kapitalausfuhren, mit denen spanische Bourgeois ihr Schäfchen vor den Klassenkämpfen in Sicherheit zu bringen suchen und die alle Woche den Anlaß zu einem neuen Bankskandal liefern. Haben sich die spanischen Bourgeois gar selbst zu Imperialisten gemausert? Keineswegs. Spanien dient den Imperialisten als „Brücke“ vor allem nach Lateinamerika, wohin zwei Drittel aller spanischen Kapitalexporte gehen. Man höre den Komprador Amaro Mesa, Generaldirektor für Kulturbeziehungen im spanischen Außenministerium: Nach einem EG-Beitritt „muß Spanien weiter die Rolle einer Brücke mit den hispano-amerikanischen Ländern spielen, um deren Beziehungen mit Europa zu erleichtern“. Vor allem sollen die lateinamerikanischen Länder wie auch Spanien selbst durch „Beziehungen mit Europa“ um ihre Reichtümer erleichtert werden. Der Sekretär der sozialdemokratischen PSOE für internationale Beziehungen erbietet sich, mit der „Verteidigung der Menschenrechte“ in Lateinamerika das Geschäft der EG-Imperialisten zu betreiben. „Wenn Spanien das nicht macht, werden es die Vereinigten Staaten machen, die unser Hauptkonkurrent in dieser Region sind.“ Das ist echt eurosozialistisch gedacht, denn wer will im Ernst behaupten, Spanien selber sei der Hauptkonkurrent der USA in Lateinamerika.



Mehr als eine Million Arbeiter traten am 20. Juni in Andalusien und Extremadura in einen Generalstreik gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Unser Bild zeigt die Abschlußkundgebung einer Demonstration von Landarbeitern, auf der ein Vertreter der Einheitsbewegung der Arbeitslosen MUP sprach.

Einmütig unterstützen alle im Parlament vertretenen bürgerlichen Parteien von den Eurorevisionisten bis zu den Eurochristen der Regierungspartei UCD und den Altfaschisten der Volksallianz das „Beitrittsgesuch“ zur EG. Die Volksmassen freilich scheinen keineswegs so begeistert zu sein. Der Eurosozialist Yánez: „Es ist daher notwendig, in Spanien ein geeignetes Klima zu schaffen. Den Spaniern werden die wirklichen Vorteile der Integration in die EWG noch nicht erklärt.“

Anfang Juni war eine 42köpfige Kommission von EG-„Experten“ zur Erstellung eines „Fragebogens“ über die Bedingungen des EG-Beitritts in Spanien. Unter anderem traf sie mit Vertretern des Kapitalistenverbandes CEOE zusammen. Die Herren haben außer der Liberalisierung der Bankengründung noch weitere Felder entdeckt, auf denen sich der europäische Gedanke als erstes austoben soll. Zunächst die Mehrwertsteuer, in der die spanische Oligarchie, die in der Steuerplünderung vor allem der Bauernmassen auf jahrhundertelange Erfahrung zurückblicken kann, eine erfreuliche Bereicherung des Instrumentariums sieht. Und zur „freien Kapitalbewegung“ gehört natürlich auch das „uneingeschränkte Recht auf freie Zirkulation der Arbeiter“. Millionen von Spaniern sind seit Jahrzehnten zur Emigration gezwungen worden, was den Imperialisten billige Arbeitskraft und der spanischen Oligarchie einen hübschen Haufen Devisen einbringt.

„Eurokommunist“ Carillo freilich zieht es vor, daß „das Kapital zu den Menschen kommt“. Kühl stellt er in „Eurokommunismus und Staat“ fest: „Das bedeutet, daß ausländische Kapitalinvestitionen und das Wirken der multinationalen Unternehmen in unserem Land nicht behindert werden. Das ausländische Kapital wird also Mehrwert auspressen und Profite machen können.“ Basta.

Gegen die Zulassung der ausländischen Banken hat die marxistisch-leninistische Organisation ORT in ihrem Zentralorgan geschrieben: „Unter den Dingen, für die das Volk die UCD zur Verantwortung ziehen wird, wird nicht das geringste sein, daß sie die Ersparnisse des Volkes diesen neuen Piraten und Freibeutern in die Hand gegeben hat.“

Die imperialistische Presse fordert die vollständige Unterwerfung Spaniens

Britische, französische und westdeutsche Zeitungen zum „Investitionsklima“ in Spanien

z.jon.London. Gelingt es der spanischen Bourgeoisie und der spanischen Regierung, die Löhne der spanischen Arbeiter zu drücken und die Arbeiter-
die Revisionisten einerseits der Arbeiterbewegung und den Volksmassen Sand in die Augen streuen wollen, andererseits ihre eigenen Positionen in
Dringlich fordert das „Handelsblatt“ am 25.1.1978 die offene Vorherrschaft ausländischer Banken und das Einreißen aller Schranken der
gierung diese (im Moncloa-Pakt) vorgesehene Exportpriorität zu langsam umgesetzt hat.“ Eine Quelle für diese Exportkredite soll ein Kredit des
des im Auge gehabt hätte, als die Gründung ausländischer Bankfilialen verboten wurde. Der Imperialismus und vor allem die Supermacht USA haben seit Jahrzehnten das Land in Abhängigkeit gebracht und ihre Herrschaft gestützt auf die schmale spanische Oligarchie von Bankherren und Großgrundbesitzern ausgeübt. Der Profit aus dem Bankgeschäft war eine Pfründe, die der spanischen herrschenden Klasse gewährt wurde, damit sie den Zugriff des imperialistischen Kapitals auf die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse und die natürlichen Reichtümer des Landes um so ungehinderter freigab. Dafür sorgt schon die von den Imperialisten ausgeworfene Kreditschlinge. Auf 14 Mrd. Dollar wurden für Ende 1977 die spanischen Auslandsschulden geschätzt, 60% davon privat, wobei die spanischen Banken die Hauptschuldner sind, 40% Staatsschulden.
Das Bankwesen ist hochmonopolisiert. Von insgesamt 119 Banken vereinigen die 13 nationalen Banken 80% der gesamten Einlagen und mehr als
Mehr als eine Million Arbeiter traten am 20. Juni in Andalusien und Extremadura in einen Generalstreik gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Unser Bild zeigt die Abschlußkundgebung einer Demonstration von Landarbeitern, auf der ein Vertreter der Einheitsbewegung der Arbeitslosen MUP sprach.
Woche, in der die Regierung das Dekret über die Zulassung der Auslandsbanken beschloß, das schon seit Monaten fertig in der Schublade lag, in der Nähe von Malaga auf Einladung der spanischen Banesto Vertreter imperialistischer Großbanken zu einem „internationalen Bankentreffen“ zusammen. Anwesend unter anderem die Vizepräsidenten der Chase Manhattan und der Morgan Guaranty aus New York und der Verwaltungsratsvorsitzende der Londoner Lloyd. Referent war neben dem spanischen Finanzminister und dem Gouverneur der Zentralbank unter anderem der Sprößling des französischen Präsidenten, der letzte Woche höchstselbst zur Inspektion der spanischen Lage nach Madrid gereist ist.
Während das imperialistische Kapital immer tiefer in die spanische Wirt-
Mesa, Generaldirektor für Kulturbeziehungen im spanischen Außenministerium: Nach einem EG-Beitritt „muß Spanien weiter die Rolle einer Brücke mit den hispano-amerikanischen Ländern spielen, um deren Beziehungen mit Europa zu erleichtern“. Vor allem sollen die lateinamerikanischen Länder wie auch Spanien selbst durch „Beziehungen mit Europa“ um ihre Reichtümer erleichtert werden. Der Sekretär der sozialdemokratischen PSOE für internationale Beziehungen erbietet sich, mit der „Verteidigung der Menschenrechte“ in Lateinamerika das Geschäft der EG-Imperialisten zu betreiben. „Wenn Spanien das nicht macht, werden es die Vereinigten Staaten machen, die unser Hauptkonkurrent in dieser Region sind.“ Das ist echt eurosozialistisch gedacht, denn wer will im Ernst behaup-
bewegung“ gehört natürlich auch das „uneingeschränkte Recht auf freie Zirkulation der Arbeiter“. Millionen von Spaniern sind seit Jahrzehnten zur Emigration gezwungen worden, was den Imperialisten billige Arbeitskraft und der spanischen Oligarchie einen hübschen Haufen Devisen einbringt.
„Eurokommunist“ Carillo freilich zieht es vor, daß „das Kapital zu den Menschen kommt“. Kühl stellt er in „Eurokommunismus und Staat“ fest: „Das bedeutet, daß ausländische Kapitalinvestitionen und das Wirken der multinationalen Unternehmen in unserem Land nicht behindert werden. Das ausländische Kapital wird also Mehrwert auspressen und Profite machen können.“ Basta.
Gegen die Zulassung der ausländischen Banken hat die marxistisch-leninistische Organisation ORT in ihrem Zentralorgan geschrieben: „Unter den Dingen, für die das Volk die UCD zur Verantwortung ziehen wird, wird nicht das geringste sein, daß sie die Ersparnisse des Volkes diesen neuen Piraten und Freibeutern in die Hand gegeben hat.“
(13,50 Milliarden Pesetas) um mehr als das Doppelte auf 28,04 Milliarden Pesetas an. Die BRD-Imperialisten liegen mit ihren Auslandsinvestitionen an zweiter Stelle hinter den USA. Neben der Kapitalanlage in der metallverarbeitenden Industrie, im Abbau und der Verarbeitung von Rohstoffen und der chemischen Industrie nimmt der Anteil ausländischer Beteiligungen am Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe einen bedeutenden Platz ein. 1978 wird als Rekordjahr im Fremdenverkehr erwartet. 1977 stiegen die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr gegenüber 1976 um 25% auf 4 Milliarden Dollar. 2,2 Millionen Fremdenbetten stehen zur Zeit zur Verfügung. Zur Belebung des Fremdenverkehrs sollen die Hotelkapazitäten ausgebaut werden. Spanien – das Land, aus dem die Ferien sind? Die Imperialisten halten sich das Land als Urlaubskolonie. Am Bedürfnis der Arbeiter und Volksmassen nach Erholung verdienen sie sich ihre Nase noch goldener. Sämtliche der großen westdeutschen Touristik-Unternehmen gehören der Deutschen und der Dresdner Bank oder den Hertie-Warenhauskapitalisten. Die spanischen Bauern wurden von ihrem Land verjagt. Von 1960 auf 1975 hat sich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 44% auf 23% verringert, gleichzeitig stieg der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten von 32% auf 39%. Der Anteil
Die imperialistische Presse fordert die vollständige Unterwerfung Spaniens
Britische, französische und westdeutsche Zeitungen zum „Investitionsklima“ in Spanien

z.jon.London. Gelingt es der spanischen Bourgeoisie und der spanischen Regierung, die Löhne der spanischen Arbeiter zu drücken und die Arbeiterbewegung niederzuhalten? Schafft ihre Politik der „Liberalisierung“ und der „Anpassung an die EG“ schnell genug freie Bahn für den Kapitalexport? Das sind die Fragen, unter denen die Presse der westeuropäischen Imperialisten die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Spanien untersucht.

In einem Kommentar zum „Pakt von Moncloa“, in dem sich alle bürgerlichen Parteien im spanischen Parlament auf ein Programm zur Verschärfung der Ausbeutung und zur Plünderung der Volksmassen geeinigt haben, kritisiert die französische Zeitung „Le Monde“ am 9.11.77, daß diese Maßnahmen nicht weit genug gehen:

„Im übrigen hat das Land noch nicht die Lehren aus der Ölkrise gezogen und lebt immer noch über seine Verhältnisse ... Im übrigen, um den Unternehmern Vertrauen wiederzugeben, wäre es notwendig gewesen, ihnen das Recht zu Entlassungen zu geben ... Was ist aber passiert? Die Wirtschaftsfachleute haben eine Steuerreform beschließen lassen, deren Ziele sicherlich löblich sind, die aber in einer Zeit der Rezession für ‚unzweckmäßig‘ gehalten wird, denn sie ‚entmutigt‘ die Unternehmer ... Kurz, in den Augen der Liberalen und der Geschäftswelt hat die Regierung Suarez Zugeständnisse an die Opposition gemacht, ohne zu versuchen, ihre eigene Politik durchzusetzen.“

Der Pakt von Moncloa enthält zahlreiche Bestimmungen über die „Mitbestimmung“ und die „demokratische Kontrolle“ der beschlossenen Plünderungsmaßnahmen, mit denen die sozialdemokratischen Reformisten und die Revisionisten einerseits der Arbeiterbewegung und den Volksmassen Sand in die Augen streuen wollen, andererseits ihre eigenen Positionen in der Ausbeutung und Plünderung festigen wollen. Das in Düsseldorf herausgegebene „Handelsblatt“ fürchtet, daß diese Maßnahmen den Klassenkampf nicht unterdrücken können:

„Zur gleichen Zeit (in der der Pakt beschlossen wurde, Red.) hat sich die Arbeitsunruhe im ganzen Land wieder verschärft, was mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage parallel läuft ... Für die Gewerkschaften und die Arbeitgeber beginnen jetzt erst die eigentliche Verhandlung mit der Regierung. Sie könnten länger dauern, als es die Krisenlage wünschenswert erscheinen läßt.“ (26.10.77)

Die englische „Financial Times“ teilt die Sorgen ihrer imperialistischen Kollegen, zollt aber vor allem der Rücksichtslosigkeit und Hinterhältigkeit Hochachtung, mit der die spanische Bourgeoisie im Auftrag der Imperialisten die Löhne senken und zu diesem Zweck die Arbeitslosigkeit vergrößern will:

„Viel hängt davon ab, daß die Lohnerhöhungen in den vorgeschriebenen Grenzen bleiben ... Letztenendes hängt der Erfolg dieser Wirtschaftspolitik von der Drohung mit größerer Arbeitslosigkeit ab ... Tatsächlich sind Regierung wie sozialistische und kommunistische Opposition zu dem Schluß gekommen, daß nur wenig gegen die Arbeitslosigkeit getan werden kann, die nur noch schlimmer werden kann. Die Annahme des Sozialpaktes bedeutet deshalb erhebliche Opfer für die Anhänger sowohl der Sozialistischen Partei des Felipe Gonzalez wie der Kommunistischen Partei des Santiago Carillo.“ (31.10.77)

Dringlich fordert das „Handelsblatt“ am 25.1.1978 die offene Vorherrschaft ausländischer Banken und das Einreißen aller Schranken der Ausbeutung. Falls die Regierung nicht spurt, muß sie abgelöst werden:

„Schon lange wird den (spanischen) Banken von den Unternehmen vorgeworfen, in der gegenwärtigen Situation der Regierung und der ganzen Planung des Moncloa-Paktes keine Hilfestellung leisten zu wollen ... Die starke Einschränkung der Geldmenge, die innerhalb von drei Monaten von 170 auf 140 Milliarden Peseten reduziert worden war, hatte eine Lage geschaffen, welche auch gesunde Unternehmen nicht mehr durchstehen konnten ... Andere Stimmen haben darauf hingewiesen, daß die Ungewißheit durch die einseitige Einstellung der Regierung bedingt sei, die den Arbeitnehmern das Streikrecht und die Organisierung von Gewerkschaften gewährt habe, während den Arbeitgebern selbst ein beschränktes Recht zur Entlassung noch immer nicht zugestanden worden sei ... ist in diesem Zusammenhang jedoch interessant, daß die Popularität des Premierministers Suarez in einer Erhebung, die jetzt veröffentlicht wurde, zum erstenmal unter 50% gefallen ist.“

Die Imperialisten investieren ihr Kapital in Spanien vor allem in die Produktion für den Export, um die niedrigen Löhne der spanischen Arbeiter für die Konkurrenzschlacht auf den europäischen Warenmärkten zu nutzen. Am 10.4.1978 meldet die „Financial Times“:

„Die spanische Regierung hat entschieden, die Kreditsumme, die für Exporte zur Verfügung steht, fast um 30% zu erhöhen ... Einige Geschäftsleute hatten sich beklagt, daß die Regierung diese (im Moncloa-Pakt) vorgesehene Exportpriorität zu langsam umgesetzt hat.“ Eine Quelle für diese Exportkredite soll ein Kredit des Weltwährungsfonds über 295 Millionen Dollar sein. „Die Regierung ist außerdem aufgefordert, 12,9 Milliarden Peseten ‚auf anderem Wege‘ aufzubringen, entweder mit Hilfe ausländischer Banken oder durch Verschuldung im Inland ... Große Gesellschaften mit ausländischen Anteilen spielen in der Tat eine wachsende Rolle in Spaniens Exportleistung ... 20 Gesellschaften erbringen 15% aller industriellen Exporte. Davon hat die Hälfte bedeutende ausländische Anteile.“

Als das imperialistische Finanzkapital endlich die Öffnung seiner Banken in Spanien selbst erzwungen hat, kommentiert die „Financial Times“:

„Im kleinen Kreis wird dieser Schritt als das späte Ende einer ermüdenden Geschichte beschrieben, die sehr viel früher hätte abgeschlossen werden können ... Die Liberalisierung des Banksystems, und vor allem der Zinsen, wird als integraler Bestandteil von Spaniens Weg zu einer mehr marktorientierten Wirtschaft gesehen ... Das Interesse der ausländischen Banken ist es, vor allem in Spanien, der zehntgrößten Industriemacht der Welt, präsent zu sein ... Die ausländischen Banken sind vor allem am Großbankgeschäft interessiert ... 70% der Auslandskredite kommen von ausländischen Banken.“ (22.6.78)

15 bis 20 Banken hätten bis jetzt Anträge auf Zulassung gestellt, meldet die „Financial Times“, darunter je zwei Banken der westdeutschen und der britischen Imperialisten, drei Banken der französischen Imperialisten und sechs Banken der US-Imperialisten, die immer noch Truppen in Spanien stationiert haben.

Nach Spanien der Deutschen Bank wegen?

z.rua. „Spanien ist ein bißchen wie ein großes, äußerst lebendiges Museum. Das Erbe der vielen Besucher, Händler, Eroberer ist bis heute erhalten und wird als ein Teil des heutigen Selbstverständnisses begriffen“, wirbt Hertie-Reisen für „Spanien – Das Land, aus dem die Ferien sind“. Am 23.6. beglückten die ZDF-Nachrichten die Spanien-Urlauber „mit einem besonderen Service, den sich die Deutsche Bundespost ausgedacht hat: In den wichtigsten spanischen Ferienorten werden von Juni bis September auch deutsche Postbeamte am Schalter sitzen. Sie sollen vor allem jenen Urlaubern behilflich sein, die von ihren Postsparbüchern Geld abheben wollen.“ Ab dem 1.3. war ein Abkommen mit der spanischen Regierung über den Postsparverkehr in Kraft getreten, das in 1 500 spanischen Postämtern gilt. 1 500 deutsche Postbeamte also mindestens, die neben den deutschen Beschäftigten der deutschen Auslandsbanken die Geldgeschäfte regeln werden, denn – so ist erwiesen – die Spanier können mit dem Geld einfach nicht umgehen.

Ende 1977 war Spanien mit 14 Milliarden Dollar verschuldet. Die vom Ministerrat 1977 genehmigten Auslandsinvestitionen – nur Investitionen mit mehr als 50% des Gesamtkapitals sind genehmigungspflichtig – stiegen gegenüber 1976 (13,50 Milliarden Pesetas) um mehr als das Doppelte auf 28,04 Milliarden Pesetas an. Die BRD-Imperialisten liegen mit ihren Auslandsinvestitionen an zweiter Stelle hinter den USA. Neben der Kapitalanlage in der metallverarbeitenden Industrie, im Abbau und der Verarbeitung von Rohstoffen und der chemischen Industrie nimmt der Anteil ausländischer Beteiligungen am Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe einen bedeutenden Platz ein. 1978 wird als Rekordjahr im Fremdenverkehr erwartet. 1977 stiegen die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr gegenüber 1976 um 25% auf 4 Milliarden Dollar. 2,2 Millionen Fremdenbetten stehen zur Zeit zur Verfügung. Zur Belebung des Fremdenverkehrs sollen die Hotelkapazitäten ausgebaut werden. Spanien – das Land, aus dem die Ferien sind? Die Imperialisten halten sich das Land als Urlaubskolonie. Am Bedürfnis der Arbeiter und Volksmassen nach Erholung verdienen sie sich ihre Nase noch goldener. Sämtliche der großen westdeutschen Touristik-Unternehmen gehören der Deutschen und der Dresdner Bank oder den Hertie-Warenhauskapitalisten. Die spanischen Bauern wurden von ihrem Land verjagt. Von 1960 auf 1975 hat sich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 44% auf 23% verringert, gleichzeitig stieg der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten von 32% auf 39%. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttosozialprodukt verringerte sich von 27% auf 9%, der aus dem Dienstleistungsbereich stieg von 43% auf 52%. Das Land, das früher agrarisch bebaut wurde, wird jetzt mit betonernen Hotelklötzen bepflastert. Allein 1977 sank die Ackerbauerzeugung gegenüber 1976 um 5%. Die Teile der spanischen Volksmassen, die mit ihren kleinen Bodegas noch versuchten, aus dem Fremdenverkehr ihre Lebenshaltung zu bestreiten, werden beschleunigt in den Ruin getrieben. Für den Ausschank von Getränken aller Art wurde 1978 als Teil der vom IWF geforderten Steuerreform eine Sondersteuer eingeführt. Daneben wurde die Einkommenssteuer erhöht und die Mehrwertsteuer soll bis 1979 eingeführt werden. Sind die spanischen Volksmassen von ihrem Land und ihrem Haus freigesetzt, können sie zusehen, ob sie in den eigens eingerichteten Arbeitsbeschaffungsprogrammen im Dienstleistungssektor ihre Arbeitskraft vernutzen lassen können. Außerordentlich erbost reagierten die westdeutschen Imperialisten, als im Frühjahr die Hotelbeschäftigten in den Streik für mehr Lohn und gegen die Verschärfung der Arbeitshetze traten und die Besitzer der kleinen Lebensmittelläden aus Solidarität ihre Läden schlossen. Genauso erbost waren sie, als Mitte Juni die spanischen Zöllner in den Bummelstreik traten. Vielleicht sollten als „besonderer Service für den deutschen Spanien-Urlauber“ neben den Postbeamten auch deutsche Zöllner und Polizisten nach Spanien entsandt werden?

Paradiesisch leben durch Steuern

z.gab. Nachdem die Bundesregierung 1977 die Staatskassen füllte durch Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer um 18 bzw. 20 Prozent, machen sich die Parlamentarier „Sorgen um die Gesundheit" der westdeutschen Volksmassen. Von 1970 bis 1977 haben die Bourgeois die Ausplünderung der Volksmassen durch die Tabaksteuer – der nach der Mineralölsteuer „ertragreichsten" indirekten Steuer – von 6,5 Milliarden DM auf 10,5 Milliarden DM und durch die Branntweinsteuer um weitere 1,5 Milliarden DM erhöht. 1974/75 waren die Staatseinnahmen aus der Tabaksteuer zum ersten Mal seit 1970 gesunken – um 66 Millionen DM, die Branntweinsteuereinnahmen sogar um 166 Millionen DM. Alarmzeichen für die Steuererhöhung. Jedoch, die Haupteinnahme aus der Tabaksteuer kommt von der Besteuerung der Zigarette – zu 97 Prozent. Die aber ist, seitdem das Päckchen 3 DM und mehr kostet, im Verbrauch drastisch gesunken. Die Volksmassen steigen um auf Selbstgedrehte, hatte die CDU schon im Januar besorgt festgestellt. Natürlich aus „gesundheitspolitischen Gründen", denn Tabakverschnitt hat den höchsten Teer- und Nikotingehalt. Wie wäre also die Besteuerung nach dem Schadstoffgehalt, fragt SPD-Abgeordneter Marschall am 7. Juni. Amling von der SPD hatte auch schon im Januar vorgeschlagen, in diesem Punkt dem löblichen Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen. Im Dezember 1977 wurde eine EG-Kommission beauftragt, diesbezüglich ein Gutachten für alle Mitgliedsstaaten zu erstellen, berichtet der parlamentarische Staatssekretär Zander. „Bei dieser Sachlage hält es die Bundesregierung nicht für angezeigt, die Aufforderung ... gesondert zu prüfen ... zumal die Weltgesundheitsversammlung nur eine (Steuererhöhung für Zigaretten, Red.) von mehreren zur Diskussion stehenden steuerlichen Maßnahmen anspricht." Zander schlägt die Besteuerung aller Tabakerzeugnisse nach den Schadstoffen „als dem angestrebten Ziel bessere Lösung" vor. Die Biersteuereinnahmen sind im vergangenen Jahr um 30 Millionen DM gesunken. Mit Sicherheit wird die nächste „Sorge" dem „wachsenden Alkoholismus" und besonders den „Biertrinkern" gelten. Ein geradezu paradiesisch gesundes Leben wollen die Bourgeois der Arbeiterklasse bescheren.

Brot und Spiele

z.rua. „Unsere Krone" ist verloren. Jetzt wird abgerechnet. Gift und Galle spucken die Bourgeoisschmierfinken über die einstmaligen „Helden der Nation". „Die Mannschaft des DFB hat den deutschen Fußball auf dieser WM blamiert bis auf die Knochen", konstatiert ZDF-Korrespondent Hans-Joachim Friederichs bei der Ankunft der Fußballmannschaft auf dem Frankfurter Flughafen und empfiehlt Verhaltensregeln, sollte man einen dieser Spieler zu Gesicht bekommen: „Pfeifen!"

Wer die 35-Stunden-Woche fordert, muß die Lohnfrage beantworten

Klöckner-Arbeiter nutzen die Betriebsversammlung zur Vorbereitung des Lohnkampfes

r.mab.Bremen. Auf der Betriebsversammlung vor einem Jahr wurde eine Abstimmung durchgeführt zur Unterstützung des Beschlusses der Opel-Belegschaft für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. In den Monaten nach der Versammlung wurde der Lohnkampf geführt und der Kampf organisiert gegen die weitere Verdichtung des Arbeitstages. Jetzt, vor dieser letzten Betriebsversammlung, konnten die Kapitalisten erneut die Produktion von Roheisen und Rohstahl um 7% und im Strangguß die Leistung um 29,4% erhöhen, die Gesamtbelegschaft sank im gleichen Zeitraum um 118 Beschäftigte. „In einer so ernsten Lage in der Stahlindustrie, daß man sie kaum schildern kann" (Arbeitsdirektor Sporbeck) sind auf der Versammlung Arbeiter nach oben gegangen und haben berichtet, wie sie im Warmwalzwerk (WW) den Kampf führen gegen die Streichung der Walzpause. Fast alle Arbeiter im WW haben sich bis jetzt in die Unterschriftenliste eingetragen. Es gibt in jeder Abteilung im Werk solche Kämpfe und Auseinandersetzungen. Gegen das Märchen von der schlechten Lage der Stahlkapitalisten (sie schwimmen im Geld, bloß wollen sie noch *mehr*) berichtete ein Genosse, wie sich die Intensität der Arbeit erhöht hat durch Veränderung der Produktionspalette. Auf der Hütte Bremen werden Versuche angestellt, edelstahlplattierten Normalstahl herzustellen. Zur Produktion des Plat-Inox-Flachstahls wird nur noch ein Viertel dessen benötigt, was an hochwertigen und vor allem teuren Legierungselementen bei Edelstahl-Vollmaterial eingesetzt werden muß. Dieses Vorhaben fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie.

In den Werkshallen selber heißt es erhöhte Anspannung und Konzentration, wenn Plat-Inox-Flachstahl produziert wird. An der Beize z.B. werden die Stahlbänder zusammengeschweißt, bevor sie durch das Säurebecken gezogen werden. Bei Plat-Inox-Flachstahl ist das besonders schwierig. Reißt mal so eine Schweißnaht, dann kann das nicht mit normalem Gas oder der Elektrode zusammengeschweißt werden, da muß dann extra ein Schweißer aus dem LD-Werk geholt werden. Das Entfernen von dem Walzzunder ist ebenfalls eine heikle Angelegenheit.

Über die Produktion von Spezialstahl gelingt es Klöckner u.a. trotz sinkender Tonnenproduktion pro Kopf den Profit zu erhöhen.

Diejenigen Arbeiter, die auf der Betriebsversammlung am letzten Dienstag den Werksvorstand angegriffen haben, haben Beifall bekommen. Die meisten Redner traten ein für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Von seiten des Betriebsrates wurde Bericht erstattet über die Tarifkomissionssitzung und über die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag. Dieser Bericht ist Ausdruck der Stärke der Bewegung für die 35-Stunden-Woche. Der sozialdemokratische Betriebsrat Bohling begründete die Einführung der 35-Stunden-Woche mit den Arbeitsbedingungen in der Stahlindustrie. In der Tarifinformation Nr. 1 der IGM-Verwaltungsstelle Dortmund heißt es: „In keinem anderen Bereich wie bei Stahl ist die Belastung, die die Schicht-, Sonn-/Feiertags- und Nachtarbeit mitbringt, so spürbar, so daß es eine Verpflichtung war, nach dem Beschluß des Gewerkschaftstages die Möglichkeit der Kündigung des Tarifvertrages wahrzunehmen und die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich aufzunehmen."

Nach Bohling sind die Herzerkrankungen und die Herzinfarkte hier bei Klöckner hochgestiegen. Er muß es wissen, er ist Vertreter in der Betriebskrankenkasse. Die KBW-Zelle hat den Zusammenhang mit der Intensivierung der Arbeit und der Ausweitung der Nachtarbeit hergestellt. Dabei haben wir die Notwendigkeit des Lohnkampfes als grundlegend hervorgehoben und eine Forderung von 200 DM für die anstehende Lohntarifrunde propagiert. Wir haben der Versammlung dargelegt, wie wir diese 200 DM-Forderung ermittelt haben und warum sie taugt: Zuerst haben wir mit Hilfe der Bruttolohnsumme den Betrag errechnet, von dem wir meinen, daß man ihn den Kapitalisten abjagen kann. Diesen Betrag haben wir durch die Anzahl der Belegschaftsmitglieder geteilt und sind dadurch auf einen Festgeldbetrag pro Kopf gekommen. Dann haben wir untersucht, wer bei der Festgeldforderung besser als bei der entsprechenden Prozentforderung abschneidet. Die Bruttolohnsumme haben wir nach folgender Formel errechnet:

(Bruttolohnsumme der Klöckner Werke AG im Geschäftsjahr 76/77) geteilt durch (Belegschaft der Klöckner Werke AG) multipliziert mit (Belegschaft der Hütte Bremen) zuzüglich 4% Lohnerhöhung. Dieser Betrag geteilt durch zwölf ergibt eine Bruttolohn- und Gehaltssumme pro Monat für die Hütte Bremen von 18288789 DM.

Davon 9,5% ergibt 1737434,90 DM. Diese geteilt durch durch 7000 (Belegschaftsstärke) ergibt 248,20 DM. Dieser Betrag erscheint bei einer Erhöhung von 9,5% auf die ganze Lohnsumme gerechnet relativ hoch. Dies hängt damit zusammen, daß in der Summe auch die gutbezahlten Betriebschefs und Abteilungsleiter erfaßt sind. Verdient einer von ihnen doch schon so viel wie etwa drei oder fünf Arbeiter.

Um 250 Mark effektiv mehr zu erhalten, müssen 200 Mark mehr auf den Tariflohn gefordert werden. Bei Festgelderhöhung zieht sich die Lohn- und Gehaltsverteilung zusammen und verringert die Spaltung. 1520 Arbeiter und Angestellte schneiden gegenüber Prozenterhöhung besser ab, dieser Vorteil geht zu Lasten von 613 Antreibern in den höchsten Gehaltsgruppen. Schade ist das nicht, sondern gewollt. Das fand auch die Versammlung. Breiten Beifall gab es dafür, daß die Antreiber abgespalten werden und bei 200 DM Festgeld weniger als bei entsprechender Prozentforderung erhalten, während die Arbeitenden so fester zusammengeschlossen werden.

Hannovers Sozialdezernent kann die Wahrheit über den gewaltsamen Tod der Rentnerin Lueg nicht unterdrücken

r.all. Hannover. „Im letzten Jahr sind Sie mit dienstlichen Belangen in die Öffentlichkeit getreten", haben „... schließlich in spektakulärer Weise die Umstände des Todesfalls der Patientin Emma Lueg wiederholt in die Öffentlichkeit gebracht ... ist damit zu rechnen, daß Sie auch in Zukunft ähnliche Schritte unternehmen". Mit dieser Begründung kündigt die Stadt Hannover dem Assistenzarzt der Zentralen Anästhesie-Abteilung im Städtischen Krankenhaus Siloah, A. Lampe, am 14.4. zum 30.6.

Was war geschehen? In der Nacht vom 6./7.7.1977 verstirbt die Rentnerin E. Lueg an den Folgen eines Darmwanddurchbruchs, den sie sich infolge eines Einlaufs zur Anregung der Darmtätigkeit zugezogen hatte. A. Lampe hat als diensthabender Arzt den Tod festgestellt und auf dem Totenschein „unnatürlicher Tod" vermerkt. Der Chefarzt der Anästhesie-Abteilung, Dr. P. Uter, läßt diesen

ste tut alles, die Diskussion über den Tod der Rentnerin zu unterdrücken, er läßt A. Lampe an die entlegene HNO-Klinik versetzen und vom Bereitschaftsdienst im Krankenhaus Siloah ausschließen.

Stadtrat Beste hat allen Grund, die Aufklärung des Todesfalls E. Lueg zu verhindern. Gewerkschaftsmitglieder des Krankenhauses Siloah machen ihn für die Personaleinsparungen und katastrophale Krankenversorgung verantwortlich. Die Personalversammlung des Nordstadt-Krankenhauses greift Beste wegen der skandalösen Zustände auf der Intensivstation 8 an.

Beste, dessen Rolle als Vollzugsgehilfe Ehrenbergs mehr und mehr durchschaut wird, versucht, sich als Sachwalter der Interessen der Patienten aufzuspielen und gleichzeitig die Rationalisierung weiter voranzutreiben: Er gibt im Frühjahr Anweisung an das Pflegepersonal, daß die Patienten erst ab morgens 5 Uhr geweckt werden



Ein Ausschnitt aus einem Plakat der Zelle Klinikum Steglitz des Bezirksverbandes Westberlin des KBW.

nur noch mehr verhaßt.

Wenn eine Schwester, die nachts auf einer 32-Betten-Station Dienst tun muß, morgens um 3 Uhr schon mit dem Waschen der Patienten beginnen muß, so liegt das allein daran, daß die anfallende Arbeit bis zur morgendli-

Verstorbenen, Frau Müller, und A. Lampe weisen auf einer Pressekonferenz am 26.6. nach, daß es die Durchsetzung des Ehrenbergschen Mordprogramms ist, die zum gewaltsamen Tod E. Luegs führen mußte.

Die studentische Vollversammlung

wurde eine EG-Kommission beauftragt, diesbezüglich ein Gutachten für alle Mitgliedsstaaten zu erstellen, berichtet der parlamentarische Staatssekretär Zander. „Bei dieser Sachlage hält es die Bundesregierung nicht für angezeigt, die Aufforderung ... gesondert zu prüfen ... zumal die Weltgesundheitsversammlung nur eine (Steuererhöhung für Zigaretten, Red.) von mehreren zur Diskussion stehenden steuerlichen Maßnahmen anspricht." Zander schlägt die Besteuerung aller Tabakerzeugnisse nach den Schadstoffen „als dem angestrebten Ziel bessere Lösung" vor. Die Biersteuereinnahmen sind im vergangenen Jahr um 30 Millionen DM gesunken. Mit Sicherheit wird die nächste „Sorge" dem „wachsenden Alkoholismus" und besonders den „Biertrinkern" gelten. Ein geradezu paradiesisch gesundes Leben wollen die Bourgeois der Arbeiterklasse bescheren.

Brot und Spiele

z.rua. „Unsere Krone" ist verloren. Jetzt wird abgerechnet. Gift und Galle spucken die Bourgeoisschmierfinken über die einstmaligen „Helden der Nation". „Die Mannschaft des DFB hat den deutschen Fußball auf dieser WM blamiert bis auf die Knochen", konstatiert ZDF-Korrespondent Hans-Joachim Friederichs bei der Ankunft der Fußballmannschaft auf dem Frankfurter Flughafen und empfiehlt Verhaltensregeln, sollte man einen dieser Spieler zu Gesicht bekommen: „Pfeifen!"

Denn: „Die Argentinier haben ganz bestimmte Vorstellungen von den Deutschen: solide Eigenschaften wie Fleiß, Kraft, Energie und die Intelligenz, daraus was zu machen. Davon haben sie nichts oder wenig gesehen auf diesem Turnier." Die „Bildzeitung" hat sich die Mühe gemacht, die Rechnung zu präsentieren, was von den 22 Spielern während der Weltmeisterschaft „verschlungen" worden sei. Danach hat jeder Spieler pro Tag einundzwanzigeinhalb Eier, sechseinhalb Pfund Fleisch, 13 Brötchen, knapp zwei Kilo Brot, knapp zweieinhalb Pfund Salat, etliche Joghurts und Desserts, dazu zweieinhalb Dosen Bier und einen knappen Liter Wein zu sich genommen. Gut und gerne an die 20 Pfund wurden so von jedem Spieler pro Tag verzehrt. An den 21 Tagen, die sie der Weltmeisterschaft beigewohnt haben, wären sie also auf 420 Pfund Gewichtszunahme gekommen. Abtrainiert haben sie die nicht, denn, so stellt die Pressemeute fest, die Mannschaft war stinkfaul. Zehn Stunden haben sie gebraucht, um 7000 Autogrammkarten zu unterschreiben, mehr als sie insgesamt gespielt haben. Und dann haben sie noch 80 Bälle verschenkt. Allein im Training haben sie 15 Bälle kaputtgetreten, ihr Trainingszeug verdreckt und verschlissen. Dem Berti Vogts wird nachgesagt, er hätte bei seinem Tor für Österreich Schokolade gegessen. Wahrscheinlich die letzte für längere Zeit. Wer sich zum Hund machen läßt, braucht sich nicht wundern, wenn er getreten wird, und wenn ihm von Bourgeoiskläffern das Futter geneidet und zehnfach in Rechnung gestellt wird. Die fühlen sich nämlich gewaltig geprellt. Nicht nur, daß am deutschen Wesen die Welt *so* nicht genesen wird, sie sind um zahlreiche Sieges-Gelage gebracht.

tensität der Arbeit erhöht hat durch Veränderung der Produktionspalette. Auf der Hütte Bremen werden Versuche angestellt, edelstahlplattierten Normalstahl herzustellen. Zur Produktion des Plat-Inox-Flachstahls wird nur noch ein Viertel dessen benötigt,

sionssitzung und über die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag. Dieser Bericht ist Ausdruck der Stärke der Bewegung für die 35-Stunden-Woche. Der sozialdemokratische Betriebsrat Bohling begründete die Einführung der 35-Stunden-Woche mit

Belegschaftsmitglieder geteilt und sind dadurch auf einen Festgeldbetrag pro Kopf gekommen. Dann haben wir untersucht, wer bei der Festgeldforderung besser als bei der entsprechenden Prozentforderung abschneidet. Die Bruttolohnsumme haben wir nach fol-

Das fand auch die Versammlung. Breiten Beifall gab es dafür, daß die Antreiber abgespalten werden und bei 200 DM Festgeld weniger als bei entsprechender Prozentforderung erhalten, während die Arbeitenden so fester zusammengeschlossen werden.

Hannovers Sozialdezernent kann die Wahrheit über den gewaltsamen Tod der Rentnerin Lueg nicht unterdrücken

r.all. Hannover. „Im letzten Jahr sind Sie mit dienstlichen Belangen in die Öffentlichkeit getreten", haben „... schließlich in spektakulärer Weise die Umstände des Todesfalls der Patientin Emma Lueg wiederholt in die Öffentlichkeit gebracht ... ist damit zu rechnen, daß Sie auch in Zukunft ähnliche Schritte unternehmen". Mit dieser Begründung kündigt die Stadt Hannover dem Assistenzarzt der Zentralen Anästhesie-Abteilung im Städtischen Krankenhaus Siloah, A. Lampe, am 14.4. zum 30.6.

Was war geschehen? In der Nacht vom 6./7.7.1977 verstirbt die Rentnerin E. Lueg an den Folgen eines Darmwanddurchbruchs, den sie sich infolge eines Einlaufs zur Anregung der Darmtätigkeit zugezogen hatte. A. Lampe hat als diensthabender Arzt den Tod festgestellt und auf dem Totenschein „unnatürlicher Tod" vermerkt. Der Chefarzt der Anästhesie-Abteilung, Dr. P. Uter, läßt diesen
Original-Totenschein verschwinden und einen zweiten anfertigen – mit der Eintragung „natürlicher Tod". A. Lampe informiert die Angehörigen der Rentnerin von diesem Vorgang, die sich in einem Brief an die Verantwortlichen und die Presse wenden. Eine Sektion, die näheren Aufschluß über die tatsächliche Todesursache hätte bringen können, unterbleibt. Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wird eingestellt. Stadtrat Be-

ste tut alles, die Diskussion über den Tod der Rentnerin zu unterdrücken, er läßt A. Lampe an die entlegene HNO-Klinik versetzen und vom Bereitschaftsdienst im Krankenhaus Siloah ausschließen.

Stadtrat Beste hat allen Grund, die Aufklärung des Todesfalls E. Lueg zu verhindern. Gewerkschaftsmitglieder des Krankenhauses Siloah machen ihn für die Personaleinsparungen und katastrophale Krankenversorgung verantwortlich. Die Personalversammlung des Nordstadt-Krankenhauses greift Beste wegen der skandalösen Zustände auf der Intensivstation 8 an.

Beste, dessen Rolle als Vollzugsgehilfe Ehrenbergs mehr und mehr durchschaut wird, versucht, sich als Sachwalter der Interessen der Patienten aufzuspielen und gleichzeitig die Rationalisierung weiter voranzutreiben: Er gibt im Frühjahr Anweisung an das Pflegepersonal, daß die Patienten erst ab morgens 5 Uhr geweckt werden
sollen. Die Beschäftigten des Krankenhauses Siloah geben ihm die passende Antwort: Man sei ebenfalls dafür, die Patienten möglichst spät zu wecken, nur solle er vorher für ausreichende Personalausstattung sorgen. Beste versucht, neue Rationalisierungsmöglichkeiten auszukundschaften und absolviert auf einer Station des Oststadtkrankenhauses einen Tagdienst als namenloser „Krankenpflegepraktikant". Er macht sich dadurch



Ein Ausschnitt aus einem Plakat der Zelle Klinikum Steglitz des Bezirksverbandes Westberlin des KBW.

nur noch mehr verhaßt.

Wenn eine Schwester, die nachts auf einer 32-Betten-Station Dienst tun muß, morgens um 3 Uhr schon mit dem Waschen der Patienten beginnen muß, so liegt das allein daran, daß die anfallende Arbeit bis zur morgendli-
chen Dienstübergabe anders nicht zu schaffen ist. Wenn die ärztliche Versorgung, vor allem nachts und am Wochenende, unzureichend ist, so liegt es daran, daß dann ein Assistenzarzt z.B. 130 Patienten allein versorgen muß – und das im Bereitschaftsdienst, d.h., daß er am nächsten Tag seinen vollen normalen Dienst leisten muß und in den Bereitschaftsdiensten noch dazu die liegengebliebene Arbeit vom Tagdienst erledigen muß. Die Tochter der

Verstorbenen, Frau Müller, und A. Lampe weisen auf einer Pressekonferenz am 26.6. nach, daß es die Durchsetzung des Ehrenbergschen Mordprogramms ist, die zum gewaltsamen Tod E. Luegs führen mußte.

Die studentische Vollversammlung
der Medizinischen Hochschule beschließt ohne Gegenstimmen bei neun Enthaltungen (von ca. 100 Teilnehmern) eine Protestresolution gegen A. Lampes Kündigung und ruft zur Teilnahme am Arbeitsgerichtsprozeß am 4.7., 9 Uhr, Arbeitsgericht Bödekerstr. 80, Hannover, auf. Ehrenberg und sein Helfer Beste haben Emma Lueg zu Tode gebracht. Das wird auch dort zur Sprache kommen. Der Stadt wird es nicht schmecken.

Bewährungshilfe für „Exterroristen" versprochen

z.bil. Als der verlorene Sohn schließlich heimkehrte, schloß der Vater ihn in seine Arme und verlangte keine Opfer von ihm ... Eine frühzeitige Haftentlassung, vielleicht 3 oder 4 Monate vor dem endgültigen Haftende, hat der Hamburger Justizsenator Gerhard Moritz Meyer „ehemaligen Terroristen" versprochen. Die drei oder vier Monate Verlust an Unterdrükkung durch Einsperren werden tausendfach wettgemacht. Ein „qualifizierter Bewährungshelfer" kann bei vorzeitiger Haftentlassung an ihre Seite gestellt werden, was sonst nicht möglich ist. „Ein guter Weg zur Vermeidung von Rückfällen" – statt drei oder vier Monaten Gefängnismauer für drei oder vier Jährchen Polizeikontrolle – die Möglichkeit ständiger Auflagen, Begehung der Wohnung ist verlockend. Es müssen allerdings Anzeichen dafür vorhanden sein, daß der betreffende Gefangene nicht sofort in den Untergrund geht.

Millionen für Antje Hubers Anzeigen-Programm

z.löh. 450 Millionen will die Bundesregierung bis 1981 für das Programm „zur Forschung im Dienste der Gesundheit" ausgeben. Ausgekocht haben diese Art Forschung das Ehrenberg-Ministerium, Arbeit und Soziales, das Forschungsministerium Hauffs und das Ministerium Gesundheit von Antje Huber. Wie dies neue Programm der Kostendämpfung aussehen soll, hat Anke Fuchs, Ehrenbergs Staatssekretärin, umrissen. „Erforschung der Struktur des Gesundheitswesens und des Systems der Krankenversicherung „zum Zwecke der Verlagerung der übergewichtig betriebenen Heilmedizin" hin zur „Verhinderung von Krankheiten". Ein Großteil des Geldes ist offensichtlich für eine Lügen-Anzeigenkampagne in der bürgerlichen Presse geplant, um dies Programm der weiteren Verschlechterung der Gesundheitsversorgung unter dem Vorwand der „Verhinderung" zu verkaufen, wie auch um Antje Huber, blasse Gesundheitsministerin, besser ins Geschäft zu bringen.

Führerschein mit Abrißcoupons?

z.diz. Der Abgeordnete Schmidt (Niederselters, SPD) ist ein modern und praktisch denkender Mensch: In einer Anfrage an die Bundesregierung hat er vorgeschlagen, den Führerschein mit 18 Coupons zu versehen, die bei Übertretungen von der Polizei abgetrennt werden können. Sind die Coupons verbraucht, wird der Führerschein gleich ganz einbehalten. Dies ist zweifellos billiger, schneller und effektiver als die Behörde in Flensburg. Und es führt dazu, daß Verkehrspolizisten wieder Respektspersonen werden. Aber die Bundesregierung ist dagegen: Daß einem besoffenen Kapitalisten ohne Gerichtsentscheid von einem einfachen Polizisten der Führerschein abgenommen werden kann, „dürfte als diskriminierend aufgefaßt werden".

Bundesrat: Arbeitsgerichte unter Kontrolle des Justizministeriums

z.vom. Bisher sind für die Verwaltung und Dienstaufsicht über die Arbeitsgerichte die Arbeits- und Sozialminister der Länder bzw. des Bundes zuständig. Alle anderen Gerichte unterstehen der Aufsicht des Justizministers. Um die Einheitlichkeit der Rechtsprechung bei der Durchsetzung der reaktionären Gesetze der Bourgeoisie zu gewährleisten, sollen jetzt „Rechtspflegeministerien" geschaffen und die Aufsicht über die Gerichte beim Justizminister zentralisiert werden. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Zweck verfolgt, „es dem Bund und den Ländern (zu) ermöglichen, den Gedanken des Rechtspflegeministeriums zu verwirklichen". (Drucksache 8/465)

Wenn das Risiko steigt, muß es verteilt werden

z.gab. Um 51%, auf eine Gesamtsumme von 51,3 Milliarden DM, sind die Bundesgarantien und -bürgschaften für den Kapital- und Warenexport der BRD-Imperialisten in die Länder der Dritten Welt gestiegen. Das „wirtschaftliche Risiko" der Zahlungsunfähigkeit der ausgeplünderten Länder und mehr noch das „politische Risiko" der Enteignung des imperialistischen Kapitals und die zunehmende Vertreibung der imperialistischen Plünderer aus diesen Ländern hat sich allerdings in den letzten

Eine Milliarde für den Hafenausbau

Die Bremer Hafenkapitalisten sind mit Koschnicks Plänen zufrieden

r.dem.Bremen. Zum 25-jährigen Jubiläum der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) in Bremerhaven stellte der Präsident des Bremer Senats Hans Koschnick sein Jubiläumsgeschenk vor: „Nun wird die Frage gestellt, ob wir auch in Zukunft in der Lage sind, den Häfen den ihnen gebührenden Platz zuzuerkennen und das dafür Notwendige zu tun. Ich kann zunächst einmal feststellen, daß der Senat die von interessierter Seite angemeldeten Forderungen an neue Hafeninvestitionen kennt. Damit Sie alle wissen, in welchen Größenordnungen sich diese Ansprüche bewegen, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß alle als sinnvoll anzusehenden Investitionen sich für die absehbare Zukunft in Bremerhaven und in Bremen-Stadt auf etwa eine Milliarde DM summieren würden." (Senatsmitteilungen, 16.6.78) Die bremischen Häfen stünden an erster Stelle der Prioritätenskala bei den öffentlichen Investitionen. Ein klares Wort, das die Hafenwirtschaft „aufmerksam und befriedigt zur Kenntnis nimmt", honoriert der „Weser-Kurier" Koschnicks Hafenausbauprogramm.

In den letzten 25 Jahren sind von der Stadtgemeinde Bremen 1,5 Milliarden DM in die bremischen Häfen investiert worden. Im gleichen Zeitraum hat die BLG 621 Millionen investiert. „Wie sehr sich das starke Engagement der BLG und der Stadtgemeinde in Bremerhaven gelohnt hat, signalisiert die Entwicklung des Güterumschlags: Wurden 1953 in Bremerhaven insgesamt 0,740 Mio. t Güter abgefertigt, so waren es 1977 schon 5,4 Mio. t BLG-Umschlag." (Weser-Kurier, 17./18.6.78) Insgesamt ist der Seegüterumschlag in den bremischen Häfen von 1953 10 Mio. t auf 1977 23 Mio. t gestiegen.

Koschnicks Hafenausbauplan ist Bestandteil der imperialistischen Expansion der westdeutschen Kapitalistenklasse, des Plans, die Zirkulationskosten und -zeiten des Kapitals zu senken. Mit diesen Maßnahmen will die Kapitalistenklasse gegen die imperialistische Konkurrenz „von den überseeischen Verkehrsströmen" einen angemessenen Teil erhalten. (Koschnick in seiner Jubiläumsrede). Mit den „überseeischen Verkehrsströmen" meint Koschnick nichts anderes, als die westdeutsche Kapitalistenklasse die Plünderung der Reichtümer der Länder der Dritten Welt forcieren will. So soll der Löwenanteil der Investitionen in den Ausbau des Containerterminals in Bremerhaven gesteckt werden. Denn von den Fahrtgebieten, die bisher noch nicht containerisiert sind – und das sind in erster Linie die der Länder der Dritten Welt – erhofft sich die Kapitalistenklasse einen gewaltigen Extraprofit. Von 500000 auf 900000 Behälter soll das Aufkommen steigen.

Über 100 bremische Hafenkapitalisten haben jetzt eine „Datenbank Bremischer Häfen" gegründet, deren Zweck es ist, die Speicherung aller Transportdaten und sofortige Abrufbarkeit zu gewährleisten. An dem Autobahnzubringer zum Bremerhavener Hafen wird mit Hochdruck gearbeitet. Er verkürzt die Strecke in den Hafen noch einmal um einige Kilometer.

Begleitet wird Koschnicks Hafenausbauprogramm von verschärfter Ausbeutung der Hafenarbeiter. In Bremerhaven haben die Kapitalisten das Dreischichtsystem für die im Containersystem arbeitenden Arbeiter durchgesetzt. Auf dem Vulkan treiben die Kapitalisten mit Hochdruck die Vorfertigung der Fregatten voran. Am Dienstag ist beim Vulkan Betriebsversammlung. Koschnick hat sich als Redner angekündigt. Es ist das erste Mal. Gewinnen will er die Arbeiter für das Programm der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung. Dagegen finden in den Abteilungen Beratungen statt.

Kampf gegen Rationalisierung auf britischen Werften

z.jon.London. Der staatliche Konzern British Shipbuilders (BS) hat nach Angaben des Vorstandes in den neun Monaten nach dem 1.7.77 Verluste in Höhe von rund 200 Mio. DM gemacht. Mit dem staatlichen Monopol will die Finanzbourgeoisie die Rationalisierungen und Lohnsenkung zentral durchführen, die notwendig sind, um in der weltweiten Krise des Schiffsbaus den britischen Weltmarktanteil zu halten und zu vergrößern. Die Verluste von BS sind nichts als Profite, die als Schuld- und Zinszahlungen an die Banken weggezahlt werden, die den Schiffbau beherrschen. Fieberhaft wird an Plänen zur „Diversifikation" der Produktion, z.B. für Geräte zur Rohstofförderung im Meer, gearbeitet. Auf der Swan Hunter Werft in Newcastle sollen in diesem Zusammenhang 1152 Arbeiter entlassen werden. Die Mehrheit von ihnen Facharbeiter, die Anfang des Jahres in großen Streiks eine geplante Lohnsenkung verhindert hatten. Auf allen Werften hat der Konzern neue Prämien- und Stücklohnsysteme durchgesetzt. Alle 1500 Arbeiter über 65, die wegen der elenden Renten noch gezwungen sind zu arbeiten, sollen entlassen werden. Die Arbeiter der Marinewerft in Portsmouth führen seit Anfang Juni einen Überstundenboykott mit mehreren eintägigen Streiks durch. Sie gefährden das Flottenprogramm der britischen Imperialisten, von dem sich das Finanzkapital gewaltige Profite und eine militärische Stärkung gegenüber den imperialistischen Konkurrenten verspricht.

Weiter Streik in Militärarsenalen Frankreichs

z.gek.Brüssel. Der Streik zehntausender Arbeiter in den französischen Militärarsenalen geht weiter, da die Regierung daran festhält, die Lohnskala um durchschnittlich 7% zu senken. In einer Reihe von Betrieben sind die Militärbehörden dazu übergegangen, Streikende zwangszuverpflichten. Die Arbeiter der Militärarsenale unterliegen dauernder Bespitzelung und Überwachung, vor allem diejenigen, die für ihre Interessen eintreten. Durch eine Rationalisierungskampagne will das Verteidigungsministerium in den nächsten Jahren 20000 der insgesamt 83000 zivilen Arbeiter der Armee einsparen oder durch Leih- und Aushilfsarbeiter ersetzen. Nach Angaben der Gewerkschaft CGT sind in den letzten 3 Jahren 60 Arbeiter getötet worden bei der Arbeit, insgesamt sind 43500 Arbeitsunfälle registriert worden. „Die Grube" nennen die Arbeiter die Marinewerft in Brest wegen des Lärms, der Hitze, der Dämpfe und des gnadenlosen Arbeitstempos. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweißer, Maler, Schmiede, Schneidbrenner u.a., die hier arbeiten, beträgt 59 Jahre. Besonders gesundheitsgefährdend sind auch die Arbeitsbedingungen in den militäreigenen Munitionsfabriken. Die Arbeitszeit ist vielfach 46 Stunden, die Löhne von mehr als 30000 Arbeitern liegen zwischen 1956 und 2683 FF (900 – 1250 DM).

genüber den imperialistischen Konkurrenten verspricht.

Weiter Streik in Militärarsenalen Frankreichs

z.gek.Brüssel. Der Streik zehntausender Arbeiter in den französischen Militärarsenalen geht weiter, da die Regierung daran festhält, die Lohnskala um durchschnittlich 7% zu senken. In einer Reihe von Betrieben sind die Militärbehörden dazu übergegangen, Streikende zwangszuverpflichten. Die Arbeiter der Militärarsenale unterliegen dauernder Bespitzelung und Überwachung, vor allem diejenigen, die für ihre Interessen eintreten. Durch eine Rationalisierungskampagne will das Verteidigungsministerium in den nächsten Jahren 20000 der insgesamt 83000 zivilen Arbeiter der Armee einsparen oder durch Leih- und Aushilfsarbeiter ersetzen. Nach Angaben der Gewerkschaft CGT sind in den letzten 3 Jahren 60 Arbeiter getötet worden bei der Arbeit, insgesamt sind 43500 Arbeitsunfälle registriert worden. „Die Grube" nennen die Arbeiter die Marinewerft in Brest wegen des Lärms, der Hitze, der Dämpfe und des gnadenlosen Arbeitstempos. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweißer, Maler, Schmiede, Schneidbrenner u.a., die hier arbeiten, beträgt 59 Jahre. Besonders gesundheitsgefährdend sind auch die Arbeitsbedingungen in den militäreigenen Munitionsfabriken. Die Arbeitszeit ist vielfach 46 Stunden, die Löhne von mehr als 30000 Arbeitern liegen zwischen 1956 und 2683 FF (900 – 1250 DM).

Niederlande: Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kämpfen für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse

z.keh. „Wir werden die kommenden Wochen zaubern, es wird zugehen wie bei der Papstwahl; wir gehen hier nicht raus, bis wir die Sache durchgepaukt haben." Aussprüche von Hollands Ministerpräsidenten van Agt zur Durchsetzung seines Krisenprogramms gegen die Arbeiter.

Das Programm sieht Einsparungen bei den Regierungsausgaben von 6,5 Milliarden Gulden vor. Die niederländische Finanzbourgeoisie will ihre Kriegskassen füllen. Die niederländischen Arbeiter lassen sich aber nicht behandeln wie Opferlämmer in der Kirche oder wie Kardinäle in Konklave. Van Agt hat es bis jetzt nicht fertig gebracht, sein Krisenprogramm beschließen zu lassen.

In den letzten beiden Wochen haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegen die geplanten Regierungsmaßnahmen Aktionen durchgeführt. Die Staatsangestellten unterliegen samt und sonders einem besonderen Dienstrecht. Der Streik ist ihnen verboten. Trotzdem sind 25000 in vier Städten am 22. und 23.6. in den Streik getreten. Donnerstag abend haben die Postler in Rotterdam, Groningen, Utrecht und Amsterdam angefangen. Freitag morgen wurden in allen vier Städten die öffentlichen Verkehrsmittel bestreikt, in Amsterdam streikten die Müllfahrer.

Am Montag, dem 26., sind zwischen 50000 und 80000 in Den Haag zusammengekommen und haben einen

jährlich jeweils um 1% weniger angehoben werden als die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie.

Allein vom Lohnraub an den Lohnabhängigen verspricht sich die niederländische Finanzbourgeoisie eine Summe von 1,6 Milliarden Gulden, die sie in den nächsten drei Jahren an sich bringen will.

– Der nächste Angriff ist gegen das Kindergeld gerichtet. Als erster Schritt sollen die Steuerfreibeträge für Kinder gestrichen und dafür das Kindergeld erhöht werden. Davon verspricht sich das Finanzkapital jährlich 300 Mio. Gulden. Die zweite Phase dieser „Kindergeldreform" sieht dann vor, daß Gelder gestrichen werden, die Eltern von studierenden und invaliden Kindern im Alter von 16 bis 17 Jahren erhalten. Das sind pro Kind 1700 Gulden im Jahr. Das soll abgelöst werden durch einen Studienzuschuß von 1400 Gulden im Jahr. Den sollen aber nur die Arbeiter mit den niedrigsten Einkommen erhalten. Schon bei einem Einkommen von 34000 Gulden im Jahr soll dieser „Zuschuß" völlig gestrichen werden.

Die Lohnkürzungspläne gegen die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes verbindet die Regierung mit einer Hetze gegen die angebliche Bevorrechtung der Beamten. Ihre Löhne seien in den letzten Jahren stärker angestiegen als die der übrigen Arbeiter, weil sie keine Abgaben für die Renten-



Demonstration von 50000 in Den Haag. Auf den Transparenten steht: „Von selber rauchen die Schornsteine nicht" und „Keine Lohnkürzung für die Staatsangestellten".

Was die Regierung in Wirklichkeit plant, ist ein Angriff insgesamt auf die Löhne der Arbeiter. An den Kindergeldmaßnahmen, die nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreffen, sieht man das deutlich.

Auf der Kundgebung in Den Haag hat der Vorsitzende des FNV, der niederländischen Gewerkschaftsföderation, gesprochen. Er hat gesagt: „Die großen ökonomischen Probleme sind eine schwere Last auf der niederländi-

Streik und die Kampfaktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung haben. Er zeigt aber auch den Reformismus der Führungen der Gewerkschaften, die nicht prinzipiell die Ziele der Kapitalisten angreifen. Ein kleiner Teil der Organisationen der Beamten hat den Streik abgelehnt, weil er verboten sei. Auf der Linie will van Agt durchkommen.

Die Kampfaktionen der Beschäftig-

z.keh. „Wir werden die kommenden Wochen zaubern, es wird zugehen wie bei der Papstwahl; wir gehen hier nicht raus, bis wir die Sache durchgepaukt haben." Aussprüche von Hollands Ministerpräsidenten van Agt zur Durchsetzung seines Krisenprogramms gegen die Arbeiter.

Das Programm sieht Einsparungen bei den Regierungsausgaben von 6,5 Milliarden Gulden vor. Die niederländische Finanzbourgeoisie will ihre Kriegskassen füllen. Die niederländischen Arbeiter lassen sich aber nicht behandeln wie Opferlämmer in der Kirche oder wie Kardinäle in Konklave. Van Agt hat es bis jetzt nicht fertig gebracht, sein Krisenprogramm beschließen zu lassen.

In den letzten beiden Wochen haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegen die geplanten Regierungsmaßnahmen Aktionen durchgeführt. Die Staatsangestellten unterliegen samt und sonders einem besonderen Dienstrecht. Der Streik ist ihnen verboten. Trotzdem sind 25000 in vier Städten am 22. und 23.6. in den Streik getreten. Donnerstag abend haben die Postler in Rotterdam, Groningen, Utrecht und Amsterdam angefangen. Freitag morgen wurden in allen vier Städten die öffentlichen Verkehrsmittel bestreikt, in Amsterdam streikten die Müllfahrer.

Am Montag, dem 26., sind zwischen 50000 und 80000 in Den Haag zusammengekommen und haben einen Demonstrationszug zur Regierung durchgeführt und dort ihre Forderungen dem Vorsitzenden der 2. Parlamentskammer überbracht.

Folgende Punkte des Regierungsprogramms sind bis jetzt schon herausgekommen:
– die Lohnerhöhungen der 1 Mio. Lohnabhängigen und die Erhöhungen der Bezüge von 2,2 Mio. Sozialhilfeempfängern (vor allem Invaliditätsrenten) sollen auf unbestimmte Zeit

jährlich jeweils um 1% weniger angehoben werden als die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie.

Allein vom Lohnraub an den Lohnabhängigen verspricht sich die niederländische Finanzbourgeoisie eine Summe von 1,6 Milliarden Gulden, die sie in den nächsten drei Jahren an sich bringen will.

– Der nächste Angriff ist gegen das Kindergeld gerichtet. Als erster Schritt sollen die Steuerfreibeträge für Kinder gestrichen und dafür das Kindergeld erhöht werden. Davon verspricht sich das Finanzkapital jährlich 300 Mio. Gulden. Die zweite Phase dieser „Kindergeldreform" sieht dann vor, daß Gelder gestrichen werden, die Eltern von studierenden und invaliden Kindern im Alter von 16 bis 17 Jahren erhalten. Das sind pro Kind 1700 Gulden im Jahr. Das soll abgelöst werden durch einen Studienzuschuß von 1400 Gulden im Jahr. Den sollen aber nur die Arbeiter mit den niedrigsten Einkommen erhalten. Schon bei einem Einkommen von 34000 Gulden im Jahr soll dieser „Zuschuß" völlig gestrichen werden.

Die Lohnkürzungspläne gegen die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes verbindet die Regierung mit einer Hetze gegen die angebliche Bevorrechtung der Beamten. Ihre Löhne seien in den letzten Jahren stärker angestiegen als die der übrigen Arbeiter, weil sie keine Abgaben für die Renten-versicherung zu tragen hätten, die gewachsen wären. Mit der gleichen Bruttolohnerhöhung hätten sie heute daher höhere Löhne als die übrigen Beschäftigten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben dagegen klargestellt, daß die Löhne bereits in den letzten Jahren von der Regierung gedrückt wurden. Während die Lohnerhöhungen in der Industrie seit 1972 insgesamt 72% betragen haben, betrugen sie im öffentlichen Dienst nur 58%.



Demonstration von 50000 in Den Haag. Auf den Transparenten steht: „Von selber rauchen die Schornsteine nicht" und „Keine Lohnkürzung für die Staatsangestellten".

Was die Regierung in Wirklichkeit plant, ist ein Angriff insgesamt auf die Löhne der Arbeiter. An den Kindergeldmaßnahmen, die nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreffen, sieht man das deutlich.

Auf der Kundgebung in Den Haag hat der Vorsitzende des FNV, der niederländischen Gewerkschaftsföderation, gesprochen. Er hat gesagt: „Die großen ökonomischen Probleme sind eine schwere Last auf der niederländi-schen Bevölkerung. Auch von den Staatsangestellten muß Solidarität verlangt werden. Aber wo holen manche die Brutalität her, um ausgerechnet den Postboten, der Krankenschwester, dem Straßenbahnschaffner, dem Müllmann, dem kleinen Polizisten die Rechnung zu präsentieren für die Gesundung der Ökonomie. Sie müssen genauso ranklotzen wie der normale Arbeiter. Der ganze FNV steht hinter Euch." Seine Rede zeigt, daß der

Streik und die Kampfaktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung haben. Er zeigt aber auch den Reformismus der Führungen der Gewerkschaften, die nicht prinzipiell die Ziele der Kapitalisten angreifen. Ein kleiner Teil der Organisationen der Beamten hat den Streik abgelehnt, weil er verboten sei. Auf der Linie will van Agt durchkommen.

Die Kampfaktionen der Beschäftig-ten liegen aber auf einer ganz anderen Linie. Dutmann, Vorsitzender der ABFA, einer der großen Beamtengewerkschaften, hat schon gesagt: „Wiegel (Innenminister) mag uns damit kommen, anstatt 3% in den nächsten drei Jahren nur 2% oder 2,5% kürzen zu wollen. Darauf werden wir uns nicht einlassen. Wenn die Regierungspläne nicht vom Tisch kommen, sind weitere Kampfaktionen im Herbst schon sicher."

Verteidigungsminister bestellt 10 neue Schnellboote

z.hek. „Den Kern der leichten Seestreitkräfte bilden die Flugkörperschnellboote der Klasse 143 und 148. Als Nachfolger für die 10 Schnellboote der ZOBEL-Klasse 142, die Anfang der 80er Jahre außer Dienst gestellt werden müssen, sind 10 Schnellboote der Klasse 143 A vorgesehen." (Heer Nr. 2/1978) Mittlerweile hat der „Partner der Bundesmarine" AEG-Telefunken die Generalunternehmerschaft für den Bereich Hochfrequenztechnik erhalten. Die Elektronik und die Bewaffnung sind es auch, welche wesentlich verfeinert werden. Die militärischen Aufgaben sind: „Bekämpfung gegnerischer Überwasserstreitkräfte, amphibischer und logistischer Einheiten, Sicherung eigener Minenoperationen, wobei sie jetzt auch selber legen, und Abwehr von Flugzeugen und Flugkörpern im Eigenschutz." (Heer 6/78) Überaus selbständig also! Und muß es auch sein, in den Küsten des Skagerraks oder Kattegats oder bei „schützenden Begleitfahrten" für deutsche Küstenfischer in den Gewässern um Bornholm, wo die polnische Regierung der Bundesrepublik ein Fangverbot ausgesprochen hat. Daran hätte der Abgeordnete der CDU/CSU, Wittmann, denken müssen, als er am 9.6.1978 folgende Frage im Bundestag stellte: „Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um in Zukunft das Aufbringen deutscher Fischereischiffe durch polnische Behörden zu verhindern?" Bis zur Fertigstellung schützt einstweilen die dänische Marine, in deren Schlepptau die westdeutschen Imperialisten in die Gewässer eindringen.

Jahren vervierfacht – von 45,6 Mio. DM 1976 auf 156,3 Mio. 1977 Gesamtschadensauszahlungen. Geplant ist, daß 25% der Garantiesumme aus den Einnahmen der jeweiligen Bundesländer gestellt werden, um so auch den Länderanteil der von den Löhnen der westdeutschen Arbeiterklasse und Volksmassen eingetriebenen Lohnsteuer direkt für die Sicherung der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt einzusetzen.

CDU: Kein Einspruch gegen Rentengesetz

z.mab. Für die am 3. Juli stattfindende Sitzung des Vermittlungsausschusses des Bundesrates zur Entscheidung über das 21. Rentenanpassungsgesetz hat der saarländische Ministerpräsident Röder angekündigt, daß die CDU-regierten Länder auf einen Einspruch gegen dieses Gesetz „voraussichtlich" verzichten werden, um „eine Sondersitzung des Bundestages in der Sommerpause und ungerechtfertigte Kosten zu sparen". Angesichts der Vorschläge der CDU, alternativ zur verabschiedeten Fassung einen Krankenversicherungsbeitrag von 2 Prozent einzuführen und die Rentenanpassung statt schon jetzt für drei Jahre nur für ein Jahr festzulegen, muß der Streit um die Methode des Betrugs für die Bourgeoisie eher verhaltener sein. Am 1. Juli tritt eine weitere Phase des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes in Kraft, die die Nichtaufnahme von Teilen von Rentnern in die „beitragsfreie Rentnerkrankenversicherung" vorsieht. Die Wirkung des 21. Rentenanpassungsgesetzes wird sich auch dadurch beschleunigen, daß jüngst die Rentenversicherungsträger festgelegt haben, daß Rentner, die im Zuge der „Rentenreform" Beiträge nachzahlen, auf die Witwenrente nur den tatsächlich einbezahlten Beitrag angerechnet bekommen, sollten sie früher sterben. Auf Zahlung durch die Witwe besteht keinerlei Berechtigung.

„Unterhaltsvorschußkasse" – Freibrief zur Zwangseintreibung

z.mav. Die SPD/FDP-Koalition hat am 22. Juni einen Gesetzentwurf über „Unterhaltsvorschußkassen" im Bundestag eingebracht, mit dem „den allein erziehenden Vätern und Müttern das nervenaufreibende Gerangel mit dem säumigen, zahlungsverpflichteten Elternteil erspart bleiben" soll.

Bundeskanzler Schmidt hatte darauf schon in seiner Regierungserklärung 1976 gedrungen, und in Hamburg gibt es die „Unterhaltsvorschußkassen" bereits seit dem 1.1.77. 140 DM sollen ledige Mütter bzw. Väter monatlich aus der „Unterhaltsvorschußkasse" bekommen für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr, aber höchstens für die Dauer von drei Jahren. Ein großer Teil der nicht verheirateten Frauen mit kleinen Kindern ist auf „Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz" angewiesen, weil sie nicht arbeiten gehen können. Der „Unterhaltsvorschuß" wird auf die Sozialhilfe angerechnet, da die „Sozialhilfesätze ja den gesamten Bedarf des Kindes decken". Die Bourgeoisie bezweckt mit dem Gesetz die Zwangseintreibung von Lohngeldern und Plünderung der Sozialversicherungskassen.

Die willkürliche Einmischung in die gesamten Lebensverhältnisse der Massen ist die politische Entsprechung dieser Räuberei.

Kapital der Europäischen Investitionsbank verdoppelt

z.diz. Die Europäische Investitionsbank ist ein Organ der EG, um brachliegendes Geldkapital gegen Zinszahlung zu sammeln und es als Kredit in fungierendes Kapital zu verwandeln. Vorzugsweise werden Kredite vergeben für „Infrastrukturinvestitionen" in den Randgebieten der EG, um die dort lebenden Arbeiter und Bauern der Ausbeutung durch das Monopolkapital zu unterwerfen – so z.B. für die Verlagerung der italienischen Automobilindustrie in den Süden des Landes. Seit dem Abkommen von Lomé beteiligt sich die Bank auch verstärkt an der Kreditausplünderung der Länder der Dritten Welt. „Zur Wahrung des Kreditstandings" werden natürlich nur Kredite vergeben „für Vorhaben mit angemessener Rentabilität" – damit die Zinsen dann auch sprudeln. Für die Ausdehnung der Geschäfte ist nun das Grundkapital der Bank auf 7,09 Milliarden ERE, das sind 18,3 Milliarden DM, verdoppelt worden. Den Vorsitz der Bank übernimmt jetzt für ein Jahr Bundesfinanzminister Matthöfer.

„Liebenzeller Brüder" – Missionare des Fernen Ostens

z.gab. Die US-Schreiberlinge der „International Herald Tribune" widmeten den „Liebenzeller Missionaren auf den Truk-Inseln" (Pazifik) vergangene Woche einen langen, lobenden Artikel. Grund dazu haben sie. 1899 wurde die Liebenzeller Mission als „deutscher Zweig der China-Inland-Mission" von der protestantischen „Erweckungsbewegung" gegründet, zur selben Zeit begann sie zusammen mit zahlreichen anderen evangelischen Missionsgesellschaften die Kolonisierung Chinas. Vor allem in den chinesischen Provinzen Hunan und Gui-zhou verbreiteten die Liebenzeller Missionare ihre christlich reaktionäre Ideologie zur Unterwerfung des chinesischen Volkes. Jedoch, die Kämpfe der chinesischen Volksmassen gegen die Kolonialisierung ihres Landes durch die Imperialisten bereiteten der „China-Inland-Mission" schwere Niederlagen. Während des Boxeraufstandes (1900/01) wurden allein 5 Bischöfe, 31 ausländische Priester und Tausende der verhaßten Missionare von den chinesischen Arbeitern und Bauern getötet. 1950/51, nach der Gründung der Volksrepublik China, wurden alle fremden Missionare des Landes verwiesen. Heute betreiben die „Liebenzeller Brüder" Missionsstationen in Japan, Taiwan, den Philippinen, Malaysia, Thailand, Honkong, Indonesien, den Pazifischen Inseln, in Mikronesien, Ost- und Westkarolinen. Immerhin, die US-Imperialisten hatten in diesen alten erfahrenen Kolonisatoren eine unentbehrliche Stütze beim Aufbau ihrer Herrschaft über die nach 1945 unter ihrer „Treu"-Herrschaft stehenden Pazifischen Inseln gefunden. 1957 hatte die US-Kriegsmarine, die bis 1962 die Truk-Inseln kontrollierte, in einem Erlaß die „Liebenzeller Brüder" aufgefordert, entweder die Inseln zu verlassen oder die US-Staatsbürgerschaft anzunehmen und nach einer zweijährigen Spezialausbildung in den USA ihre Missionsarbeit wieder aufzunehmen. Seither haben die „Liebenzeller Brüder" 32 Kirchen in nahezu jedem Dorf der Truk-Inseln errichtet, betreiben von ihrem Hauptquartier auf der größten Insel Moen aus ein Fährschiff, mit dem sie regelmäßig alle Inseln anfahren, um die notwendigen „Staatsgeschäfte hilfreich zu unterstützen", heute wieder als „Bürger des westdeutschen Staates" im Dienste der BRD-Imperialisten.

Der Anstaltsgeistliche – Ehrenbergs Schleimhülle

r.kor. „Ärzte und Pastoren (müssen) in der Betreuung des Kranken an einem Strang ziehen", fordert der Krankenhauspfaffe des Harburger Krankenhauses, Hagena. Keinen Zweifel läßt er daran, daß der gemeinsame Strang der Strick des Ehrenberg-Ministeriums sein soll. „Die besten Psychopharmaka reichen, weiß Gott (!), nicht aus, um dem Sterbenden jedes Bewußtsein von seinem nahen Ende zu nehmen." Dieses Bewußtsein vom „nahenden Ende" wollen die Klinikspfaffen den kranken Arbeitern einflößen, um ihren Lebenswillen, ohne den jede Pflege und medizinische Versorgung versagt, zu brechen. „Abendmahlsfeiern an den Sterbebetten finden so gut wie nicht mehr statt", klagt Hagena und verrät damit seine Absicht, den Lebenswillen durch Dunkelmännertum austreiben zu wollen. Daß dieses Dunkelmännertum seine Wirkung noch nicht im vollen Umfange entfalten konnte, liegt nach Hagena daran, daß er nur in einem Zeitraum von sechs bis sieben Wochen alle 1000 Kranken des Harburger Allgemeinen Krankenhauses erreichen kann.

Die Planstellenstreichungen im Pflegebereich sollen ihre Entsprechung in mehr Pfaffen am Krankenhaus finden. Beides dienst demselben Ziel, der Opferung der Kranken für das Ehrenbergministerium. Das größte Hindernis für die Vollstrekkung seines Auftrages sieht Hagena darin, daß die durch die Profitproduktion ruinierten Arbeiter überhaupt ins Krankenhaus eingewiesen werden. „Es ist erschütternd festzustellen, wie selten heute noch kranke Menschen zu Hause gepflegt werden; ... Dadurch geht für die Familie eine wesentliche Lebenserfahrung verloren; die tiefere innere Verbundenheit nach gemeinsam durchlebten Leiden kann sich so nicht mehr einstellen." Nicht das „gemeinsam durchlebte Leiden", sondern der gemeinsame Kampf der Arbeiter, die in den Krankenhäusern behandelt werden, und der Lohnabhängigen im Krankenhaus bildet die Grundlage ihrer Solidarität. Das wurde einem Klinikspfaffen deutlich gesagt, als auf auf einer neubezogenen Station des Göttinger Klinikums seine Bibel ablieferte. Sie ist auch gleich verschwunden. (Zitate nach: „Kirchenkreis Informationen", Kirchenkreis Harburg, 7.Nov.74)

Die CDU plant: Das Gericht soll über das „Naturrecht" der elterlichen Sorge wachen

z.evs. 54309 „legale" Schwangerschaftsabbrüche 1977 meldet die bürgerliche Presse und vermutet eine hohe „Dunkelziffer". Die CDU ist gleichfalls besorgt: „Dramatischer Geburtenrückgang" führe zu „Sterbeüberschüssen", läßt sie demagogisch verbreiten. Um acht Prozent war 1977 nämlich die Sterberate niedriger als die Geburtenrate. Es lebt sich zu lange, stirbt sich zu langsam und gebiert sich zu wenig. Die Ursachen dafür suchen die christlichen Bourgeois, Verständnis heuchelnd, bei den Massen selbst. Es zeige sich, daß „heute viele Eltern nicht mehr den Mut aufbringen, die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Verunsicherung der Eltern durch Verrechtlichung der Eltern-Kind-Beziehung und Ungewißheit über die Zukunftschancen der jungen Generation" seien die Gründe.

Der ökonomische Zwang zur Abtreibung hat sich aufgrund der Lohnsenkungen der letzten Jahre nicht entschärft, im Gegenteil. Nicht nur müssen zunehmend Mann *und* Frau ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, um den Lebensunterhalt der Familie zu sichern, die Kapitalisten gehen unter dem Geschrei nach „mehr Mobilität" erneut zum Angriff auf den Lohn über. Ihr Ziel: den Lohn auf die Kosten der einzelnen Arbeitskraft, „frei" von Familie, zu drücken.

Die bürgerliche Familie ist für die Arbeiterklasse nichts als der enge Rahmen, in den ihre gemeinschaftlich stattfindende Reproduktion gepreßt wird. Die Arbeiter haben weder Eigentum zu vererben, noch Ausbeutungsgeschäfte an die folgenden Generationen weiterzugeben. Die breite politische Bewegung gegen den § 218 hat nicht den „Erhalt" der Familie zum Ziel, sondern die Beseitigung des Unterdrückungsinstruments.

Die CDU wirft sich in die Schlacht zur „Verteidigung der Familie"; sie treibt im „Streit" mit der Regierung und mit ihr gemeinsam das „Gesetz zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts" voran. Es ist Teil der reaktionären Maßnahmen zur Durchsetzung der Expansion und Kriegsvorbereitung der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Das Grundgesetz, sagt die CDU, erkläre die „Pflege und Erziehung der Kinder als natürliches Recht der Eltern" und die ihnen „zuvörderst obliegende Pflicht". „Das Elternrecht ist demnach ein Naturrecht, das vom Staat nicht verliehen worden ist." Allerdings hat der bürgerliche Staat die Pflicht, die Wahrung dieses „Naturrechts" zu garantieren, auch *gegen* die Eltern.

Mit einer durch „psychologische und pädagogische Ausbildung" ausgerichteten Richterschar will sich die Bourgeoisie die benötigten Vollzugsbeamten für die Wahrung dieses „Naturrechts" heranzüchten. Entsprechender Gesetzesentwurf ist bei der CDU in Arbeit.

„Wünschenswert wäre es, wenn die Gerichte in notwendigen Fällen sich durch die Einnahme eines Augenscheins selbst ein Bild der häuslichen und familiären Verhältnisse der betroffenen Kinder und Jugendlichen machen würden."

Jahr der Eheschließung (Ehedauer in Jahren)	Heiratsalter von ... bis unter ... Jahren	Verheiratete Frauen insgesamt in 1000	davon mit ... Kindern* (in %) 0	2	3 u. mehr	Durchschnittl. Kinderzahl* je 1000 Frauen
1971–1976 (0–5)	zusammen	1760,8	50,2	11,3	2,8	682
	unter 21	537,6	42,6	11,2	1,3	713
	21 – 25	672,6	54,2	9,7	1,1	582
	25 – 30	251,1	48,5	13,5	3,8	742
	30 – 35	113,4	38,3	18,7	11,4	1112
	35 – 40	66,4	39,8	18,5	13,0	1157
	40 und mehr	119,8	82,2	4,2	3,2	305
1961–1965 (11–15)	zusammen	2041,0	13,7	39,4	22,8	1805
	unter 21	428,2	4,3	44,1	27,9	2063
	21 – 25	901,7	7,6	44,2	22,9	1907
	25 – 30	451,6	11,2	39,1	25,5	1906
	30 – 35	112,3	25,3	27,7	17,8	1492
	35 – 40	57,9	52,5	13,5	5,4	732
	40 und mehr	89,4	92,5	0,8	1,0	106

* Mit im Haushalt lebend und minderjährig

Selbst die bürgerliche Statistik kann die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse nicht verwischen. Sie zeigt sich unter anderem in der Verlagerung des durchschnittlichen Alters der Frauen, die Kinder bekommen. 1961 bis 65 lag es bei 21 Jahren, 1971 bis 76 bei 30–35 Jahren. Nach über 15 Jahren Lohnarbeit ist es oft erst möglich, die Kosten für Ernährung, Kleidung und Ausbildung eines Kindes zusammenzukratzen. „Erst das Auto, dann die Waschmaschine", so verhöhnen die Bourgeois den Tatbestand.

1973	1010,32	37,60	17,48
1974	1117,58	40,20	20,20
1975	1226,57	40,30	22,60
1976	1292,31	43,00	26,60
1977	1382,27	45,40	30,60

Statistisches Jahrbuch

Der Gesetzgeber hat die Beratung durch Strafandrohung abgesichert.

Lassen Sie sich daher immer persönlich beraten

2 Jahre Reform

Ausdehnung des Beratungsnetzes (BRD)
1975: 49 Dez. 1976: 644 1977: 788

über 60000 Registrierungen
über 600 Ermittlungsverfahren

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgericht!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Veranstaltungsreihe der Komitees gegen den § 218

9. 6. 1978 Für die Arbeiterklasse und die Masse der übrigen Lohnabhängigen wird die Bekleidung, Ernährung, Unterbringung und Ausbildung ihrer Kinder unerschwinglich.

10. 8. 1978 Steigende Kosten für Medikamente und Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Auswirkungen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Die Versicherungen müssen unter die Kontrolle der Lohnabhängigen.

12. 10. 1978 Durch die dauernden Lohnsenkungen erzwingen die Kapitalisten Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Die Zerstörung der Arbeiterfamilien ist im Kapitalismus gesetzmäßig.

7. 12. 1978 Kirchen und freie Wohlfahrtsverbände – zusätzliche Mittel des Plünderungs- und Unterdrückungsprogramms der Bourgeoisie

9. 2. 1979 Familiengesetze der Bourgeoisie. Mittel der Ausplünderung, Spaltung und Unterdrückung.

7. 4. 1979 Veranstaltung zur Vorbereitung des 1. Mai

Datum: Ort: Zeit:

Komitees gegen den § 218

Datenkassen-Computer zur Einführung des umfassenden Prämiensystems

Forderung der HBV-Landesdelegierten: Anerkennung der festgestellten Gesundheitsschäden als Berufskrankheiten

r.hoj. Die Kontrolle des Kapitalisten über Lagerhaltung, Lagerumschlag, Wareneingang und Warenausgang, Umsatz der Warengruppen etc. interessiert ihn zum Zweck, daß sein Geld
gesamte Zeit von 24,4 auf 16,7 Sekunden drücken. Auf die Anzahl der Kunden pro Stunde hochgerechnet sind das 68 Kunden mehr.
Verkauf codiert nach der „Europäischen Artikelnummer" eingegeben werden. Für die Kapitalisten hat das mehrere Vorzüge: Erstens entfällt die zu führende Statistik, Personal wird
werden. Dies ermöglicht dem Kapitalisten verstärkte Kontrolle über die Arbeitsleistung sowie die Einführung bzw. volle Durchsetzung des Prämiensystems im Handel. Auf einer Arbeits-
„frei" von Familie, zu drücken.
pädagogische Ausbildung" ausgerichteten Richterschar will sich die Bour-
des Bundesverfassungsgericht! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!
Aufbau ihrer Herrschaft über die nach 1945 unter ihrer „Treu"-Herrschaft stehenden Pazifischen Inseln gefunden. 1957 hatte die US-Kriegsmarine, die bis 1962 die Truk-Inseln kontrollierte, in einem Erlaß die „Liebenzeller Brüder" aufgefordert, entweder die Inseln zu verlassen oder die US-Staatsbürgerschaft anzunehmen und nach einer zweijährigen Spezialausbildung in den USA ihre Missionsarbeit wieder aufzunehmen. Seither haben die „Liebenzeller Brüder" 32 Kirchen in nahezu jedem Dorf der Truk-Inseln errichtet, betreiben von ihrem Hauptquartier auf der größten Insel Moen aus ein Fährschiff, mit dem sie regelmäßig alle Inseln anfahren, um die notwendigen „Staatsgeschäfte hilfreich zu unterstützen", heute wieder als „Bürger des westdeutschen Staates" im Dienste der BRD-Imperialisten.
Der Anstaltsgeistliche – Ehrenbergs Schleimhülle
Selbst die bürgerliche Statistik kann die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse nicht verwischen. Sie zeigt sich unter anderem in der Verlagerung des durchschnittlichen Alters der Frauen, die Kinder bekommen. 1961 bis 65 lag es bei 21 Jahren, 1971 bis 76 bei 30–35 Jahren. Nach über 15 Jahren Lohnarbeit ist es oft erst möglich, die Kosten für Ernährung, Kleidung und Ausbildung eines Kindes zusammenzukratzen. „Erst das Auto, dann die Waschmaschine", so verhöhnen die Bourgeois den Tatbestand.
geoisie die benötigten Vollzugsbeamten für die Wahrung dieses „Naturrechts" heranzüchten. Entsprechender Gesetzesentwurf ist bei der CDU in Arbeit.
„Wünschenswert wäre es, wenn die Gerichte in notwendigen Fällen sich durch die Einnahme eines Augenscheins selbst ein Bild der häuslichen und familiären Verhältnisse der betroffenen Kinder und Jugendlichen machen würden."
Datenkassen-Computer zur Einführung des umfassenden Prämiensystems
Forderung der HBV-Landesdelegierten: Anerkennung der festgestellten Gesundheitsschäden als Berufskrankheiten

r.hoj. Die Kontrolle des Kapitalisten über Lagerhaltung, Lagerumschlag, Wareneingang und Warenausgang, Umsatz der Warengruppen etc. interessiert ihn zum Zweck, daß sein Geld beisammenbleibt und die bessere Kontrolle über die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit organisiert werden kann. Die mechanische Registrierkasse, 1884 zum erstenmal in den Warenhäusern eingesetzt, erfüllte damals diesen Zweck für die Handelskapitalisten. Die Registrierkasse mit einem Zählwerk, Kassenstreifen, Bonausdrucker und der Aufrechnung der Tageslosung war dann auch eine wichtige Bedingung für die Entwicklung der Selbstbedienungsläden. Der Nutzen für die Kapitalisten bestand in der enormen Verdichtung des Arbeitstages der Beschäftigten. Aus einer Untersuchung der Rationalisierungs-Gemeinschaft des Handels (RGH) geht hervor: „Während früher im Bedienungssystem zur Erzielung von 100 DM Umsatz allein für die Bedienung etwa 40 bis 80 Arbeitsminuten notwendig waren, ist der Bedienungsaufwand für das gleiche Umsatzergebnis bei der Selbstbedienung auf 10 bis 15 Arbeitsminuten gefallen, wovon der Kassiervorgang etwa 7 bis 11 Arbeitsminuten beansprucht und nur noch 10 bis 15% der Gesamtarbeiten ausmacht."

Mitte der 50er Jahre wurde die Datenverarbeitung im Handel eingeführt, die Kassen bekamen Elektromotoren und, vor allem in den Supermärkten, Geldrückgabeautomaten. Die Kassierleistung konnte enorm gesteigert werden. Bei einer Untersuchung der RGH über die Kassierleistung „Kunde pro Stunde", wobei die Zeit der Registrierdauer für einen Kunden mit zwei Artikeln gemessen wurde, kommt folgendes heraus: Mit dem Rückgeldgeber im Vergleich zur selben Tätigkeit ohne diesen Automaten läßt sich die gesamte Zeit von 24,4 auf 16,7 Sekunden drücken. Auf die Anzahl der Kunden pro Stunde hochgerechnet sind das 68 Kunden mehr.

1971 wurde die elektronische Registrierkasse eingeführt. Die Registrierzeitdauer wurde weiter gesenkt. Vergleichende Zeitmessungen über die gesamte Dauer der Registrierzeit zwischen der Kassierleistung an mechanischen und elektronischen Kassen ergaben, daß an den neuen Kassen 0,4 Sekunden pro Vorgang schneller gearbeitet werden konnte, die Kundenzahl pro Stunde hat sich auf 87 erhöht. „Ein SB-Warenhaus braucht, hochgerechnet, statt je sechs mechanische nur jeweils fünf elektronische Kassen", jubeln die Kapitalisten. Immer mehr führte diese Arbeitshetze bei den Kassiererinnen zu Stellungs- und Haltungsschäden der Halswirbelsäule und der Schulter, zu Wirbel- und Muskelschmerz, Nervenzerrungen und Entzündungen, rheumatischen Erkrankungen, Muskelverspannung im Rumpf, Verschleiß und einseitiger Belastung der Bandscheiben, Durchblutungsstörungen der Oberschenkel bis zu den Füßen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der HBV Westberlin beschloß daher einstimmig die Anerkennung der festgestellten Gesundheitsschäden vom Kassenpersonal als Berufskrankheiten. „Schon zu viele sind dem Profit geopfert worden", heißt es in der Begründung. Gegenwärtig wird ein Rationalisierungsschub größten Ausmaßes im Handel durchgeführt. Gefördert wird dieses Programm vom Bundesministerium für Wirtschaft über die „Kreditanstalt für den Wiederaufbau". Speziell gefördert werden die Datenkassen-Computer mit Kassiertätigkeit. In den Computer können alle Zu- und Abgänge im Lager sowie im Verkauf codiert nach der „Europäischen Artikelnummer" eingegeben werden. Für die Kapitalisten hat das mehrere Vorzüge: Erstens entfällt die zu führende Statistik, Personal wird eingespart; zweitens ist die Kasse nicht mehr an eine Abteilung „gebunden", jede Verkäuferin kann nun jeden Artikel, dessen Daten auf einem Magnetband in der Kasse gespeichert und an der Ware kodiert sind, mittels eines Lesestiftes „kassieren". Und schließlich kann über jede Verkäuferin eine tägliche Verkaufsstatistik ausgedruckt werden. Dies ermöglicht dem Kapitalisten verstärkte Kontrolle über die Arbeitsleistung sowie die Einführung bzw. volle Durchsetzung des Prämiensystems im Handel. Auf einer Arbeitstagung Ende 77 in Brüssel wurde über die Einführung eines solchen Systems im Handel diskutiert. Bei Karstadt-Müllerstraße in Westberlin wurde die NCR 2135 in der Elektroabteilung aufgestellt. Darüber will die Geschäftsleitung versuchen, in dieser Abteilung zum Weihnachtsgeschäft das Prämiensystem einzuführen.



Am Freitag, den 30.6., war der letzte Verhandlungstag im Westberliner Einzelhandel vor dem Auslaufen der Friedenspflicht. Die Kapitalisten „bieten" unverschämte 4%. Die HBV fordert 120 DM mehr. Viele Beschäftigten unterstützen diese Forderung. Bei Hertie-Wilmersdorf vor allem im Lager werden die Plaketten „Für bessere Tarife" getragen.

Bei Bolle hat eine Abteilung eine Resolution gefaßt zur Durchsetzung der Forderung. Im Betrieb zeigt sich deutlich, daß die DAG, die mit 75 DM abschließen will, isoliert ist. Auf der Betriebsversammlung bei Peek & Cloppenburg sprach sich ein Gewerkschaftsvertreter der HBV für die Einleitung von Kampfmaßnahmen aus. Der Warnstreik ist ein richtiger Schritt, die 120 DM zu erkämpfen.

Ehrenberg startet „Vermittlungsoffensive“

Der große Raubzug gegen den Lohn wird mit polizeimäßiger Unterdrückung des Arbeitslosenheeres eingeläutet

z.rua. Auf der Jahrestagung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung am 27.6. kündigte Ehrenberg zur „Überwindung der Arbeitslosigkeit“ eine „Vermittlungsoffensive“ an. Die Vermittler sollen „vor Ort“, um in Kontakt- und Informationsgesprächen mit den Arbeitssuchenden deren Vermittlungsbereitschaft zu erhöhen. Insbesondere den „Problemgruppen des Arbeitsmarktes“ müsse Beachtung geschenkt werden.

Ab 1. Juli 1978 wird die Arbeitsverwaltung entsprechend umorganisiert. Die Arbeitsberater sollen stärker im Außendienst eingesetzt werden bei gleichzeitiger Entlastung von „Hilfsarbeit wie Statistik“. Die soll von 1000 zusätzlichen Arbeitskräften, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt, erledigt werden.

Direkt nach der Sommerpause wird dem Parlament ein Entwurf des 5. Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vorgelegt, das laut Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „weitere Weichen zur Unterstützung und Förderung der beruflichen Mobilität und der Gewährung besonderer Beschäftigungshilfen für Problemgruppen des Arbeitsmarktes“ stellen soll. Ehrenberg gibt sich unbesorgt, daß „durch strikte Anwendung des Arbeitsförderungsgesetzes“ ausreichende Sanktionen gegen „Arbeitsunwillige“ getroffen werden können.

Noch immer sind nach einer Studie der Bundesanstalt für Arbeit zehn Prozent der Arbeitslosen „arbeitsunwillig“, noch immer sind die Arbeiter nicht „mobil“ genug, sich für die Profite der Bourgeoisie quer durch das Land treiben zu lassen. Noch immer, so beklagt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl, wurden von den 1977 verausgabten direkten Kosten und Einnahmeausfällen durch Arbeitslosigkeit in Höhe von 20 Milliarden DM 6280 Millionen DM an Arbeitslosengeld gezahlt, das sind exakt 6280 Millionen DM zuviel! Die Beiträge aus den Versicherungskassen der Arbeiter und Angestellten sollen vollständig in die Taschen der Kapitalisten fließen, die freigesetzten Arbeitskräfte beliebig verfügbar gemacht und als Spaltkeil gegen die noch in Arbeit stehenden eingesetzt werden. Stingl empfiehlt also den Beitrags- und Steuerzahlern, daß es sie überhaupt nicht teurer kommt, wenn „unter Einbeziehung aller Ausgaben und Einnahmen Beschäftigungs- und Bildungsprogramme“, Arbeitsbeschaffungs-, Arbeitsförderungs- und regionale Strukturprogramme ausgedehnt werden.

Ende April betrug die Zahl der in den ABM-Programmen Beschäftigten 51500, davon waren 17300 im öffentlichen Dienst beschäftigt. Diese Zahl soll beständig ausgeweitet werden. Im Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit sind für 1978 1 Milliarde DM dafür vorgesehen. Besonderer Schwerpunkt soll auf die Arbeitsbeschaffung in den „sozialen Diensten“ und auf den Ausbau der Teilzeitarbeit gelegt werden. Die Arbeitsförderungsmaßnahmen sollen bis 1982 von 15,881 (1977) auf 24,718 Milliarden DM erhöht werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

	1973	1974	1975	1976	1977
Anzahl der Beschäftigten	1539	3208	15810	28842	37754
davon in Landwirtschaft und Gartenbau	145	190	1413	5467	7788
Küstenschutz u. Landgewinnung	210	308	401	375	395
Forstwirtschaft	16	359	2081	2596	3908
Verkehrswesen	115	374	1668	2286	1943
Bauwesen	13	244	3337	7951	6521
Versorgungsanlagen	220	398	2352	3541	2230
Büro und Verwaltung*	749	861	1672	5586	12078
Soziale Dienste*				351	1533
Sonstige	71	474	2886	689	1358

* bis 1975 gemeinsam erfaßt / Quelle: Arbeitsstatistik 1977 der Bundesanstalt für Arbeit, 20.6.1978

Das Bundeswirtschaftsministerium hat Ende Juni den 7. Rahmenplan zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verabschiedet. Mit 11,5 Milliarden DM soll die „Förderung privater Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“ finanziert werden. Schwergewicht wird hierbei auf den Ausbau der Wirtschaftsstruktur im Grenzgebiet zur DDR und in dem „vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten“ gelegt.

Großen Wert legt die Bourgeoisie auf die „Beweglichkeit“ der Arbeiter. Nicht nur regional, auch beruflich müssen sie mobil gemacht werden. 1977 mußten 50% der Arbeitssuchenden den Beruf wechseln, fast generell verbunden mit Lohnsenkungen. Mit „Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme“ und „Eingliederungsbeihilfen“ wurde die „Mobilität“ von 670000 Lohnabhängigen gefördert.

Diejenigen, die sich nicht bereitgefunden haben, sich für die Profite der Kapitalisten „beruflich und regional mobil“ machen zu lassen, wurden mit Sperrzeiten belegt. 1977 wurden insgesamt 291300 Sperrzeiten verhängt.

Seit 1973 ist die Zahl der Sperrzeiten um fast 500% gestiegen. Die Anzahl der abgelehnten Anträge auf Arbeitslosengeld wurde seit 1973 von 93005 auf 209541 um 125% gesteigert, die der abgelehnten Anträge auf Arbeitslosenhilfe von 21117 auf 129975 um 515%.

Die Bundesanstalt für Arbeit stellt befriedigt fest, daß es sich bei der seit Jahren um eine Million pendelnden Arbeitslosenzahl nicht um eine „starre Masse“ handelt, sondern daß es gelungen ist, immer neue Teile der Lohnabhängigen in das Heer der Arbeitslosen zu stoßen und nach Belieben auf dem Arbeitsmarkt wieder aufzusaugen. Während im Jahresdurchschnitt 1977 die Zahl der Arbeitslosen aus dem produzierenden Gewerbe gegenüber 1975 um 29% sank, stieg sie im Bereich Handel und Dienstleistungen um 17% an. Die durch die kapitalistische Rationalisierung freigesetzten Angestellten sollen entweder „umgeschult“ werden, um ihre Arbeitskraft in der Fabrik vernutzen zu lassen, oder mittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den öffentlichen Diensten als Lohndrücker eingesetzt werden. Erfreuliche Beweglichkeit bemerkt die Bundesanstalt für Arbeit auch in der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse. Bei den 1977 2,29 Millionen vermittelten Arbeitslosen dauerte das Beschäftigungsverhältnis bei 857800 Vermittelten weniger als sieben Tage. 1432000 wurden in „längerfristige Beschäftigungsverhältnisse“ vermittelt. Ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis ist gegeben, wenn es länger als sieben Tage dauert. Die Kapitalistenklasse nutzt das Heer der Arbeitslosen, um sie beliebig kurzfristig in den Produktionsprozeß aufzusaugen und wieder auszustoßen, dabei die Konkurrenz der Arbeiter untereinander anzustacheln, die aus Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes sich jeder schrankenlosen Ausbeutung unterwerfen sollen.

Wird man nach kurzfristiger Beschäftigungsdauer wieder entlassen, muß man erst einmal mehrere Wochen auf Arbeitslosengeld warten, wenn man überhaupt welches bekommt. Wird man vermittelt, ist das mit erneuter Lohnsenkung verbunden; wird man entlassen, sinkt das Arbeitslosengeld aufgrund des niedrigen Lohnes; lehnt man es ab, sich für die Profite der Kapitalisten mobilmachen zu lassen, wird das Geld gestrichen. Die Kapitalistenklasse hat einen großen Raubzug auf den Lohnstandard und die Lohngelder der Versicherungskassen der Lohnabhängigen vor. Die Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung und die Bereitstellung der Arbeitsberater für die „Vermittlung vor Ort“ ist ein wichtiges Instrument dabei. In einer Ifo-Dokumentation zur „Überwindung der Arbeitslosigkeit“ wird hervorgehoben, daß „die Kosten von allen Beteiligten getragen werden müssen“ und die „sozialen Gruppen Opfer und die Aufgabe des Besitzstandsdenkens“ erbringen müssen – „ohne eine Bereitschaft hierzu sind die Bemühungen um eine Vollbeschäftigung von vornherein zum Scheitern verurteilt“. Wobei das Ifo unter „Vollbeschäftigung“ eine Arbeitslosenzahl von 500000 als „stille Reserve“ für selbstverständlich erachtet. Daß sich die Arbeiterklasse gegenüber diesen kühnen Plänen der Kapitalistenklasse keineswegs still verhält, haben die Streikkämpfe in diesem Frühjahr gezeigt.

Großbritannien: Für 80 Mark die Woche Kanal reinigen

z.hef.London. Die Arbeitskraft von 234000 jungen Arbeiterinnen und Arbeitern will die britische Bourgeoisie sich fast kostenlos aneignen. Das sieht das neue „Youth Opportunities Programme“ der Regierung vor. Es ist im April eingeführt worden und soll Zug um Zug die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche ersetzen, unter denen zur Zeit 80000 Jugendliche in staatlichen Programmen ausgebeutet werden. Gezahlt werden 19,50 Pfund wöchentlich, das sind 80 Mark. Damit der Jugendliche spürt, welche Wohltat ihm angetan wird, muß er mindestens sechs Wochen arbeitslos gewesen sein und von 12 Pfund (etwa 50 Mark) gelebt haben, bevor der die „Chance“ der Teilnahme an diesem Programm erhält. Die Arbeit: Reinigen der zahlreichen Kanäle, Sportplatzbau, Renovierung von staatlichen Wohnungen – kurz, alle Arbeiten, „von denen die Gesellschaft Nutzen hat“. Um den Zwang zur Teilnahme zu verstärken, werden Jugendliche nach Absolvierung der Programme bevorzugt von den staatlichen Behörden vermittelt. Das bisherige „Job Creation Programme“ (Arbeitsbeschaffungsprogramm) für Erwachsene wird ersetzt durch zwei Maßnahmen: Die erste sorgt für die Bereitstellung von 8000 Arbeitern als Hilfsaufseher und „Trainer“ bei den Jugendprogrammen. Die zweite Maßnahme sieht die Beschäftigung von 25000 erwachsenen Arbeitern an ähnlichen Projekten wie die Jugendlichen vor. Gezahlt wird der Tariflohn, der in den meisten Branchen zwischen 200 und 400 Mark niedriger im Monat ist als der tatsächlich gezahlte Lohn.

„Plan Barre“ in Frankreich

z.hev. „Wo ist die Freiheit der Arbeit?“ brüllte der französische Ministerpräsident Raymond Barre am 30. April 1977 ins Mikrophon der Nationalversammlung. „Warum nicht den unanständigen Charakter der Streiks in den Staatsbetrieben unterstreichen, wo dort doch der Arbeitsplatz garantiert ist?“ Er meinte die großen Streiks der französischen Arbeiterklasse gegen seinen berüchtigten „Plan Barre“ (Nr. 2), mit dem die Bourgeoisie in der imperialistischen Konkurrenz aufholen will. Wichtiger Bestandteil dieses Plans sind Maßnahmen zur Dienstverpflichtung der unter 25jährigen Arbeitslosen bei niedrigem Lohn. Der Staat bezahlt den Kapitalisten die Kosten für die Sozialversicherung, wenn sie bis zum 31. Dezember 1977 einstellten, was inzwischen im „Plan Barre“ Nr. 3 verlängert wurde. Geben die Kapitalisten an, daß es sich um eine Lehre handelt, übernimmt der Staat diese Kosten für die gesamte Dauer der Lehre. Jugendliche Hilfsarbeiter, die erneut arbeitslos geworden sind, bekommen ganze 29,55 Francs pro Woche an Arbeitslosengeld, etwa 400 Mark im Monat. Der Kapitalistenverband war so begeistert, daß er 600 Berater losschickte, um seinen Mitgliedern die Feinheiten des Systems zu erklären, z.B. die Möglichkeit, Arbeitslose ins Ausland dem Kapital hinterher zu jagen für ein Kopfgeld von 4850 Francs und zum Wohle des französischen Imperialismus. Die Verlängerung dieser Maßnahmen im Plan Nr. 3 ist begleitet von einer drastischen Benzinpreiserhöhung.

„Plan Spitaels“ in Belgien

z.gek.Brüssel. Am 1. Januar ist in Belgien der „Plan Spitaels“ (benannt nach dem sozialdemokratischen Minister) in Kraft getreten, der die staatliche Arbeitsbeschaffung – worin Belgien, wie der Minister rühmt, neben den USA und Schweden führend sei – auf neue Höhen treiben soll. 70000 Arbeitslose, das sind fast 2% der Beschäftigten, sollen mit Zwangsmitteln an die Arbeit gebracht werden. Im Laufe des ersten halben Jahres waren es bereits 43800. Die staatliche Zwangsarbeit hat verschiedene Formen: 1. Einweisung von Arbeitslosen, denen andernfalls das Arbeitslosengeld gestrichen wird, in staatliche Dienststellen, bisher 26800, *mehr* als geplant. 2. Praktika, das heißt Zuweisung jugendlicher Arbeitsloser als Billigarbeiter an Kapitalisten oder staatliche Dienststellen, und Übernahme eines Teils des Hungerlohns durch die Sozialversicherung. Ende Mai 1978 waren es 24600 „Praktikanten“. 3. Der „zeitliche staatliche Spezialkader“, Arbeitsdienst im alten Stil mit geschultertem Spaten, fast ausschließlich Bauarbeiten, einschließlich „Umweltschutz“. Ende Mai waren es 7500 Stellen, genehmigt sind bereits 17000, Planziel sind 24000. Über 80% davon schuften unter dem Kommando *staatlicher* Stellen. Diese Maßnahmen sind nur die wichtigsten. Sie gehen einher mit einer drastischen Verschärfung des Zwangscharakters der Arbeitslosenversicherung insgesamt.

„Den Abbau lohnintensiver Strukturen beschleunigen“
Das Godesberger Programm und Ehrenberg
r.std. Die Kapitalisten gehen offen dazu über, die Verkürzung des Lebensalters zu propagieren. Dazu ma- zialversicherung und plündern sie. Dies alles unter Federführung der Sozialdemokratie. schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.“ Der Klassengegensatz wird in die Herr- bleiben auf einem bestimmten Arbeitsplatz können und sollen ... nicht garantiert werden: denn die strukturel-
dung des Arbeitsförderungsgesetzes“ ausreichende Sanktionen gegen „Arbeitsunwillige“ getroffen werden können.
Noch immer sind nach einer Studie der Bundesanstalt für Arbeit zehn Prozent der Arbeitslosen „arbeitsunwillig“, noch immer sind die Arbeiter nicht „mobil“ genug, sich für die Profite der Bourgeoisie quer durch das Land treiben zu lassen. Noch immer, so beklagt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl, wurden von den 1977 verausgabten direkten Kosten und Einnahmeausfällen durch Arbeitslosigkeit in Höhe von 20 Milliarden DM 6280 Millionen DM an Arbeitslosengeld gezahlt, das sind exakt 6280 Millionen DM zuviel! Die Beiträge aus den Versicherungskassen der Arbeiter und Angestellten sollen vollständig in die Taschen der Kapitalisten fließen, die freigesetzten Arbeitskräfte beliebig verfügbar gemacht und als Spaltkeil gegen die noch in Arbeit stehenden eingesetzt werden. Stingl empfiehlt also den Beitrags- und Steuer-
Bauwesen 13 244 3337 7951 6521
Versorgungsanlagen 220 398 2352 3541 2230
Büro und Verwaltung* Soziale Dienste* 749 861 1672 5586 351 12078 1533
Sonstige 71 474 2886 689 1358
* bis 1975 gemeinsam erfaßt / Quelle: Arbeitsstatistik 1977 der Bundesanstalt für Arbeit, 20.6.1978
Das Bundeswirtschaftsministerium hat Ende Juni den 7. Rahmenplan zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verabschiedet. Mit 11,5 Milliarden DM soll die „Förderung privater Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“ finanziert werden. Schwergewicht wird hierbei auf den Ausbau der Wirtschaftsstruktur im Grenzgebiet zur DDR und in dem „vom Anpassungsprozeß der Stahlindustrie besonders betroffenen Gebieten“ gelegt.
Großen Wert legt die Bourgeoisie auf die „Beweglichkeit“ der Arbeiter. Nicht nur regional, auch beruflich müssen sie mobil gemacht werden. 1977
Die Bundesanstalt für Arbeit stellt befriedigt fest, daß es sich bei der seit Jahren um eine Million pendelnden Arbeitslosenzahl nicht um eine „starre Masse“ handelt, sondern daß es gelungen ist, immer neue Teile der Lohnabhängigen in das Heer der Arbeitslosen zu stoßen und nach Belieben auf dem Arbeitsmarkt wieder aufzusaugen. Während im Jahresdurchschnitt 1977 die Zahl der Arbeitslosen aus dem produzierenden Gewerbe gegenüber 1975 um 29% sank, stieg sie im Bereich Handel und Dienstleistungen um 17% an. Die durch die kapitalistische Rationalisierung freigesetzten Angestellten sollen entweder „umgeschult“ werden, um ihre Arbeitskraft in der
talisten mobilmachen zu lassen, wird das Geld gestrichen. Die Kapitalistenklasse hat einen großen Raubzug auf den Lohnstandard und die Lohngelder der Versicherungskassen der Lohnabhängigen vor. Die Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung und die Bereitstellung der Arbeitsberater für die „Vermittlung vor Ort“ ist ein wichtiges Instrument dabei. In einer Ifo-Dokumentation zur „Überwindung der Arbeitslosigkeit“ wird hervorgehoben, daß „die Kosten von allen Beteiligten getragen werden müssen“ und die „sozialen Gruppen Opfer und die Aufgabe des Besitzstandsdenkens“ erbringen müssen – „ohne eine Bereitschaft hierzu sind die Bemühungen um eine Vollbeschäftigung von vornherein zum Scheitern verurteilt“. Wobei das Ifo unter „Vollbeschäftigung“ eine Arbeitslosenzahl von 500000 als „stille Reserve“ für selbstverständlich erachtet. Daß sich die Arbeiterklasse gegenüber diesen kühnen Plänen der Kapitalistenklasse keineswegs still verhält, haben die Streikkämpfe in diesem Frühjahr gezeigt.
sächlich gezahlte Lohn.
„Plan Barre“ in Frankreich
z.hev. „Wo ist die Freiheit der Arbeit?“ brüllte der französische Ministerpräsident Raymond Barre am 30. April 1977 ins Mikrophon der Nationalversammlung. „Warum nicht den unanständigen Charakter der Streiks in den Staatsbetrieben unterstreichen, wo dort doch der Arbeitsplatz garantiert ist?“ Er meinte die großen Streiks der französischen Arbeiterklasse gegen seinen berüchtigten „Plan Barre“ (Nr. 2), mit dem die Bourgeoisie in der imperialistischen Konkurrenz aufholen will. Wichtiger Bestandteil dieses Plans sind Maßnahmen zur Dienstverpflichtung der unter 25jährigen Arbeitslosen bei niedrigem Lohn. Der Staat bezahlt den Kapitalisten die Kosten für die Sozialversicherung, wenn sie bis zum 31. Dezember 1977 einstellten, was inzwischen im „Plan Barre“ Nr. 3 verlängert wurde. Geben die Kapitalisten an, daß es sich um eine Lehre handelt, übernimmt der Staat diese Kosten für die gesamte Dauer der Lehre. Jugendliche Hilfsarbeiter, die erneut arbeitslos geworden sind, bekommen ganze 29,55 Francs pro Woche an Arbeitslosengeld, etwa 400 Mark im Monat. Der Kapitalistenverband war so begeistert, daß er 600 Berater losschickte, um seinen Mitgliedern die Feinheiten des Systems zu erklären, z.B. die Möglichkeit, Arbeitslose ins Ausland dem Kapital hinterher zu ja-

„Den Abbau lohnintensiver Strukturen beschleunigen“

Das Godesberger Programm und Ehrenberg

r.std. Die Kapitalisten gehen offen dazu über, die Verkürzung des Lebensalters zu propagieren. Dazu machen sie den Tod schmackhaft. Sie preisen ihn als „Erfüllung des Unerfüllten“. Hinter diesen Worten, mit christlicher Absicht bedeckt, steht das Interesse der Kapitalisten an der Vernutzung der Arbeitskraft und, nachdem sie für die Profitproduktion verbraucht wurde, an ihrer Beseitigung. Dieses Interesse folgt aus dem Streben nach Höchstprofit. Die Bourgeoisie hat es mit verschiedenen Gesetzesmaßnahmen durchsetzen können. An ihrer Spitze steht die Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiterklasse, der Entzug der Krankenversorgung für die zerstörte Arbeitskraft, steht auch, daß unter dem wachsenden Heer der Arbeitslosen die Kapitalisten einen großen Raubzug auf die Löhne der Arbeiterklasse unternehmen konnten.

Die Sozialdemokraten und vorneweg Herbert Ehrenberg haben diese verschiedenen Maßnahmen durch Gesetz erreicht. Das „Arbeitsförderungsvermittlungsunderleichterungsgesetz“ stellt den Kapitalisten Arbeitskraft zur Verfügung, deren Arbeit zwar von ihnen genommen, die Arbeitskraft aber aus den Versicherungsgeldern der Arbeiter bezahlt wird und der, entspricht ihre Arbeit den Kapitalisten nicht, das Arbeitslosengeld gesperrt werden kann. Durch das Rentenanpassungsgesetz wurden die Renten der Arbeiter gekürzt, das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz entzieht dem durch die kapitalistische Profitproduktion zerschundenen Arbeiter wichtige Medikamente und ärztliche Behandlung. Damit wird den Arbeitern das Sterben erleichtert. Die Kapitalisten bereichern sich an den Geldern der Sozialversicherung und plündern sie. Dies alles unter Federführung der Sozialdemokratie.

Ende der fünfziger Jahre hatten die Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht rekonstruiert. Die westdeutsche Bourgeoisie hegte erneut Weltmachtpläne.

Die Sozialdemokratische Partei legte ihre Auffassungen in dem Godesberger Programm nieder. Es ist gekennzeichnet durch die offene Unterstützung der kapitalistischen Produktionsweise. „... bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht.“ Der „freie kapitalistische Markt entsteht auf der Grundlage des Privateigentums der Kapitalisten an den Produktionsmitteln und der Enteignung der produzierenden Arbeiter, welches sich auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bildet. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bildet die Grundlage der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Diese Tatsache wird von den Sozialdemokraten in ihren programmatischen Äußerungen verwischt. An die Stelle des Klassenwiderspruchs zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, der sich im Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie entwickelt und durch die proletarische Revolution gelöst wird, treten beliebige auszuwechselnde Erscheinungen: „Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmer bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft.“ Die Arbeiterklasse wird als produzierende Klasse geleugnet: „Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.“ Der Klassengegensatz wird in die Herrschaft einer anonymen Macht verhüllt: „In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen.“ Das Credo aber ist der Schutz des kapitalistischen Eigentums: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung“, auch wenn folgt „soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert“.

In den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“, die die Sozialdemokraten bald nach Eintritt in die Große Koalition veröffentlichten, geht es um die „Welt“, um „Europa“ und um den Platz, den die Bundesrepublik darin einnehmen sollte. Ohne verschärfte Ausbeutung war ein Platz für die aufstrebende Macht nicht zu ergattern.

Was jetzt in großem Maßstab unter dem Druck der Arbeitslosigkeit von der Bourgeoisie durchgesetzt wird, wurde dort als Programm gefordert. Das Stichwort war „die Mobilität“, die sich für die Arbeiterklasse erhöhen sollte. In den „Perspektiven“ heißt das so: „Der Mensch von morgen muß mobil und darauf eingestellt sein, sich der rasanten technischen Entwicklung anzupassen.“ Bei der Bildungsreform wird es dann offen herausgelassen: „Es ist unerträglich, ... daß die Annahme eines günstigeren Arbeitsplatzes davon abhängig gemacht werden muß, ob das schulische Fortkommen der Kinder durch einen Wohnungswechsel gefährdet werden könnte.“ Deutlicher in dem Entwurf eines Orientierungsrahmens: „Die lebenslange Ausübung eines bestimmten Berufes oder das Verbleiben auf einem bestimmten Arbeitsplatz können und sollen ... nicht garantiert werden; denn die strukturellen Entwicklungen unserer Zeit fordern hohe berufliche Mobilität.“ Das einzige Eigentum des Arbeiters besteht in seiner Arbeitskraft. Er muß sie verkaufen zu einem Preis, der hinreicht zu ihrer Reproduktion. Mit fortschreitender Akkumulation des Kapitals wird die technische Basis der Produktion umgewälzt. Dies findet gegenwärtig statt und ist mit einer deftigen Lohnsenkung verbunden. Durch brutale Unterdrückung werden dazu die entsprechenden Gesetze von der Sozialdemokratie gemacht. Was Ehrenberg durch das „Arbeitsvermittlungsunderleichterungsgesetz“ in großem Maßstab eingeleitet hat, wird in dem Orientierungsrahmen unter dem Deckmantel der „Sicherung der Vollbeschäftigung“ gefordert: „Um sie besser als bisher zu erfüllen, sollen die über reine Arbeitslosenversicherung hinausgehenden arbeitsmarktpolitischen und mobilitätsfördernden Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit noch erweitert werden!“

Ehrenberg verfolgt dieses Ziel konsequent. Als Agentur der Kapitalistenklasse wird die Ausbeutung der Arbeiter durch die Gesetzesmaßnahmen der Sozialdemokraten erhöht.

Ehrenberg 1974 auf dem Wirtschaftstag der CDU: „Die Aufrechterhaltung des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer würde den Abbau lohnintensiver Strukturen zugunsten hochtechnisierter – mit größeren Rationalisierungsmöglichkeiten – beschleunigen.“ Die Bourgeoisie hat sich vor allem den Kampf der Arbeiter gegen ihre Gesetze eingehandelt. Das wird sich unweigerlich fortsetzen.

Sozialdemokratischer „Bittstellergang" zur Landesregierung

r.rüb.Braunschweig/Hannover. Für einen Bittstellergang an die Landesregierung haben die Braunschweiger Gewerkschaftssozialdemokraten am 28.6. 300 ihrer Funktionäre nach Hannover gekarrt, um zu fordern: „Diese Region Braunschweig darf keine Fremdenverkehrsregion werden, sie muß Industrieregion bleiben." (Oberbürgermeister und SPD-Landtagsabgeordneter Glogowski in Hannover) „Sonderprogramme für die Braunschweiger Region" und „Ausweitung der Zonenrandförderung" wurden gefordert.



Am 23.6. hatten die Olympia-(AEG)-Kapitalisten bekanntgegeben, daß das Braunschweiger Olympia-Werk für Tischrechner zum 31.3.79 geschlossen werden soll, nachdem bereits Entlassungspläne für ca. 570 Arbeiter seit Anfang Januar bestanden. Jetzt sollen insgesamt 1200 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. 120 Arbeiter und Angestellte sollen in Forschung und Vertrieb verbleiben – Olympia will in Zukunft 400000 Rechner bei Matsushita in Osaka und Business Elektronic in Hongkong fertigen lassen.

Die Gewerkschaftsozialdemokraten haben den Bittstellergang in Hannover vor der Belegschaft und vor den Braunschweiger Metallarbeitern geheimgehalten. Große Empörung gibt es darüber unter der Belegschaft. Die Entlassenen sind zu 75% Frauen, bereits jetzt sind 60% der Arbeitslosen in der Braunschweiger Region Frauen. Das heißt, daß ab Frühjahr 1979 ca. 900 weitere Arbeiterfamilien 700 bis 800 DM im Monat weniger zum Leben haben werden. Genug Grund für die Belegschaft, gegen die Entlassungen den Kampf aufzunehmen – mit einem Bittstellergang ist es da nicht getan.

Bilanz der bisherigen drei „freiwilligen" Sonderschichten

Wolfsburg. In der Halle 12, Golf-Endmontage, des VW-Werkes Wolfsburg erschienen zur ersten „freiwilligen" Sonderschicht so wenig Arbeiter, daß nur eines von vier Bändern und auch nur mit halber Stückzahl (6140 Wagen) gefahren werden konnte. Zur zweiten Sonderschicht konnte ein Band mit vollem Tempo gefahren werden (278 Autos), da es aber Stokkungen in der Lackierei gab, wurden nur 250 Autos produziert. In der dritten Sonderschicht am letzten Samstag wurde wiederum nur ein Band mit voller Stückzahl gefahren. Eine Umfrage unter 11 Arbeitern, die zur letzten Sonderschicht er-

Sie wollen die Arbeiter den eigenen Schuldturm noch höher ziehen lassen

Tarifänderungen bei Bausparverträgen geplant

z.scc. Die Bausparkassenaktionäre sitzen zur Zeit über ihren Bilanzen des Jahres 1977 und sind „rundum zufrieden". Die öffentlichen Bausparkassen haben für 27 Mrd. DM neue Verträge abgeschlossen. Die Wüstenrot beispielsweise, Größte im Bauspargeschäft, hat 1977 die Zahl ihrer Verträge um 445000 auf drei Millionen und ihr Bausparvolumen um 12,35 Mrd. auf 95 Mrd. DM erhöht.

„Der Drang der Bevölkerung nach den eigenen vier Wänden habe sich weiter verstärkt", weiß die „Welt" am 20. Juni zu vermelden. Das „Eigenheim" ist der Bourgeoisideologen vom „breitgestreuten Eigentum" nach wie vor liebstes Kind und die 18 Millionen „Häuslebauer", die 1977 Bausparverträge hatten, ihre Hauptzeugen für diese Mär. Abgesehen vom klaftertiefen Unterschied zwischen dem Eigentum an den Produktionsmitteln, kraft dessen eine Handvoll Schmarotzer Millionen Arbeiter ausbeutet und ihr Kapital ständig vermehrt, und dem Eigentum an „vier Wänden", in denen sich eine begrenzte Zahl Lohnabhängiger von der Arbeit für die Kapitalisten erholt, hält diese Mär keiner Untersuchung stand. Weder in puncto „breitgestreut" noch in puncto „Eigentum".

Die Bourgeois rechnen für den Erwerb eines kleinen Eigenheims bei einem Eigenkapital von 20% mit einer „Vorsparzeit" von durchschnittlich drei Jahren. Nun hatten etwa 1973 11,4 Millionen Menschen einen Bausparvertrag, drei Viertel davon waren lohnabhängig. Drei Jahre später, 1976, lebten 8,6 von 23,9 Millionen Haushalten im eigenen Haus, meistens Häuschen, der größte Teil länger als drei Jahre, die Bourgeoisfamilien mitgerechnet. Von den lohnabhängigen Familien hatten es noch nicht einmal 3,7 Millionen, gerade ein Viertel, zu „eigenen vier Wänden" gebracht. Von wegen also „breitgestreut". „Breitgestreut" ist hier nur die Quelle der vielen Milliarden Kapital, die die Bausparkassenkapitalisten aus den Spareinlagen – 1976 22 Mrd. DM – in ihren Händen zentralisieren.

Bislang hatte der bürgerliche Staat gerade die höheren Angestellten und Beamten durch ein System von „Vergünstigungen", „Sparzulagen" und Bausparprämien zum Abschluß von Bausparverträgen gelockt. Wir hatten Anfang 1977 ausgerechnet, daß ein Lohnabhängiger, der in den Genuß dieses Förderungssystems kommen wollte, zwölf Jahre lang mindestens 160 DM monatlich zu den Bausparkassen hätte tragen müssen, um bei einer Bausparsumme von 100000 DM ein „Eigenkapital" von 40% aufzubringen (KVZ Nr. 7/1977). Selbst wenn dann in vergleichsweise wenigen Fällen jahrelanges Sparen und größte Opfer zu einem Reihenhäuschen am Stadtrand führen, „eigen" ist es noch lange nicht. Statt dem mieteeintreibenden Hausbesitzer sitzen dem neuen „Hauseigentümer" die Banken im Nacken, und ihr Würgegriff ist wahrhaft atemraubend. Zuerst hätte unser Lohnabhängiger feststellen müssen, daß die Baupreise gestiegen wären. Er hätte den Darlehensanteil von 60000 auf, sagen wir, 100000 DM aufstocken müssen. Und dann hätte er zahlen müssen. 1000 DM monatlich an Tilgung und Zinsen, elf Jahre lang. Dazu kommt die Grundsteuer, die verschiedensten Gebühren und Abgaben, die ständig schneller wachsen, und nicht zuletzt und mit zunehmendem Alter der „vier Wände" die Erhaltungs- und Renovierungskosten. Wir haben großzügig gerechnet. 1975 kostete ein durchschnittliches Eigenheim bereits 157000 DM, heute weit über 200000 DM, allein im letzten Jahr stiegen die Baukosten um 6%.

In die gierige Zufriedenheit über die 77er Bilanzen und die ersten Ergebnisse von 1978 mischen sich den Bausparkapitalisten die ersten Sorgen um die Zukunft. Mit Sorge registrieren sie, daß die Spareinlagen relativ abnehmen – erste Vorboten, daß in zwei, drei Jahren auch die Tilgungs- und Zinszahlungen abnehmen –, daß in steigendem Umfang Bausparverträge gekündigt werden und sich die Zuteilung von Bausparverträgen recht schleppend entwickelt. Sie ahnen, trotz steigender Zahl von abgeschlossenen Bausparverträgen, die Grenzen des Bauspargeschäftes; dann nämlich, wenn es ihnen nicht gelingt, die Masse der Lohnabhängigen, die einen Bausparvertrag oft als Versicherung für die Wechselfälle des Arbeiterlebens abschließen, tatsächlich zum Bau bzw. Kauf eines Hauses zu bewegen.

Inzwischen hat der bürgerliche Staat seine „Förderungen" aus Steuergeldern drastisch gekürzt, weil die ursprüngliche „Zielgruppe" der höheren Angestellten und Beamten mit Eigenheimen sozusagen gesättigt ist. Umso dringender ist es für die Bausparkassenkapitalisten, neue Fallen für die „unteren Einkommensgruppen", für die Arbeiter und Angestellten, aufzustellen. Dazu basteln sie an neuen Bauspartarifen. Zuerst wurde das „Eigenkapital" von 40 auf 20% und weniger reduziert. Die langen „Vorsparzeiten" hatten sich allzu deutlich als Hindernis für den Erwerb „eigener vier Wände" herausgestellt. Vor wenigen Tagen berieten Haack, der Wohnungsbauminister, und Lambsdorff, der Wirtschaftsminister, zusammen mit der Bundesbank und den Großbanken über eine hundertprozentige Fremdfinanzierung. Weiter wurde das „gestreckte Darlehen" eingeführt: Während bislang eine jährliche Darlehenstilgung von 7% und Zinszahlungen von 5% die Regel waren, wird die Tilgung inzwischen auf 4% gesenkt, die Laufzeit der Darlehen von elf auf 16 Jahre erhöht – und die Zinsen auf 5,75%. Ein weiterer Vorschlag wird ausdrücklich auf die *jungen* Arbeiter und Angestellten zugeschneidert. Danach müßte, wer bei Familiengründung in die besagten „eigenen vier Wände" ziehen will und dazu 100000 DM aufnähme, anstatt 132 Monate lang 1000 DM nun im ersten Jahr monatlich 615 DM, im 10. Jahr 815 DM und ab dem 17. Jahr 1003 DM zahlen, insgesamt 26 Jahre lang. Die Bausparkapitalisten spekulieren darauf, daß sich manch junger Lohnabhängiger ernsthaft überlegen wird, ob er für 500 bis 600 DM eine Dreizimmerwohnung mietet, Mietsteigerung von 6% oder mehr schon in den nächsten Jahren in Kauf nimmt und sich den oft kleinlichen Schikanen der Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften aussetzt.

Alle diese erwogenen oder schon durchgeführten Änderungen haben eins gemein: Sie ziehen den Schuldturm um die Lohnabhängigen, genannt „Eigenheim", noch höher. Mußte ein bauwilliger Lohnabhängiger für ein 100000 DM-Darlehen früher 32000 DM Zinsen zahlen, so muß er heute den Bausparkassen und Banken knapp das Fünffache an Zinsen zuschieben.

Was hat er davon gehabt? Wenn die Schulden nach 26 Jahren bezahlt sind, ist das Haus auch hin.

Vom gefräßigen Handwerksmeister zum großen Blutsauger an den Textilarbeitern

Der Dierig-Clan wird seit den Weber-Aufständen bekämpft

r.acm. Textilkapitalist Johann Gottfried Dierig hat angekündigt, die Textilfabrik Hammersen in Osnabrück, die ihm gehört, dichtzumachen. Knapp 500 Arbeiter sollen nach schärfster Ausbeutung jetzt auf die Straße fliegen. Diese Tat, die er jetzt umsetzen will, ist eine aus einer Kette von Gewaltmaßnahmen dieser Sippschaft Dierig, die ganze Generationen von Webern und Textilarbeitern zugrunde gerichtet hat für den Höchstprofit.

Mit dem Beginn des Kapitalismus beginnt auch die Geschichte der Dierigs. 1805 gründet Christian Gottlob Dierig das Stammwerk in Oberlangenbielau (Schlesien) als Personalfirma. In Schlesien war das Weben zum Großteil zu diesem Zeitpunkt Hausarbeit an



1830: Frauenarbeit in einer Spinnerei

Das schafft Dierig durch überwiegende Durchführung von zwangsweiser Dreischicht und über Niedrigstlöhne bei den Ausländern. 28,5% beträgt der Anteil der ausländischen Arbeiter, 1974 sind das 1980 von ca. 7000. Von 1973 auf 1974 waren schon über 500 Arbeiter aus den Fabriken rausgeschmissen worden, und von 1974 auf 1975 werden weitere 500 entlassen.

1973 ist also aus einer um 7,14% verkleinerten Arbeiterschaft ein um das 19fache gesteigerter Umsatz herausgeschlagen worden.

6231 Arbeiter waren es 1977 noch, die den Profit für Dierig schafften

verbleiben – Olympia will in Zukunft 400000 Rechner bei Matsushita in Osaka und Business Elektronic in Hongkong fertigen lassen.

Die Gewerkschaftsozialdemokraten haben den Bittstellergang in Hannover vor der Belegschaft und vor den Braunschweiger Metallarbeitern geheimgehalten. Große Empörung gibt es darüber unter der Belegschaft. Die Entlassenen sind zu 75% Frauen, bereits jetzt sind 60% der Arbeitslosen in der Braunschweiger Region Frauen. Das heißt, daß ab Frühjahr 1979 ca. 900 weitere Arbeiterfamilien 700 bis 800 DM im Monat weniger zum Leben haben werden. Genug Grund für die Belegschaft, gegen die Entlassungen den Kampf aufzunehmen – mit einem Bittstellergang ist es da nicht getan.

Bilanz der bisherigen drei „freiwilligen" Sonderschichten

Wolfsburg. In der Halle 12, Golf-Endmontage, des VW-Werkes Wolfsburg erschienen zur ersten „freiwilligen" Sonderschicht so wenig Arbeiter, daß nur eines von vier Bändern und auch nur mit halber Stückzahl (6140 Wagen) gefahren werden konnte. Zur zweiten Sonderschicht konnte ein Band mit vollem Tempo gefahren werden (278 Autos), da es aber Stokkungen in der Lackierei gab, wurden nur 250 Autos produziert. In der dritten Sonderschicht am letzten Samstag wurde wiederum nur ein Band mit voller Stückzahl gefahren. Eine Umfrage unter 11 Arbeitern, die zur letzten Sonderschicht er-
schienen waren, ergab, daß sieben gekommen waren, weil sie kleine Kinder haben oder erwarten, zwei, weil sie Schulden haben, einer, weil er in der Ferienfahrschule den Führerschein machen will, und einer, weil er sich in Italien selbständig machen will. Etliche Arbeiter haben den Vorarbeitern Bedingungen gestellt, daß sie nur erscheinen, wenn sie bestimmte Arbeiten nicht zu machen brauchen oder wenn sie eine Stunde eher gehen dürfen.

Kurzarbeit und Streiks bei Kochs-Adler

Bielefeld. Am 22. Juni streikten bei Kochs-Adler 500 Arbeiter für zwei Stunden. Seit dem Umzug von Kochs-Adler in ein neues Werk in einem Vorort sind die Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert worden, bei gleichzeitiger Einschränkung von sozialen Leistungen. Seit März wird im Werk kurzgearbeitet, aber über die Verschärfung des Akkords ist das Produktionsergebnis dasselbe wie in der Normalarbeitszeit. Anlaß zum Streik waren die geringen Kantinenöffnungszeiten und die hohen Preise in der Kantine.

Streik gegen Zulagenkürzung

Siegen. Fischbach Lüftungstechnik. Nachdem die gesamte Belegschaft bereits vor vier Wochen in einen zweitägigen Streik getreten war, weigerte sich die gesamte Belegschaft am 24. Juni erneut, die Arbeit aufzunehmen, weil durch eine Maßnahme der Kapitalisten 19 Arbeitern die Erschwerniszulage bis zu 0,55 DM gekürzt werden soll. Außerdem wurde drei älteren Kollegen, die schon über 20 Jahre zur Belegschaft gehören und heute nicht mehr im Akkord arbeiten können, die Verdienstabsicherung gestrichen.

Die Bourgeois rechnen für den Erwerb eines kleinen Eigenheims bei einem Eigenkapital von 20% mit einer „Vorsparzeit" von durchschnittlich drei Jahren. Nun hatten etwa 1973 11,4 Millionen Menschen einen Bausparvertrag, drei Viertel davon waren lohnabhängig. Drei Jahre später, 1976, lebten 8,6 von 23,9 Millionen Haushalten im eigenen Haus, meistens Häuschen, der größte Teil länger als drei Jahre, die Bourgeoisfamilien mit-

Zuerst hätte unser Lohnabhängiger feststellen müssen, daß die Baupreise gestiegen wären. Er hätte den Darlehensanteil von 60000 auf, sagen wir, 100000 DM aufstocken müssen. Und dann hätte er zahlen müssen. 1000 DM monatlich an Tilgung und Zinsen, elf Jahre lang. Dazu kommt die Grundsteuer, die verschiedensten Gebühren und Abgaben, die ständig schneller wachsen, und nicht zuletzt und mit zunehmendem Alter der „vier Wände" die Erhaltungs- und Renovierungsko-

heimen sozusagen gesättigt ist. Umso dringender ist es für die Bausparkassenkapitalisten, neue Fallen für die „unteren Einkommensgruppen", für die Arbeiter und Angestellten, aufzustellen. Dazu basteln sie an neuen Bauspartarifen. Zuerst wurde das „Eigenkapital" von 40 auf 20% und weniger reduziert. Die langen „Vorsparzeiten" hatten sich allzu deutlich als Hindernis für den Erwerb „eigener vier Wände" herausgestellt. Vor wenigen Tagen berieten Haack, der Wohnungsbaumini-

Alle diese erwogenen oder schon durchgeführten Änderungen haben eins gemein: Sie ziehen den Schuldturm um die Lohnabhängigen, genannt „Eigenheim", noch höher. Mußte ein bauwilliger Lohnabhängiger für ein 100000 DM-Darlehen früher 32000 DM Zinsen zahlen, so muß er heute den Bausparkassen und Banken knapp das Fünffache an Zinsen zuschieben.

Was hat er davon gehabt? Wenn die Schulden nach 26 Jahren bezahlt sind, ist das Haus auch hin.

Vom gefräßigen Handwerksmeister zum großen Blutsauger an den Textilarbeitern

Der Dierig-Clan wird seit den Weber-Aufständen bekämpft

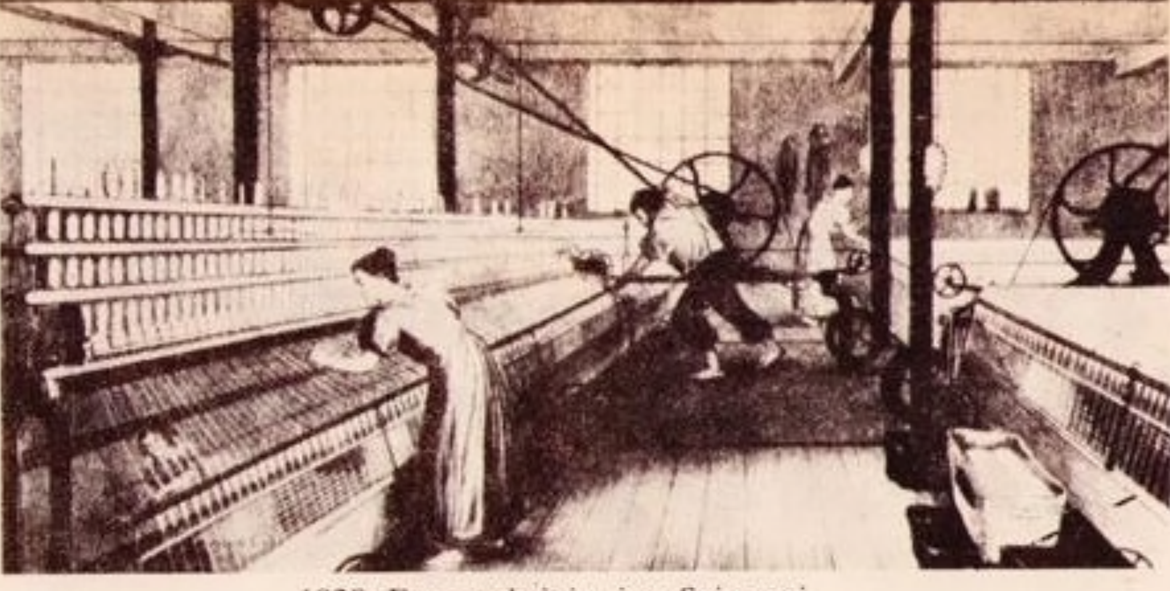
r.acm. Textilkapitalist Johann Gottfried Dierig hat angekündigt, die Textilfabrik Hammersen in Osnabrück, die ihm gehört, dichtzumachen. Knapp 500 Arbeiter sollen nach schärfster Ausbeutung jetzt auf die Straße fliegen. Diese Tat, die er jetzt umsetzen will, ist eine aus einer Kette von Gewaltmaßnahmen dieser Sippschaft Dierig, die ganze Generationen von Webern und Textilarbeitern zugrunde gerichtet hat für den Höchstprofit.

Mit dem Beginn des Kapitalismus beginnt auch die Geschichte der Dierigs. 1805 gründet Christian Gottlob Dierig das Stammwerk in Oberlangenbielau (Schlesien) als Personalfirma. In Schlesien war das Weben zum Großteil zu diesem Zeitpunkt Hausarbeit an
den eigenen Webstühlen der Weber. Solche Handelskapitalisten wie Dierig verscheuerten das Garn zu Wucherpreisen an die Weber. Darüber und über den Ankauf der fertigen Produkte wurden sie dann von den Fabrikanten in Schuldknechtschaft gebracht.

Schon 1793 gab es die ersten Aufstände der Weber in Schlesien, gerade auch unter dem Einfluß der Französischen Revolution.

Der Haß der Weber auf die Fabrikanten und Händler, die ihr Leben in Arbeitszeit verwandelten und zusätzlich auf dem Warenmarkt ausplünderten, war grenzenlos. In einem Lied der Weber, das in den Aufständen häufig vor den Häusern der Kapitalisten gesungen wurde und das „Blutgericht" heißt, wird klargelegt, um welche es sich handelt: „Die Herren Zwanziger die Henker sind, die Dierig ihre Schergen." Im Aufstand haben die Weber die Häuser dieser Lumpen auseinandergenommen. Zuerst das von Zwanziger, dann ging's nach Bielau zu den Dierigs. „Mit ihrem Haus begann die Zerstörung an diesem Ort. Zunächst kam das obere Etablissement der Gebrüder Dierig an die Reihe. Der Pastor Seifert, Schwiegersohn des Dierig, dem seine Frau eine Mitgift von 20000 Thalern zugebracht und der nun wohl bequem von der ruhigen Ergebung des wahren Christen in sein Schicksal ... sprechen und zur Ruhe und zum Frieden ermahnen wollte, soll in's Wasser geworfen worden sein." (aus: Wolff, Das Elend und der Aufruhr in Schlesien).

1902 machen die Dierigs dann in GmbH und reißen weitere Betriebe an sich, die Ausbeutung wird jetzt fa-



1830: Frauenarbeit in einer Spinnerei

brikmäßig betrieben. War es vorher der Wucher, der die Weber zum Arbeiten rund um die Uhr brachte, so hatte der Kapitalismus jetzt alles Eigentum der Weber beseitigt und sie als freie Lohnarbeiter in die Fabriken getrieben, wo sie für die Kapitalisten schanzen mußten.

1928 folgt die Umgründung in „Christian Dierig AG". Zu diesem Zeitpunkt saugen sie schon 30 Mio. Reichsmark auf, und 1929 streckt Dierig seine Finger schon nach Augsburg aus und hat Aktienmajorität an der „Baumwollspinnerei am Stadtbach". Dann geht es Schlag auf Schlag; „Debag" und „Hammersen AG" in Osnabrück, wobei er Werke in Rheine, Bocholt, Rheyth und Riesa/Sachsen mit einkassiert, was 1935 durch Abschluß eines Verschmelzungsvertrages unter Führung Dierigs festgemacht wird. 1936 entsteht dann der sogenannte „Dierig-Konzern".

1945, mit der Niederlage der deutschen Reichsbourgeoisie im zweiten imperialistischen Weltkrieg, kommt Dierig noch einmal davon und kann sich nach Augsburg absetzen, wobei ihm die Herrschaft über „7000 Arbeitskräfte" verlustig ging (laut Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, Ausgabe 75/76). Aber die Herrschaft der Ausbeuterordnung ist ihm schon gesichert, und mit dem ganzen Reichtum, den er noch abgeschleppt haben muß, geht er 1946 gleich wieder ans Werk. Sein Konzern „diesseits" der Grenze ist ihm geblieben, und schon bis 1950 schlägt er aus den ca. 6000 Arbeitern 80% des Vorkriegsvolumens heraus.

Jahr für Jahr saugt er weitere Betriebe in seinen Konzern ein, um 1973 über die Gründung der „Dierig Holding Aktiengesellschaft" die Neugliederung des Konzerns anzugehen, was heißt: „Keine Erweiterung der Produktionskapazität, jedoch Umsatzsteigerung um rd. 25 Mio. DM auf rd. 480 Mio. DM, weiterer Ausbau des Exports. Mit den Investitionen wurden vor allen Dingen Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt." (Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, 75/76)

Das schafft Dierig durch überwiegende Durchführung von zwangsweiser Dreischicht und über Niedrigstlöhne bei den Ausländern. 28,5% beträgt der Anteil der ausländischen Arbeiter, 1974 sind das 1980 von ca. 7000. Von 1973 auf 1974 waren schon über 500 Arbeiter aus den Fabriken rausgeschmissen worden, und von 1974 auf 1975 werden weitere 500 entlassen.

1973 ist also aus einer um 7,14% verkleinerten Arbeiterschaft ein um das 19fache gesteigerter Umsatz herausgeschlagen worden.

6231 Arbeiter waren es 1977 noch, die den Profit für Dierig schafften,
wenn er jetzt weitere 500 bei Hammersen rauswerfen will – und vor allem damit droht – so will er vorher auf jeden Fall noch an den Lohn der Massen über die Steuergelder ran. „Nur unter der Voraussetzung, daß von Stadt und Land billige Kredite gewährt würden, sei überhaupt an eine Weiterführung des Werkes Osnabrück zu denken ...", sagt Dierig. Mit aller Macht will er an Bares heran für den Höchstprofit.

Eine Erklärung





„Noch tief gebeugt von dem furchtbaren Schlage, der uns am 5.d.M. getroffen, müssen wir mit schmerzlicher Entrüstung vernehmen, daß sich lieblose Gerüchte jetzt an die Ehre unseres Namens – wie jene zerstörungswüthige und räuberische Rotte an unser Eigenthum, die Frucht langjähriger mühevoller Arbeit – wagen. Wir sollen, so heißt es, die Vertheilung von Geld versprochen, damit begonnen, jedoch auf die Nachricht von der Ankunft des Militairs inngehalten und somit den Angriff der durch die Täuschung Gereizten gegen unser Etablissement gewissermaßen selbst verschuldet haben; ja, man geht sogar soweit, unseren Schwager, den Pastor Seiffert, als denjenigen zu nennen, der uns die erwähnte Nachricht gebracht und den Rath, inne zu halten, ertheilt habe. ... Wir unterfangen uns nicht, die Motive der Ereignisse vom 4. und 5. hier untersuchen zu wollen. Aber im Stande, mit gutem Gewissen zu sagen, daß wir uns niemals irgend eine Bedrückung, Härte oder Verkürzung gegen die 4000 Arbeiter, welche wir, zum Theil mit eigenen Opfern, für unser Etablissement bis jetzt beschäftigten, erlaubt haben und unausgesetzt bemüht waren, die vaterländische Industrie zu heben, wie auch bei den unglücklichsten Conjuncturen für den fleißigen und redlichen Arbeiter gute Arbeitslöhne zu erhalten – dürfen wir uns von jeder moralischen Verantwortlichkeit für das, was geschehen ist, freisprechen. Breslau, den 15. Juni 1844. *Die Brüder Wilhelm und Friedrich Dierig in Langenbielau.*" (Leipziger Zeitung vom 4. Juli 1844)

Uradel: Seit fast 1000 Jahren die Bauern geschunden und nichts Positives zustande gebracht

Familie Rantzau sitzt noch immer in der Landwirtschaftskammer

r. kaq. Holsteins Uradel ist entstanden in der Zeit der Christianisierung von 1000 bis 1300 mit der Besiedlung des Ostens. Die blutige Niederschlagung und Vertreibung der Wenden aus dem ostholsteinischen Raum ließ die Ritterschaft und den Adel in Holstein aufblühen. Mit dem Entstehen des Lehenswesens im 11. Jahrhundert begann die Unterjochung der bis dahin in Feldgemeinschaft und nach eigenständigem Recht lebenden Bauern. Die Bauern mußten Geldabgaben, die nach Hufen berechnet wurden, und eine ordentliche Steuer, die Bede, abliefern.

Als die beiden Landesherren König Hans und Herzog Friedrich I. um 1500 zum Kriegszug gegen Dithmarschen riefen, stand der ganze Adel hinter ihnen. Unter Führung Hans von Ahlefeldts wollten sie die früheren Niederlagen rächen und die Bauern unterwerfen. Das 4000 Mann starke Söldnerheer zog nach Dithmarschen ein. Die Bauern hatten sich in der Nähe von Hemmingstedt verschanzt und erwarteten den Feind. Bei geöffneten Schleusen und einsetzendem Tauwetter mit Regengüssen mußte sich das Söldnerheer auf einer schmalen Straße fortbewegen. Innerhalb von drei Stunden schlugen die Dithmarscher Bauern unter der Führung von Wulf Isebrand das Heer vernichtend, so vernichtend, daß es im Land auf den Adelshöfen und Gütern für die nächsten Jahrzehnte nur noch Frauen und unmündige Söhne gab. Unter den Erschlagenen und Ertrunkenen waren immerhin zwei Grafen von Oldenburg, der Feldmarschall von Ahlefeldt mit zehn weiteren Rittern von Ahlefeldt, sechs Ritter von Sehestedt, fünf Pogwisch, fünf Rantzaus, vier Buchwalds und vier von der Wisch. Bis 1559 trauten sich die Adelsgeschlechter nicht wieder nach Dithmarschen. Herzog Adolf von Gottorp und der dänische König in gemeinsamer Aktion beriefen Johann Rantzau zum Generaloberstfeldmarschall. Der gesamte Adel ritt wieder mit gegen die Dithmarscher, 15 Rantzaus und elf Ahlefeldt waren wieder dabei. Die Ritter brandschatzten alles. 3000 Tote lagen in den brennenden Straßen von Heide. Auslieferung aller Waffen, Schleifung aller Befestigungen und Eingliederung des Landes sowie Zahlung von 600000 Gulden waren die Bedingungen der Niederlage. Die Sippe der Rantzaus breitete nach diesem Sieg über die Bauern ihre Besitztümer aus. Neben der Breitenburg bei Itzehoe kam das Gut Bothkamp in der Nähe von Kiel, das Gut Nütschau in Stormarn, das Gut Rastorf bei Raisdorf und das Gut Rantzau bei Plön hinzu.

In den Sagen des Landes werden die Rantzaus als Freunde der Bauern dargestellt. Die Wirklichkeit spiegelt sich in dem Gedicht „Lehre eines Ritters an seinen Sohn" wieder.

„Willst du dich ernähren,
du junger Edelmann, so folge meinen Lehren,
sitz auf und trab bald an.
Halt dich auf im grünen Wald,
wenn der Bauer ins Holz fährt,
so fahr ihn frischlich an,
erwisch ihn bei dem Kragen,
erfreu das Herze dein.
Nimm ihm, was er hat,
spann aus die Pferde sein.
Sei frisch und dazu unverzagt,
und wenn er keinen Pfennig hat,
so reiße ihm die Gurgel ab."

Auch wenn die meisten Mitglieder des Uradels inzwischen verkommen und verstorben sind, so haben doch die Rantzaus alle Epochen der Geschichte überlebt, wenn auch nicht als Grundherren, so doch aufgrund ihres Grundbesitzes und sich immer wieder den Herrschenden andienend. Die Rantzaus sind bei der Bauernunterdrükkung geblieben. Während der Landvolkbewegung im Schleswig-Holstein der zwanziger Jahre kamen in Itzehoe tausend Landvolkleute zu einer Großkundgebung zusammen. Der Graf zu Rantzau als Präsident der Landwirtschaftskammer brachte da die schwersten Bedenken gegen die Radikalisierung der Landvolkbewegung zum Ausdruck und warnte eindringlich davor, den Boden des Rechts zu verlassen.

Seit 1975 ist wieder ein Graf zu Rantzau Präsident der Landwirtschaftskammer zu Kiel, und sie rühmt sich, daß er bereits der dritte in der Geschichte der Kammer ist. Der Herr verhält sich vorsichtig gegenüber den Bauern, doch was er unterstützt, wird deutlich: „Besonders eindrucksvoll ist die Produktionskraft des Kreises Pinneberg. Die starke Veredelungsdichte und das größte Baumschulgebiet Europas charakterisieren das Gesicht dieses Raumes" („Bauernblatt", 4.3.78). Der Kreis Pinneberg hat den höchsten Anteil von Lohnarbeit in der Landwirtschaft. Mit diesem Ziel vor Augen soll das Bauernlegen in seinem Sinne weitergehen.

Gesetze gegen das Selberbrennen verschärft

z.bil. Die Gerätschaften zur Ermittlung des Alkohols sollen den EG-Vorschriften angeglichen werden. Zu dem Zweck werden Alkoholmeter und Alkoholtafeln für die Zollstellen neu beschafft. 0,8 Millionen Mark wird dies hübsche Geschäft der weiteren Schikane kosten. Es soll die Kontrolle von „Alkoholart, Alkoholgehalt und Alkoholmenge sowie der Gehalt an Nebenbestandteilen in Erzeugnissen, die einer Branntweinabgabe unterliegen", verschärft werden. 942,854 Millionen Mark sind im Jahr 1977 von der Bundesmonopolverwaltung an Branntweinsteuer erhoben worden (1976: 810,182 Mio. DM). Diese Steigerung in der Ausplünderung ist Ergebnis der weiteren Erhöhung der Branntweinsteuer. Der Absatz an Branntwein ist 1977 um 4,69% zurückgegangen. Die BRD-Branntweinmonopolisten stehen in schärfster Konkurrenz zu den anderen EG-Imperialisten. Im Jahr 1977 konnten die EG-Imperialisten durch die Einfuhr von billigerem Agraralkohol in die BRD Profit machen. Über das Brennrecht und feste Übernahmepreise hat sich die westdeutsche Monopolbourgeoisie das Monopol auf die Erzeugung von Alkohol gesichert. Das Selbstbrennen wird mit Strafparagraphen scharf verfolgt. Bis zu fünf Jahre Gefängnis sehen die Steuergesetze vor für Brennereien, die nicht angemeldet und vom Branntweinmonopol kontrolliert werden.

Steuerfreiheit und Vorkaufsrecht sichert Siedlungsunternehmen große Profite

Das den Bauern abgejagte Land wird im Wert immer weiter gedrückt

r.scd. „Die Zeiten der West-Ost-Siedlung, der Besiedelung großer Räume mit geringer Bevölkerungsdichte sind vorüber. An deren Stelle ist die Flüchtlingssiedlung, die Landarbeitersiedlung und vor allem die Siedlungsmaßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur getreten", schreibt ein bürgerlicher Kommentator zur Entstehung des Reichssiedlungsgesetzes 1919 und dessen Ergänzungen und Weiterentwicklungen bis heute.

Vor und während der beiden Weltkriege konzentrierten sich die Siedlungsgesetze auf die Besiedlung der einverleibten Gebiete bzw. die Vorbereitung darauf. Nach dem 2. Weltkrieg, als die westdeutsche Bourgeoisie den Zugriff zu den Ostgebieten verloren hatte und auf den Raum der jetzigen Bundesrepublik eingeschränkt wurde, mußte sie zwangsläufig die Siedlungspolitik ändern. Die Zwangsbesiedlung gen Osten wurde abgelöst durch Besiedlung des vorhandenen, zum Teil brachliegenden Bodens mit Flüchtlingen. 1953 entstand das Bundesvertriebenengesetz, in dem Bundeszuschüsse geregelt werden; im Lastenausgleichsgesetz werden Aufbaudarlehen gewährt. Anfang der sechziger Jahre war dieser Prozeß weitgehend abgeschlossen.

Der Aufbau der Landwirtschaft, die Versorgung mit Lebensmitteln war durch die Arbeit Abertausender kleiner Bauern sichergestellt. Die Neuordnung des Landes wurde notwendig, um sich in der Konkurrenz in der EG und auf dem Weltmarkt zu behaupten. Agrarstrukturmaßnahmen und Raumordnungsgesetz (1965) wurden erlassen. Das Siedlungsrecht wurde den Zwecken der Flurbereinigung (zwangsweise Zusammenlegung kleiner Parzellen zu großen landwirtschaftlichen Flächen), Beschaffung von Wohnungen für die enteigneten Bauern, der Vertreibung der Arbeiter aus den Stadtzentren in Neubausiedlungen am Stadtrand angepaßt.

Mit dem Grundstückverkehrsgesetz von 1961 wurde das Reichssiedlungsgesetz um das Vorkaufsrecht und Weiterverkaufsrecht für den Staat oder die von ihm beauftragten Siedlungsunternehmen erweitert. Zur gleichen Zeit 1961 trat das Bundesbaugesetz in Kraft, das das Vorkaufsrecht bezogen auf die städtische Besiedlung und zum Teil für die Besiedlung der sogenannten Unsicherheitszone (Sozialbrache) an den Stadträndern regelt. Kernstück blieb das Reichssiedlungsgesetz. Es legt fest, daß die Bundesländer „gemeinnützige Siedlungsunternehmen" zulassen können. Diese „Gemeinnützigen" sind Firmen wie die „Niedersächsische Landwirtschaftsgesellschaft" oder gleichbedeutend in der städtischen Siedlung die „Neue Heimat". Sie genießen Steuer- und Gebührenfreiheit, können Land enteignen lassen, haben Vorkaufsrecht und können Pachtverhältnisse kündigen lassen. Neben den Ländern sitzen in den Vorständen die Vertreter der Banken und Versicherungen, die hierüber ihren Zugriff sichern.

Mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes 1976 wurde der Zugriff der Bourgeoisie auf Land noch erweitert. Das Vorkaufsrecht wurde auf den Geltungsbereich von Gebieten, wo lediglich ein Bebauungsplan vorliegen muß oder geplant ist, erweitert und die Herabsetzung des Kaufpreises dabei beschlossen. Nach altem Recht mußte die Gemeinde grundsätzlich den Preis bezahlen, der zwischen den Vertragsparteien vereinbart war. Jetzt gilt der Preis zum Verkehrswert, der vom Katasteramt nach Beschaffenheit und Lage jährlich festgelegt wird. In Emden z.B., wo 1968 der Quadratmeter 7,50 DM kostete, liegt der Preis heute bei 28 DM. Hat die Stadt mittels Vorkaufsrecht Land aufgekauft und verkauft es weiter, gilt der ehemalige Kaufpreis abzüglich 10%. Die Differenz fließt aber nach geltendem Recht dem Land Niedersachsen zu, in diesem Fall 20,50 DM. Der Staat und die Siedlungsunternehmen wurden somit zu den größten Bodenspekulanten, die den Verkehrswert des Bodens nach den jeweiligen Interessen der Bourgeoisie festlegen können.



Institut für Raumordnung 1971

partielle Verdrängung der Landwirtschaft

überwiegende Verdrängung der Landwirtschaft

Agrarstrukturmaßnahmen gekoppelt mit Industrie- und Wohnungsbauansiedlung führen an den Stadtrandgebieten zur vollkommenen Verdrängung der Landwirtschaft. Selbst fruchtbarer Boden (dunkler Raster) fällt darunter. Reichssiedlungsgesetz und Bundesbaugesetz sind die entscheidenden Mittel mit denen die Städte weiter verdichtet und ausgeweitet werden und die Trennung von der Landwirtschaft forciert wird.

Brachlandfläche nimmt weiterhin zu

z.hab. Die Bundesregierung macht in ihrem Agrarbericht 1978 keine Angaben über die Entwicklung brachliegender landwirtschaftlich nutzbarer Fläche im Jahre 1977. Von 1974 bis 1976 vergrößerte sich diese Fläche von 294600 auf 310100 Hektar um 5%. Daß diese Entwicklung weiter vorangeschritten ist, kann man aus den Zahlen des Agrarberichts über die tatsächlich noch genutzte landwirtschaftliche Fläche entnehmen. Sie sank von 12507600 Hektar 1974 auf 12424700 Hektar 1976 und 1977 weiter auf 12346400 Hektar. Dieser Rückgang umfaßt außer der Zunahme von Brachland auch die Fläche, die durch Bebauung und andere Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurde. Die Verödung von landwirtschaftlicher Nutzfläche ist Folge der Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern und der Zentralisation in den kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben. Für die kleinen und mittleren Bauern wird es mehr und mehr unmöglich, die Aufwendung und Vorleistungen für die Nutzung ihrer Anbauflächen aufzubringen. Wenn sie aufgeben müssen, vergrößern die Großbauern ihren Besitz um das beste Land, das abgegeben werden mußte, der Rest bleibt brach liegen. Die Zahl der Großbetriebe mit 50 Hektar und mehr ist von 27136 1976 auf 28500 1977 gestiegen. Die von ihnen bewirtschaftete Fläche stieg von 2150200 auf 2239500 Hektar.

Dritte Welt steigert landwirtschaftliche Produktion

große Profite

Das den Bauern abgejagte Land wird im Wert immer weiter gedrückt

r.scd. „Die Zeiten der West-Ost-Siedlung, der Besiedelung großer Räume mit geringer Bevölkerungsdichte sind vorüber. An deren Stelle ist die Flüchtlingssiedlung, die Landarbeitersiedlung und vor allem die Siedlungsmaßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur getreten", schreibt ein bürgerlicher Kommentator zur Entstehung des Reichssiedlungsgesetzes 1919 und dessen Ergänzungen und Weiterentwicklungen bis heute.

Vor und während der beiden Weltkriege konzentrierten sich die Siedlungsgesetze auf die Besiedlung der einverleibten Gebiete bzw. die Vorbereitung darauf. Nach dem 2. Weltkrieg, als die westdeutsche Bourgeoisie den Zugriff zu den Ostgebieten verloren hatte und auf den Raum der jetzigen Bundesrepublik eingeschränkt wurde, mußte sie zwangsläufig die Siedlungspolitik ändern. Die Zwangsbesiedlung gen Osten wurde abgelöst durch Besiedlung des vorhandenen, zum Teil brachliegenden Bodens mit Flüchtlingen. 1953 entstand das Bundesvertriebenengesetz, in dem Bundeszuschüsse geregelt werden; im Lastenausgleichsgesetz werden Aufbaudarlehen gewährt. Anfang der sechziger Jahre war dieser Prozeß weitgehend abgeschlossen.

Der Aufbau der Landwirtschaft, die Versorgung mit Lebensmitteln war durch die Arbeit Abertausender kleiner Bauern sichergestellt. Die Neuordnung des Landes wurde notwendig, um sich in der Konkurrenz in der EG und auf dem Weltmarkt zu behaupten. Agrarstrukturmaßnahmen und Raumordnungsgesetz (1965) wurden erlassen. Das Siedlungsrecht wurde den Zwecken der Flurbereinigung (zwangsweise Zusammenlegung kleiner Parzellen zu großen landwirtschaftlichen Flächen), Beschaffung von Wohnungen für die enteigneten Bauern, der Vertreibung der Arbeiter aus den Stadtzentren in Neubausiedlungen am Stadtrand angepaßt.

Mit dem Grundstückverkehrsgesetz von 1961 wurde das Reichssiedlungsgesetz um das Vorkaufsrecht und Weiterverkaufsrecht für den Staat oder die von ihm beauftragten Siedlungsunternehmen erweitert. Zur gleichen Zeit 1961 trat das Bundesbaugesetz in Kraft, das das Vorkaufsrecht bezogen auf die städtische Besiedlung und zum Teil für die Besiedlung der sogenannten Unsicherheitszone (Sozialbrache) an den Stadträndern regelt. Kernstück blieb das Reichssiedlungsgesetz. Es legt fest, daß die Bundesländer „gemeinnützige Siedlungsunternehmen" zulassen können. Diese „Gemeinnützigen" sind Firmen wie die „Niedersächsische Landwirtschaftsgesellschaft" oder gleichbedeutend in der städtischen Siedlung die „Neue Heimat". Sie genießen Steuer- und Gebührenfreiheit, können Land enteignen lassen, haben Vorkaufsrecht und können Pachtverhältnisse kündigen lassen. Neben den Ländern sitzen in den Vorständen die Vertreter der Banken und Versicherungen, die hierüber ihren Zugriff sichern.

Mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes 1976 wurde der Zugriff der Bourgeoisie auf Land noch erweitert. Das Vorkaufsrecht wurde auf den Geltungsbereich von Gebieten, wo lediglich ein Bebauungsplan vorliegen muß oder geplant ist, erweitert und die Herabsetzung des Kaufpreises dabei beschlossen. Nach altem Recht mußte die Gemeinde grundsätzlich den Preis bezahlen, der zwischen den Vertragsparteien vereinbart war. Jetzt gilt der Preis zum Verkehrswert, der vom Katasteramt nach Beschaffenheit und Lage jährlich festgelegt wird. In Emden z.B., wo 1968 der Quadratmeter 7,50 DM kostete, liegt der Preis heute bei 28 DM. Hat die Stadt mittels Vorkaufsrecht Land aufgekauft und verkauft es weiter, gilt der ehemalige Kaufpreis abzüglich 10%. Die Differenz fließt aber nach geltendem Recht dem Land Niedersachsen zu, in diesem Fall 20,50 DM. Der Staat und die Siedlungsunternehmen wurden somit zu den größten Bodenspekulanten, die den Verkehrswert des Bodens nach den jeweiligen Interessen der Bourgeoisie festlegen können.

Institut für Raumordnung 1971

partielle Verdrängung der Landwirtschaft

überwiegende Verdrängung der Landwirtschaft

Agrarstrukturmaßnahmen gekoppelt mit Industrie- und Wohnungsbauansiedlung führen an den Stadtrandgebieten zur vollkommenen Verdrängung der Landwirtschaft. Selbst fruchtbarer Boden (dunkler Raster) fällt darunter. Reichssiedlungsgesetz und Bundesbaugesetz sind die entscheidenden Mittel mit denen die Städte weiter verdichtet und ausgeweitet werden und die Trennung von der Landwirtschaft forciert wird.

rem Agrarbericht 1978 keine Angaben über die Entwicklung brachliegender landwirtschaftlich nutzbarer Fläche im Jahre 1977. Von 1974 bis 1976 vergrößerte sich diese Fläche von 294600 auf 310100 Hektar um 5%. Daß diese Entwicklung weiter vorangeschritten ist, kann man aus den Zahlen des Agrarberichts über die tatsächlich noch genutzte landwirtschaftliche Fläche entnehmen. Sie sank von 12507600 Hektar 1974 auf 12424700 Hektar 1976 und 1977 weiter auf 12346400 Hektar. Dieser Rückgang umfaßt außer der Zunahme von Brachland auch die Fläche, die durch Bebauung und andere Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurde. Die Verödung von landwirtschaftlicher Nutzfläche ist Folge der Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern und der Zentralisation in den kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieben. Für die kleinen und mittleren Bauern wird es mehr und mehr unmöglich, die Aufwendung und Vorleistungen für die Nutzung ihrer Anbauflächen aufzubringen. Wenn sie aufgeben müssen, vergrößern die Großbauern ihren Besitz um das beste Land, das abgegeben werden mußte, der Rest bleibt brach liegen. Die Zahl der Großbetriebe mit 50 Hektar und mehr ist von 27136 1976 auf 28500 1977 gestiegen. Die von ihnen bewirtschaftete Fläche stieg von 2150200 auf 2239500 Hektar.

Dritte Welt steigert landwirtschaftliche Produktion

z.ere. Die Entwickung der landwirtschaftlichen Produktion in den Ländern der Dritten Welt macht große Fortschritte. Von 1974 bis 1976 sind die Getreideimporte der Dritten Welt von 42 Mio. Tonnen auf 32 Mio. Tonnen zurückgegangen. Diese Produktionssteigerung versetzt den beiden Supermächten erhebliche Schläge, die durch den Ankauf von 83 Mio. Tonnen Getreide auf den Weltmärkten, von denen sie beachtliche Teile zu Wucherpreisen wieder verkauften, den Getreidepreis in schwindelnde Höhen getrieben und die Länder der Dritten Welt in die Zinsknechtschaft gezwungen hatten. Durch die sozialistische Umgestaltung der zersplitterten und rückständigen bäuerlichen Kleinproduktion in die Kollektivwirtschaft der Volkskommunen hat die Volksrepublik China, ein sozialistisches Land der Dritten Welt, der Produktionssteigerung und Modernisierung in der Landwirtschaft einen breiten Weg eröffnet. Mit einer Anbaufläche, die weniger als 7% der gesamten kultivierten Anbaufläche der Erde ausmacht, ernährt die chinesische Landwirtschaft über 20% der Weltbevölkerung. In einer großen Massenbewegung will die Volksrepublik China bis 1985 rund 12 Mio. Hektar Akkerland neu gewinnen, 85% der Hauptarbeitsgänge mechanisieren und einhergehend mit der Elektrifizierung und Automatisierung die Entwicklung der Düngemittelversorgung ebenso entfalten wie eine wissenschaftliche Revolution in der Samenzucht und Agrotechnik. Gestützt auf die revolutionären Erfahrungen der Arbeiter und Bauern wird die Volksrepublik China das bis 1985 gesetzte Ziel der Produktion von 400 Mio. Tonnen Getreide erreichen.

Die Ernte reift – die Zinsen wachsen schneller

r.kor. Die niedersächsische Landwirtschaftskammer hat hellseherisch eine Rekordernte für 1978 vorausgesagt. Propagandistisch soll die tatsächliche Lage der Bauern beschönigt und das Herabdrücken der Erzeugerpreise vorbereitet werden. In Wirklichkeit, so berichtete ein Bauer aus dem Niemetal bei Göttingen, sind die Zuckerrüben bereits um vier Wochen zurück infolge eines starken Hagelschlages. Aber selbst der Weizen, die Gerste, die Zukkerrüben und der Hafer, den dieser Bauer schließlich ernten wird, gehört ihm schon zum großen Teil nicht mehr, und dies, obwohl der Bauer und seine Frau noch nie in ihrem Leben Urlaub gemacht haben und häufig schon um 3.30 Uhr aufstehen und bis in den Abend hinein arbeiten.

Trotz der übermäßigen Verausgabung von Arbeitskraft zahlen sie noch heute eine Hypothek für den Hof ab, die der vorherige Besitzer in Höhe von 25000 Reichsmark aufgenommen hat. 700 DM muß er jährlich für diese Hypothekenschuld aufbringen. Als er vor fünf Jahren die ganze Hypothek auf einen Schlag zurückzahlen wollte, um sich die Zinszahlungen vom Halse zu schaffen, wurde ihm das von der Bank verwehrt, nur aus dem Grund, damit die Bank ihn noch bis 1992 auspressen kann.

Für die Anschaffung von Maschinerie mußte er einen Kredit in Höhe von 52000 DM aufnehmen. 1500 DM Abzahlung und 500 DM Zinsen muß er dafür im Jahr aufbringen. 2700 DM muß er so vom Ertrag der Ernte schon an das Finanzkapital abliefern.

Um sich überhaupt von seiner Arbeit in der Landwirtschaft ernähren zu können, mußte er zu seinen 8,5 ha 26,5 ha dazupachten. Weil er in der günstigen Lage war, von kleinen Landbesitzern zu pachten, ist die Pacht noch relativ gering. Für die meisten Bauern des Niemetals ist die Pacht aber erdrückend. Die Kirche ist es, die die Pacht in die Höhe treibt. Sie kauft den verschuldeten Bauern ihr Land ab und verlangt dafür 400 DM pro Hektar. Zum Teil verwandelt sie diese Bauern in ihre Pächter; können sie die Pacht nicht aufbringen, so werden sie gänzlich von ihrem Land vertrieben, und die Kirche verpachtet an größere Bauern.

Zu den Banken und der Kirche gesellen sich die Genossenschaften als Blutsauger hinzu. Schon für den Zentner Saatgut verlangen sie 32 DM, 10 DM mehr als der Bauer ausgeben müßte, wenn er das Saatgut selber produzieren würde. Sind die Bauern bei der Genossenschaft verschuldet, so werden sie gezwungen, die Ernte auch bei ihr abzuliefern. So wird berichtet, daß der Direktor der Dransfelder Volksbank und Raiffeisenbank, Schrader, persönlich Bauern, die die Ernte nicht bei der Genossenschaft abliefern, sondern an den Futtermittelkapitalisten Wolter verkaufen wollten, daran hinderte.

Die „Unternehmensgruppe Genossenschaftsbanken" besteht aus 5065 Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von 174,6 Milliarden Mark. 1976 hat die Landwirtschaft in Westdeutschland 53% ihres Handels mit ländlichen Genossenschaften abgewickelt. Diese Monopolstellung nutzen die Genossenschaften zur maßlosen Ausplünderung der Bauern. Während die Bauern im Wirtschaftsjahr 1976/77 einen Einkommensverlust von 11,8% hinnehmen mußten, verzeichnet der Genossenschaftsverband Niedersachsen e.V. Hannover einen Bilanzgewinn der Warengenossenschaften von 2,0 Mio. DM auf 2,8 Mio. DM, eine Steigerung um 40%. Der Ausbau der Monopolstellung der Genossenschaften ist das Ziel der Bourgeoisie. So ist seit jeher im Genossenschaftsgesetz die Möglichkeit vorgesehen, daß die Generalversammlung die Mitglieder der Genossenschaft verpflichten kann, Saatgut, Düngemittel, Brennstoff usw. bei der Genossenschaft zu kaufen, wie auch die Ernte an die Genossenschaft abzuliefern. War für einen solchen Verpflichtungsbeschluß ursprünglich die Einstimmigkeit der Generalversammlung notwendig, so reichen nach dem neuen Genossenschaftsgesetz vom 29.7.76 90% der Stimmen aus. Damit ist die Richtung angegeben, um schließlich den gesamten Warenhandel der Bauern über die Genossenschaften zu kontrollieren. Oft werden die Bauern, die nicht bei der Genossenschaft einkaufen oder an sie verkaufen, von der Genossenschaft schikaniert und benachteiligt.

Hat der Bauer schließlich unter diesen Bedingungen seine Ernte verkauft, fällt der Staat erneut über ihn her. Er fordert Krankenversicherungsbeiträge, obwohl die Krankenversorgung durch die Schließung der kleinen Krankenhäuser gerade auf dem Lande verschlechtert wird. Dann ist die Höhe des Krankenkassenbeitrags an die Größe des Hofes gebunden. Er steigt progressiv an bis zu einer Größe von 30 Hektar, darüber bleibt er gleich, so daß der Bauer aus dem Niemetal mit seinen 35 ha denselben Krankenkassenbeitrag zahlen muß wie der CDU-Landtagskandidat von Wangenheim mit seinen Rittergütern. Über 400 DM muß er für die Krankenversicherung, Invalidenrente und Alterskasse zahlen.

Das bedeutet, daß selbst bei einer guten Ernte oder einer „Rekordernte", wie die Landwirtschaftskammer schreibt, sich nichts am Schuldenberg ändert. Bei den meisten Bauern wird er größer, und selbst ein Bauer, wie der aus dem Niemetal, der verhältnismäßig gering verschuldet ist, kann keinen Ausfall des Traktors oder des Mähdreschers überstehen, ohne sich neu zu verschulden.

Der Hamburger Senat will außerschulische Kontrolle der Arbeiterkinder ausdehnen

r.suo. Im letzten Jugendbericht des Hamburger Senats (1973) heißt es zu den Möglichkeiten der ganztägigen Kontrolle der Schulkinder: „Gegenwärtig besteht ein empfindlicher Mangel an Kindertagesheimen für Schulkinder. Nur etwa 5% der Kinder zwischen 6 und 15 Jahren besuchen ein Tagesheim." Bis 1985 will die Behörde daher das Platzangebot verdoppeln.

Besonders die Grund- und Hauptschüler will der Staatsapparat in seine Betreuung übernehmen, „da gegenwärtig viele Kinder, deren Mütter berufstätig sind, tagsüber nur unzureichend betreut werden und noch nicht alle Kinder, für die der Besuch eines Tagesheims aus pädagogischen Gründen wünschenswert ist, in eine Schulkindergruppe aufgenommen werden können". Daher bezieht die Behörde die Planzahlen für die Ausdehnung der außerschulischen Kontrolle der Schulkinder gleich auf diese „sozioökonomisch benachteiligten" Kinder.

22% der Grundschüler könnten jetzt aufgenommen werden, langfristig soll ein Platzangebot für voraussichtlich 32% der Grundschüler geschaffen werden, „wobei zu berücksichtigen ist, daß mit der Einführung der Ganztagsschule für Sekundarstufe I einschließlich der Orientierungsstufe die Plätze in den Tagesstätten nur noch für die 5 bis 10jährigen Schulkinder benötigt werden".

Kinder über 10 Jahren sind sowieso kaum in den Kindertagesheimen anzutreffen. Sobald sie groß genug sind, daß sie allein zu Hause die Schulaufgaben schreiben, einen Teil der Arbeit im Haushalt übernehmen können und auf die kleineren Geschwister aufpassen, werden sie nicht mehr in das Kindertagesheim geschickt. Die Eltern haben es auch satt, sich ständig „Erziehungshilfen" auf Elternabenden oder in Einzelgesprächen anzuhören oder häusliche Kontrollbesuche befürchten zu müssen. Mit Einführung der Ganztagsschulen soll die Lücke im Kontrollsystem wieder geschlossen werden: „In Ganztagsschulen muß gesichert sein, daß die Schüler morgens vor Schulbeginn, nach Schulschluß und in den Ferien pädagogisch betreut werden können."

Körperliche Ertüchtigung ganzer Schulklassen durch Waldarbeit

r.vib.Herzberg. „30 Jahre Jugendwaldheim Zorge" feierte die Lokalbourgeoisie am 23.6. die Tatsache, daß es ihr seit 1948 immer mehr gelungen ist, Jugendliche zu „Pflegearbeiten" in der imperialistischen Waldwirtschaft einzusetzen (1966: 3,620 Teilnehmer, 1978: 5,403 in Niedersachsen). Die richtige Einstellung zu „Natur und Umweltproblemen" sollen die 14 bis 16-jährigen bei den Arbeitseinsätzen gewinnen, indem sie z.B. Äste aufsammeln, die infolge der Fichtenmonokulturen der Holzkapitalisten, in denen die Selbstregulierung zerstört ist, allen möglichen Schädlingen Nahrung bieten. Dabei müssen die Schulkinder Anfahrt und Taschengeld selbst zahlen. Vier bis sechs Stunden täglich arbeiten nur für Unterkunft und Verpflegung, darin besteht der

allein zu Hause die Schulaufgaben schreiben, einen Teil der Arbeit im Haushalt übernehmen können und auf die kleineren Geschwister aufpassen, werden sie nicht mehr in das Kindertagesheim geschickt. Die Eltern haben es auch satt, sich ständig „Erziehungshilfen" auf Elternabenden oder in Einzelgesprächen anzuhören oder häusliche Kontrollbesuche befürchten zu müssen. Mit Einführung der Ganztagsschulen soll die Lücke im Kontrollsystem wieder geschlossen werden: „In Ganztagsschulen muß gesichert sein, daß die Schüler morgens vor Schulbeginn, nach Schulschluß und in den Ferien pädagogisch betreut werden können."

Körperliche Ertüchtigung ganzer Schulklassen durch Waldarbeit

r.vib.Herzberg. „30 Jahre Jugendwaldheim Zorge" feierte die Lokalbourgeoisie am 23.6. die Tatsache, daß es ihr seit 1948 immer mehr gelungen ist, Jugendliche zu „Pflegearbeiten" in der imperialistischen Waldwirtschaft einzusetzen (1966: 3,620 Teilnehmer, 1978: 5,403 in Niedersachsen). Die richtige Einstellung zu „Natur und Umweltproblemen" sollen die 14 bis 16-jährigen bei den Arbeitseinsätzen gewinnen, indem sie z.B. Äste aufsammeln, die infolge der Fichtenmonokulturen der Holzkapitalisten, in denen die Selbstregulierung zerstört ist, allen möglichen Schädlingen Nahrung bieten. Dabei müssen die Schulkinder Anfahrt und Taschengeld selbst zahlen. Vier bis sechs Stunden täglich arbeiten nur für Unterkunft und Verpflegung, darin besteht der
erziehende und bildende Wert. Lernziel: „Viele Jugendliche werden zum ersten Mal mit der Arbeitswelt konfrontiert." ABM-Maßnahmen sollen den Jugendlichen später wie Zuckerschlecken vorkommen. „Durch den kostenlosen Aufenthalt soll den Schülern bewußt werden, daß sie sich durch eigene Arbeit ein Stück wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Elternhaus schaffen können." Gleichwohl wird den Schülern per Biologietest beigebogen, daß nicht die Profitwirtschaft mit dem Holz die Ursache für den Raubbau und die Ruinierung der Natur ist, sondern der unvernünftige Mensch, der erholungssuchende Waldbesucher oder gar das Wildschwein.

Studenten fordern Übergabe der Afrikaforschungsergebnisse an die OAU

Braunschweig. Der Fachschaftsrat Chemie/TU unterstützt den Brief an die Bundes- und Landesregierung Baden-Württemberg und das Verwaltungsgericht Tübingen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Anträge der Dritten Welt an die UNO-Generalversammlung zu akzeptieren und die Beschlüsse einzuhalten. Es wird außerdem gefordert, daß alle Forschungen, die an den Hochschulen bezüglich Afrika gemacht werden, der OAU zur Verfügung gestellt werden. Die Herausgabe der Gelder der ZANU wird gefordert. Auf seiner letzten Sitzung hat der studentische Rat der TU Braunschweig beschlossen, den Befreiungskampf in Zimbabwe zu unterstützen. Er lehnt die „innere Lösung" ab und fordert die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU. Er fordert die Studenten auf, für den Befreiungskampf zu spenden.

Polytechnikum Nord-London: Erfolgreicher Kampf gegen ein Zwischenexamen

z.jon.London. Die 37 Studenten des ersten Studienjahres Soziologie am Polytechnikum Nord-London haben mit einem Boykott erfolgreich den Versuch zurückgeschlagen, sie am Ende des Studienjahres zu einer schriftlichen Prüfung zu zwingen, die über die Möglichkeit zum Weiterstudium entscheiden sollte.

Das Polytechnikum Nord-London ist eine Hochschule, die den westdeutschen Hochschulen für den „zweiten Bildungsweg" vergleichbar ist. Die meisten der 4000 Ganztags- und 1300 Abendstudenten haben schon mehrere Jahre gearbeitet oder eine andere Berufsausbildung abgeschlossen. Der größte Teil der Studiengänge untersteht dem Nationalen Rat für Akademische Anerkennung (CNAA), einer Einrichtung, die berechtigt ist, Zeugnisse auszustellen, die denen der Universitäten entsprechen. Die Schule ist in sechs verschiedenen Gebäudekomplexen über Nord-London verteilt, z.T. in umgebauten ehemaligen Fabriken. Die Ausstattung mit Bibliotheken, wissenschaftlichen Geräten und die Unterkünfte der Studenten sind schlecht. Die wenigsten Studenten kriegen ein volles Stipendium von rund 4000 DM im Jahr. Wie beim BAFöG wird dieser unzureichende Betrag gekürzt, wenn man selbst oder die Eltern etwas Geld haben. Alle Studenten müssen nebenher arbeiten.

Der Direktor der Schule, ein gewisser Terence Miller, ehemaliger Kolonialoffizier in Rhodesien, ist verhaßt, weil er an der ganzen Schule rücksichtslos die Prüfungsdirektiven des CNAA durchzusetzen versucht. Er macht dabei nicht den geringsten Hehl daraus, daß es ihm dabei um die ideologische Abrichtung der Studenten geht. Im letzten Jahr hat er sich die Prüfungsarbeiten des Abschlußexamens Soziologie vorlegen lassen. Er wollte überprüfen, „ob sie einen marxistischen Einfluß in der Lehre zeigen". Gegenüber der *Times* hat er die Einführung der neuen Jahresprüfung offen damit begründet, daß „die Abteilung eine schwere marxistische Schlagseite hat, die der akademischen Freiheit und Diskussion schadet".

„Die Juristen z.B. haben diese Jahresprüfungen schon lange", sagten uns die Soziologiestudenten. „Sie haben bisher nicht gewagt, etwas dagegen zu machen. Wenn du durchfällst, fliegst du raus. Sie üben einen großen Druck aus, damit du ein ‚guter' Student bist. Wir Soziologen zeigen aber jetzt, daß sie damit nicht durchkommen."

Die neue Jahresprüfung wurde insgeheim während des letzten Studienjahres eingeführt. Sie sollte aus vier schriftlichen Hausarbeiten von ca. 2500 Wörtern und einer schriftlichen Prüfung zu den gleichen Fragen bestehen. Die ganze Prüfung wurde den Studenten erst Anfang Mai angekündigt. Um die Empörung der Studenten zu beschwichtigen, erklärte der Institutsdirektor, sie müßten nur einen der beiden Teile der Prüfung machen. Nachdem sie die Hausarbeiten abgeliefert hatten, ließ Miller den Studenten erklären, jeder, der nicht auch die schriftliche Prüfung mache, falle durch und müsse die Schule verlassen.

Die Studenten beschlossen einstimmig den Boykott und machten diesen Beschluß durch ihre Gewerkschaft sofort an der Schule und in der Öffentlichkeit bekannt. Innerhalb weniger Tage sammelten sie Unterschriften von drei Vierteln der nach Ende des Studienjahres noch anwesenden Studenten zur Unterstützung des Boykotts. Der Prüfungstermin wurde zunächst um eine Woche verschoben, dann erklärte der Prüfungsausschuß, daß die schriftliche Prüfung nicht obligatorisch sei.

Obwohl Miller und andere Mitglieder des Lehrkörpers weiter drohten, nahm schließlich am 28.6. nur ein Student an der Prüfung teil, dem sie wegen schlechter Noten den Ausschluß von der Schule angekündigt hatten. Für die Studenten war das ein Sieg. Sie führten vor dem Prüfungslokal eine Kundgebung durch. „Wir haben dort vor allem Parolen gegen Miller gehabt. Man muß den Studenten zeigen, daß man solche Reaktionäre besiegen kann. Wir fordern jetzt die Abschaffung der ganzen Prüfung."

Ingenieurschule: Die Zwangsläufigkeit des Kapitalismus wird als Naturgesetz verkleidet

z.veb. Ingenieurstudenten, z.B. Maschinenbauer, werden ausgebildet, um nachher Maschinenanlagen zu entwikkeln, die der Auspressung der menschlichen Arbeitskraft dienen. Die Erscheinungen davon bleiben ihnen nicht verborgen, zumal sie mindestens ein halbes Jahr Betriebspraktikum abzuleisten haben. Deshalb sind die bürgerlichen Professoren am Werk, um ihnen allerlei verdrehte Auffassungen darüber in den Kopf zu pressen. Zu diesem Zweck haben die Ingenieurstudenten pflichtmäßig Lehrveranstaltungen in Volks- oder Betriebswirtschaften zu absolvieren, deren Wirkung mittels Klausuren abgeprüft wird.

Ein zentrales Dogma der Volkswirtschaft ist, daß der technische Fortschritt zu Krisen und damit zur Überzähligmachung von Arbeitsplätzen führt.

Zunächst wird scharf unterschieden zwischen „der Invention (der Entdeckung und Entwicklung neuer Verfahren, neuer Güter und Methoden), und der Innovation (dem Prozeß, in dem Unternehmer die Erfindungen kommerziell verwerten). Die Invention vollzieht sich in einem gleichmäßigen Prozeß, während die Innovation tendenziell stoßweise erfolgt. Gerade diese Unbeständigkeit der Innovationsfrage führt ... zu Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität." (Dernburg/McDougall, Lehrbuch der makroökonomischen Ökonomie, Seite 231)

Daß nicht alles, was es an technischen Neuerungen gibt, auch angewandt wird, diese Erfahrung macht jeder Arbeiter, diese Erfahrung macht auch jeder Ingenieur. Er macht die Erfahrung, daß neue Maschinerie im Betrieb nur angeschafft wird, wenn die Maschinen billiger sind, als die Arbeitskräfte, die sie ersetzen.

„Die Innovation erfolgt deshalb nicht kontinuierlich, weil die Menschen von Natur aus konservativ sind ..., solange nicht eine verschlechterte Wettbewerbslage sie zum Handeln zwingt. Es gibt jedoch eine geringe Zahl von mutigen Innovatoren, die unter günstigen Umständen bereit sind, den Weg zu weisen. Wenn ein derartiger Innovator erst einmal den Prozeß in Gang gebracht hat, beginnen die anderen, ihm zu folgen ..." (S. 231ff.) „Von Natur aus konservativ." Jeder der arbeitet, sucht ganz selbstverständlich nach Mitteln und Wegen, um sich die Arbeit zu erleichtern, könnte zig Verbesserungsvorschläge machen, wenn er nicht wüßte, daß die Prämie, die er dafür bekommt, ein Furz ist gegen das, was er sich dafür z.B. an Akkorderhöhungen einhandelt. Den Kapitalisten dagegen, die nicht arbeiten, ist die Erleichterung der Arbeit zunächst einmal gleich. Sie brauchen einen Stachel, um „mutige Innovatoren" zu werden.

„Was veranlaßt die anderen zur Nachahmung? Zunächst können die Mitbewerber nicht tatenlos zusehen, wie sie von einem aggressiven Rivalen aus dem Markt geworfen werden. Je mehr Unternehmer dem Vorpreschenden folgen, desto größer wird der Druck auf die Zurückstehenden" (ebenda). Der Mut besteht also in dem Zugriff auf die Extraprofite, die dann gemacht werden können, wenn z.B. durch ein neues Verfahren ein Arbeiter in der gleichen Zeit mehr Produkte herstellen kann, der Stundenlohn aber der gleiche bleibt und somit der Kapitalist in seinen Warenpreisen die Konkurrenten unterbieten kann. Dieser technologischen Neuerung müssen sich die Konkurrenten bei Strafe ihres Untergangs anschließen. Ist die Technik allgemein durchgesetzt, dann hat's sich mit den Extraprofiten. Die Preise der Waren sinken auf's Durchschnittsmaß. Die Kapitalisten haben aber mehr Kapital vorschießen müssen für die neue Maschinerie. Im Verhältnis dazu sinkt ihr Profit. Die niedrigen Löhne, die eine Bedingung ihrer Profite sind, schränken die Konsumtiosfähigkeit der Massen ein. Die Kapitalisten werden ihre Waren nicht mehr profitabel los. Sie machen Entlassungen und führen Kurzarbeit ein.

Die bürgerlichen Professoren verkleiden diese Zwangsläufigkeit des Kapitalismus als Naturgesetz. „Das Ende des Aufschwungs zeichnet sich einfach dadurch ab, daß schließlich die neuen Anlagen erstellt sind, so daß die Investitionsausgaben zu sinken beginnen. Gleichzeitig bringen die neuen Betriebe große Mengen von Konsumgütern auf den Markt. In einem Zeitpunkt, in dem die Investition rückläufig ist ..., wird das zusätzliche Angebot an Konsumgütern nicht mehr abgenommen, sinken die Preise, breitet sich allgemeine Enttäuschung bezüglich der erwarteten Gewinne aus und setzt die Rezession (gleich Rückgang des Wirtschaftswachstums) ein" (S. 232).

Resignation wird ausgebreitet über die Heimtücke des technischen Fortschritts. „Wir können schlußfolgern, daß technischer Fortschritt und Innovation zwar zu einer Anhebung des Pro-Kopf-Einkommens unerläßlich sind" – wobei die Kapitalisten offensichtlich nur ihre eigenen Köpfe zählen –, „daß Innovation aber ihre eigene Wirkung untergräbt, wenn sie zu einer derart chronischen Instabilität führt, daß eine Vielzahl von Ressourcen zerstört wird oder für einen beträchtlichen Zeitraum ungenutzt bleibt" (ebenda).

So wollen diese Ideologen beweisen, daß die Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft – die Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise – nicht auf ihre Kosten geht, sondern ein Naturgesetz sei. So etwas kann nur unter Zwang den Studenten eingepaukt werden. Entsprechend hoch sind die Durchfallquoten angesetzt.

Kieler Woche '78 und Lernziel in der Schule:

nachher Maschinenanlagen zu entwikkeln, die der Auspressung der menschlichen Arbeitskraft dienen. Die Erscheinungen davon bleiben ihnen nicht verborgen, zumal sie mindestens ein halbes Jahr Betriebspraktikum abzuleisten haben. Deshalb sind die bürgerlichen Professoren am Werk, um ihnen allerlei verdrehte Auffassungen darüber in den Kopf zu pressen. Zu diesem Zweck haben die Ingenieurstudenten pflichtmäßig Lehrveranstaltungen in Volks- oder Betriebswirtschaften zu absolvieren, deren Wirkung mittels Klausuren abgeprüft wird.

Ein zentrales Dogma der Volkswirtschaft ist, daß der technische Fortschritt zu Krisen und damit zur Überzähligmachung von Arbeitsplätzen führt.

Zunächst wird scharf unterschieden zwischen „der Invention (der Entdeckung und Entwicklung neuer Verfahren, neuer Güter und Methoden), und der Innovation (dem Prozeß, in dem Unternehmer die Erfindungen kommerziell verwerten). Die Invention vollzieht sich in einem gleichmäßigen Prozeß, während die Innovation tendenziell stoßweise erfolgt. Gerade diese Unbeständigkeit der Innovationsfrage führt ... zu Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität." (Dernburg/McDougall, Lehrbuch der

Daß nicht alles, was es an technischen Neuerungen gibt, auch angewandt wird, diese Erfahrung macht jeder Arbeiter, diese Erfahrung macht auch jeder Ingenieur. Er macht die Erfahrung, daß neue Maschinerie im Betrieb nur angeschafft wird, wenn die Maschinen billiger sind, als die Arbeitskräfte, die sie ersetzen.

„Die Innovation erfolgt deshalb nicht kontinuierlich, weil die Menschen von Natur aus konservativ sind ..., solange nicht eine verschlechterte Wettbewerbslage sie zum Handeln zwingt. Es gibt jedoch eine geringe Zahl von mutigen Innovatoren, die unter günstigen Umständen bereit sind, den Weg zu weisen. Wenn ein derartiger Innovator erst einmal den Prozeß in Gang gebracht hat, beginnen die anderen, ihm zu folgen ..." (S. 231ff.) „Von Natur aus konservativ." Jeder der arbeitet, sucht ganz selbstverständlich nach Mitteln und Wegen, um sich die Arbeit zu erleichtern, könnte zig Verbesserungsvorschläge machen, wenn er nicht wüßte, daß die Prämie, die er dafür bekommt, ein Furz ist gegen das, was er sich dafür z.B. an Akkorderhöhungen einhandelt. Den Kapitalisten dagegen, die nicht arbeiten, ist die Erleichterung der Arbeit zunächst einmal gleich. Sie brauchen einen Stachel, um „mutige Innovatoren" zu werden.

Mitbewerber nicht tatenlos zusehen, wie sie von einem aggressiven Rivalen aus dem Markt geworfen werden. Je mehr Unternehmer dem Vorpreschenden folgen, desto größer wird der Druck auf die Zurückstehenden" (ebenda). Der Mut besteht also in dem Zugriff auf die Extraprofite, die dann gemacht werden können, wenn z.B. durch ein neues Verfahren ein Arbeiter in der gleichen Zeit mehr Produkte herstellen kann, der Stundenlohn aber der gleiche bleibt und somit der Kapitalist in seinen Warenpreisen die Konkurrenten unterbieten kann. Dieser technologischen Neuerung müssen sich die Konkurrenten bei Strafe ihres Untergangs anschließen. Ist die Technik allgemein durchgesetzt, dann hat's sich mit den Extraprofiten. Die Preise der Waren sinken auf's Durchschnittsmaß. Die Kapitalisten haben aber mehr Kapital vorschießen müssen für die neue Maschinerie. Im Verhältnis dazu sinkt ihr Profit. Die niedrigen Löhne, die eine Bedingung ihrer Profite sind, schränken die Konsumtiosfähigkeit der Massen ein. Die Kapitalisten werden ihre Waren nicht mehr profitabel los. Sie machen Entlassungen und führen Kurzarbeit ein.

Die bürgerlichen Professoren verkleiden diese Zwangsläufigkeit des Kapitalismus als Naturgesetz. „Das Ende des Aufschwungs zeichnet sich

Investitionsausgaben zu sinken beginnen. Gleichzeitig bringen die neuen Betriebe große Mengen von Konsumgütern auf den Markt. In einem Zeitpunkt, in dem die Investition rückläufig ist ..., wird das zusätzliche Angebot an Konsumgütern nicht mehr abgenommen, sinken die Preise, breitet sich allgemeine Enttäuschung bezüglich der erwarteten Gewinne aus und setzt die Rezession (gleich Rückgang des Wirtschaftswachstums) ein" (S. 232).

Resignation wird ausgebreitet über die Heimtücke des technischen Fortschritts. „Wir können schlußfolgern, daß technischer Fortschritt und Innovation zwar zu einer Anhebung des Pro-Kopf-Einkommens unerläßlich sind" – wobei die Kapitalisten offensichtlich nur ihre eigenen Köpfe zählen –, „daß Innovation aber ihre eigene Wirkung untergräbt, wenn sie zu einer derart chronischen Instabilität führt, daß eine Vielzahl von Ressourcen zerstört wird oder für einen beträchtlichen Zeitraum ungenutzt bleibt" (ebenda).

So wollen diese Ideologen beweisen, daß die Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft – die Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise – nicht auf ihre Kosten geht, sondern ein Naturgesetz sei. So etwas kann nur unter Zwang den Studenten eingepaukt werden. Entsprechend hoch sind die Durchfallquoten angesetzt.

Kieler Woche '78 und Lernziel in der Schule: Europa unter Vorherrschaft der westdeutschen Imperialisten

r. brb. „Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen um eine europäische Dimension im Unterricht unserer Schulen sind die Lehrer. Solange sie nicht Einsicht gewinnen in die Alltags- und in die Zukunftsbedeutung, die die europäische Einigung für uns alle und ganz besonders für unsere Kinder hat, solange wird die Europäische Gemeinschaft nicht angemessen berücksichtigt werden" – das ist das Fazit der bürgerlichen Presse zu der Stadtteilveranstaltung: „Europa – in der Schule fängt es an", die im Rahmen der Kieler Woche unter dem Generalthema „Europa gewinnt Gestalt" stattfand.

Durchgekommen ist die Bourgeoisie mit ihrer Propaganda zu Europa auf dieser Veranstaltung wie insgesamt zur Kieler Woche nicht. Auf dieser Veranstaltung wurde der Schulgesetzentwurf der Landesregierung angegriffen, was auf Zustimmung einiger Jugendlicher stieß, bei der Veranstaltung „Kernenergie – Alternative für Europa" wurde das imperialistische Energieprogramm, v.a. der Reaktorunfall des Kernkraftwerks Brunsbüttel und der geplante Weiterbau des KKW Brokdorf angegriffen. Gegen den Expansionismus und den Chauvinismus, der mit der Europawahl propagiert wird, traten der KBW-Holstein und das Soldaten- und Reservistenkomitee mit einer Kundgebung auf.

Lehrer, die sich an die Verfassung halten, wie Scheel in seiner Ansprache zum 17. Juni betonte, bedarf es, um solche Lügen an den Mann zu bringen wie in dem Buch „Gemeinschaftskunde": „Der Gemeinsame Markt soll die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter verbessern, einen dauernden Frieden unter den Vertragspartnern sichern und einen Fortschritt auf dem Wege zu einem vereinten Europa erreichen. Daraus ergeben sich die Aufgaben: die Zölle für Kohle und Stahl aufzuheben, die Preise und Frachtsätze zu senken, die Beschrän-



Zwischen 1500 und 2000 Schüler demonstrierten am 1.7. in Kiel gegen den Schulgesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Sie folgten einem Aufruf der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen und einer von dieser initiierten Aktionseinheit.

kungen im Warenverkehr aufzuheben, unwirtschaftliche Gruben zu schließen, die Erzeugung zu modernisieren und zu verfeinern sowie Arbeitskräfte auszutauschen." Die Ergebnisse dieses Programms – Entlassung Tausender von Bergbauarbeitern, verschärfte Methoden der Profitaussaugung, gewaltige Preissteigerungen, so daß Obst mittlerweile für die Arbeiterfamilie unerschwinglich ist, Ruinierung der Bauern – sind mittlerweile bekannt. Diese Erfahrungen zu verdrehen ist Aufgabe der Behandlung des Themas Europa in der Schule. Diese Lehrer sind auch nötig, um Sätze wie in dem Lehrbuch „Geschichtliche Weltkunde" richtig zu interpretieren, wo de Gaulle 1965 sagt: „Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen ..."

Nicht daß der BRD-Imperialismus etwa geringere Ziele bezüglich der Ausdehnung Europas hätte, aber doch nicht unter Führung Frankreichs. Das Einschwören auf die Expansion des BRD-Imperialismus ist noch einmal ausdrücklich im Schulgesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung in § 4 festgelegt.

Um unverhüllte Expansion ging es auch auf der Kieler-Woche-Veranstaltung: „Europa – Grenzen im Meer", wo sich die versammelte Reaktion aus Wirtschaftsminister Westphal, Prof. Hempel, Chef des Institutes für Meereskunde, und verschiedenen Kapitalistenvertretern bitter darüber beklagte, daß die Länder der Dritten Welt jetzt die Frechheit besäßen, über die 200-Meilen-Zone ihre eigenen Fischbestände und Bodenschätze selbst zu vernutzen, anstatt sie den „zivilisierten Nationen" zu überlassen, die über die entsprechenden technischen Einrichtungen wie off-shore-Technik, Spezialschiffe u.ä. verfügten, und zudem wie „die BRD als drittgrößtes rohstoffverbrauchendes Land an den Bodenschätzen ein naturgemäßes Interesse" hätten. Welche großartigen Bedingungen der europäische Zusammenschluß bieten würde als Ausweg aus der Misere, legte Hempel dar: Mit einem gemeinsamen EG-Meer, der Freizügigkeit im EG-Meer, der europäischen Zusammenarbeit in der EG würde ihnen vielleicht unter dem Deckmantel Europas Zugang zu den internationalen Gewässern verschafft werden können, indem man die Genehmigungsverfahren unterließe.

Der Kampf der Länder der Dritten Welt, die ihre Interessen in Anträge an die Generalversammlung der UNO im Herbst zusammengefaßt haben, macht dem einen Strich durch die Rechnung, genauso wie der Schulstreik und die landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf dieser imperialistischen Propaganda entgegentreten.

Erst werden Waffen verkauft, dann Instrukteure geschickt, dann ...

z.hek. Bonn, Bundestag, man befindet sich in der 98. Sitzung am 15. Juni 1978. Der Abgeordnete Damm (CDU/CSU) schneidet ein „heißes Eisen“ an, es geht um Profit, genauer um Rüstungsprofit, und wie der, ohne in den zweifelhaften Ruf von Waffenhändlern zu kommen, realisiert werden kann. Am besten geht's wohl, wenn man gleichzeitig die Friedensfahne und die Vollbeschäftigung der 150000 Arbeiter in der Rüstungsindustrie hochhält. Damm also fragt den Herrn v. Bülow (Parl. Staatssekretär), wie dieser bzw. die Bundesregierung gedenkt, diese Arbeitsplätze mit Arbeit zu versorgen. „Nun frage ich Sie, wie die Bundesregierung die kontinuierliche Beschäftigung der ... bescheidenen Rüstungsindustrie bewirken will, wenn sie selbst dieser Industrie nicht genügend Aufträge erteilen kann, ihr aber die notwendigen Exportgenehmigungen verweigert.“ Bülow antwortet, daß man die Problematik wohl sehe, aber man doch noch genügend in viele NATO-Länder loswerden könne. Darum ginge es aber wohl nicht, sondern, so Damm: „... jeder Rüstungsexport, auf den die Bundesrepublik verzichtet, (werde) umgehend von einem anderen Industriestaat getätigt werden und ... wenn sich der Westen zurückhalte, ein Vakuum entstehen, das nur allzu gerne von der Gegenseite ausgefüllt werde, wie in Angola oder Mosambique.“

Erkennbar der Wunsch der Imperialisten, zügig in die Profitmaximierung im Rüstungsexport einzugreifen. Deutlich die quälenden Versuche ihres Politikerpacks, die Lösung zu finden. So bescheinigt man sich gegenseitig die Richtigkeit der Bestrebungen, findet aber noch keinen gemeinsamen Nenner; so richtig die CDU-Äußerung auch sei, „so zweifellos besteht die Politik der Bundesregierung im Bereich des Waffenexports darin, keine Rüstungsexportkapazitäten aufzubauen, um diesen Weltmarkt für Rüstungsgüter bedienen zu können“, antwortet v. Bülow. Was natürlich eine unverschämte Lüge ist, die auch sehr vom CDU/CSU-Abgeordneten Haase gelobt wird, der aber mahnend drängt, doch beim Thema zu bleiben, wie man mit der „kontinuierlichen Beschäftigung der über 100000 im Rüstungsbereich tätigen Arbeitnehmer, (der) ohne eine verstärkte Einschaltung des Exports (sich) nicht verwirklichen läßt ...“, nun zu verfahren gedenke. Offen in alle Welt Panzer etc. zu exportieren, geht nicht, dann klappt's nicht mehr mit „peace keeping“, also Friedensbringung in alle Erdteile, und die Bedingungen, die eigenen Volksmassen dafür zu gewinnen, werden schlechter. Also muß die ganze Exportangelegenheit „von Fall zu Fall beurteilt werden“, und kann „sie (die Bundesregierung) Rüstungsexporte in Spannungsgebiete nicht zulassen“, denn diese Exporte könnten ja auch mal nach hinten losgehen. Man muß eben alle Seiten beachten und kann nicht „jedesmal unter dem Gesichtspunkt des drohenden Kapazitätsverlustes in eine schrankenlose Exportpolitik einwilligen“. Momentan will „die Bundesregierung bei ihrer sehr restriktiven Waffenexportpolitik bleiben“, beschließt der Herr Staatssekretär die Debatte.

Und momentan kann diese restriktive Exportpolitik ja auch noch fein umgangen werden; wie, kann man einem Schnitzer eines Mallmann in „Wehrwissenschaftliche Rundschau“ vom Mai/Juni 1978 entnehmen. Er schreibt in einer Fußnote auf Seite 73: „Es gehört zur Rüstungsexportpolitik der beiden Supermächte, daß sie Bündnispartner oder blockfreie Länder als Zwischenhändler oder Vermittler für Rüstungstransfers einschalten. Sie hoffen dadurch, sich in kritischen Situationen auf die Schutzbehauptung zurückziehen zu können, das Kriegsmaterial stamme gar nicht von ihnen“. Auf Seite 74 verweist er dann auf die Zusage „westlicher Industriestaaten“, bei der Reaktivierung der Flugzeugwerkstätten in Heluan und Heliopolis in Ägypten tatkräftig mitzuhelfen. Unter den dort zu findenen Waffensystemen taucht auch der *Alpha Jet* auf, welcher gleichfalls als Düsenschulflugzeug, aber auch bewaffnet zur Erdkampfunterstützung eingesetzt werden kann und eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion ist. Gute Voraussetzungen also für die Rüstungsindustrie, denn Instrukteure benötigt man nicht nur beim Kernkraftwerkbau in Brasilien, sondern auch bei der Wartung und dem Bau hochtechnischer Waffensysteme. Und überhaupt, nicht nur die DDR hat gute Piloten!

ZANLA hat in der Armee Unterstützung

r.hob. Fünf Tage Arrest wegen „Nötigung eines Vorgesetzten“ wurde in dieser Woche aus der Nachschubkompanie 330 Lingen gemeldet. Was war vorgefallen? Der Gefreite Figge hat eine Unterschriftenliste mitunterschrieben, in der sich Soldaten gegen die Arreststrafe eines Soldaten aussprechen, der wegen Tragens der ZANU-Plakette und Eintreten für einen starken Vertrauensmann drei Tage Arrest erhalten hatte. In dieser Unterschriftenliste treten die Soldaten für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und freie politische Betätigung in der Armee ein. Der Gefr. Figge forderte seinen Kompaniechef auf, das ebenfalls zu unterstützen und die Arreststrafe von drei Tagen aufzuheben. Die Offiziere machten aus dieser Aufforderung des Gefreiten „Nötigung eines Vorgesetzten“ und wiesen eine dagegen erhobene Beschwerde ohne Begründung zurück.

Am Freitag, 23.6., eine Woche vor der Entlassung, wurde der Gefreite für fünf Tage in den Bau gesteckt.

Das Offizierskorps spürt und weiß, daß der bewaffnete Befreiungskampf der Patriotischen Front große Sympathien unter den Soldaten hat und deshalb empfindlich darauf reagiert werden muß. Vor einigen Wochen ist in mehreren Kompanien bekanntgegeben worden, daß die Bestände in den Sanitätsbereichen der Armee besser erfaßt werden müssen, selbst Spindkontrollen bei den Mannschaften wurden durchgeführt, man fürchtete, daß Medikamente für die Unterstützung der ZANLA gesammelt werden. 36 Soldaten aus der Hindenburgkaserne in Oldenburg hatten sich in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt, den alle namentlich mit Dienstgrad und Einheit unterschrieben haben, für die Sammlung für die ZANLA-Kompanie eingesetzt und die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung gefordert.

In Neumünster haben Soldaten in dieser Woche einen Brief zur Unterstützung der ZANU geschrieben; in einem Interview in der Clausewitz-Kaserne in Nienburg haben sich Soldaten vorgenommen, in der nächsten Woche die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA voranzutreiben.

Hauptmann Flüteotte, KpChef der NSchKp 330 Lingen, hatte bereits vor drei Monaten, als er das Tragen von Aufklebern gegen z.B. Atomkraftwerke verbot, erhebliche „Zersetzung“ befürchtet. Er führte als Beispiel an, daß die US-Soldaten in den Korea-Krieg mit Fotoapparaten wie in den Urlaub gezogen seien, also nicht den notwendigen Kampfgeist aufgebracht hätten, kein Wunder, daß sie hohe Verluste hätten hinnehmen müssen. Die Soldaten der Nachschubkompanie waren für eine solche Deutung nicht zu erwärmen. Sie vertraten vielmehr die Ansicht, daß „die Amis“ schließlich nichts in Korea zu suchen hatten.

Die empfindliche Reaktion der höheren Offiziere zeigt jedoch hauptsächlich ihre ideologische Schwäche gegenüber den Soldaten, die die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt immer entschiedener unterstützen. Die Bedingungen, die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA schwungvoll in der Armee fortzusetzen, sind daher günstig, um dazu beizutragen, daß bis zur UNO-Vollversammlung im Herbst die Million vollgemacht ist.

Kampf gegen Manöverlärm und das Soltauer-Lüneburger-Abkommen

r.hok. Seit einer Reihe von Jahren stehen die Arbeiter und Bauern im Raum Soltau-Lüneburg in heftigen Auseinandersetzungen mit den britischen Besatzertruppen. „Die Bürger unserer Gemeinde sind nicht länger bereit, weitere gesundheitliche Beeinträchtigungen hinzunehmen“, schreiben Bürgermeister und Gemeindedirektor der Gemeinde Neuenkirchen an den niedersächsischen Innenminister und den Verteidigungsminister in einem Protestschreiben der letzten Woche gegen die jetzt stattfindenden briti-

Das Vieh auf den Weiden entlang der Flugroute kommt nicht mehr zu Ruhe. Durch das um den 10.6. herum durchgeführte Panzermanöver der britischen Truppen sind Weiden und Äcker der ansässigen Bauern zerstört und verwüstet worden. Seit den Luftübungen packten in Egesdorf und Schneverdingen bereits mehrere Feriengäste ihre Koffer und reisten ab. Der Luftkurort Neuenkirchen erhält Absagen. So verhält es sich schon einige Jahre.

„Wo gehobelt wird, da fallen auch

kommen wird festgehalten: „Die Truppe (britische und kanadische, Red.) darf die im Raume Soltau-Lüneburg liegenden Teile des Naturschutzgebietes in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Abkommens und den in der Anlage festgelegten Bedingungen ohne Einwilligung des Berechtigten nutzen.“ (Art. 2) Weiter heißt es in Art. 3 (1): „Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die auf der diesem Abkommen beigefügten Karte rot gekennzeichneten Flächen der Truppe zur ständigen Benut-

ganze Ort verfolgte, zwischen einem ortsansässigen Sozialoberamtsrat und dem Bundespräsidialamt in der Briefantwort an das Amt: „Wer hat denn dieses so merkwürdige Soltau-Lüneburg-Abkommen abgeschlossen? Das war doch die Bundesregierung und keine hiesige Behörde. Dieses Abkommen widerspricht der Souveränität unseres Staates Bundesrepublik Deutschland, räumt den übenden britschen Truppen unverschämte Rechte ein, so daß man sich hier förmlich unter Besatzungsstatus fühlt.“

listen, zügig in die Profitmaximierung im Rüstungsexport einzugreifen. Deutlich die quälenden Versuche ihres Politikerpacks, die Lösung zu finden. So bescheinigt man sich gegenseitig die Richtigkeit der Bestrebungen, findet aber noch keinen gemeinsamen Nenner; so richtig die CDU-Äußerung auch sei, „so zweifellos besteht die Politik der Bundesregierung im Bereich des Waffenexports darin, keine Rüstungsexportkapazitäten aufzubauen, um diesen Weltmarkt für Rüstungsgüter bedienen zu können“, antwortet v. Bülow. Was natürlich eine unverschämte Lüge ist, die auch sehr vom CDU/CSU-Abgeordneten Haase gelobt wird, der aber mahnend drängt, doch beim Thema zu bleiben, wie man

Tage Arrest erhalten hatte. In dieser Unterschriftenliste treten die Soldaten für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und freie politische Betätigung in der Armee ein. Der Gefr. Figge forderte seinen Kompaniechef auf, das ebenfalls zu unterstützen und die Arreststrafe von drei Tagen aufzuheben. Die Offiziere machten aus dieser Aufforderung des Gefreiten „Nötigung eines Vorgesetzten“ und wiesen eine dagegen erhobene Beschwerde ohne Begründung zurück.

Am Freitag, 23.6., eine Woche vor der Entlassung, wurde der Gefreite für fünf Tage in den Bau gesteckt.

Das Offizierskorps spürt und weiß, daß der bewaffnete Befreiungskampf der Patriotischen Front große Sympa-

Soldaten aus der Hindenburgkaserne in Oldenburg hatten sich in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt, den alle namentlich mit Dienstgrad und Einheit unterschrieben haben, für die Sammlung für die ZANLA-Kompanie eingesetzt und die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung gefordert.

In Neumünster haben Soldaten in dieser Woche einen Brief zur Unterstützung der ZANU geschrieben; in einem Interview in der Clausewitz-Kaserne in Nienburg haben sich Soldaten vorgenommen, in der nächsten Woche die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA voranzutreiben.

Hauptmann Flüteotte, KpChef der

sen. Die Soldaten der Nachschubkompanie waren für eine solche Deutung nicht zu erwärmen. Sie vertraten vielmehr die Ansicht, daß „die Amis“ schließlich nichts in Korea zu suchen hatten.

Die empfindliche Reaktion der höheren Offiziere zeigt jedoch hauptsächlich ihre ideologische Schwäche gegenüber den Soldaten, die die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt immer entschiedener unterstützen. Die Bedingungen, die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA schwungvoll in der Armee fortzusetzen, sind daher günstig, um dazu beizutragen, daß bis zur UNO-Vollversammlung im Herbst die Million vollgemacht ist.

Kampf gegen Manöverlärm und das Soltauer-Lüneburger-Abkommen

r.hok. Seit einer Reihe von Jahren stehen die Arbeiter und Bauern im Raum Soltau-Lüneburg in heftigen Auseinandersetzungen mit den britischen Besatzertruppen. „Die Bürger unserer Gemeinde sind nicht länger bereit, weitere gesundheitliche Beeinträchtigungen hinzunehmen“, schreiben Bürgermeister und Gemeindedirektor der Gemeinde Neuenkirchen an den niedersächsischen Innenminister und den Verteidigungsminister in einem Protestschreiben der letzten Woche gegen die jetzt stattfindenden britischen Tieffliegerübungen „Laughing Lancer“ der Besatzer.

In Egesdorf am Rande der Flugroute hat man innerhalb von drei Vormittagsstunden allein 43 Überflüge gezählt.“ Weiter berichtet die „Cellesche Zeitung“ vom 26.6.78, „der Krach gleiche Explosionen, man gehe unwillkürlich in die Knie, ältere Bürger würden minutenlang stehenbleiben, um sich wieder zu erholen.“

Das Vieh auf den Weiden entlang der Flugroute kommt nicht mehr zu Ruhe. Durch das um den 10.6. herum durchgeführte Panzermanöver der britischen Truppen sind Weiden und Äcker der ansässigen Bauern zerstört und verwüstet worden. Seit den Luftübungen packten in Egesdorf und Schneverdingen bereits mehrere Feriengäste ihre Koffer und reisten ab. Der Luftkurort Neuenkirchen erhält Absagen. So verhält es sich schon einige Jahre.

„Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne“, so Cooper, britischer Verbindungsbeauftragter (gemäß Art. 5 des Soltau-Lüneburg-Abkommens zwischen der BRD, Kanada und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg), vor einem Jahr auf die Frage der „Böhme-Zeitung“, ob die Notwendigkeit bestehe, daß die Fußtruppen in den Getreidefeldern üben. Im Abkommen wird festgehalten: „Die Truppe (britische und kanadische, Red.) darf die im Raume Soltau-Lüneburg liegenden Teile des Naturschutzgebietes in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Abkommens und den in der Anlage festgelegten Bedingungen ohne Einwilligung des Berechtigten nutzen.“ (Art. 2) Weiter heißt es in Art. 3 (1): „Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die auf der diesem Abkommen beigefügten Karte rot gekennzeichneten Flächen der Truppe zur ständigen Benutzung zu überlassen.“

Das Abkommen regelt also das Besatzungsrecht praktisch, indem es Teile des Landes und der Gemeinden den Besatzern zur Verfügung stellt. Die Proteste gegen das Soltau-Lüneburg-Abkommen sind dem Wesen nach gegen die Anwesenheit und auf den Abzug der britischen Stationierungsstreitkräfte gerichtet. So heißt es in dem Briefwechsel, welchen der ganze Ort verfolgte, zwischen einem ortsansässigen Sozialoberamtsrat und dem Bundespräsidialamt in der Briefantwort an das Amt: „Wer hat denn dieses so merkwürdige Soltau-Lüneburg-Abkommen abgeschlossen? Das war doch die Bundesregierung und keine hiesige Behörde. Dieses Abkommen widerspricht der Souveränität unseres Staates Bundesrepublik Deutschland, räumt den übenden britschen Truppen unverschämte Rechte ein, so daß man sich hier förmlich unter Besatzungsstatus fühlt.“

Die örtlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien versuchen sich inzwischen an die Spitze des Protestes zu stellen, ohne daß sie wirklich für die Beseitigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens eintreten. Sie sehen vielmehr die Gefahr, daß das, was 30 Jahre gehalten hatte, durch „derartige Massierung“ gefährdet ist und die Volksmassen für den Abzug der Besatzer kämpfen.

Britische Fischer verhindern Übungsschießen bei einer Waffenschau

z.hef.London. Vor fünfhundert geladenen Gästen mußte der britische Artilleriekommandeur auf dem Schießplatz Lulworth in Dorset/Südengland am vorletzten Dienstag das erste Schauschießen im Rahmen der „Britischen Ausstellung für Armeeausrüstung“ abbrechen. Zehn Fischerboote fuhren in den Zielbereich vor der Küste ein, und die Fischer begannen den Krabbenfang.

Die Waffenausstellung wird von den britischen Imperialisten als „größtes je stattgefundenes Ereignis dieser Art“ bezeichnet. 250 Rüstungsfirmen – die meisten unter der Kontrolle weniger Monopole – haben 10000 Produkte ausgestellt, die Verkaufsabteilung des Verteidigungsministeriums hat die Ausstellung in Aldershot bei London organisiert, von einem Mitglied der königlichen Familie wurde sie eröffnet. Die Ausstellung ist bedeutend für die imperialistische Expansion des britischen Finanzkapitals. Neben den Riesenprofiten bedeuten Waffenverkäufe an die Länder der Dritten Welt bessere Möglichkeiten, sich über „Ausbildungseinheiten“, Reparaturen, Ersatzteillieferungen und nicht zuletzt die Kredite bei der Zahlung erneut einzuschleichen und diese Länder in verstärkte Abhängigkeit zu bringen. Die britischen Imperialisten behaupten, 8% der Waffen, die die Länder der Dritten Welt brauchen, zu verkaufen. Die Durchsetzung von Lieferungen an die imperialistische Konkurrenz, vor allem innerhalb der NATO, bedeutet gesteigerten politischen Einfluß.

Besondere Bedeutung hatten nach Angaben des Verteidigungsministeriums neue Polizeiwaffen, für die sich besonders die Vertreter der anderen imperialistischen Länder interessierten. Die Bundesregierung hatte einen Grenzschutzoffizier geschickt. Die Hauptattraktion aber, sagte der leitende Offizier der Ausstellung Sir Hugh Beach, sei zweifellos der Panzer Chieftain – „unser hauptsächlicher Schlachtpanzer, der das große Männlichkeitssymbol unserer Armee ist“.

Der Chieftain sollte eine der Hauptattraktionen des Schauschießens sein, zu dem die geladenen Besucher der Ausstellung nach Lulworth gefahren wurden. Die Krabbenfischer arbeiten täglich in dem Schießgebiet. Pro Boot werden Fänge für ca. 200 Pfund gemacht, etwa 800 Mark. Für das Übungsschießen ordnete die Armee an, daß die Fischer bis 9.30 Uhr morgens das Gebiet zu verlassen hätten. Bis dahin können die Tagesfänge aber noch nicht abgeschlossen sein. Deshalb forderten die Fischer eine Veränderung der Zeit oder die Zahlung von Schadensersatz. Die Regierung antwortete bei Verhandlungen, sie wolle nicht zahlen, weil sie sonst auch auf anderen Schießplätzen zahlen müsse. Die Räumungszeit wurde nicht verändert.

Daraufhin beschlossen die Fischer, mit ihren Booten die Vorstellung am Nachmittag zu unterbrechen. Sie ließen sich auch durch Marineboote und eine Panzergranate, die 500 m von einem Boot niederging, nicht schrecken. Das Schießen wurde unterbrochen, die Fischer aufgefordert, das Gebiet zu verlassen.Sie forderten die Zahlung von 2000 Pfund Schadenersatz. Als dies abgelehnt wurde, setzten die Fischer den Fang fort. Bis auf Maschinengewehr- und Mörservorführungen wurde die Schau abgebrochen.

Am nächsten Tag änderte die Armee ihre Anordnung: Die Fischer mußten am Tag des 2. Schauschießens, am Donnerstag, erst um 14.00 Uhr aus den Gewässern ausgefahren sein. Dann ist der Fang ohnehin abgeschlossen. Die Fischer hatten gesiegt.

Um den Übungsplatz gibt es seit Jahren Kampf. Das Schießgelände besteht seit 1916 und wurde in den letzten Jahren mit der Einführung neuer, weitreichender Waffen ausgedehnt. Die Regierung will seit drei Jahren eine Vorschrift im Parlament beschließen lassen, die den Fischern die Arbeit auf Verlangen der Armee untersagt und der Armee das Recht zur Festnahme aller Fischer gibt, die sich nicht daran halten. Das Gesetzeswerk stößt auf erbitterten Widerstand der Fischer, die seine Durchsetzung bisher verhindert haben.

Kundgebung gegen NATO und Besatzer in der Kieler Woche

Am Donnerstag, dem 29. Juni, führten der KBW und das SRK Holstein eine gemeinsame Kundgebung gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und den westdeutschen Imperialismus durch unter den Forderungen: Westdeutschland raus aus der NATO! Abzug aller fremden Truppen! Friedensvertrag! Die Volksmiliz wurde verteilt, 7 KVZ verkauft und 6,50 für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gesammelt. Die Stadt Kiel hatte die Kundgebung mitten in der Innenstadt trotz Kieler Woche genehmigen müssen, nachdem im letzten Jahr ähnliche Kundgebungen verboten und durch Polizeikräfte angegriffen worden waren.

Besatzertruppen stoßen nicht auf Gegenliebe

Wilhelmshaven. Am 28. Juni lief der weltgrößte US-Flugzeugträger „Nimitz“ in Wilhelmshaven ein. In der bürgerlichen Presse wird ein Riesenspektakel darum angezettelt. Bei dem Volk stoßen die Besatzertruppen der Amerikaner nicht auf Gegenliebe. Am Donnerstag abend wurde über den Norddeutschen Rundfunk ein dringender Appell an die Bevölkerung Wilhelmshavens verlesen, man möge doch den Soldaten Quartiere zur Verfügung stellen, die bisherige Resonanz der Bevölkerung sei ungeheuer gering.

Soldaten unterstützen Befreiungskampf im südlichen Afrika

Brannenburg. Auf dem letzten Manöver „Bisam-Ratte“ Anfang Juni in Eining mußten die Soldaten teilweise über 16 Stunden Dienst machen, bei scharfer politischer Unterdrückung und Schikane. Der Hauptmann Siwitza befahl Duschen um 17 Uhr und anschließend die vom Regen triefenden Kleider wieder anzuziehen, damit die trockenen Garnituren für die Vereidigung und den Kirchgang geschont werden. Fähren sollten gehoben werden, ohne die an dieser Stelle reißende Donau und Stromgeschwindigkeit zu sondieren und ohne die Taucher mit funktionierenden Sprechgeräten auszustatten. In dieser Lage haben zehn Soldaten aus Brannenburg beraten und eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Wir grüßen die Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im Süden Afrikas. Auf der Wasserübung in Eining haben wir 16 Stunden Dienst, anschließend oft noch Nachtdienste. Während des anschließenden Manövers rund um die Uhr Dienst. Und nach nur zwei bis drei Stunden Schlaf treiben sie uns bis fast zur völligen Erschöpfung. Daß einer dabei draufgehen kann, ist vom Bund einkalkuliert, und mit Druck und Bestrafung wollen sie uns zu willfährigen Dienern der Kapitalisten machen, die zur Zeit schon gegen die Sowjetunion den Militäreinsatz in Afrika planen. Die Großmachtpolitik der USA mit der NATO und der Sowjetunion mit dem Warschauer Pakt richtet sich gegen die Völker der Welt. Westdeutschland muß aus der NATO austreten. Alle Militärbündnisse müssen aufgelöst werden. Für den Abschluß eines Friedensvertrags

„Bisam-Ratte“ Anfang Juni in Eining mußten die Soldaten teilweise über 16 Stunden Dienst machen, bei scharfer politischer Unterdrückung und Schikane. Der Hauptmann Siwitza befahl Duschen um 17 Uhr und anschließend die vom Regen triefenden Kleider wieder anzuziehen, damit die trockenen Garnituren für die Vereidigung und den Kirchgang geschont werden. Fähren sollten gehoben werden, ohne die an dieser Stelle reißende Donau und Stromgeschwindigkeit zu sondieren und ohne die Taucher mit funktionierenden Sprechgeräten auszustatten. In dieser Lage haben zehn Soldaten aus Brannenburg beraten und eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Wir grüßen die Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im Süden Afrikas. Auf der Wasserübung in Eining haben wir 16 Stunden Dienst, anschließend oft noch Nachtdienste. Während des anschließenden Manövers rund um die Uhr Dienst. Und nach nur zwei bis drei Stunden Schlaf treiben sie uns bis fast zur völligen Erschöpfung. Daß einer dabei draufgehen kann, ist vom Bund einkalkuliert, und mit Druck und Bestrafung wollen sie uns zu willfährigen Dienern der Kapitalisten machen, die zur Zeit schon gegen die Sowjetunion den Militäreinsatz in Afrika planen. Die Großmachtpolitik der USA mit der NATO und der Sowjetunion mit dem Warschauer Pakt richtet sich gegen die Völker der Welt. Westdeutschland muß aus der NATO austreten. Alle Militärbündnisse müssen aufgelöst werden. Für den Abschluß eines Friedensvertrags
für beide deutsche Staaten!“

Forderung nach Dienstausgleich bekräftigt

Köln. 12 Soldaten aus dem Butzweilerhof schrieben in einem Leserbrief an „Express“ und „Stadt-Anzeiger“ auf einen Artikel, in dem die Forderungen des Bundeswehrverbandes nach finanzieller Vergütung von Überstunden behandelt wurden: „,Soldaten stocksauer', das kann man wohl sagen. Wir haben in unserer Kaserne errechnet, daß wir im Schnitt 60 Stunden die Woche Dienst schieben. Der Dienstausgleich dafür ist minimal. Deshalb führend wir einen ständigen Kleinkrieg um Dienstausgleich mit Anträgen, Beschwerden usw., deshalb haben wir in diesem Quartal eine Unterschriftenaktion gemacht, bei der 350 von 550 Stammsoldaten im Butzweilerhof vom Kommandeur Oberstleutnant Schlereth Dienstausgleich gefordert haben ...“

Nachtschicht für Zivildienstpflichtige

Gießen. Per Rundschreiben machte das Bundesamt für Zivildienst die Zivildienstpflichtigen für den Dienst rund um die Uhr einsatzfähig. Nachtdienst ist danach möglich, weil Soldaten ja auch Nachtübungen machen. Außerdem ist stundenweiser Einsatz möglich. In der Neurologie der Universitätsklinik wird das bereits praktiziert. Die Oberschwester läßt jetzt einen Zivildienstpflichtigen, gelernter Krankenpfleger, allein auf Station Nachtdienst machen. Ein anderer Zivildienstpflichtiger ohne Ausbildung ist als Sitzwache eingesetzt und kriegt dafür etwa 5 DM pro Nacht. Das würde jetzt öfter so sein, hat die Oberschwester dabei gesagt.

11. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

z.hah.Wien. Im vom 11. Kongreß des BdK Jugoslawiens angenommenen Rechenschaftsbericht unterstützte der jugoslawische Präsident Tito den „zunehmend erfolgreichen Volksbefreiungskampf für die völlige Liquidierung des Kolonialismus und die Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung", insbesondere den Kampf der Völker im Süden Afrikas „für die vollständige Liquidierung der übriggebliebenen Stützpunkte des Kolonialismus und Rassismus". Im „außenpolitischen Komitee" des Kongresses erklärte das Präsidiumsmitglied Minic angesichts der für Ende Juli bevorstehenden Ministerkonferenz der Blockfreienbewegung in Belgrad: „Wir können das hartnäckige Beharren weder verstehen noch annehmen, den Charakter und die Rolle der Bewegung so ‚neu zu orientieren', damit sie nur auf den Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus eingeschränkt bleibt und nicht auch gegen die Hegemonie und andere Formen der fremden Vorherrschaft." Gegenüber der verschärften Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um Europa wurde die Stärkung der Landesverteidigung bekräftigt, wobei sich Jugoslawien „vor allem auf die eigenen Kräfte und Mittel stützt". Inzwischen werden 70% des Bedarfs der jugoslawischen Streitkräfte „aus eigenen Quellen gedeckt". Nach Abschluß des Kongresses hat Jugoslawien am 26. Juni die Erweiterung seiner Hoheitsgewässer von zehn auf zwölf Seemeilen erklärt – Verhandlungen mit der EG über den Fischfang stehen bevor.

UdSSR zwingt Marokko „Rückversicherungsvertrag" auf

z.ere. Am 30. September dieses Jahres wollen die US-Imperialisten ihre aus dem Zweiten Weltkrieg stammende „militärische Beobachtungsstation" bei Kentira in Marokko räumen. Niemand wird so vermessen sein und annehmen, diese Räuber würden ihre imperialistischen Ziele außer acht lassen. Die US-Imperialisten wie auch die russischen Sozialimperialisten versuchen nach wie vor, die afrikanischen Völker ihrer neokolonialen Herrschaft zu unterwerfen und die Regierungen der afrikanischen Staaten in ihre Marionetten zu verwandeln. Die Auslandsverschuldung Marokkos betrug 1975 über 2,5 Mrd. DM. Mit über 40% belastet der Schuldendienst den Staatshaushalt. Die größten Räuber der menschlichen und natürlichen Ressourcen Marokkos sind die EG-Imperialisten, die USA und Japan. Mit einem sogenannten „Rückversicherungsvertrag" in Höhe von 12 Mrd. Dollar und einer Laufzeit von 25 Jahren wollen die Sozialimperialisten ihren Anteil daran. Die militärische „Präsenz" Frankreichs in Afrika umfaßt mittlerweile über 10000 Soldaten und etwa 100 Kampfflugzeuge. Die größten Kontingente sind in Marokko stationiert, das als Operationsbasis für Einsätze im Nahen Osten und Afrika ausgebaut werden soll. Marokko und die anderen afrikanischen Staaten, die Truppen für Einsätze in afrikanischen Ländern zur Verfügung stellen, tun dies, weil sie unter Druck der Imperia-

Kriegsmäßige Umrüstung der Stahlproduktion in der UdSSR

Bis zum Jahrestag der Verfassung sollen alle Planaufgaben der letzten drei Jahre erfüllt werden

z.hah. „Es sind bereits fünf Monate nach der Veröffentlichung des Schreibens des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol vergangen. – Überall wird unter der Devise ‚Drei Jahrespläne zum ersten Jahrestag der Verfassung der UdSSR' gearbeitet." (Freundschaft, 14.6.1978) Der Jahrestag der neuen Verfassung ist am 7. Oktober.

Bis dahin sollen die Arbeiter und Bauern die Rückschläge, die die neue Bourgeoisie in ihrer Profitjagd im zehnten Planjahrfünft erlitten hat, aufholen. „Besondere Aufmerksamkeit" schenken die sozialimperialistischen Bourgeois der Stahlindustrie:

„Große Aufgaben stehen vor den Beschäftigten der Eisenmetallurgie bei der Steigerung von Walzgut und Stahlrohren."

Die Sozialimperialisten sind hier besonders fiebrig, denn das Plansoll für das Jahr 1978 ist in dieser für ihre ökonomische Machtbasis ausschlaggebenden Branche gefährdet. Die inzwischen erreichte Spitzenstellung in der Weltstahlproduktion ist zwar gut für Propagandazwecke, aber ansonsten rufen Breschnew und Kossygin nach mehr Stahl – für die Rüstungsindustrie, den raschen Ausbau der Eisenbahnstrecken, der Erdöl- und Erdgaspipelines.

Für 1978 beläuft sich das Planziel auf 152,6 Mio. Tonnen Stahl. Von Januar bis April wurden jedoch nur 50 Mio. Tonnen erreicht, so daß der Verzug im Plan bereits greifbar ist. An ihre ursprünglichen Pläne mögen die Neuen Zaren gar nicht mehr denken: Im neunten Fünfjahresplan hatte Kossygin für 1975 bereits die Steigerung der Stahlproduktion auf 142 – 150 Mio. Tonnen Stahl angekündigt. Zwar gelang es den Staatskapitalisten, die Stahlproduktion von Januar dieses Jahres mit 12,8 Mio. Tonnen auf März 13,0 Mio. Tonnen hochzutreiben – im April sank sie auf 12,5 Mio. Tonnen und damit fast auf den Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Dies trotz Aufruf des ZK und verschärfter Antreiberei, was vom hartnäckigen Widerstand der sowjetischen Stahlarbeiter zeugt.

Die Sozialimperialisten sehen sich einem ganzen Bündel von Problemen gegenüber. Im Vergleich zur imperialistischen Konkurrenz ist die sowjetische Stahlindustrie mit veralteten Produktionsanlagen ausgerüstet. Der Energie- und Rohstoffverbrauch in der Stahlproduktion ist ihnen zu hoch. In Mittelrußland wird deshalb das Oskol-Kombinat gebaut, das der „erste Hüttenbetrieb der Sowjetunion mit vollem Hüttenzyklus auf Grundlage der Direktreduktion (Sauerstoff)" sein wird. Damit hoffen sie Kohle bzw. Hüttenkoks einzusparen, setzen aber damit zugleich auf ein beim Stahlkapitalisten Korff entwickeltes Verfahren, das die westlichen Stahlmonopole wegen der Ungewißheit über seine Vorzüge kaum einsetzen. Im Hüttenkomplex Katowice, den die UdSSR in Polen bauen läßt, wird erstmalig in der zweiten Ausbauphase, die dieses Jahr begonnen hat, das Stranggußverfahren eingeführt, womit die direkte Koppelung zwischen Rohstahlproduktion und Walzverfahren hergestellt wird und die Produktion von Walzgut um zehn Prozent gesteigert werden soll; ein Verfahren, das die westdeutschen Stahlmonopole schon zu Beginn der siebziger Jahre eingeführt haben. Ausbauvorhaben wie beim Hüttenkombinat Tscherepowez, größtes Stahlwerk der UdSSR, sind im Stocken. Die Presseagentur „Nowosti" faßt die „Besonderheit der sowjetischen Wirtschaft im Jahr 1978" so zusammen: „Es handelt sich darum, den Blickpunkt der leitenden Wirtschaftsfunktionäre von der Neubautätigkeit und der Schaffung neuer Produktionsfonds auf die volle Nutzung des vorhandenen Wirtschaftspotentials zu lenken."

Das ist die kaum mehr verhüllte Umschreibung für die brutale Verschärfung der Ausbeutung der Stahlarbeiter. Im Rohrwalzwerk Tscheljabinsk, das mit einer Belegschaft von 12000 zu den sechs größten Stahlwerken der UdSSR gehört und als „Schrittmacher" der Produktionssteigerung den Titel „Kollektiv der kommunistischen Arbeit" erhielt, wurde durch „Rekonstruktion und die technische Umrüstung der Werkhallen ohne Produktionsstopp" die Produktion von Stahlrohren erhöht. Das ganze kostete die Betriebsleitung lumpige 25000 Rubel, und sie erklärt zufrieden, es sei derselbe Effekt erreicht worden wie durch „Inbetriebnahme eines neuen großen Betriebes mit einem Wert von 150 bis 200 Mio. Rubel". Die Methoden sind: zur erfolgreichen Antreiberei wird für jeden Arbeiter ein „Arbeitsbuch" angelegt; das Parteikomitee führt scharfe Kontrollen über die Verleihung der entsprechenden „Ehrentitel" (mit denen die Prämien verbunden sind) durch und entzieht sie bei „Verletzung der Produktionsdisziplin und Ausschußproduktion". Alles mit dem Ziel der „effektiven Ausschöpfung der Arbeitszeit und der vollen Auslastung der Anlagen".

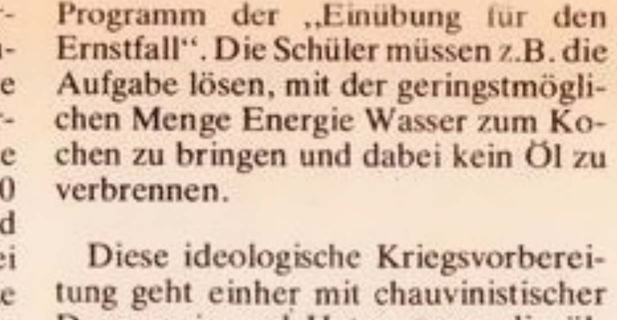
Eilig haben es die Neuen Zaren vor allem wegen des Ausbaus der Erdöl- und Erdgaspipelines sowie der beschleunigten Produktion neuer Waffen. „Die Sowjetunion steigert ihre Stahlproduktion, was auf das umfassende Programm zum Ausbau des Erdgas- und Erdölleitungsnetzes zurückzuführen ist." (Ekotass) Der europäische Teil der UdSSR, in dem das industrielle Produktionspotential der Supermacht konzentriert ist, darunter die sechs größten Werke der Stahlindustrie, von dem aus der erforderliche Nachschub für die angreifende Armee im Kampf um Europa geliefert werden muß, soll zügig an die Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Westsibirien wie dem Süden der UdSSR angeschlossen werden. Der Großteil der Pipelines soll bis 1980 fertiggestellt und unterirdisch verlegt werden. Aber auch hier hinkt die erforderliche Produktion von Stahlrohren hinterher, so daß die Sozialimperialisten in wachsendem Umfang Stahlrohre aus der BRD, Italien, Japan und Frankreich importieren müssen. Derart im Nachtrab gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten verstärken die Neuen Zaren die direkte Ausrichtung der Stahlindustrie auf die Rüstungsproduktion für den imperialistischen Krieg. Der „sowjetischen Metallurgie" wird die „Aufgabe gestellt", den „Anteil von Titan am Gesamtaufkommen der Verbundwerkstoffe" zu erhöhen – Titan wird für Flugzeug- und Raketenproduktion benötigt – wie die Entwicklung von „Materialien" mit „hoher Hitzebeständigkeit, aber niedrigem spezifischem Gewicht", z.B. für die Produktion von Fernlenkwaffen und Raketen.

Neuer Anlauf in den USA zur Durchsetzung des Energieprogramms

Benzinrationierung beschlossen / Benzinpreis- und Steuererhöhungen stehen an

z.hev. In Carters Energieprogramm kommt wieder Bewegung. Die Richtung dieser Bewegung wird immer klarer. Der US-Energieminister James Schlesinger hat einen Plan zur Benzinrationierung angekündigt, der in Kraft tritt, wenn die Benzinreserven des Landes 10 bis 15% unter den normalen Stand fallen. Pro Auto und Tag sollen Zwei-Gallonen-Gutscheine (etwa 7,5 Liter) ausgegeben werden, unabhängig davon, ob viel oder wenig gebraucht wird. Ein Wagenhalter, der seine Coupons nicht verbraucht, soll sie auf dem Markt verkaufen. „Der Markt", sagt Schlesinger, „wird die Feinregulierung besorgen", mit anderen Worten, das Benzin in die Tanks der Bourgeois fließen lassen. Weiter

Synthetisches Benzin sei eine Sicherheitspolitik gegen die Energiekatastrophe, die Mitte der achtziger Jahre erwartet wird." (Congressional Quarterly, 27.5.78) Es gibt bereits konkrete Pläne über die Einlagerung von 140 Mio. Tonnen Erdöl in Salzstöcke, und die US-Imperialisten wollen sich dabei die Erfahrungen der Preussag zunutze machen, die diese im Rahmen des Energieprogramms der westdeutschen Imperialisten für die Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gesammelt hat.



Programm der „Einübung für den Ernstfall". Die Schüler müssen z.B. die Aufgabe lösen, mit der geringstmöglichen Menge Energie Wasser zum Kochen zu bringen und dabei kein Öl zu verbrennen.

Diese ideologische Kriegsvorbereitung geht einher mit chauvinistischer Demagogie und Hetze gegen die ölproduzierenden Länder, vor allem die OPEC-Staaten. An den Hochschulen werden Ausbildungsprogramme für Studenten aus dem Iran und Sau-

Doran die Überlegungen der Finanzbourgeoisie zusammen. Aber die Schwierigkeiten seien erheblich. Die „National Science Foundation", die jedes Jahr dicke Bände über die Energieversorgung der Imperialisten herausgibt, befürchtet, daß der Balanceakt nicht gelingt und eine Intervention erforderlich wird – aber „eine Intervention könnte die revolutionärsten Kräfte entfesseln", und die US-Imperialisten würden die gesamte Dritte Welt gegen sich haben, was schließlich zu einer totalen Isolierung führen würde.

Carter bezeichnet seinen Kampf um das Energieprogramm als „morali-

vor.

UdSSR zwingt Marokko „Rückversicherungsvertrag" auf

z.ere. Am 30. September dieses Jahres wollen die US-Imperialisten ihre aus dem Zweiten Weltkrieg stammende „militärische Beobachtungsstation" bei Kentira in Marokko räumen. Niemand wird so vermessen sein und annehmen, diese Räuber würden ihre imperialistischen Ziele außer acht lassen. Die US-Imperialisten wie auch die russischen Sozialimperialisten versuchen nach wie vor, die afrikanischen Völker ihrer neokolonialen Herrschaft zu unterwerfen und die Regierungen der afrikanischen Staaten in ihre Marionetten zu verwandeln. Die Auslandsverschuldung Marokkos betrug 1975 über 2,5 Mrd. DM. Mit über 40% belastet der Schuldendienst den Staatshaushalt. Die größten Räuber der menschlichen und natürlichen Ressourcen Marokkos sind die EG-Imperialisten, die USA und Japan. Mit einem sogenannten „Rückversicherungsvertrag" in Höhe von 12 Mrd. Dollar und einer Laufzeit von 25 Jahren wollen die Sozialimperialisten ihren Anteil daran. Die militärische „Präsenz" Frankreichs in Afrika umfaßt mittlerweile über 10000 Soldaten und etwa 100 Kampfflugzeuge. Die größten Kontingente sind in Marokko stationiert, das als Operationsbasis für Einsätze im Nahen Osten und Afrika ausgebaut werden soll. Marokko und die anderen afrikanischen Staaten, die Truppen für Einsätze in afrikanischen Ländern zur Verfügung stellen, tun dies, weil sie unter Druck der Imperia-listen stehen und der Bedrohung durch die Sozialimperialisten ausgesetzt sind.

Flottenmanöver der UdSSR auf der Höhe der Kurilen

z.mai. Seit Ende Mai halten die Sozialimperialisten Flottenmanöver in der Umgebung der Kurilen-Inseln ab. Zum ersten Mal waren dabei sowohl Luft-, Land- als auch Seestreitkräfte eingesetzt. Die UdSSR läßt Kriegsschiffe, Fernlenkraketen, Hubschrauber und U-Boot-Zerstörer auffahren und probt die Besetzung der japanischen Insel Etorofu. Kurz vor dem Manöver war eine große Anzahl von sowjetischen Soldaten auf die Kunashiri-Insel transportiert und Material zum Ausbau der Militärbasen auf die nördlichen Inseln transportiert worden. Die Supermacht zeigt damit, daß sie die von ihr widerrechtlich besetzten japanischen Inseln unter Einsatz aller Mittel behalten will. Zugleich will sie mit den Manövern Druck auf die japanische Regierung ausüben, um den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrags mit der VR China zu verhindern. Die japanische Regierung hatte sich bereiterklärt, die seit 1975 unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der Vertrag soll eine Klausel enthalten, die sich gegen jeglichen Hegemonismus im asiatischen und pazifischen Raum richtet. Da die Sozialimperialisten sich betroffen fühlen, erklärten sie, daß sie nicht mehr an einem Fischereiabkommen mit Japan „interessiert seien". Der japanische Außenminister Sonoda wies „die Einmischung von dritten Ländern" zurück: „Japan und China entwickeln freundschaftliche Beziehungen und die Sowjetunion hat keinen Grund, sich darüber auszulassen."

den raschen Ausbau der Eisenbahnstrecken, der Erdöl- und Erdgaspipelines.

Für 1978 beläuft sich das Planziel auf 152,6 Mio. Tonnen Stahl. Von Januar bis April wurden jedoch nur 50 Mio. Tonnen erreicht, so daß der Verzug im Plan bereits greifbar ist. An ihre ursprünglichen Pläne mögen die Neuen Zaren gar nicht mehr denken:

plex Katowice, den die UdSSR in Polen bauen läßt, wird erstmalig in der zweiten Ausbauphase, die dieses Jahr begonnen hat, das Stranggußverfahren eingeführt, womit die direkte Koppelung zwischen Rohstahlproduktion und Walzverfahren hergestellt wird und die Produktion von Walzgut um zehn Prozent gesteigert werden soll; ein Verfahren, das die westdeutschen Stahlmonopole schon zu Beginn der

den sind: zur erfolgreichen Antreiberei wird für jeden Arbeiter ein „Arbeitsbuch" angelegt; das Parteikomitee führt scharfe Kontrollen über die Verleihung der entsprechenden „Ehrentitel" (mit denen die Prämien verbunden sind) durch und entzieht sie bei „Verletzung der Produktionsdisziplin und Ausschußproduktion". Alles mit dem Ziel der „effektiven Ausschöpfung der Arbeitszeit und der vollen Auslastung

imperialistischen Krieg. Der „sowjetischen Metallurgie" wird die „Aufgabe gestellt", den „Anteil von Titan am Gesamtaufkommen der Verbundwerkstoffe" zu erhöhen – Titan wird für Flugzeug- und Raketenproduktion benötigt – wie die Entwicklung von „Materialien" mit „hoher Hitzebeständigkeit, aber niedrigem spezifischem Gewicht", z.B. für die Produktion von Fernlenkwaffen und Raketen.

Neuer Anlauf in den USA zur Durchsetzung des Energieprogramms

Benzinrationierung beschlossen / Benzinpreis- und Steuererhöhungen stehen an

z.hev. In Carters Energieprogramm kommt wieder Bewegung. Die Richtung dieser Bewegung wird immer klarer. Der US-Energieminister James Schlesinger hat einen Plan zur Benzinrationierung angekündigt, der in Kraft tritt, wenn die Benzinreserven des Landes 10 bis 15% unter den normalen Stand fallen. Pro Auto und Tag sollen Zwei-Gallonen-Gutscheine (etwa 7,5 Liter) ausgegeben werden, unabhängig davon, ob viel oder wenig gebraucht wird. Ein Wagenhalter, der seine Coupons nicht verbraucht, soll sie auf dem Markt verkaufen. „Der Markt", sagt Schlesinger, „wird die Feinregulierung besorgen", mit anderen Worten, das Benzin in die Tanks der Bourgeois fließen lassen. Weiter hat ein Senatsausschuß beschlossen, die staatlichen Preiskontrollen für Benzin und Erdgas bis 1985 abzuschaffen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Dies sei, so Carter, „ein überfälliger Schritt vorwärts ... ein Durchbruch für die lange aufgeschobene nationale Energiegesetzgebung." Und die „Washington Post" jubelt: „Das ist einer der wenigen Fälle, wo die Gefahr der Inflation leichter wiegt als die nationale Sicherheit, um den Ölverbrauch niedrig zu halten." Eine Öl-Importsteuer, wahrscheinlich für September, wird die nächste Maßnahme der US-Imperialisten sein.

Carter hatte sein Energieprogramm im April 1977 vorgelegt. Es sah vor eine 5-Cent-Steuer pro Gallone Benzin, die je nach Benzinverbrauch bis 50 Cents angehoben werden sollte, eine Erhöhung der strategischen Reserven auf eine Milliarde Barrel, die Preisanhebung für Öl mittels Steuern und verschiedene „Energiesparmaßnahmen" wie Subventionen an die Hausbesitzer für wärmeisolierende Maßnahmen und Einschränkung des Energieverbrauchs in den Haushalten, Entwicklung „alternativer Energien" mit Schwerpunkt Kohlevergasung. Die Gulf Oil fordert jetzt die Bezahlung von 75 Millionen Dollar von der Regierung für eine Kohlevergasungsanlage in West Virginia, die nach dem üblichen parlamentarischen Schaukampf in Senat und Repräsentantenhaus schließlich auch gezahlt werden, denn, so das Energieministerium, „die Regierung trägt die Verantwortung für die Vorbereitung auf höhere Ölpreise und mögliche Verknappungen auf dem Weltölmarkt.

Synthetisches Benzin sei eine Sicherheitspolitik gegen die Energiekatastrophe, die Mitte der achtziger Jahre erwartet wird." (Congressional Quarterly, 27.5.78) Es gibt bereits konkrete Pläne über die Einlagerung von 140 Mio. Tonnen Erdöl in Salzstöcke, und die US-Imperialisten wollen sich dabei die Erfahrungen der Preussag zunutze machen, die diese im Rahmen des Energieprogramms der westdeutschen Imperialisten für die Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gesammelt hat.



Carter inspiziert die Truppen von Fort Hood, wo er ein Manöver beobachtet hatte. In seiner bekannt hinterhältigen Mischung von Friedensengel und Kriegstreiber sagte er: „Wir wollen mit der Sowjetunion zurechtkommen. Wir müssen stark bleiben. Wir lassen uns von der Sowjetunion nicht herumstoßen. Wir sind nicht dabei, den zweiten Platz einzunehmen." Das war deutlich. In derselben Woche beschloß die Regierung eine Benzinrationierung „für den Krisenfall".

Beim ersten Anlauf ist Carters Energieprogramm auf den heftigen Widerstand der amerikanischen Arbeiterklasse gestoßen. Der Streik der US-Bergarbeiter hat die in dieses Programm gegossene Kriegsvorbereitung empfindlich gestört und den Plan gefährdet, durch Senkung der Kosten für Energie die Profite der Kapitalisten und den Antrieb zu weiterer Rationalisierung beträchtlich zu erhöhen. Gleichfalls auf Widerstand stoßen nun Carters Steuerpläne, ein beispielloser Plünderungsfeldzug gegen die Massen, über den das Expansionsprogramm finanziert werden soll. Die Ausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus sind wegen dieses Widerstandes dazu übergegangen, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Gleichzeitig läuft an Schulen und Hochschulen ein

Programm der „Einübung für den Ernstfall". Die Schüler müssen z.B. die Aufgabe lösen, mit der geringstmöglichen Menge Energie Wasser zum Kochen zu bringen und dabei kein Öl zu verbrennen.

Diese ideologische Kriegsvorbereitung geht einher mit chauvinistischer Demagogie und Hetze gegen die ölproduzierenden Länder, vor allem die OPEC-Staaten. An den Hochschulen werden Ausbildungsprogramme für Studenten aus dem Iran und Sau-di-Arabien entwickelt. „College-Professoren rasten in den Iran, als wäre es gerade nebenan", kennzeichnet eine Studie des State Department die Situation. 23000 iranische Studenten studieren inzwischen in den USA. Die Bereitstellung von Studienplätzen für iranische und saudi-arabische Studenten ist Bestandteil der „Nahost-Strategie" der US-Imperialisten. „Erstens könnten die Vereinigten Staaten eine Strategie der Spaltung der OPEC mit den Mitteln des Warenaustausches verfolgen. Zweitens könnten sie im Mittleren Osten eine Strategie des Teilens und des Gleichgewichts verfolgen. Drittens könnten die Vereinigten Staaten versuchen, eine taktische Allianz mit Saudi-Arabien, dem größten Ölproduzenten und Preisführer der OPEC, zu schmieden", faßt der Politik-Professor

Doran die Überlegungen der Finanzbourgeoisie zusammen. Aber die Schwierigkeiten seien erheblich. Die „National Science Foundation", die jedes Jahr dicke Bände über die Energieversorgung der Imperialisten herausgibt, befürchtet, daß der Balanceakt nicht gelingt und eine Intervention erforderlich wird – aber „eine Intervention könnte die revolutionärsten Kräfte entfesseln", und die US-Imperialisten würden die gesamte Dritte Welt gegen sich haben, was schließlich zu einer totalen Isolierung führen würde.

Carter bezeichnet seinen Kampf um das Energieprogramm als „morali-schen Krieg". Es ist die Moral des Raubtiers und der Krieg die Form, die diese Moral annimmt. Die Durchsetzung des Programms ist Krieg, Krieg gegen die amerikanische Arbeiterklasse und die Volksmassen, die das Programm bezahlen sollen, Krieg gegen die OPEC, Krieg gegen die arabische Revolution, Krieg gegen die gesamte Dritte Welt, die von den OPEC-Ländern abgespalten werden soll, und Krieg gegen die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion. Die US-Regierung hat jetzt „die Idee", ein 144-Millionen-Dollar-Geschäft mit der Sowjetunion über Anlagen zur Ölbohrung zu verbieten. Der Kampf um die beste Ausgangsposition für den imperialistischen Krieg wird immer hektischer. Je größer die Energiereserven, desto besser diese Position. Und die US-Imperialisten wollen *billig* an die Energiequellen herankommen. Über ihre Betrügereien mit wertlosen Papierdollars haben sie den OPEC-Ländern bereits Milliardenbeträge gestohlen.

Vom Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Bonn verspricht sich Carter frischen Wind für sein Energieprogramm wie auch seine Pläne für Steuererhöhung und Erhöhung des Benzinpreises. Die westeuropäischen Imperialisten wissen in solchen Fällen zu schätzen, was sie an der Supermacht USA haben. Ihre Hoffnung: Drosseln die USA ihre Öleinfuhren, kann der Druck auf die OPEC verstärkt und eine Ölpreiserhöhung verhindert werden. Dies käme ihren eigenen Plünderabsichten zugute und für solche Händel unternimmt Lambsdorff bereitwillig seine Spritztouren nach Washington.

Große Anstrengungen der OPEC-Länder im Aufbau der selbständigen Wirtschaft zeitigen Erfolge

z.mai. „Die OPEC-Länder sind im allgemeinen Entwicklungsländer, die durch eine sehr starke Abhängigkeit vom Export eines einzigen Rohstoffs charakterisiert sind. Sie exportieren das Öl nicht, um ausländische Währungen zum Selbstzweck zu bekommen, sondern um sie im Prozeß der Steigerung ihres Wohlergehens und des Wohlergehens ihrer zukünftigen Generationen zu nutzen. Das heißt, daß der beste Nutzen ihrer Ressourcen Entwicklungsausgaben in verschiedener Form sind, einschließlich der Errichtung der notwendigen Infrastruktur, des Baus von Entwicklungsprojekten für den Inlandsverbrauch, und zwangsläufig Investitionen in exportorientierte Projekte. Investitionen in den Export sind notwendig, um die Abhängigkeit ihrer Wirtschaften von erschöpfbaren Werten durch beständigere Reproduktionsprozesse zu ersetzen", erklärte der Generalsekretär der OPEC A.M. Jaidah am 31. Mai 1978. Nach dem erfolgreichen Kampf der OPEC-Staaten für ihre nationale Souveränität unternehmen diese Nationen große Anstrengungen im Kampf für eine selbständige Wirtschaft. Die Staaten am Golf waren bis vor wenigen Jahren fast vollständig von Lebensmittel- und Industriegüterimporten der Imperialisten abhängig. Eine Infrastruktur, Industrie und Landwirtschaft haben praktisch nicht existiert, da das einzige Interesse der Imperialisten dem raschen Abtransport des Öls dieser Länder galt.

Saudi-Arabien hatte 1975 den zweiten Fünfjahresplan zur Entwicklung des Landes aufgestellt, der nun im dritten Jahr bereits große Erfolge zeitigt. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts übertraf 1977 mit 15,4% die geplanten 10,4%. Von 1975 bis 1977 wurde das Straßennetz verdoppelt und beträgt jetzt 6638 km. Damit die Golf-Länder ihre Wirtschaft überhaupt aufbauen können, müssen sie zunächst die elementarsten Bedingungen schaffen: Straßen müssen gebaut werden, um die Waren transportieren zu können; Häfen, um Importe tätigen zu können, die immer noch in großem Umfang nötig sind; Häuser müssen für die Bevölkerung gebaut werden, Wasserquellen erschlossen werden, um die Wüstengebiete in fruchtbares Land zu verwandeln, Strom für die Industrie zu erzeugen und die Massen zu versorgen.

So hat Saudi-Arabien den Bau von neuen Häfen in Jubail und Yanba in Angriff genommen, die Entladekapazität aller Häfen von 30879 Tonnen auf 52734 Tonnen erhöht und damit die Wartezeiten für Schiffe von 1976 noch 176 Tagen auf heute Null reduziert. Innerhalb von 2 Jahren wurden 100000 Wohneinheiten von den Arbeitern gebaut, während im Entwicklungsplan 42200 vorgesehen waren. Von der im Plan vorgesehenen Menge an zu erzeugender Elektrizität von 2560 MW wurden bereits 2390 MW erreicht. Da es in diesem Land weder Flüsse noch Seen gibt, oft jahrelang



Arbeiter bei der Abschlackung von Aluminium an dem ersten modernen Schmelzofen des Mittleren Ostens in Bahrein

kein Regen fällt, ist die Wasserversorgung eine vordringliche Aufgabe. Entsalzungsanlagen, die Salzwasser in Süßwasser verwandeln und dabei noch Energie erzeugen, versorgen heute das Land mit Wasser. Zur Entwicklung der Landwirtschaft werden Grundwasserreserven erforscht und weitere Bewässerungsanlagen gebaut. Mehr als 177299 Dunum Land wurde an die Bauern verteilt, Hühner- und Viehfarmen und Molkereien errichtet. Die hauptsächlichen landwirtschaftlichen Produkte sind Datteln, Weizen, Graupen und Früchte. Von 1973 bis 1975 konnte die Weizenproduktion auf das Doppelte gesteigert werden. Bis vor wenigen Jahren noch war Saudi-Arabien fast vollständig von Nahrungsmittelimporten v.a. der US-, der BRD- und der britischen Imperialisten abhängig.

Stahl und Zement sind grundlegend für den Aufbau einer eigenen Industrie. Saudi-Arabien hat in Jeddah das erste große Stahlwerk errichtet und produziert bereits 1 Million Tonnen Zement von den 5 Millionen, die jährlich benötigt werden. Um die Abhängigkeit von Stahlimporten zu verringern, wurden umfassende Forschungsarbeiten zur Erkundung eigener Erzvorkommen eingeleitet. Erste Ergebnisse wurden erzielt in der Entdeckung von Gold-, Silber-, Zink-, Eisen-, Nikkel-, Blei-, Zinn- und Marmorvorkommen. Petromin, die staatliche Petroleum- und Mineralienorganisation, untersucht zur Zeit die Möglichkeiten des Abbaus dieser Bodenschätze.

Kuwait ist inzwischen Selbstversorger bei Wasser sowohl für den Verbrauch der Bevölkerung als auch für die Industrie und besitzt die größte Entsalzungsanlage der Welt. Das Straßennetz, eines der besten in der Welt, ist vollständig ausgebaut. In den beiden Industriezentren, Shuaiba und Shuwaikh, werden Produkte sowohl für den Export als auch für den Inlandsverbrauch produziert: Düngemittel, Schwefelsäure, Ammoniumsulphat, Bohrschlamm, Zement bis hin zu Nahrungsmitteln. Die Produkte der petrochemischen Industrie sind bedeutend für die Weiterverarbeitung in der Kunststoff-, Chemiefaser-, Kunstdünger-, Kautschuk- und Waschmittelindustrie.

1975 wurde die Ölindustrie verstaatlicht. Während die Ölraffinerien im Shuaiba-Industriezentrum 1968 unter der Kontrolle der Imperialisten täglich nur 15000 Tonnen Rohöl verarbeiteten, wurde die Produktion seit 1975 verdoppelt. Das Wafra-Ölfeld, das noch als letztes unter der absoluten Kontrolle der US-Imperialisten stand, wurde im September 1977 verstaatlicht, nachdem die US-Imperialisten sich 3 Jahre lang geweigert hatten, Steuern an die Regierung für die Ausplünderung der Ölquellen zu bezahlen und die Ölpreiserhöhungen der OPEC-Länder boykottiert hatten. Ein Mitglied des Ölministeriums erklärte: „Die Aussichten für die Entwicklung unserer Ölindustrie sind hervorragend, nachdem wir die wirklichen Herren über unsere Ölressourcen geworden sind." Der kuwaitische Staat legt großes Gewicht auf die Ausbildung eigener Techniker und Kader. Die Ausbildung der Jugend ist unentgeltlich vom Kindergarten bis zur Universität. Bücher, Kleider und Mahlzeiten werden vom Staat gestellt. In Katar nahm Anfang Mai eines der größten Eisen- und Stahlwerke mit einer jährlichen Kapazität von 400000 Tonnen die Produktion auf. Seit 1960 wurde die Fläche des bebauten Landes um das Zehnfache vergrößert. Diese Anstrengungen machen die OPEC-Staaten zugleich in dem Bewußtsein, daß die vollständige nationale Befreiung der arabischen Völker vom Imperialismus nicht erreicht ist, solange das Land des palästinensischen Volkes durch den israelischen Zionistenstaat noch besetzt ist. Deshalb unterstützen sie den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und die PLO direkt politisch und materiell, wie sie gleichzeitig keinen Handel mit dem Zionistenstaat treiben, keine diplomatischen Beziehungen mit ihm unterhalten und kein Öl an ihn liefern.

Endgültige Annexion der 1967 von den Zionisten besetzten Gebiete geplant

z.hef.London. Im folgenden eine Aufstellung von Operationen palästinensischer Befreiungskämpfer in einem Zeitraum von fünf Wochen:

Gruppe feindlicher Soldaten und Polizisten im Einsatz in Tel Aviv.
Eine Spezialeinheit griff mit Brandbomben eine Polizeistreife der Zionisten an, die ihre regulären Streifen im

Plan einer „autonomen Verwaltung" für die nächsten fünf Jahre. Die Besatzung der israelischen Truppen und damit die wilde Unterdrückung der Massen, die Landnahme, die zionisti-

Die US-Imperialisten und ihr Kettenhund Begin spielen mit verteilten Rollen. Die US-Imperialisten wollen als „vernünftige Vermittler" auftreten, die ihre Statthalter zur Mäßigung brinner Techniker und Kader. Die Ausbildung der Jugend ist unentgeltlich vom Kindergarten bis zur Universität. Bücher, Kleider und Mahlzeiten werden vom Staat gestellt. In Katar nahm Anfang Mai eines der größten Eisen- und Stahlwerke mit einer jährlichen Kapazität von 400000 Tonnen die Produktion auf. Seit 1960 wurde die Fläche des bebauten Landes um das Zehnfache vergrößert. Diese Anstrengungen machen die OPEC-Staaten zugleich in dem Bewußtsein, daß die vollständige nationale Befreiung der arabischen Völker vom Imperialismus nicht erreicht ist, solange das Land des palästinensischen Volkes durch den israelischen Zionistenstaat noch besetzt ist. Deshalb unterstützen sie den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und die PLO direkt politisch und materiell, wie sie gleichzeitig keinen Handel mit dem Zionistenstaat treiben, keine diplomatischen Beziehungen mit ihm unterhalten und kein Öl an ihn liefern.

einzige Interesse der Imperialisten dem raschen Abtransport des Öls dieser Länder galt.

Saudi-Arabien hatte 1975 den zweiten Fünfjahresplan zur Entwicklung des Landes aufgestellt, der nun im dritten Jahr bereits große Erfolge zeitigt. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts übertraf 1977 mit 15,4% die geplanten 10,4%. Von 1975 bis 1977 wurde das Straßennetz verdoppelt und beträgt jetzt 6638 km. Damit die Golf-Länder ihre Wirtschaft überhaupt aufbauen können, müssen sie zunächst die elementarsten Bedingungen schaffen: Straßen müssen gebaut werden, um die Waren transportieren zu können; Häfen, um Importe tätigen zu können, die immer noch in großem Umfang nötig sind; Häuser müssen für die Bevölkerung gebaut werden, Wasserquellen erschlossen werden, um die Wüstengebiete in fruchtbares Land zu verwandeln, Strom für die Industrie zu erzeugen und die Massen zu versorgen.

Arbeiter bei der Abschlackung von Aluminium an dem ersten modernen Schmelzofen des Mittleren Ostens in Bahrein

kein Regen fällt, ist die Wasserversorgung eine vordringliche Aufgabe. Entsalzungsanlagen, die Salzwasser in Süßwasser verwandeln und dabei noch Energie erzeugen, versorgen heute das Land mit Wasser. Zur Entwicklung der Landwirtschaft werden Grundwasserreserven erforscht und weitere Bewässerungsanlagen gebaut. Mehr als 177299 Dunum Land wurde an die Bauern verteilt, Hühner- und Viehfarmen und Molkereien errichtet. Die hauptsächlichen landwirtschaftlichen Produkte sind Datteln, Weizen, Graupen und Früchte. Von 1973 bis 1975 konnte die Weizenproduktion auf das

arbeiten zur Erkundung eigener Erzvorkommen eingeleitet. Erste Ergebnisse wurden erzielt in der Entdeckung von Gold-, Silber-, Zink-, Eisen-, Nikkel-, Blei-, Zinn- und Marmorvorkommen. Petromin, die staatliche Petroleum- und Mineralienorganisation, untersucht zur Zeit die Möglichkeiten des Abbaus dieser Bodenschätze.

Kuwait ist inzwischen Selbstversorger bei Wasser sowohl für den Verbrauch der Bevölkerung als auch für die Industrie und besitzt die größte Entsalzungsanlage der Welt. Das Straßennetz, eines der besten in der Welt,

Endgültige Annexion der 1967 von den Zionisten besetzten Gebiete geplant

z.hef.London. Im folgenden eine Aufstellung von Operationen palästinensischer Befreiungskämpfer in einem Zeitraum von fünf Wochen:

6. Mai: – Am 30. Jahrestag der zionistischen Staatsgründung feuerte eine Kommandoeinheit eine Rakete auf die Residenz Begins ab. Die Rakete explodierte 100 Meter von dem Gebäude entfernt, beschädigte das Haus, legte Teile der Elektrizitätsversorgung Jerusalems lahm. Ein Beamter wurde getötet. Das Radio der Zionisten gab später an, daß die Armee weder von der Einheit noch von der Abschußvorrichtung jemals etwas gefunden habe.

Anfang Mai: – Eine palästinensische Einheit griff ein Militärfahrzeug der Zionisten in der Stadt Nablus/Westjordanland an. Zwei der 12 Luftwaffensoldaten darin wurden getötet, die anderen verletzt.

11. Mai: – Ein israelischer Polizist wurde auf einer Straße in Ramallah (Westjordanland) erschossen, die Kommandoeinheit erbeutete seine Waffe. Gleichzeitig zerstörte eine zweite Einheit ein Fahrzeug der israelischen Grenztruppe.

Am gleichen Tag legte eine Einheit Sprengstoff in einen Parkplatz nahe des Hauptplatzes von Nablus. Der Parkplatz wird von israelischen Patrouillenfahrzeugen benutzt. Ein feindlicher Soldat wurde getötet, mehrere andere verwundet.

20. Mai: – Zeitbomben an dem Quartier israelischer Offiziere in Nord-Tel Aviv und am Gebäude des militärischen Geheimdienstes in einem Vorort Tel Avivs beschädigen beide Gebäude. Eine Anzahl von Feinden wurde getötet, mehrere Militärfahrzeuge zerstört.

Am gleichen Tag warf ein Kommando eine Brandbombe gegen eine Gruppe feindlicher Soldaten und Polizisten im Einsatz in Tel Aviv.

Eine Spezialeinheit griff mit Brandbomben eine Polizeistreife der Zionisten an, die ihre regulären Streifen im Askar-Lager bei Nablus fuhr. Der Feind erlitt schwere Verluste. Gepanzerte Fahrzeuge, die auf Anforderung der Polizeistreife auf dem Weg in das Lager waren, wurden ebenfalls angegriffen, bevor das Kommando sicher in die Basis zurückkehrte.

23. Mai: – Eine Einheit legte eine Zeitbombe an eine Polizeistation in der Siedlung Or Yehuda nördlich von Tel Aviv. Die Bombe explodierte um 7.15 Uhr, mehrere Polizisten wurden getötet, andere verletzt, das Gebäude teilweise zerstört.

Am gleichen Tag legten Befreiungskämpfer Zeit-Brandbomben in den Hof einer Polizeistation in der Kiryat-Ono-Siedlung. Die Bomben explodierten am Abend, mehrere Wachen wurden verletzt, eine Reihe Polizeiwagen zerstört.

(Alle Angaben nach Hsinhua News Agency)

Täglich treffen die Schläge des Befreiungskampfes die Statthalter der Imperialisten. Die bewaffneten Aktionen werden ergänzt durch Demonstrationen, Landbesetzungen, Versammlungen. Begin, so berichtet die bürgerliche Presse, sei krank.

Die Schläge der arabischen Völker gegen die Imperialisten treiben deren Raubnatur immer offener hervor. Jetzt soll das 1967 besetzte Westjordanland und der Gazastreifen endgültig in den Kolonialstaat eingegliedert werden. Weil die Zionisten die berechtigte Furcht haben, daß ihnen dort bald das gleiche wie im Libanon geschieht, kochen sie an einem Spaltungsmanöver. Die Regierung Begin verbreitet den Plan einer „autonomen Verwaltung" für die nächsten fünf Jahre. Die Besatzung der israelischen Truppen und damit die wilde Unterdrückung der Massen, die Landnahme, die zionistische Besiedlung, die Schließung der Brunnen für die Palästinenser – alles soll bleiben. Außenminister Dajan: „Wir gründen unsere Haltung auf die Voraussetzung, daß die Autonomie keine Übergangsmaßnahme, keine zeitlich begrenzte Maßnahme ist, sondern die Lösung für Araber und Juden, um zusammen im Westjordanland und im Gazastreifen zu leben."

Die US-Imperialisten sowie der israelische Kriegsminister Weizmann behaupten, sie seien gegen diesen Plan und für eine Friedenslösung. Auch sie seien für fünf Jahre „autonome Verwaltung", weitere Präsenz der Truppen usw. Aber, sagen sie, dies soll nicht endgültig, sondern vorläufig sein, nach fünf Jahren kann man weitersehen in Richtung „Friedenslösung".

Die US-Imperialisten und ihr Kettenhund Begin spielen mit verteilten Rollen. Die US-Imperialisten wollen als „vernünftige Vermittler" auftreten, die ihre Statthalter zur Mäßigung bringen. So hoffen sie, Verwirrung über die wahre Natur ihrer Pläne zu schaffen und Teilen des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation diese Pläne als Erfolg verkaufen zu können.

Der offizielle Sprecher der PLO in Beirut hat dazu erklärt: „Man kann von niemandem erwarten, auf ein solches israelisch-amerikanisches Manöver hereinzufallen. Das palästinensische Volk fällt nicht auf ein solches Manöver herein, das das einzige Ziel hat, unser Volk zu liquidieren und die Fortsetzung der israelischen Besatzung des Westjordanlandes, Gazas und der anderen besetzten Gebiete zu sichern ... Wir werden den Kampf auf verschiedene Weise fortsetzen, um unser besetztes Heimatland zu befreien und unseren unabhängigen Staat zu errichten."



Kämpfer der Vereinigten palästinensischen und national-libanesischen Streitkräfte im Südlibanon.

UdSSR – Afghanistan: Die Neuen Zaren fahren ein

z.hah. Die Neuen Zaren der UdSSR wollen die Früchte des von ihnen inszenierten Putsches in Afghanistan ernten. In Moskau wurde im Juni das Warenprotokoll 1978 unterzeichnet, „dessen Volumen wesentlich größer als jenes des Jahres 1977 ist". (APA, 23. Juni) „Größer" soll die Ausplünderung Afghanistans und seine Abhängigkeit durch Verschuldung werden: das Handelsvolumen von 122,4 Mio. Rubel (1974) bzw. 132,2 Mio. Rubel (1975) hatte die Supermacht bereits 1977 auf 190,1 Mio. Rubel hochgetrieben; das Handelsbilanzdefizit Afghanistans gegenüber der UdSSR von 1,2 (1974), 3,6 Mio. Rubel auf 113,6 Mio. Rubel (Ekotass, Nr. 23/1978). Im Warenprotokoll ist die vollständige Fesselung der Produktivkräfte Afghanistans paraphiert: Die UdSSR liefert ihre schlechten „Maschinen und Ausrüstungen", Afghanistan „Erdgas, Baumwolle, Schafwolle, Rohhäute, Trockenfrüchte, Oliven, Leder, Zitrusfrüchte, Teppiche". Nachträglich gestehen die Neuen Zaren ein, daß sie die Souveränität Afghanistans schon immer einen Dreck scherte. Hatte im Jahr 1977 die gestürzte Regierung Daud die Erdgasproduktion, die zu 95% an die UdSSR abgeführt werden mußte, gedrosselt, so berichtet der sowjetische „Außenhandel" in der Juni-Ausgabe händereibend, daß die UdSSR entschlossen war, diese Maßnahme zu zerschlagen: „1977 wurden den geologischen Such- und Erkundigungsarbeiten nach Erdöl, Erdgas und Mineralien sowie der Schaffung neuer und der Steigerung der vorhandenen Produktionskapazitäten für die Förderung dieser Bodenschätze große Beachtung geschenkt. Die Arbeiten zur Aufschließung des Gasvorkommens (Djarkuduk) ... wurden begonnen." Die Ergebnisse der Produktion der Arbeiter und Bauern reißen die Neuen Zaren an sich: „Zur Abzahlung der Kredite erhält die Sowjetunion außer Gas und Karbamid Oliven und Zitrusfrüchte." Ihren Raubzug wie ihre Anmaßungen wird das afghanische Volk den Neuen Zaren gewiß quittieren; wie die kuwaitische Zeitung „Al-Anbaa" meldet, wünscht die UdSSR jetzt noch einen „Verteidigungspakt" zu schließen, demzufolge die UdSSR „Afghanistan im Fall einer Aggression mit Waffen und Unterstützung versorgt", Afghanistan hingegen erklären soll, „mit Feinden der Sowjetunion keine Verträge abzuschließen".

Reichliche Zumutung: Ecevit muß in Moskau antreten

z.mih. Am 21. Juni zitierten die Sozialimperialisten den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit nach Moskau, um ihm eine Reihe räuberischer Vertragsentwürfe zur Unterschrift vorzulegen. Dies Manöver war eine Reaktion auf den im Mai dieses Jahres vorangegangenen Türkei-Besuch des sowjetischen Generalstabschefs N. Ogarkov, bei dem es nicht geglückt war, die Verträge unter Dach und Fach zu bringen. Gegenüber der damals von Ogarkov getroffenen Feststellung, die Türkei brauche dringend militärische Hilfe und die Sowjetunion sei dazu bereit und bestens in der Lage, hatte der türkische Ministerpräsident am 7. Juni erklärt, die Türkei werde die Sowjetunion nicht um Waffenlieferungen bitten, nicht einmal dann, wenn das US-Waffenembargo nicht aufgehoben werde. Der türkische Verteidigungsminister hatte erklärt, die Türkei werde große Anstrengungen unternehmen, um innerhalb von fünf Jahren eine eigenständige und unabhängige Rüstungsproduktion aufzubauen. Angesichts der bereits bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit und der massiven Einmischungsversuche der Imperialisten gegenüber der Türkei erhält die Tatsache, daß sich diese auch den neuerlichen sowjetischen Vorstößen gegenüber nicht gebeugt, sondern zäh ihre politische Unabhängigkeit verteidigt hat, besondere Bedeutung. So konnte die Sowjetunion zwar eine Vereinbarung über den Abschluß eines Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit durchsetzen, jedoch ist ihr Plan, der Türkei einen Vertrag über „gemeinsame Erdölexplorationen am türkischen Festlandssockel im Schwarzen Meer" aufzunötigen, vorerst gescheitert. Stattdessen mußten die Sozialimperialisten den Verzicht der Türkei „auf Zurverfügungstellung des eigenen Territoriums für eine Aggression oder für subversive Handlungen" anerkennen, was den Plänen beider Supermächte zur Errichtung von Militärbasen in der Türkei einen Schlag versetzt. Ferner wurde die Sowjetunion entgegen ihren früheren Plänen zur „Internationalisierung des Zypern-Konfliktes", d.h. der Durchführung einer Zypern-Konferenz unter der Schirmherrschaft der Supermächte, gezwungen, anzuerkennen, daß die Lösung der Widersprüche auf Zypern Sache der beiden zypriotischen Volksgruppen ist.

schätze große Beachtung geschenkt. Die Arbeiten zur Aufschließung des Gasvorkommens (Djarkuduk) ... wurden begonnen." Die Ergebnisse der Produktion der Arbeiter und Bauern reißen die Neuen Zaren an sich: „Zur Abzahlung der Kredite erhält die Sowjetunion außer Gas und Karbamid Oliven und Zitrusfrüchte." Ihren Raubzug wie ihre Anmaßungen wird das afghanische Volk den Neuen Zaren gewiß quittieren; wie die kuwaitische Zeitung „Al-Anbaa" meldet, wünscht die UdSSR jetzt noch einen „Verteidigungspakt" zu schließen, demzufolge die UdSSR „Afghanistan im Fall einer Aggression mit Waffen und Unterstützung versorgt", Afghanistan hingegen erklären soll, „mit Feinden der Sowjetunion keine Verträge abzuschließen".

Reichliche Zumutung: Ecevit muß in Moskau antreten

z.mih. Am 21. Juni zitierten die Sozialimperialisten den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit nach Moskau, um ihm eine Reihe räuberischer Vertragsentwürfe zur Unterschrift vorzulegen. Dies Manöver war eine Reaktion auf den im Mai dieses Jahres vorangegangenen Türkei-Besuch des sowjetischen Generalstabschefs N. Ogarkov, bei dem es nicht geglückt war, die Verträge unter Dach und Fach zu bringen. Gegenüber der damals von Ogarkov getroffenen Feststellung, die Türkei brauche dringend militärische Hilfe und die Sowjetunion sei dazu bereit und bestens in der Lage, hatte der türki-

BRD im Rhodesien-geschäft ganz vorn

z.frb. Weil die fortdauernde Kolonialherrschaft in Zimbabwe den Haß der Völker der Welt erfährt, muß die Imperialistenhorde ihre Kapitalexporte und Handelsgeschäfte im Dunkeln treiben. Offiziell haben sie den UNO-Sanktionen zugestimmt. Die Wirklichkeit freilich ist anders. Hierüber hat das Komitee, das der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in Ausführung der Resolution 253 (1968), betreffend die Südrhodesien-Frage, eingerichtet hat, einiges ans Tageslicht befördert.

So erfährt das Komitee im Dezember 1975, daß das Motorschiff Trianon am 19.10.75 im damaligen Lourenco Marques (seit der Befreiung Mozambiques: Maputo) 9000 Tonnen Stahlblöcke aufgenommen und nach Rotterdam befördert hat. Der Stahl stammt von der „Rhodesischen Eisen- und Stahlgesellschaft (RISCO)", Käufer ist „Klöckner", Duisburg, Vermittler die „Femetco AG" in Zug/Schweiz. Das Komitee bittet die westdeutsche Regierung um Auskunft. Nach einer Anmahnung und drei Monaten Bedenkzeit teilt die Bundesregierung mit, es habe sich um eine Lieferung im Rahmen eines 1972 zwischen Klöckner und Femetco geschlossenen Vertrages gehandelt. Als Ursprungsort ist Südafrika angegeben. Das Ursprungszeugnis ist aber nicht etwa in Südafrika ausgestellt, sondern im Verschiffungshafen Lourenco Marques. Innerhalb eines halben Jahres werden vier weitere solcher Schleichhändel bekannt. Jedesmal ist der Klöckner-Konzern der Käufer, vermittelt durch Femetco. Die Ware geht nach Griechenland, Türkei, Jordanien. Als Ursprungsland wird immer Südafrika angegeben. Bestätigt wird dies nunmehr gleich durch die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer in Duisburg-Wesel – oder auch durch „Klöckner und Co." selbst. 30000 Tonnen Stahl für etwa fünf Millionen Dollar werden so verschoben.

Auf ähnliche Weise haben sich die „Siegfried Jacob Metallwerke", Ennepetal-Voerde, Anfang 1976 für 4,2 Mio. DM von der „Rhodesian Alloys" Ferrochrom beschafft. Die Bundesregierung behauptet, das Chrom stamme von Impex Alloys in Siblingen/Schweiz, die es wiederum aus Südafrika habe. Dafür muß die Firma Johann Rockelmann, Eschwege, zugeben, Textilmaschinen nach Zimbabwe verschachert zu haben. Dem Vorwurf, daß die Commerzbank einen Kredit an eine Gesellschaft in Zimbabwe vergeben habe, begegnet die Bundesregierung mit der Weisheit: „Die Commerzbank International Société Anonyme, Luxembourg, ist keine Niederlassung der deutschen Commerzbank AG, sondern eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht und nur der Bankaufsicht des Großherzogtums Luxemburg unterworfen." In einem anderen Fall wird immerhin zugegeben, daß die Lufthansa in Rhodesien „gewisse Guthaben" hält.

schiffungshafen Lourenco Marques. Innerhalb eines halben Jahres werden vier weitere solcher Schleichhändel bekannt. Jedesmal ist der Klöckner-Konzern der Käufer, vermittelt durch Femetco. Die Ware geht nach Griechenland, Türkei, Jordanien. Als Ursprungsland wird immer Südafrika angegeben. Bestätigt wird dies nunmehr gleich durch die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer in Duisburg-Wesel – oder auch durch „Klöckner und Co." selbst. 30000 Tonnen Stahl für etwa fünf Millionen Dollar werden so verschoben.

Auf ähnliche Weise haben sich die „Siegfried Jacob Metallwerke", Ennepetal-Voerde, Anfang 1976 für 4,2 Mio. DM von der „Rhodesian Alloys" Ferrochrom beschafft. Die Bundesregierung behauptet, das Chrom stamme von Impex Alloys in Siblingen/Schweiz, die es wiederum aus Südafrika habe. Dafür muß die Firma Johann Rockelmann, Eschwege, zugeben, Textilmaschinen nach Zimbabwe verschachert zu haben. Dem Vorwurf, daß die Commerzbank einen Kredit an eine Gesellschaft in Zimbabwe vergeben habe, begegnet die Bundesregierung mit der Weisheit: „Die Commerzbank International Société Anonyme, Luxembourg, ist keine Niederlassung der deutschen Commerzbank AG, sondern eine Aktiengesellschaft nach

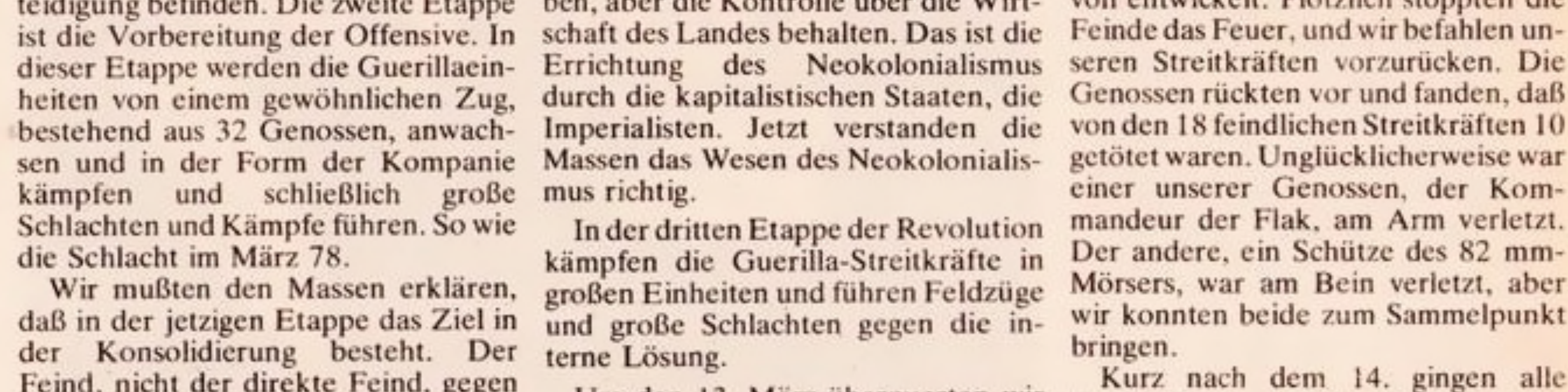
Wie die BRD-Imperialisten durch Fälschung der Ursprungszeugnisse ihren Handel mit Rhodesien vertuschen, geht auch aus einem Vergleich verschiedener nationaler Statistiken hervor. So müssen die damalige portugiesische Kolonie Mozambique und Südafrika als „Ursprungsland" herhalten. Die Einfuhrstatistik weist ab 1973 plötzlich hohe Chrom-Einfuhren aus Mozambique auf, obwohl dort kein Kilogramm produziert wird. Asbest, ein zweites Hauptprodukt Zimbabwes, taucht ebenfalls 1973 erstmals als Einfuhr aus Mozambique auf. Ein anderer Teil wird als südafrikanisch deklariert. Laut westdeutscher Statistik wurden 1972 aus Südafrika 22400 Tonnen Asbest importiert, nach Angaben Südafrikas wurden aber von dort nur 5500 Tonnen in die BRD exportiert. Bei Tabak weist die BRD-Statistik 1972 Einfuhren von 2201 Tonnen aus Mozambique und 881 Tonnen aus Südafrika aus. Nach den Angaben Mozambiques wurden aber nur 75 Tonnen geliefert, nach der Südafrika gar nichts.

Insgesamt haben nach Berechnungen der UNO-Kommission die Imperialisten so 1975 Waren für rund 245 Mio. Dollar aus ihrer rhodesischen Kolonie verschoben. Und die BRD-Imperialisten sind dabei ganz vorn. Standen sie doch bis 1966 nach rhodesischen Angaben an erster Stelle des Außenhandels.

Der bewaffnete Befreiungskampf geht in die Offensive über

Interview mit Josiah Tungamirai, Mitglied des Oberkommandos der ZANLA-Streitkräfte





Einem Aufruf des Präsidenten der ZANU Genossen R. Mugabe folgend, konzentriert die ZANU ihre Anstrengungen darauf, 1978 zum Jahr des Volkes zu machen. Das bedeutet die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes zu einem umfassenden Volkskrieg, die Durchführung großer bewaffneter Aktionen in allen Gebieten Zimbabwes, die Befreiung des größten Teils des Landes von der Herrschaft des Kolonialregimes und die Entwicklung der Volksherrschaft in den befreiten Gebieten, um schließlich zum Angriff auf die Städte übergehen zu können. Der folgende Bericht ist einem Interview entnommen, das die „Zimbabwe News", das offizielle Organ der ZANU, mit Genossen Josiah Tungamirai, Mitglied des ZK der ZANU und des Oberkommandos der ZANLA-Streitkräfte, der an einer großen bewaffneten Aktion im März dieses Jahres teilgenommen hatte, durchgeführt hat. Genosse Tungamirai berichtet:

Die Vorbereitung wurde Anfang März getroffen. Es war die größte Offensive des Monats, nicht die größte Offensive überhaupt. Wir hatten einige große Offensiven, die von Grand Reef, Nyamaropa, Rugoi – diese Stützpunkte waren vorher zerstört worden. Unser Hauptanliegen war, den Aufruf des Präsidenten und des Zentralen Komitees zu befolgen, es war ein Befehl an das Oberkommando, wie üblich.

Anfang März begannen wir mit den Vorbereitungen für diesen Kampf, bis wir schließlich heimgingen nach Zimbabwe. Wir waren 445 Genossen, einschließlich 50 weiblicher Genossen unter der Leitung von zwei Generalstabsmitgliedern, Genossin Catherine und Genossin Mazvionesa. Nach diesen sorgfältigen Vorbereitungen rückten wir nach Zimbabwe ein. Unsere Kampfgruppe überquerte als ganze die Grenze früh am Morgen um 6 Uhr. Wir waren in drei Kompanien aufgeteilt, von denen zwei mit leichten Waffen ausgerüstet waren und die andere mit Artillerie. Wir konnten unbemerkt durch den Feind einrücken. Die Massen waren sehr glücklich, als wir im Zimunya-Distrikt ankamen. Sie versorgten uns mit Lebensmitteln, Informationen und Zigaretten und ähnlichen Dingen. Die ersten Tage mit diesen Genossen zusammen waren herrlich. Die Massen kamen ständig mit Lebensmitteln, und spät am Abend versammelten sie sich zum politischen Unterricht. So hielten wir einigen politischen Unterricht mit ihnen ab. Wir versuchten, die britischen Manöver zu erklären und was von der internen Lösung zu halten ist, und erklärten die Gefahr des ganzen Manövers. Wir versuchten ebenso zu erklären, wie die ZANU die Lage sieht, und den Standpunkt der fortschrittlichen Länder. Das ist nicht einfach für die Massen zu verstehen, weil einige dieser Leute, die die Politik des Ausverkaufs des Landes betreiben, lange in der Politik tätig sind und einige von ihnen in diesen Gebieten wie Zimunya feste Verbindungen haben. Aber die Massen verstanden uns, nachdem wir die Gefahr des ganzen Manövers erklärt hatten. Wir haben auch erklärt, daß man im revolutionären bewaffneten Kampf drei Etappen durchmachen muß.

Die erste Etappe ist taktisch bestimmt, wenn der Feind in der Offensive ist und wir uns in der aktiven Verteidigung befinden. Die zweite Etappe ist die Vorbereitung der Offensive. In dieser Etappe werden die Guerillaeinheiten von einem gewöhnlichen Zug, bestehend aus 32 Genossen, anwachsen und in der Form der Kompanie kämpfen und schließlich große Schlachten und Kämpfe führen. So wie die Schlacht im März 78.

Wir mußten den Massen erklären, daß in der jetzigen Etappe das Ziel in der Konsolidierung besteht. Der Feind, nicht der direkte Feind, gegen den wir kämpfen, aber das System, das wir bekämpfen, versucht immer wieder, sich zu konsolidieren. Der Kapitalismus versucht seinem Untergang zu entgehen, wenn der Krieg dem Ende zugeht. Die Massen stellten uns einige Fragen, wie der Feind versucht, seine Herrschaft zu bewahren. Wir erklärten, daß der Feind weiß, daß wir Informationen, Lebensmittel und Kleidung von den Massen erhalten. So baut er, um uns von den Massen abzuschneiden, „Wehrdörfer", die sogenannten beschützten Dörfer. Was die militärische Taktik betrifft, hat er dies teilweise erreicht. Aber politisch, wenn der Feind seine Vernichtung vor Augen hat, vor allem, wenn die kapitalistische Produktionsweise ihrem Niedergang entgegengeht, gibt er nicht so einfach auf. Das ist die Etappe, in der die Imperialisten für ihre Ideologie einige Nationalisten heranzuziehen versuchen, so daß sie die Regierung abgeben, aber die Kontrolle über die Wirtschaft des Landes behalten. Das ist die Errichtung des Neokolonialismus durch die kapitalistischen Staaten, die Imperialisten. Jetzt verstanden die Massen das Wesen des Neokolonialismus richtig.

In der dritten Etappe der Revolution kämpfen die Guerilla-Streitkräfte in großen Einheiten und führen Feldzüge und große Schlachten gegen die interne Lösung.



Um den 13. März überquerten wir die Melsetter-Umtali-Straße. Es gab nur ein oder zwei Probleme. Zu dieser Zeit hatten wir unsere Streitkräfte in drei Kompanien geteilt – eine Artillerie- und zwei Infanterieeinheiten. Nachdem wir die Straße überquert hatten, kamen wir in die Gegend Ganda im Zimunya-Distrikt. Dort entschieden wir uns, den Feind anzugreifen. Das erste Gefecht führten wir mit 23 Genossen unter der Leitung des Genossen Masipare. Er war verantwortlich für die Umtali-Melsetter-Straße. Er befehligte einen Sprengkommando-Zug. Zuerst zerstörten wir die elektrischen Anlagen und verminten die Straße. Das war am 13. März.

Dann am 14., etwa gegen 6 Uhr, entdeckte uns der Feind, weil die Anzahl der Menschen, die mit uns kamen, immer größer wurde. Der Feind fuhr in den Dörfern hin und her, aber er konnte die Massen nicht erreichen, weil sie zu uns gekommen waren zur politischen Ausbildung und auch, um uns zu sehen – eine neue Streitkraft von Rear erweckte ihr Interesse durch die große Anzahl weiblicher Genossen. Es gab viel Gesang und Freude über unsere Ankunft. Das war der Zeitpunkt, als der Feind die Kompanie entdeckte, zu der ich gehörte mit dem Genossen Tonderrai, der dort in leitender Position war.

Wir eröffneten gegen 5.30 Uhr das Feuer. Wir hatten große Waffen wie die Flugzeugabwehrkanonen, rückstoßfrei, und 82 mm-Mörser. Die Genossen gingen in Stellung und eröffneten das Gefecht. Es waren ungefähr 18 feindliche Soldaten, und sie hatten keine Informationen, wieviel wir waren. Wir waren ungefähr 120 Genossen. Der Kampf hatte sich noch nicht voll entwickelt. Plötzlich stoppten die Feinde das Feuer, und wir befahlen unseren Streitkräften vorzurücken. Die Genossen rückten vor und fanden, daß von den 18 feindlichen Streitkräften 10 getötet waren. Unglücklicherweise war einer unserer Genossen, der Kommandeur der Flak, am Arm verletzt. Der andere, ein Schütze des 82 mm-Mörsers, war am Bein verletzt, aber wir konnten beide zum Sammelpunkt bringen.

Kurz nach dem 14. gingen alle Streitkräfte in die Offensive, und auch der Feind ging in die Offensive. Am folgenden Morgen gab es keine Truppenbewegung. Wir schickten Genossen als Patrouillen aus, aber sie konnten keine Bewegung beim Feind feststellen. Dann am 17. März, begann der Angriff des Feindes. Er hatte berittene Streitkräfte, die sogenannten IMU, was heißt die „Infanterie Mounted Unit". Er hatte Streitkräfte auf Motorrädern, Infanterie und Luftwaffe. Als wir unsere Streitkräfte in drei Kampfgruppen entlang dem Befehl des Oberkommandos teilten, war die Weisung, daß keine Gruppe auseinandergeht, bevor wir nicht wußten, wie die Lage sich entwickelte. Während des 17. legten die Genossen Hinterhalte auf der Straße Umtali-Salisbury, und spät am 17. führten wir ungefähr fünf Gefechte.

Jede Gruppe sandte einen Zug von ungefähr 32 Genossen, um herauszufinden, wo der Feind war. Wir feuerten Granaten, schossen mit dem Mörser und den Gewehrgranaten. Das setzten wir fort. Am 17. und am 18. waren keine weiteren Gefechte, und am 19. griffen wir erneut an. Zu dieser Zeit hatten wir entschieden, daß, wenn uns der Feind nicht ausmacht, wir ihn ausmachen und auf der Stelle schlagen müssen. So machten wir weiter bis zum 25. Dann machte sich der Feind davon aus dem Gebiet, in dem wir waren. Zu dieser Zeit war glücklicherweise keine große Beunruhigung unter den Massen, denn wenn wir hören, daß der Feind dort oder dort ist, werden wir hingehen und ihn sofort schlagen. Um den 30. März herum war der Höhepunkt des Kampfes vorüber. Der Feind mußte fast alle Streitkräfte abziehen.

Zentralen Komitees zu befolgen, es war ein Befehl an das Oberkommando, wie üblich.

Anfang März begannen wir mit den Vorbereitungen für diesen Kampf, bis wir schließlich heimgingen nach Zimbabwe. Wir waren 445 Genossen, einschließlich 50 weiblicher Genossen unter der Leitung von zwei Generalstabsmitgliedern, Genossin Catherine und Genossin Mazvionesa. Nach diesen sorgfältigen Vorbereitungen rückten wir nach Zimbabwe ein. Unsere Kampfgruppe überquerte als ganze die Grenze früh am Morgen um 6 Uhr. Wir waren in drei Kompanien aufgeteilt, von denen zwei mit leichten Waffen ausgerüstet waren und die andere mit Artillerie. Wir konnten unbemerkt durch den Feind einrücken. Die Massen waren sehr glücklich, als wir im Zimunya-Distrikt ankamen. Sie versorgten uns mit Lebensmitteln, Informationen und Zigaretten und ähnlichen Dingen. Die ersten Tage mit diesen Genossen zusammen waren herrlich. Die Massen kamen ständig mit

Wir mußten den Massen erklären, daß in der jetzigen Etappe das Ziel in der Konsolidierung besteht. Der Feind, nicht der direkte Feind, gegen den wir kämpfen, aber das System, das wir bekämpfen, versucht immer wieder, sich zu konsolidieren. Der Kapitalismus versucht seinem Untergang zu entgehen, wenn der Krieg dem Ende zugeht. Die Massen stellten uns einige Fragen, wie der Feind versucht, seine Herrschaft zu bewahren. Wir erklärten, daß der Feind weiß, daß wir Informationen, Lebensmittel und Kleidung von den Massen erhalten. So baut er, um uns von den Massen abzuschneiden, „Wehrdörfer", die sogenannten beschützten Dörfer. Was die militärische Taktik betrifft, hat er dies teilweise erreicht. Aber politisch, wenn der Feind seine Vernichtung vor Augen hat, vor allem, wenn die kapitalistische Produktionsweise ihrem Niedergang entgegengeht, gibt er nicht so einfach auf. Das ist die Etappe, in der die Imperialisten für ihre Ideologie einige Nationalisten heranzuziehen versu-

kämpfen die Guerilla-Streitkräfte in großen Einheiten und führen Feldzüge und große Schlachten gegen die interne Lösung.

Um den 13. März überquerten wir die Melsetter-Umtali-Straße. Es gab nur ein oder zwei Probleme. Zu dieser Zeit hatten wir unsere Streitkräfte in drei Kompanien geteilt – eine Artillerie- und zwei Infanterieeinheiten. Nachdem wir die Straße überquert hatten, kamen wir in die Gegend Ganda im Zimunya-Distrikt. Dort entschieden wir uns, den Feind anzugreifen. Das erste Gefecht führten wir mit 23 Genossen unter der Leitung des Genossen Masipare. Er war verantwortlich für die Umtali-Melsetter-Straße. Er befehligte einen Sprengkommando-Zug. Zuerst zerstörten wir die elektrischen Anlagen und verminten die Straße. Das war am 13. März.

Dann am 14., etwa gegen 6 Uhr, entdeckte uns der Feind, weil die Anzahl der Menschen, die mit uns kamen, immer größer wurde. Der Feind fuhr in den Dörfern hin und her, aber er konnte die Massen nicht erreichen, weil sie zu uns gekommen waren zur politischen Ausbildung und auch, um uns zu sehen – eine neue Streitkraft von Rear erweckte ihr Interesse durch die große Anzahl weiblicher Genossen. Es gab viel Gesang und Freude über unsere Ankunft. Das war der Zeitpunkt, als der Feind die Kompanie entdeckte, zu der ich gehörte mit dem Genossen Tonderrai, der dort in leitender Position war.

Mörsers, war am Bein verletzt, aber wir konnten beide zum Sammelpunkt bringen.

Kurz nach dem 14. gingen alle Streitkräfte in die Offensive, und auch der Feind ging in die Offensive. Am folgenden Morgen gab es keine Truppenbewegung. Wir schickten Genossen als Patrouillen aus, aber sie konnten keine Bewegung beim Feind feststellen. Dann am 17. März, begann der Angriff des Feindes. Er hatte berittene Streitkräfte, die sogenannten IMU, was heißt die „Infanterie Mounted Unit". Er hatte Streitkräfte auf Motorrädern, Infanterie und Luftwaffe. Als wir unsere Streitkräfte in drei Kampfgruppen entlang dem Befehl des Oberkommandos teilten, war die Weisung, daß keine Gruppe auseinandergeht, bevor wir nicht wußten, wie die Lage sich entwickelte. Während des 17. legten die Genossen Hinterhalte auf der Straße Umtali-Salisbury, und spät am 17. führten wir ungefähr fünf Gefechte.

Jede Gruppe sandte einen Zug von ungefähr 32 Genossen, um herauszufinden, wo der Feind war. Wir feuerten Granaten, schossen mit dem Mörser und den Gewehrgranaten. Das setzten wir fort. Am 17. und am 18. waren keine weiteren Gefechte, und am 19. griffen wir erneut an. Zu dieser Zeit hatten wir entschieden, daß, wenn uns der Feind nicht ausmacht, wir ihn ausmachen und auf der Stelle schlagen müssen. So machten wir weiter bis zum 25. Dann machte sich der Feind davon





Erklärung zum jüngsten Massaker des Smith-Regimes

Für die Errichtung eines nationalen, demokratischen Staates in Zimbabwe

Seit der Aufrichtung des faschistischen Smith-Regimes durch die Einbeziehung der drei furchtgeschüttelten Marionetten haben die Streitkräfte des Regimes mit Deckung dieser drei Marionetten sich eine neue und erweiterte Erlaubnis geholt, sich auszutoben. Terroristische Massaker markieren den Weg des neuen Regimes wie eine Blutspur.

Hunderte von unschuldigen Zivilisten sind seitdem massakriert, ermordet oder zu Tode gefoltert worden.

Allein in der Nacht am 22. Juni haben die terroristischen Truppen des Regimes einen grundlosen mörderischen Anschlag auf Zivilisten, die auf einer landwirtschaftlichen Experimentalstation in Sussundenga in Mozambique arbeiten, entfesselt. Sie haben 17 Flüchtlinge und zwei belgische Staatsangehörige getötet und entführten eine Reihe von Männern, Frauen und Kindern.

Am folgenden Tag, dem Freitag, erkannte das Regime, daß dieser barbarische Vorfall die Aufmerksamkeit der gesamten internationalen Welt erregt. Das Regime ließ von neuem seine Streitkräfte auf die Missionare in der Elim-Mission los und ermordete zwölf von ihnen in einem furchtbaren Versuch, seine blutverschmierten Fußspuren, die nach Sussundenga führten, zu verwischen. Das war in der Tat ein blutiges Ablenkungsmanöver, grausam bis zum letzten. Wir klagen diese brutale Tat an, die nicht nur durch ihre blutige und terroristische Natur erkennbar ist, sondern auch durch das ganze Vorgehen, das in die generelle Strategie des Regimes des systematischen planmäßigen Völkermords paßt.

Allein während der letzten fünf Wochen haben die faschistischen Verbrechen des Regimes ein grausames Bild von Morden und Massakern in einer schrecklichen und makabren Vielfalt erbracht.

1) Massaker an über 100 Zivilisten während einer Versammlung in Basera in Gutudist.

2) Massaker an 25 Zivilisten in Mashonganyika Kral im Chinamora-Gebiet, ohne erkennbaren Grund.

3) Eine durchschnittliche tägliche Liste von 20 Toten Zivilisten mit solchen vorgetäuschten Gründen wie „Unterstützung der Guerillas", „Verletzung der Ausgangssperre" oder „ins Kreuzfeuer genommen".

4) Massaker an 19 Zivilisten, einschließlich zweier belgischer Staatsangehöriger in Sussundenga in Mozambique.

5) Massaker an zwölf Missionaren und ihren Kindern in Elim, als Vertuschungsversuch für Sussundenga.

Smith und die drei Marionetten müssen gewungen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen. Die ZANU operiert seit mehreren Jahren im Land. Ihre Operationen umfassen ungefähr 80% aller Gebiete im Land. Die ZANU hat gute Beziehungen zu den Missionen und ihren Niederlassungen aufrechterhalten, die unsere gerechte Sache und unsere Kämpfer auf den verschiedensten Wegen unterstützt haben. Wir haben keinen Grund, uns von dieser erprobten Art zu operieren loszusagen.

Die Massaker bestärken uns in unserer Auffassung, daß ein barbarisches und unmenschliches Regime, daß nur durch Gewalt und Mord sich auszeichnet, nur durch die organisierte Gewalt zerschlagen werden kann. Unser Krieg muß die volle Unterstützung der Völker der Welt haben, weil dies der einzige wirksame Weg ist, eine demokratische Regierung und eine gerechte Gesellschaft zu errichten, in der die Macht in den Händen der Mehrheit ist und nicht in den Händen einer rassistischen Minderheit.

R. Mugabe
Präsident der ZANU
Ko-Präsident der
Patriotischen Front

Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

z.ges. An der Spitze eines Gefolges von über hundert Experten und Hofberichterstattern ist Schmidt nach Afrika aufgebrochen. Er hat Nigeria und Sambia besucht. In Nigeria hat die Bundesrepublik starke Öl-, in Sambia starke Kupferinteressen. In Nigeria hat sich neben anderen westdeutschen Kapitalisten der VW-Konzern eingenistet. In Sambia der Daimlerkonzern. Nigeria ist reich an Arbeitskräften. Sambia ist durch die Imperialisten tief in die Schuldknechtschaft getrieben. Wahrlich Gründe genug für den Kanzler, diesen Ländern einen Besuch abzustatten.

Der Kampf der beiden Supermächte um Afrika, in dem sie Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären und billige Arbeitskräfte erobern und halten wollen, ist in vollem Gang und wird bereits bewaffnet mit Hilfe von Agenten und Söldnern ausgetragen. Es sind Kämpfe im Vorfeld eines Dritten Weltkrieges, in dem es um die Vorherrschaft in Europa gehen wird. Als Schildknappe des US-Imperialismus wie im eigenen imperialistischen Interesse verstärkt die Bundesrepublik ihre Anstrengungen, sich in Afrika festzusetzen. Die Befreiungsbewegungen der Völker Afrikas sind die führende Kraft dieses Kontinents der Dritten Welt im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Eifrig sind die westdeutschen Imperialisten dabei, Möglichkeiten zu suchen, die Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.

Was die Finanzkapitalisten bewegt, kann man einer Bundestagsdebatte entnehmen, die unmittelbar vor Schmidts Aufbruch stattgefunden hat. In der Fragestunde ging's um solche Interessen:

„In welcher Weise ist die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler anläßlich seines bevorstehenden Besuchs in Sambia bereit, auf die sambische Regierung einzuwirken, die wiederholten völkerrechtswidrigen Angriffe, zum Teil von Zivilflugzeugen aus, zum Teil durch Artilleriebeschuß von sambischem Gebiet aus, auf nichtmilitärische Ziele in Rhodesien, wie etwa die Touristenhotels an den Victoriafällen, bei denen auch deutsche Touristen gefährdet werden, unverzüglich und unwiderruflich einzustellen?"

Die Frage stammt von einem CDU-Grafen, dem Grafen Huyn, Großgrundbesitzer in Bayern. Mit entsprechenden Behauptungen hat das Kolonialregime in Zimbabwe bereits mehrmals Sambia überfallen. Ohne Erfolg. Von Sambia aus operieren die Verbände der ZAPU. Die Überfälle auf Sambia waren die Peitsche, mit der Joshua Nkomo, Führer der ZAPU, zur Kapitulation vor Smith und in die Innere Lösung getrieben werden sollte. Das Zuckerbrot war einige „humanitäre Hilfe", mit der die SPD und andere die ZAPU an die Kette legen

bewegungen zu unterdrücken.

Was die Finanzkapitalisten bewegt, kann man einer Bundestagsdebatte entnehmen, die unmittelbar vor Schmidts Aufbruch stattgefunden hat. In der Fragestunde ging's um solche Interessen:

„In welcher Weise ist die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler anläßlich seines bevorstehenden Besuchs in Sambia bereit, auf die sambische Regierung einzuwirken, die wiederholten völkerrechtswidrigen Angriffe, zum Teil von Zivilflugzeugen aus, zum Teil durch Artilleriebeschuß von sambischem Gebiet aus, auf nichtmilitärische Ziele in Rhodesien, wie etwa die Touristenhotels an den Victoriafällen, bei denen auch deutsche Touristen gefährdet werden, unverzüglich und unwiderruflich einzustellen?"

Die Frage stammt von einem CDU-Grafen, dem Grafen Huyn, Großgrundbesitzer in Bayern. Mit entsprechenden Behauptungen hat das Kolonialregime in Zimbabwe bereits mehrmals Sambia überfallen. Ohne Erfolg. Von Sambia aus operieren die Verbände der ZAPU. Die Überfälle auf Sambia waren die Peitsche, mit der Joshua Nkomo, Führer der ZAPU, zur Kapitulation vor Smith und in die Innere Lösung getrieben werden sollte. Das Zuckerbrot war einige „humanitäre Hilfe", mit der die SPD und andere die ZAPU an die Kette legen
wollten.

Die ZAPU steht jedoch zu ihrem Bündnis mit der ZANU in der Patriotischen Front. Also muß der Druck verstärkt werden. Gefährdung deutscher Touristen, die sich am Sambesi herumtreiben, ist das Richtige: Großwildjagende Interventionsgründe.

Freiherumlaufende Interventionsgründe sind auch die Missionare, die die Imperialisten als vorgeschobene Posten aushalten. Darauf bezog sich eine Frage des Abgeordneten Hoffakker:

„Ist die Bundesregierung bereit, gemäß der Äußerung von Bundesaußenminister Genscher anläßlich der letzthin erneut durchgeführten Ermordung europäischer Missionare in Rhodesien, der Teufelskreis müsse endlich durchbrochen werden, all ihr politisches Gewicht in die Wagschale zu legen, um insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, der Atlantischen Allianz und sämtlichen für Freiheit und Frieden einstehenden Nationen darauf hinzuwirken, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weitere Mordanschläge dieser und ähnlicher Art durch marxistische schwarz-afrikanische Terroristen unterbunden werden?"

Missionare sind nicht nur freiherumlaufende Interventionsgründe. Sie können von den Imperialisten ohne Federlesen umgebracht werden, wenn sich der eine oder andere auf die Seite der afrikanischen Völker stellt und womöglich den Befreiungskampf unterstützt.

Wie auf den Schmidtbesuch in Sambia abgestimmt, hat Smith in der letzten Woche an der Grenze nach Mozambique Missionare und ihre Familien umbringen lassen, von denen die ZANU berichtet, daß sie auf der Seite der Befreiungsbewegung standen. Prompt hat Schmidt sich in Sambia das Maul verrissen und das hohe Lied der Gewaltlosigkeit gesungen, dem er lieber heute als morgen gegenüber den Befreiungsbewegungen mit Gewalt Geltung verschaffen würden.

Wie sehr sich die SPD mit den dreisten Fragen der CDU/CSU im Einklang weiß, zeigen die Antworten des Staatsministers v. Dohnanyi. Dem Abgeordneten Marx teilte er mit:

„Herr Kollege Marx, ich versichere sie nochmals: Uns scheiden in dem, was wir wollen, nicht Interessen, sondern uns scheiden vielleicht unterschiedliche Beurteilungen dessen, was unter den gegebenen Umständen – unter Einbeziehung der politischen Kräfte – möglich ist."

Was die Imperialisten angesichts des gerade nach Abschluß der „Inneren Lösung" erfolgreich voranschreitenden Befreiungskampfes wollen, kann







Die Ausbeutung der schwarzen Arbeitermassen Zimbabwes wollen die Imperialisten mit allen Mitteln aufrechterhalten.

ein Kirchenmann besser aussprechen, als es die Politiker und Militärs in die Tat umsetzen können. „Bischof fordert Britannien auf, Truppen zu senden", verkündet die englische „Times" in der Schlagzeile. „Der anglikanische Bischof von Mashonaland, Reverend Paul Bourrough, sagte, daß die Briten Truppen schicken sollten, um sich mit den Guerillas zu unterhalten." Eine Ahnung, daß diese Unterhaltung für die Truppen schlecht ausgehen kann, hat freilich auch der gottesfürchtige Bischof:

„Während Dr. Owen redet, sind Menschen getötet worden. Als ich ein junger Mann war, wären zwei Bataillone Fallschirmjäger hingeschickt worden, um die Verantwortlichen zu liquidieren. Aber ich fürchte beinahe, daß solche Regelung der Angelegenheit heute nicht mehr vorkommt."

Auch wenn die Imperialisten fürchten, mit einer solchen Regelung ihrer Interessen zu scheitern, bereiten sie die Intervention vor. Man hat guten Grund anzunehmen, daß das Blutbad an den Missionaren gerade zu diesem Zweck von Smith arrangiert worden ist. Kurz zuvor hatte er britische und kanadische Fernsehreporter zu sich gerufen. „Smith appelliert an Britannien und die USA, ihm herauszuhelfen", faßte der englische „Guardian" den Inhalt des Interviews zusammen. Smith beschönigte in diesem Interview nicht länger die Lage, in die ihn der Volkskrieg gebracht hat. Die „Innere Lösung" sei, wenn es weitergehe wie bisher, zum Scheitern verurteilt. „Mit einem Schlag könnte die britische Regierung durch ihre Anerkennung unser Problem lösen. Sie würde dem Terrorismus ein Ende bereiten." Smith weiß genau, daß die Anerkennung der „Inneren Lösung" und die offene Intervention des britischen Imperialismus eine Sache wären. Genau deshalb giert er nach der Anerkennung, während die britische und die amerikanische Regierung und zusammen mit ihnen die Bundesregierung die Zeit nicht für reif halten, solange es ihnen nicht gelungen ist, bei ihren Spaltungsversuchen irgendeinen Erfolg zu verbuchen. Smith versucht die Entwicklung zu forcieren, weil ihm das Wasser am Hals steht, während die Imperialisten noch versuchen, ihre Intrigen zu landen. Das widerspricht sich nicht, sondern paßt gut zusammen. In Sambia hat sich Helmut Schmidt erneut an Joshua Nkomo herangemacht. Je mehr die Imperialisten die Lage spannen, um so eher glauben sie, mit ihrer Spalterei zum Ziel zu kommen. Aber sie stoßen auf Granit. Das ARD hat ein kurzes Interview mit Robert Mugabe gebracht. Vorweg rühmte sich der dicke Stephan: „Mugabe ist kaum zu fassen für ein Interview, aber unserem Korrespondenten gelang doch ein Interview mit Mugabe in Mozambique." Das ist natürlich glatte Lüge. Genosse Mugabe hat in der Bundesrepublik bereits auf Veranstaltungen gesprochen. Am 1. Mai hat die Bundesregierung einer Delegation der ZANU unter Führung von Gen. Ushewokunze, Mitglied des ZK der ZANU, und mit direktem Auftrag des Genossen Mugabe, die Einreise verweigert, um zu verhindern, daß die Delegation auf Versammlungen in Westdeutschland spricht. Gleichzeitig hat sie Robert Mugabe zu Regierungsgesprächen eingeladen. Diese schmutzigen Imperialisten wollen auf der einen Seite die Patriotische Front sprengen, und auf der anderen Seite wollen sie das Bündnis der Patriotischen Front mit der internationalen Arbeiterklasse spalten. Jetzt hat der ARD-Reporter den Präsidenten der ZANU gleich klebrig gefragt: „Wie stehen Sie zu der Einladung, in die Bundesrepublik zu kommen?" Er hat die passende Antwort erhalten. Wir zitieren nach einer Mitschrift: „Wir überlegen das, aber vorher erwarten wir eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zu den beschlagnahmten Geldern für uns. In unseren Lagern sterben Menschen, weil sie nicht genug zu essen haben, sie leiden, weil sie keine Kleidung und keine Waffen haben, sich zu verteidigen. Da hätten wir erwartet, daß die Bundesregierung eine andere Haltung einnimmt gegenüber den Geldern, die für uns gesammelt wurden." Nach dieser Ohrfeige schaltete sich der dicke Stephan sofort wieder ein: „Eines muß ich gleich berichtigen: Von der Bundesregierung sind keine Gelder beschlagnahmt worden, denn die Bundesregierung unterstützt ebenso wie Großbritannien alles, was zum Frieden in Rhodesien führt." Großbritannien ist die Kolonialmacht. „Wie Großbritannien", das meint Stephan ernst. Die Gelder für die Ausrüstung der Kompanie der ZANLA dienen dem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Das ist der Grund, warum die Bundesregierung – und damit wären wir bei Stephans zweiter Lüge – über das Regierungspräsidium Tübingen einen Teil der gesammelten Gelder beschlagnahmen ließ und per Gerichtsbeschluß weiterhin festhalten läßt. Die Sammlung wird erst recht weitergeführt. Eine Million bis zum Beginn der UNO-Generalversammlung ist das Ziel.

In einem Gespräch zwischen Genossen Ushewokunze und dem Sekretär des ZK des KBW, das wegen des Einreiseverbots der Bundesregierung in London stattfinden mußte, sagte Genosse Ushewokunze zum Schluß:

„Im Namen des Zentralen Komitee der ZANU möchte ich Euch wirklich danken für all die Anstrengungen, die ihr zugunsten des revolutionären bewaffneten Kampfes in Zimbabwe macht. Die Front eines bewaffneten Kampfes ist so gut wie ihr Hinterland. Und wir fühlen, daß ihr Teil des Hinterlandes dieses bewaffneten Kampfes seid. Wenn das Hinterland nicht gut arbeitet, dann auch nicht die Front. Wir betrachten euch als festen Teil der ZANLA-Streitkräfte, wie sie da sind. Eure fortgesetzte Unterstützung und Solidaritätsarbeit wird uns anspornen. Ich kann euch versichern, daß wir euch nicht enttäuschen werden. Wir wollen den militärischen Sieg. Das ist unser Hauptziel. Und wir können den militärischen Sieg nur erringen, wenn wir Freunde wie euch mit uns im Kampf haben. Zum Schluß möchte ich dich bitten, den Genossen in Deutschland meine herzlichen Grüße auszurichten und die Grüße des Zentralen Komitees, die ich während der Kampagne nicht ausrichten konnte, die ich aber durch Grußbotschaften während der Kampagne zu übermitteln versucht habe. Und sage ihnen, daß sie weiter gute Arbeit machen sollen. Alle diese Anstrengungen legen, glaube ich, die Grundlagen für den Traum, den man immer hat, den Traum von einer vereinten weltweiten Bewegung, bei dem wir dann nur noch von Abteilungen reden, der Abteilung in Afrika, der Ab-

der ZANU möchte ich Euch wirklich danken für all die Anstrengungen, die ihr zugunsten des revolutionären bewaffneten Kampfes in Zimbabwe macht. Die Front eines bewaffneten Kampfes ist so gut wie ihr Hinterland. Und wir fühlen, daß ihr Teil des Hinterlandes dieses bewaffneten Kampfes seid. Wenn das Hinterland nicht gut arbeitet, dann auch nicht die Front. Wir betrachten euch als festen Teil der ZANLA-Streitkräfte, wie sie da sind. Eure fortgesetzte Unterstützung und Solidaritätsarbeit wird uns anspornen. Ich kann euch versichern, daß wir euch nicht enttäuschen werden. Wir wollen den militärischen Sieg. Das ist unser Hauptziel. Und wir können den militärischen Sieg nur erringen, wenn wir Freunde wie euch mit uns im Kampf haben. Zum Schluß möchte ich dich bitten, den Genossen in Deutschland meine herzlichen Grüße auszurichten und die Grüße des Zentralen Komitees, die ich während der Kampagne nicht ausrichten konnte, die ich aber durch Grußbotschaften während der Kampagne zu übermitteln versucht habe. Und sage ihnen, daß sie weiter gute Arbeit machen sollen. Alle diese Anstrengungen legen, glaube ich, die Grundlagen für den Traum, den man immer hat, den Traum von einer vereinten weltweiten Bewegung, bei dem wir dann nur noch von Abteilungen reden, der Abteilung in Afrika, der Ab-
teilung in Deutschland, der Abteilung auf den britischen Inseln, der Abteilung in den Vereinigten Staaten. All diese Anstrengungen führen zu proletarischem Internationalismus. Wir sind die Bausteine, wir alle, Menschen aus der Dritten Welt und Menschen aus den Kernländern des Kapitalismus. Die Unterdrücker können in verschiedenen Formen und Erscheinungen kommen, zu uns in Uniform und Gewehrhalfter, zu euch mit dem Computer oder einem Rechner in der Hand. Das ist nur eine Veränderung im Anzug, es ist trotzdem die gleiche Person. Ich möchte die Genossen in Westdeutschland ermutigen, ebenso fühle ich mich durch sie ermutigt. Wir hoffen, daß der Kampf weitergeht und wir bald siegen."

Die Hektik der Imperialisten ist die Antwort auf die Erfolge des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe und die Unterstützung, die er überall in der Welt findet.

Schmidt in Nigeria: „Ungehalten"

„Weil vor einigen Wochen Gelder beschlagnahmt worden waren, die von linksradikalen Gruppen für rhodesische Befreiungsorganisationen und ihre Bewaffnung gesammelt worden waren, bombardierten die Gastgeber den Kanzler mit spitzen Bemerkungen. Ob denn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit dem Smith-Regime unterhalte, da so nachdrücklich für es Partei ergriffen werde. Der Kanzler war bis an die Grenze zur Unhöflichkeit ungehalten ... Die Schmidt begleitenden Beamten waren baß erstaunt, als Schmidt plötzlich, statt Rhodesien zu sagen, sich des Zungenbrechers Zimbabwe bediente." (aus: Südwest-Presse Ulm, 29.6.1978)

Internationale Unterstützung des Befreiungskampfes

z.lup. 5. Mai. Saudiarabien überreicht der OAU einen Scheck von 2 Millionen Dollar für den Befreiungsfonds, durch den der bewaffnete Kampf der Völker Azanias, Namibias und Zimbabwes unterstützt wird, insgesamt 9 Millionen DM sind damit von den arabischen Staaten seit der afroasiatischen Gipfelkonferenz in diesen Fonds eingezahlt worden.

20. Mai. Während eines Besuchs von Präsident Mugabe in Syrien versicherte Hafez Assad, der Präsident Syriens, dem zimbabwischen Volk seine Unterstützung und drückte seine Überzeugung aus, daß der bewaffnete Befreiungskampf über das Smith-Regime triumphieren wird.

22. Mai. Während eines Besuchs in der VR China hatte R. Mugabe, Präsident der ZANU, eine freundschaftliche und herzliche Unterredung mit Geng Biao, Vizepremierminister der VR China, an der auch der Vorsitzende der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland und führende Angehörige des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Hauptquartiers des Generalstabs der chinesischen Volksbefreiungsarmee sowie der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der KP Chinas teilnahmen.



R. Mugabe und S. Machel, Präsident der Volksrepublik Mozambique und der FRELIMO

31. Mai. Der ständige Ausschuß des Befreiungskomitees der OAU wiederholt seine vollständige Unterstützung der Patriotischen Front und beglückwünscht die Befreiungsstreitkräfte für ihre Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

Auf der 31. ordentlichen Sitzung des Befreiungskomitees der OAU am 19. Juni erklärt der tansanische Premierminister Edward Sokoine, die Hauptsache im Befreiungskampf sei heute, daß die Initiative völlig in der Hand der Befreiungsstreitkräfte liege, und fährt fort: „Die Befreiungsbewegung hat nun Streitkräfte in Zimbabwe, deren Stärke in ihrer Bewaffnung, ihrer Zahl, ihrer Moral, ihrer Ergebenheit für die Sache der Befreiung ständig zunimmt."

Eine *Delegation des ZK der ZANU* führte im Mai und Juni eine Rundreise durch Europa und die Vereinigten Staaten durch. Eine Kundgebung in Washington am *20. Mai* hatte 10000 Teilnehmer. Während der 14tägigen Veranstaltungsreihe in den



R. Mugabe und S. Machel, Präsident der Volksrepublik Mozambique und der FRELIMO

31. Mai. Der ständige Ausschuß des Befreiungskomitees der OAU wiederholt seine vollständige Unterstützung der Patriotischen Front und beglückwünscht die Befreiungsstreitkräfte für ihre Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

Auf der 31. ordentlichen Sitzung des Befreiungskomitees der OAU am 19. Juni erklärt der tansanische Premierminister Edward Sokoine, die Hauptsache im Befreiungskampf sei heute, daß die Initiative völlig in der Hand der Befreiungsstreitkräfte liege, und fährt fort: „Die Befreiungsbewegung hat nun Streitkräfte in Zimbabwe, deren Stärke in ihrer Bewaffnung, ihrer Zahl, ihrer Moral, ihrer Ergebenheit für die Sache der Befreiung ständig zunimmt."

Eine *Delegation des ZK der ZANU* führte im Mai und Juni eine Rundreise durch Europa und die Vereinigten Staaten durch. Eine Kundgebung in Washington am *20. Mai* hatte 10000 Teilnehmer. Während der
14tägigen Veranstaltungsreihe in den USA wurden überall Komitees gebildet, die sofort umfangreiche Kleider- und Geldsammlungen in Angriff nahmen. Solidaritätskomitees wurden ebenso in Holland gebildet.



Veranstaltung in Spanien

Während des Besuchs in Spanien auf Einladung der ORT fanden Versammlungen in Madrid (über 1000 Teilnehmer), Aranjuez (1500 Teilnehmer) und im Baskenland (über 2000 Teilnehmer) statt, über 500 kg Medikamente wurden im Baskenland gesammelt. Neben ausgiebigen Diskussionen mit allen Teilen des spanischen Volkes, einem Besuch eines Bergwerkes in Asturien fanden auch Unterredungen mit Vertretern des spanischen Parlaments, des Außenministeriums und der Regionalregierungen statt.

In London sprachen auf einer Veranstaltung des RCLB am *22. Juni*, die 120 Teilnehmer hatte, zwei Mitglieder des ZK der ZANU, Genosse Ushewokunze und Genosse Zvobgo. In Großbritannien soll bis September ein Landrover für die ZANU gesammelt werden.

4,3% ist zu wenig!

r.heh.Hannover. „4,3 Prozent, das ist zu wenig. Ohne Streik wird es nicht gehen", das ist die Meinung der Conti-Arbeiter zum Lohnkampf. „Allerdings muß die Gewerkschaft dahinterstehen." Die Sozialdemokraten wollten in dieser Tarifauseinandersetzung auf folgendes Geschäft hinaus: Die Kautschuk-Kapitalisten verbessern die „Arbeitsplatzsicherung", dafür gehen wir von den geforderten 7%, 60 Pfennig für Lohngruppe 1 und 2, herunter. Aber in zwei Verhandlungen haben die Kautschuk-Kapitalisten die Sozialdemokraten damit auflaufen lassen. Ca. 4% bieten sie und nicht das geringste Zugeständnis bei der Arbeitsplatzsicherung. Jetzt reden auch die SPD-Betriebsräte davon, daß „der Arbeitskampf wohl unausweichlich" sei. Die IG Chemie will das Scheitern der Verhandlungen erklären, wenn nicht in der nächsten Verhandlung am 6. Juli endlich ein „akzeptables Angebot" vorliegt. Unter den Vertrauensleuten wächst der Druck, schnellstens die längst überfälligen Vertrauensleute-Sitzungen durchzuführen. Auch die Betriebsversammlungen des 2. Quartals haben noch nicht stattgefunden. Wenn der Betriebsrat sie auch vor Jahren „verkauft" hat, jetzt sind sie nötig! Ohne daß die Conti-Arbeiter wissen, für wieviel Lohn sie ihre Arbeitskraft verausgaben, sollen sie in der Urlaubszeit mit einer um 20% (bis zum 26. Juli) und ab 27. Juli um 40% verringerten Belegschaft mit der Reifenproduktion für die auf Hochtouren laufende Automobilindustrie nachkommen. Ein Streik würde kräftig in die Profite der Kautschuk-Kapitalisten gehen.

Gezielte ABM-Maßnahmen

r.brp. Prompter Umsetzung der Stinglschen Arbeitsvermittlung „vor Ort" dient ein Rundschreiben des Arbeitsamtes Kiel, in dem „aktuell für Sie" dem Kapitalisten „interessante Bewerberangebote", „Schulentlaßzahlen" unterbreitet werden. *Vermittelt* sollen sowieso nur noch die *brauchbaren* Facharbeiter werden, die Arbeitskraft der anderen Arbeitslosen gibt es dann für die Kapitalisten umsonst: „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hätten sich als wirkungsvolles Instrument der Bundesanstalt zur unmittelbaren Entlastung der Arbeitslosigkeit erwiesen und könnten gezielt für langfristige Arbeitslose, vor allem Frauen, ältere Angestellte und Leistungsgeminderte eingesetzt werden", hat Stingl vor (Handelsblatt 20.6.78).

Auf ein Trommelfeuer für dieses Vorhaben sind die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse von Dr. Walter vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut anläßlich eines Seminars eingetrimmt worden: „Die Sozialgesetzgebung (biete) ... keinen echten Anreiz oder gar Zwang zur Suche nach einer Beschäftigung." (Kieler Nachrichten, 9.6.) Auf Hunger, Schulden, Polizeiknüppel und Spaltung der Arbeiterklasse setzen sie dabei. Bekannt sind die Kämpfe in den Betrieben zur tariflichen Bezahlung der ABM-Arbeiter und die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten selbst.

Albrecht ruft auf zu neuen Taten für die Bourgeoisie

Neue Gesetzesmaßnahmen in Vorbereitung

r.jod. In der letzten Woche sind die Landesregierung in Niedersachsen und der Hamburger Senat vereidigt worden. Beide Regierungen in Hamburg und Niedersachsen haben klare Zielsetzungen in ihren Regierungserklärungen angegeben.

Albrecht stellte zu Beginn seiner Regierungserklärung fest: „Die Landesregierung ist sich darüber bewußt, daß diesmal rund 21% der Bürger von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht haben und daß von denen, die zur Wahl gegangen sind, rund 9% im Landtag nicht vertreten sind. Auch dies erhöht unsere Verantwortung." Dazu kommt, daß diejenigen Arbeiter und Volksmassen, die noch die bürgerlichen Parteien gewählt haben, damit nicht festgelegt haben, gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Volksmassen nicht mehr zu kämpfen.

Die bürgerlichen Parteien werden sich also noch mehr Manöver einfallen lassen müssen, um ihre politischen Absichten, die nichts anderes als die Absichten der Bourgeoisie sind, verwirklichen zu können.

Mußte Klose schon dem Kampf der Hafenarbeiter nachgeben, um die Hafenarbeiter an die Sozialdemokratie zu binden, so werden noch andere Manöver notwendig sein.

In Niedersachsen kann dies im Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit der Albrecht-Regierung besonders gut klappen. Diese beiden bürgerlichen Parteien haben dann auch jeweils die Aufgabe der Reaktion gegenüber, die sich das Mäntelchen christlicher Nächstenliebe umhängt, elastisch verfahren zu können. Und auf der anderen Seite, mit der Sozialdemokratie, den verschiedenen Spielarten des Opportunismus die Hand zu reichen. Diese beiden Manöver werden notwendig sein, um den Kampf der Arbeiterklasse mit den verschiedensten bürgerlichen Manövern zu belästigen und zu verwirren versuchen; alles mit dem Ziel, die Politik der bürgerlichen Parteien durchzusetzen.

Ravens hat dies so ausgedrückt: „Die Lage müßte aber nicht so vergiftet sein, daß man jetzt nicht mit einer vernünftigen Parlamentsarbeit beginnen könnte." So offen buhlt dieser „Arbeitersohn" um den Mann aus dem Hause Bahlsen. Daß die beiden „Spitzenpolitiker" sich in ihrer „Freundschaft" gegenseitig beschenkten, wagten die meisten bürgerlichen Zeitungen überhaupt nicht zu berichten. So erklärte Ravens dann auch in der Debatte, daß er sich mit Albrecht einig sei, daß die Steuern nicht gesenkt werden dürften und daß man sich in der „Zielsetzung" der Arbeitsmarktpolitik einig sei.

Streit wurde dann an den Fragen des Berufsverbotes und der Kernenergie von Ravens gesucht. Willy Brandt wurde im Niedersächsischen Landtag im wahrsten Sinne des Wortes noch einmal runtergebetet. Weitere Kernkraftwerke lehnt die SPD-Fraktion ab, obwohl dies die Planung der Bundesregierung ist, der Ravens mal angehörte und die jetzt Albrecht gut vertritt. An diesen beiden Punkten gab es leichten Streit. Über die wichtigen Fragen in der eigentlichen Regierungserklärung wußte Ravens nichts „Besseres" zu sagen.

In der Regierungserklärung setzt die Landesregierung ihren reaktionären Kurs der letzten Jahre fort, gestützt durch die Sozialdemokraten. Verschiedene Gesetze müssen jetzt verabschiedet werden, damit die Unterdrükkung zielgerichteter wird. Das neue Schlagwort zur ideologischen Begründung heißt: „Subsidiarität". So wandte sich Albrecht gegen die zunehmende Zentralisierung der Staatstätigkeiten, die zahlreichen Gesetze, die alle nicht angewandt werden, und gegen die „Auflösung der Familie". So will Albrecht die „Erziehungsbereitschaft der Familie" erhöhen und die „kinderfreundliche Umwelt" einführen. Dies soll vor allem durch ein neues Schulgesetz durchgeführt werden, indem die Lehrpläne überprüft werden und die „erzieherischen Elemente berücksichtigt" werden. Und: „Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, die jungen Menschen in ihrem Bemühen zu fördern, Wertvorstellungen und Bindungen zu finden und sich auf ihre Verantwortung gegenüber dem Staat vorzubereiten." Dazu sollen die „Benachteiligungen" der Privatschulen „beseitigt werden". „Die Stellung der Schulleiter ist zu stärken und die Organisation und Aufgabenstellung für die Schulaufsicht neu festzulegen." Die Kompetenzen sollen nach dem Willen von Albrecht dann auch noch klarer festgelegt werden. Sozusagen ein „Albrecht-Programm", so offen reaktionär, daß die Sozialdemokraten dies nicht durch ihre blinden Manöver verhüllen können.

Albrecht will die Arbeit der Behinderten ausbauen, mehr Ausbeutungsplätze für Behinderte schaffen. Albrecht will den „Kampf" gegen das „seelenlose Krankenhaus" aufnehmen, indem „flankierende Einrichtungen" – sprich Ausbau der Sozialstationen – gefördert werden. All dies nennt Albrecht „Subsidiarität". In diesem Zusammenhang ist nach Meinung Albrechts wichtig, daß das Verhältnis von 400 Einwohnern auf einen Polizisten schnell erreicht wird und die Ausbildung der staatlichen Juristen schnell verbessert wird. Alles mit der Zielsetzung, die Arbeiterklasse noch mehr zu unterdrücken.

Für die Kapitalisten selbst strebt die Albrecht-Regierung den schnellen Ausbau des Dollart-Hafens an sowie einen erheblichen Ausbau der Verkehrssysteme, um „das Vorhandene zu pflegen und zu bewahren." Auch neue Veränderungen der Kreise sollen vorgenommen werden. An der Regierungserklärung kann man jetzt schon erkennen, daß die Arbeiterklasse dagegen kämpfen wird.



Bevor der Ministerpräsident Albrecht seine Regierungserklärung im niedersächsischen Landtag abgab, empfing er mit seinen Ministern den Segen der „heiligen Kirche" für die geplanten Verbrechen gegen die Arbeiter und die Volksmassen. Die Geistlichkeit gab sich dann auch ganz ungeniert. „Dank sei Gott für sein unfaßbares Geschenk", so begrüßte Heinrich Maria Jansen, Bischof von Hildesheim, die neue Landesregierung. Tatsächlich wurde „dieser Gottesdienst zu einem gläubigen Bekenntnis, der aussagt, wo die politischen Vertreter im Landtag stehen" (Jansen), und auch auf welcher Seite der Barrikade die geistlichen Herren stehen. „Vermahnung zur milden Steuer für die armen Christen" (2. Korinther, 8. Kap.) war das Thema der Lesung. Dreist sind sie aufgetreten, fühlten sie sich doch unter ihresgleichen. Ganz wohl war ihnen aber doch nicht: Die Befürchtung wurde geäußert: „Nicht alle Saat, die sie asstreuen, fällt auf fruchtbringendes Land." Früher als den gesitlichen Herren Recht ist, könnten sie da Recht behalten.

„Entscheidend ist jetzt Klarheit über den Charakter des Energieprogramms"

Interview mit einem Bauern aus der Wesermarsch zur Inbetriebnahme des KKW Esenshamm

r.rün. Die Bourgeoisie läßt gegenwärtig Wie sich die Besteuerung finanziell der Bauer dafür verantwortlich und den Charakter des Programms. Es sol-

Gezielte ABM-Maßnahmen

r.brp. Prompter Umsetzung der Stinglschen Arbeitsvermittlung „vor Ort" dient ein Rundschreiben des Arbeitsamtes Kiel, in dem „aktuell für Sie" dem Kapitalisten „interessante Bewerberangebote", „Schulentlaßzahlen" unterbreitet werden. Vermittelt sollen sowieso nur noch die brauchbaren Facharbeiter werden, die Arbeitskraft der anderen Arbeitslosen gibt es dann für die Kapitalisten umsonst: „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hätten sich als wirkungsvolles Instrument der Bundesanstalt zur unmittelbaren Entlastung der Arbeitslosigkeit erwiesen und könnten gezielt für langfristige Arbeitslose, vor allem Frauen, ältere Angestellte und Leistungsgeminderte eingesetzt werden", hat Stingl vor (Handelsblatt 20.6.78).

Auf ein Trommelfeuer für dieses Vorhaben sind die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse von Dr. Walter vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut anläßlich eines Seminars eingetrimmt worden: „Die Sozialgesetzgebung (biete) ... keinen echten Anreiz oder gar Zwang zur Suche nach einer Beschäftigung." (Kieler Nachrichten, 9.6.) Auf Hunger, Schulden, Polizeiknüppel und Spaltung der Arbeiterklasse setzen sie dabei. Bekannt sind die Kämpfe in den Betrieben zur tariflichen Bezahlung der ABM-Arbeiter und die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten selbst.

sammenwirken der Sozialdemokratie mit der Albrecht-Regierung besonders gut klappen. Diese beiden bürgerlichen Parteien haben dann auch jeweils die Aufgabe der Reaktion gegenüber, die sich das Mäntelchen christlicher Nächstenliebe umhängt, elastisch verfahren zu können. Und auf der anderen Seite, mit der Sozialdemokratie, den verschiedenen Spielarten des Opportunismus die Hand zu reichen. Diese beiden Manöver werden notwendig sein, um den Kampf der Arbeiterklasse mit den verschiedensten bürgerlichen Manövern zu belästigen und zu verwirren versuchen; alles mit dem Ziel, die Politik der bürgerlichen Parteien durchzusetzen.

Ravens hat dies so ausgedrückt: „Die Lage müßte aber nicht so vergiftet sein, daß man jetzt nicht mit einer vernünftigen Parlamentsarbeit beginnen könnte." So offen buhlt dieser „Arbeitersohn" um den Mann aus dem Hause Bahlsen. Daß die beiden „Spitzenpolitiker" sich in ihrer „Freundschaft" gegenseitig beschenkten, wagten die meisten bürgerlichen Zeitungen überhaupt nicht zu berichten. So erklärte Ravens dann auch in der De-



seine Regierungserklärung im niedersächsischen Landtag abgab, empfing er mit seinen Ministern den Segen der „heiligen Kirche" für die geplanten Verbrechen gegen die Arbeiter und die Volksmassen. Die Geistlichkeit gab sich dann auch ganz ungeniert. „Dank sei Gott für sein unfaßbares Geschenk", so begrüßte Heinrich Maria Jansen, Bischof von Hildesheim, die neue Landesregierung. Tatsächlich wurde „dieser Gottesdienst zu einem gläubigen Bekenntnis, der aussagt, wo die politischen Vertreter im Landtag stehen" (Jansen), und auch auf welcher Seite der Barrikade die geistlichen Herren stehen. „Vermahnung zur milden Steuer für die armen Christen" (2. Korinther, 8. Kap.) war das Thema der Lesung. Dreist sind sie aufgetreten, fühlten sie sich doch unter ihresgleichen. Ganz wohl war ihnen aber doch nicht: Die Befürchtung wurde geäußert: „Nicht alle Saat, die sie asstreuen, fällt auf fruchtbringendes Land." Früher als den gesitlichen Herren Recht ist, könnten sie da Recht behalten.

„Familiengerechte" Lohnsenkung

r.brp. Erst beschließt das Bundeskabinett die Erhöhung der Grundgehälter für Beamte um 4,5% und die „familiengerechte" Kürzung der Ortszuschlags-Erhöhung um ein Prozent auf 3,5% zwecks Kindergelderhöhung. Die Postbeamten in Westberlin haben gleich gezeigt, daß sie es nicht sind, die mehr als zwei Kinder haben, sie haben gegen die Kürzung des Ortszuschlages am 1. Juni eine Denonstration durchgeführt. DGB und Beamtenbund protestierten ebenfalls.

Mittwoch voriger Woche hieß es von der Bundesregierung: Volle Erhöhung der Beamtengehälter. „Die SPD will für alle betroffenen Bundesbürger ein höheres Kindergeld durchsetzen und nicht nur für die Beamten mit mehr als zwei Kindern." (Welt, 28.6.)

Ein plumper Trick: Mehr Kindergeld für alle die, die sich mehr als zwei Kinder leisten können, Lohnsenkung für alle.

Um der „Familiengerechtigkeit" Rechnung zu tragen, kann sich Liedtke, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, auch die Kürzung der gesamten Besoldungserhöhung auf 4,3% vorstellen.

Donnerstag läßt die Bundesregierung verlauten, bei Abschlagszahlung für die Beamten soll doch bis zur Verabschiedung des Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes von dem 3,5prozentigen Ortszuschlag ausgegangen werden. Liedtkes Vorschlag der allgemeinen Kürzung ist noch nicht vom Tisch. Eine AJLE-Versammlung mit 300 Lehrern hat am Freitag in Braunschweig u.a. gefordert: Volle Übernahme der Tarifabschlüsse auf die Beamten!

„Entscheidend ist jetzt Klarheit über den Charakter des Energieprogramms"

Interview mit einem Bauern aus der Wesermarsch zur Inbetriebnahme des KKW Esenshamm

r.rün. Die Bourgeoisie läßt gegenwärtig die letzten Hindernisse beiseiteräumen, die einer Inbetriebnahme des KKW Esenshamm im Wege stehen. Wie beurteilst Du in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Oldenburger Prozesse im Dezember letzten und im Juni dieses Jahres?

Die Industrievertreter waren doch überrascht, daß man ihre Machenschaften durchschaut hatte und ihnen erneut die Maske vom Gesicht gerissen hatte. Die Inbetriebnahme des KKW Esenshamm ist durch die Ergebnisse der Prozesse verzögert worden. Ob es dadurch verhindert werden kann, erscheint fraglich. Alle Winkelzüge sind ausprobiert worden, das faule Ei schnell zum Dampfen zu bringen. Für die Herren der Unternehmen und des Staates zählt ja nur der Profit und die ständigen Diätenerhöhungen – was danach kommt, ist ihnen egal.

Die Bürger müssen allesamt aufwachen, und das sehe ich noch nicht, weil die Propaganda auf Hochglanzbroschüren noch wirkt, die ja mit ungeheurem finanziellem Aufwand betrieben wird, daß Kernkraftwerke Arbeitsplätze schaffen. Die Wahrheit ist, daß elektrische Energie Arbeitsplätze vernichten soll, wobei gleichzeitig die physische und nervliche Belastung der Arbeiter bedeutend vergrößert wird.

Der Kampf gegen das KKW Esenshamm wird zu einem wesentlichen Teil von den kleinen und mittleren Bauern in der Wesermarsch getragen. Die Vernichtung ihrer Existenz würde durch die Inbetriebnahme beschleunigt; sie sollen mit allen Mitteln, wie jetzt z.B. durch die Besteuerung, in die Lohnarbeiterexistenz gezwungen werden.

Wie sich die Besteuerung finanziell auswirken wird, wissen wir noch nicht. Fest steht, daß jeder eine Steuernummer kriegt, jeder Betrieb genau erfaßt wird und der Bauer, der tagsüber in der Fabrik, abends auf dem Hof gearbeitet hat, nun nachts noch an seinen Büchern schuften soll. Der Staat will noch genauere Daten darüber kriegen, wie man die kleinen Bauern am besten umlegen kann. Das ist außerdem Basisarbeit für das Ernährungssicherungsgesetz. Das machen sie z.B. auch über die Melkmaschinenkontrolleure, die Zwangskontrollen durchführen sollen, und für jede Kontrolle sollte der Bauer 20 DM bezahlen. „Für Spitzel bezahlen wir nicht", haben die Kollegen ganz richtig gesagt. Auf der letzten Generalversammlung in Övelgönne mußte die Maßnahme aufgrund des starken Protestes der Bauern zurückgenommen werden. Oder auch mit dem neuen Agrarkreditprogramm, wonach Betriebe ohne Buchführung mit Betriebsentwicklungsplan, also die kleinen, 6% Zinsen bezahlen sollten, die großen aber weit weniger als die Hälfte.

Brunsbüttel hat uns allen gezeigt, wie unsicher Kernkraftwerke sind. Dort wissen die Bauern bis heute noch nicht, wie weit ihre Tiere durch den radioaktiven Unfall geschädigt worden sind. Wenn die Milch erst am zweiten oder dritten Tag untersucht wird, kann man nichts mehr feststellen, da die Radionukleide bereits im Körper abgelagert sind. Auch hier werden die Bauern in einigen Jahren nur noch die schleichenden Schäden erkennen, wie wir sie beim Blei schon seit Jahrzehnten kennen. Sollte die Milch verseucht sein, ist der Bauer dafür verantwortlich und haftet für den entstandenen Schaden. Das Milchgeld wird ihm um den Anteil der Milch gekürzt, die radioaktiv verseucht war.

Was sind Deiner Meinung nach die nächsten Schritte im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm?

Ich finde es richtig, in Rodenkirchen von Haus zu Haus zu ziehen und der Propaganda der NWK sowie der Landes- und Bundesregierung entgegenzutreten und klarzumachen, was das ganze Energieprogramm bedeutet. Entscheidend ist jetzt Klarheit über den Charakter des Programms. Es sollen nicht immer nur die alten marschieren, ... sondern man muß den Widerstand verbreitern und vertiefen.

Man sitzt in einer Zwangsjacke, wenn man jetzt nur noch auf Wahlen starrt. Auf die Massen kommt es an. Wir brauchen nicht neue Vertreter, seien sie grün oder bunt, die im Parlament gefesselt werden. Wir haben damit Erfahrungen gemacht in Nordenham. Was haben die SPD-Politiker, die in der Bewegung gegen die Bleivergiftungen hochgekommen sind, denn noch getan, nachdem sie ihren Sitz im Stadtrat hatten?

Farthmanns humane Giftgaswolke

r.ulk. Am Montag, den 19.6.78, kam es in der Schwefelsäurefabrik Curtius in Duisburg-Wannheim zu mehreren großen Ausstößen von Schwefeldioxyd in die Luft. Mindestens zehn Bewohner des Stadtteils mußten mit schweren Verletzungen der Atemwege im Krankenhaus behandelt werden, vielen Leuten wurde übel. Stundenlang hing die Giftgaswolke über der Stadt. Die Polizei riegelte den Stadtteil ab und forderte die Bewohner auf, Fenster und Türen dicht zu verschließen. Hätte es geregnet, wäre pure Schwefelsäure heruntergekommen. Für die Kaserne der britischen Besatzer, die im Stadtteil liegt, wurde die sofortige Evakuierung angeordnet.

Damit der Kapitalist Curtius auch nicht nur eine Minute in der Produktion profitschwangerer Schwefelsäure verliere, brauchten die Experten der Landesregierung den ganzen Tag, um festzustellen, welches Giftgas über Duisburg hing, obwohl bekannt ist, daß die Fabrik ständig Schwefeldioxyd in die Luft ausstößt.

Farthmann, Sozialminister in Nordrhein-Westfalen und Spezialist für die „Humanisierung" „verschiedenster Verhältnisse", hat Anfang dieses Jahres einen Umweltbericht vorgelegt. Dort hat er der Kapitalistenklasse bestätigen lassen, das „Hauptproblem der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" sei die Konsumwut der Volksmassen, die Unmengen von Müll und Autoabgasen hervorbringe. Im Raum Duisburg sei die Konzentration von Schadstoffen in der Luft, hervorgerufen durch Autoabgase, besonders groß. Das paßt. Was einfacher, als dieses Umweltproblem durch Senken des Lohns zu beseitigen? Farthmann hilft auch hier auf seine Art. Er brütet über der Perfektionierung der Familienpolizei durch Schaffung neuer Sozialarbeiterstellen. Seine „Humanisierung der Arbeit und Umwelt" ist ein einziger Brei, den er über die Ruinierung der Arbeiter und der Natur durch die Profitproduktion schmieren will.

Ein sozialdemokratischer Schulunterdrücker: Kiels Stadtschulrat Lohmann

b. brr. Stadtschulrat Lohmann verteidigt die Fünftage-Woche für Schüler. Stadtschulrat Lohmann greift die verstärkte „Schrägversetzung in niedrigere Schularten" durch die Politik der Landesregierung an. Stadtschulrat Lohmann beklagt die „schlechte Versorgung mit Lehrern" und fordert den Rücktritt von Kultusminister Braun.

Ein wahrer Anwalt für die Interessen der Schüler, Eltern und Lehrer, so könnte man meinen – aber der Schein trügt. Es handelt sich um den Versuch, die Kampffront der Schüler gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung zu spalten und zu ersticken.

Lohmann hat Spuren hinterlassen. Seit fünf Jahren betreibt er gegen den hartnäckigen Widerstand der Schüler und Eltern die Schließung der Ludwig – Richter – Schule. Der Kampf richtet sich dagegen, daß die Schüler auf die verschiedensten Stadtteile zerstreut werden sollen, der Unterricht der Kontrolle der Eltern entzogen und erheblich längere Wege in Kauf genommen werden sollen. „Eine Schule gehört – organisch gewachsen – in den sie umgebenden Stadtteil, in ihren eigenen Bezirk ..."erklärte der Elternbeirat der Schule im Dezember 76. Lohmanns Ziele sind entgegengesetzt. Er will die Schule der Kontrolle der Eltern vollständig entreißen und die Jugend ganztägig in die Klassenzimmer pferchen.

Bereits im November 75 ist der Kreiselternbeirat der Grund-, Haupt- und Sonderschulen gegen ihn und das Schulamt vor das Verwaltungsgericht gezogen, weil die Schulen nur noch zweitägig gereinigt werden sollen. Schüler und Eltern wußten, in welche Richtung diese Maßnahme ging. Reinigung der Schule durch die Schüler.

In der jüngsten Zeit hat der Kieler Stadtschulrat sein Herz für die Sonder- und Hauptschulen wiederentdeckt. Attraktiver sollen sie werden, damit sie sich wieder füllen. Zufrieden ist er nur mit dem Ostufer Kiels. Hier liegen die Übergangsquoten zur Hauptschule bei 34%. Nach seinen Vorstellungen sollte das Westufer dem angeglichen werden, was Steigerungen bis zu 100% billigster Arbeitskräfte bedeuten würde. Ein ganzes Paket von Attraktivitäten hat er zurechtgemacht. Mit der ‚Möglichkeit eines mittleren Bildungsabschlusses an Hauptschulen' will er den Ausbildungsstand senken und eine weitere Aufsplitterung des Schulsystems erreichen. Mit der räumlichen Angliederung der Sonderschulen an die Hauptschulen und der möglichen Einführung einer ‚Oberstufe' für Sonderschulen soll der Übergang zur Sonderschule fließend gemacht werden und die Konkurrenz unter den Hauptschülern immer verschärft werden. Die rebellischsten, nach Lohmann geistig behinderten Schüler sollen auf jeden Fall unter die ganztägige Aufsicht der Schule und mit Hausarbeitenhilfe und Psychologe die geeigneten Leibwächter bekommen. Diese im ‚Schulent-

Kreiselternbeirat der Grund-, Haupt- und Sonderschulen gegen ihn und das Schulamt vor das Verwaltungsgericht gezogen, weil die Schulen nur noch zweitägig gereinigt werden sollen. Schüler und Eltern wußten, in welche Richtung diese Maßnahme ging. Reinigung der Schule durch die Schüler.

In der jüngsten Zeit hat der Kieler Stadtschulrat sein Herz für die Sonder- und Hauptschulen wiederentdeckt. Attraktiver sollen sie werden, damit sie sich wieder füllen. Zufrieden ist er nur mit dem Ostufer Kiels. Hier liegen die Übergangsquoten zur Hauptschule bei 34%. Nach seinen Vorstellungen sollte das Westufer dem angeglichen werden, was Steigerungen bis zu 100% billigster Arbeitskräfte bedeuten würde. Ein ganzes Paket von Attraktivitäten hat er zurechtgemacht. Mit der ‚Möglichkeit eines mittleren Bildungsabschlusses an Hauptschulen' will er den Ausbildungsstand senken und eine weitere Aufsplitterung des Schulsystems erreichen. Mit der räumlichen Angliederung der Sonderschulen an die Hauptschulen und der möglichen Einführung einer ‚Oberstufe' für Sonderschulen soll der Übergang zur Sonderschule fließend gemacht werden und die Konkurrenz unter den Hauptschülern immer verschärft werden. Die rebellischsten, nach Lohmann geistig behinderten Schüler sollen auf jeden Fall unter die ganztägige Aufsicht der Schule und mit Hausarbeitenhilfe und Psychologe die geeigneten Leibwächter bekommen. Diese im ‚Schulent-
wicklungsplan 3' gemachten Vorschläge gehen in Richtung der ‚Integrierten Gesamtschule', mit der die Konkurrenz unter den Schülern auf die Spitze getrieben würde und die eine perfekte Auslese für den jeweiligen Bedarf an mehr oder weniger ausgebildeten für die kapitalistische Produktion zurechtgestutzten Arbeiter bieten. Lohmann ist ein Reaktionär, der sich wohl gern an der Stelle von Braun sehen würde. Wie CDU-Politiker seine Gesamtschule als Einheitsschule ‚diffamieren' konnten, ist ihm zurecht völlig unverständlich.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27–29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude) 8000 München 2, Telefon 089/531348

Ein Schritt nach vorne im Kampf gegen den Schulgesetzentwurf

b.rül. An mehr als 25 Schulen ist in der vergangenen Woche gegen den Schulgesetzentwurf gestreikt worden.

Zwischen 1500 und 2000 demonstrierten am Samstag auf der landesweiten Demonstration. Gut 3000 waren am Vortag an der Durchsetzung des Streiks beteiligt. An Dutzenden weiteren Schulen konnte sich die Bewegung trotz großer Anstrengungen gegen die Schulreaktion noch nicht durchsetzen.

Klassenarbeiten in allen Klassen, wie an der Max-Planck-Schule in Kiel, Drohungen mit Schulverweis, Geldbuße und Strafanzeige: mit diesen Mitteln hat sich die Reaktion gewehrt und den Kampf zu unterdrücken versucht. Das ist ihr nicht gelungen. Der Schulapparat hat Schläge bekommen durch die Streikaktionen, das Mauerwerk bröckelt. Der Schulfrieden ist hin, während umgekehrt die Demonstration am Samstag eine wachsende Einheit über die Ziele des Kampfes offenbart hat. Das ist der Fortschritt, der jetzt errungen ist.

In den nächsten Tagen wird sich die vereinigte Schulaufsicht von Kultusminister, Schulämtern, Schulräten, Direktoren und Oberlehrern jetzt zu revanchieren suchen und hat damit auch schon begonnen. Zugleich ist jedem klar, daß am 11. und 12. Juli, wenn der Landtag über den Schulgesetzentwurf beraten und beschließen soll, nächste Aktionen fällig sind. Sodann kommen die Zeugnisse und es stellt sich die Frage, was tun, wenn der Schulgesetzentwurf verabschiedet wird?

Drei Schwächen haben sich im Verlauf der Aktionen gezeigt: die Unterstützung und Führung des Streikes durch die Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften konnte von den Sozialdemokraten und den Revisionisten im wesentlichen unterdrückt werden. Weiter: die Kräfte an den Sonderschulen, Hauptschulen und Realschulen fehlten im wesentlichen in den Aktionen. Schließlich: in so manchem Vertretungsorgan der Schüler konnten Bourgeoisfrischlinge Gift spritzen.

Wie kann man diese Schwächen jetzt überwinden?

Erstens, indem man jetzt sofort gemeinsame Beratungen mit den Kollegen in den Betrieben, mit den Lehrern und Eltern ansetzt. Am besten, man führt sie jetzt rasch durch, lädt die Eltern und Lehrer ein, wo man die Ziele des Kampfes berät, und wo am besten der Direktor gleich hinzitiert wird und die Verfolgungsmaßnahmen zurücknehmen muß. Überhaupt soll er mal gleich sagen, wie es mit den Zeugnissen steht. Gut kann zu sowas auch die Initiative aus den Betrieben kommen. Man muß dort sodann erneut die Forderungen beraten und beschließen und **diese dem Landtag zuleiten**. Man kann sich dazu auch gut den nächsten Landtagsparlamentarier schnappen.

Sodann, was die anderen Schüler be-

beraten und beschließen soll, nächste Aktionen fällig sind. Sodann kommen die Zeugnisse und es stellt sich die Frage, was tun, wenn der Schulgesetzentwurf verabschiedet wird?

Drei Schwächen haben sich im Verlauf der Aktionen gezeigt: die Unterstützung und Führung des Streikes durch die Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften konnte von den Sozialdemokraten und den Revisionisten im wesentlichen unterdrückt werden. Weiter: die Kräfte an den Sonderschulen, Hauptschulen und Realschulen fehlten im wesentlichen in den Aktionen. Schließlich: in so manchem Vertretungsorgan der Schüler konnten Bourgeoisfrischlinge Gift spritzen.

Wie kann man diese Schwächen jetzt überwinden?

Erstens, indem man jetzt sofort gemeinsame Beratungen mit den Kollegen in den Betrieben, mit den Lehrern und Eltern ansetzt. Am besten, man führt sie jetzt rasch durch, lädt die Eltern und Lehrer ein, wo man die Ziele des Kampfes berät, und wo am besten der Direktor gleich hinzitiert wird und die Verfolgungsmaßnahmen zurücknehmen muß. Überhaupt soll er mal gleich sagen, wie es mit den Zeugnissen steht. Gut kann zu sowas auch die Initiative aus den Betrieben kommen. Man muß dort sodann erneut die Forderungen beraten und beschließen und **diese dem Landtag zuleiten**. Man kann sich dazu auch gut den nächsten Landtagsparlamentarier schnappen.

Sodann, was die anderen Schüler be-
trifft: es wird wohl kaum reichen, einfach zu ihnen zu gehen und zu „agitieren". Man muß ihre Interessen stärker zur Geltung bringen in dieser Bewegung, was eine Korrektur in der Linie ist, die dringend ansteht. Konkret: die Forderung nach gleicher und einheitlicher Ausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr und nach Abschaffung der Sonderschulen gehört in die Forderungen der Aktionseinheit hinein!

Schließlich, was die Schüler-Union-Burschis in den Vetretungsorganen der Schüler betrifft: die müssen da raus. Das ist aber wohl jetzt jedem klar.

Hat man diese Maßnahmen eingeleitet, und hat man den Schulräten und ähnlichem Gesocks weiter zugesetzt – Möglichkeiten gibt's da bekanntlich viele – so könnte man zur Landtagsberatung folgende Taktik einschlagen:

1. Man geht da hin, am besten ist eine erneute landesweite Demonstration.
2. Vor allem aber: man deckt diesen Landtag mit Beschlüssen ein, aus Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen, so daß der Landtagsbriefverteiler heiß läuft. Man veröffentlicht diese Briefe und Beschlüsse an den Landtag. Die bürgerlichen Parteien haben dann die Wahl: machen sie den Regierungsentwurf zum Gesetz, so haben sie eine Bewegung am Hals, die sie hinfort nicht mehr loswerden und **die an diesen Forderungen festhält, bis sie durch sind**. Geben sie nach: nun gut, so wird man prüfen, was man hat, und was noch fehlt. So oder so: wohl dürfte den Herrschaften dabei nicht sein, insbesondere, da demnächst Wahlen sind.

Das sind in aller Kürze unsere Vorschläge und unsere Meinung von der Lage. So schlecht ist die Lage nicht. Sich jetzt auf die Linie „Kampf der Durchsetzung des SGE" zu begeben und auf Überwintern einrichten, wie der KB-Nord vorschlägt, ist jedenfalls hirnrissig. Man sollte das jetzt rasch beraten, um sodann auf der nächsten landesweiten Beratung am kommenden Samstag um 15.00 Uhr in Kiel in der Druckerei schon was zu haben für die dann nötige Beschlußfassung.





Landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf am 1.7.78

4,35 Mio. weniger Personalausgaben des Landes – der Dienstherr setzt nach

b.cec. „Sie (die Landesregierung) sieht die Möglichkeit zu Einsparungen nach den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst ... bei den Personalkosten um etwa 4,35 Mio. DM" (KN v. 19.6.78). Unter ‚Einsparungen' verhandelt die Reaktion den gelungenen Lohnraubabschluß von 4,5% für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihr Dank gilt den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die die Interessen des Finanzkapitals einem erfolgreichen Lohnkampf vorzogen.

Der Haushaltsplan der Landesregierung für 1978 ist mit Personalausgaben von 2799062100 DM verabschiedet worden. Die 4,35 Mio. DM ‚eingesparter' Personalkosten sind geraubte Lohngelder der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die die Landesregierung über das Verabschieden des Haushaltes den Beschäftigten bereits zugestanden hatte.

Der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung haben es die Arbeiter und Volksmassen zu verdanken, wenn ihnen diese Lohngelder in Form von Polizeiknüppeln und ähnlichem wiederbegegnen. Die Landesregierung hatte beschlossen, zur Ausweitung ihres Gewaltapparates 125 neue Planstellen bei der Polizei, 17 beim Verfassungsschutz, 40 in der Steuereintreibung und 108 in der Justiz zu schaffen. Das war die Absicht der Reaktion vor der ‚Einsparung'. Mit Sicherheit werden sich hier weitere Veränderungen in Richtung Ausbau der Instrumente zur Unterdrückung der Volksmassen ergeben. Wie anders, als durch die Verschärfung der Unterdrückung unter tatkräftiger Mithilfe der Politik der Sozialdemokratie kann es der Finanzbourgeoisie gelingen, die im letzten Tarifkampf herausgeholten ‚Einsparungen' weiter zu ihren Gunsten in die Höhe zu treiben. Die Maßnahmen der Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze, wie z.B. die für 1978 396 gestrichenen Planstellen in den einzelnen Landesministerien, müssen gegen die dort Beschäftigten durchgesetzt werden. Nicht anders verhält es sich mit der Einrichtung der Arbeitsplätze zur Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Gab es 1977 bereits 522 Teilzeitbeschäftigte bei den Landesbehörden, so hat sich die Zahl 1978 um 142 erhöht. Immer mehr Arbeitskraft in immer kürzerer Zeit aus den Beschäftigten im öffentlichen Dienst herauspressen, bei weiteren Maßnahmen für Lohnsenkungen, dazu wurden die Richtlinien geschaffen und das ist die Absicht des Dienstherrn bei der Erweiterung der Teilzeitarbeitsplätze. Über die Reform des Öffentlichen Dienstrechts wurden für die Beschäftigten in Schleswig-Holstein die Richtlinien zur Beurteilung der Arbeitsleistung eingeführt. Alle drei Jahre führt diese Beurteilung zu Herabgruppierungen oder Nichtbefördert-Werden. Die Umgestaltung von freiwerdenden Angestelltenstellen in Beamtenstellen ist eine weitere Maßnahme der Reaktion, mittels derer ein größerer Teil der Beschäftigten der Landesbehörden unter das besondere Dienstrecht gepreßt werden soll. Umfassend sind die Absichten des öffentlichen Dienstherrn, die Masse der Beschäftigten weiter ins Elend absinken zu lassen und weit unter den Lohnstandard in der Industrie zu zwingen.

Begegnet werden kann diesen Absichten wirkungsvoll, gehen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jetzt an die Vorbereitung des nächsten Tarifkampfes. In der Auseinandersetzung mit den dauernden Lohnsenkungen und den Auswirkungen auf die Reproduktion, den weiterhin geplanten Maßnahmen der Reaktion und im Festhalten an der Einheit der Belegschaften für Festgeldbeträge und Mindestforderungen wird die Streikfront gegen die dauernden Lohnsenkungen und die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst aufgebaut.

Termine und Veranstaltungen

Montag, 3.7.78
Rekruteneinzug
Laufende Kundgebungen zum Empfang des 3. Rekrutenquartals an den Bahnhöfen in Kiel, Lübeck, Neumünster, Pinneberg.

Donnerstag, 6.7.78, 20.00 Uhr
Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein: „Die Politik der Supermächte im Mittelmeer, Zypern, Dardanellen, Bosporus – Strategie der imperialistischen Expansion und schmerzhaften Unterdrückung der anwohnenden Völker."
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Sonntag, 9.7.78, 10.00 bis 12.00 Uhr
„Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg"
öffentliches Seminar des KBW. Grundlage ist das gleichnamige Buch.

Neumünster. „Jugendzentrum", Friedrichstr.

Lübeck. „Leuschner's", Kronsforder Allee 49 a

Kiel. „Ellerbeker Kegelbahnen", Ostring

Freitag, 14.7.78, 20.00 Uhr
Gesprächsrunde der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft „Die Entwicklung der Landwirtschaft im ‚Großen Sprung nach vorne'"
Referent: Dr. Max Biehl, der selber 1957 China bereiste.

Kiel. Fachhochschule Technik, Winterbecker Weg

„Viel Spaß auf der Gorch Fock"?

Die Westdeutsche imperialistische Bourgeoisie bereitet den Weltkrieg vor. Um ihre als „rohstoffarmes Land" trotz geringer Küstenlänge weitgesteckten maritimen Ziele zu verfolgen, läßt sie Fregatten bauen. Die „Gorch Fock" soll dazu beitragen, diese Ziele zu verschleiern und gleichzeitig den ideologischen Boden für chauvinistische Hetze zu verstärken. Zu die- Zweck macht sie die „Good will" Touren ins Ausland, auf denen die zukünftigen Herren Offiziere den nötigen „Weltblick" lernnen sollen. Für die Mannschaften und Unteroffiziere ist das Ganze mit Druck und Schikane verbunden. Nur in Uniform, nach penibler Haarkontrolle und Anzugsmusterung, durften sie auf der letzten (54.) Ausbildungsfahrt das Schiff verlassen. Protest gegen die häufigen Zusatzdienste wegen der zahlreichen Prassereien

Freitag, 14.7.78, 20.00 Uhr
Gesprächsrunde der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft „Die Entwicklung der Landwirtschaft im ‚Großen Sprung nach vorne'"
Referent: Dr. Max Biehl, der selber 1957 China bereiste.

Kiel. Fachhochschule Technik, Winterbecker Weg

„Viel Spaß auf der Gorch Fock"?

Die Westdeutsche imperialistische Bourgeoisie bereitet den Weltkrieg vor. Um ihre als „rohstoffarmes Land" trotz geringer Küstenlänge weitgesteckten maritimen Ziele zu verfolgen, läßt sie Fregatten bauen. Die „Gorch Fock" soll dazu beitragen, diese Ziele zu verschleiern und gleichzeitig den ideologischen Boden für chauvinistische Hetze zu verstärken. Zu die- Zweck macht sie die „Good will" Touren ins Ausland, auf denen die zukünftigen Herren Offiziere den nötigen „Weltblick" lernnen sollen. Für die Mannschaften und Unteroffiziere ist das Ganze mit Druck und Schikane verbunden. Nur in Uniform, nach penibler Haarkontrolle und Anzugsmusterung, durften sie auf der letzten (54.) Ausbildungsfahrt das Schiff verlassen. Protest gegen die häufigen Zusatzdienste wegen der zahlreichen Prassereien
der Bourgeoisie an Bord wurde mit Verlängerung der Reinschiffzeiten bis in die Mittagspause hinein beantwortet. Erst am 20.6., anläßlich der Einweihung des „Patenzuges", mußten wieder Stücker 95 dieses Packzeugs bedienert werden.

In der Kieler Woche hat Bundespräsident Scheel, grad nachdem er gemahnt hatte, der Schuljugend den „Verfassungsauftrag" der Einverleibung der DDR und des „deutschen Ostens" einzubleuen, die Gorck Fock als strategischen Ausgangspunkt seiner Völlereien mit der einheimischen Bourgeoisie wie seiner widerlichen „volksnahen" Auftritte benutzt. „Viel Spaß auf der Gorch Fock" wissen die „KN" zu berichten. Die Matrosen können ein Lied davon singen. Kein Wochenendfrei, samstags Dienst von 4.00–19.15 Uhr Sonntag von 7.00-10.00 Uhr und von 17.00-19.30 Uhr. Dazwischen, wenn die hohen Herrschaften da waren, durfte sich niemand an Oberdeck blicken lassen. Zweimal mußte frisches, schneeweißes Takelpäckchen angezogen werden. Beim zweiten Mal weigerten sich bereits 10 Mann. Auch sonst konnte Scheel eine Kostprobe davon erleben, wie weit es mit seiner „Volksverbundenheit" her ist. Als er am Samstagmorgen das Schiff mit einem schneidigen „Guten Morgen, Besatzung!" betrat, antwortete ihm ein eisiges Schweigen. Schließlich war die Antwort nicht befohlen worden. Als er die Gorch Fock am Sonntag abend verließ, hatte er erkannt: „Ich weiß, daß Sie froh sind, daß ich gehe."

Schon einmal haben Kieler Matrosen nachgeholfen, daß ein imperialistisches Staatsoberhaupt gehen mußte.

„Blaue Zonen – Nein!"

b.Lübeck. Seit ca. zwei Wochen wird in der Innenstadt Lübecks eine neue Parkregelung praktiziert. Bestimmte Straßen der alten Innenstadt, in denen es bislang noch keine Parkbeschränkungen gegeben hatte, sind zu ‚Blauen Zonen' erklärt worden, in denen nur noch 90 Minuten geparkt werden darf. Beschlossen worden ist diese Maßnahme einstimmig von der letzten Lübecker Bürgerschaft im Dezember 1977. Kosten soll die ganze Sache zunächst 10000 DM allein für die Anschaffung neuer Schilder. Deshalb muß sich das Handels- und Finanzkapital in Lübeck wohl einiges davon versprechen.

90 Minuten – das ist gerade die Zeit, die man braucht, um einmal einkaufen zu können, aber auch nicht mehr. Höherer Waren- und Kapitalumschlag, das ist das Ziel. Unverschämterweise wird dieses Konzept unter dem Namen ‚Verkehrsberuhigung' geführt. Das Ergebnis ist jedoch das genaue Gegenteil: mehr Autos drängen sich durch die engen Straßen als vorher. Spontan hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, und die dort wohnende Bevölkerung hat das ganze Traveufer mit Transparenten an Wäscheleinen geschmückt: „Blaue Zonen – Nein!" Der Widerstand der Bevölkerung hat selbst dem Polizeioberrat schon ein besorgtes Schreiben an die Bürgerschaft abgenötigt, seine Beamten seien mit der Regelung nicht einverstanden. Die SPD-Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag für die letzte Bürgerschaftssitzung am 29.6.78 gestellt, um die Entscheidung, die sie selbst mit gefällt hatte, wieder rückgängig zu machen. Nachdem CDU und FDP die Sache doch nicht dringlich fanden, zog auch die SPD ihren Antrag zurück zugungsten eines ‚Hearings', das Mitte Juli durchgeführt werden soll.

Auf diesem ‚Hearing' wird man den Bütteln des Finanzkapitals eindringlich klar machen müssen, daß die Sanierungspläne des Finanzkapitals und der Kaufhauskonzerne Karstadt und Horten, mehr Käufer in die Innenstadt zu ziehen und die einheimische Bevölkerung daraus zu vertreiben, nicht hingenommen werden.

„Die überall spürbare Melancholie"

Sozialdemokratische Geschichtsfälschung im Kieler Kulturprogramm – Ideologisches Beiwerk zur Unterdrückung der revolutionären Propaganda

b. gba. Das Programm der Kieler Woche ist in diesem Jahr umrankt von Kulturveranstaltungen, die einen besonders volkstümlichen und kritisch-progressiven Anstrich haben. Man merkt es: die Sozialdemokraten haben bei den letzten Kommunalwahlen die Mehrheit im Kieler Magistrat erobert und die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Sieht man sich diese „linken" Sachen näher an, merkt man allerdings auch sehr schnell, wohin es gehen soll: Als Antwort auf die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen bemüht sich diese Fraktion der Bourgeoisie, die Widersprüche auf eine „ linke" Tour zu verkleistern, indem sie die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung zu einer Serie von tragischen Konflikten verfälscht und damit den Verzicht auf den Kampf für die proletarische Revolution propagiert.

Im Opernhaus wird eine Ausstellung über den in Kiel geborenen und jetzt in Ostberlin lebenden Schauspieler und Sänger Ernst Busch gezeigt. Busch ist in der Arbeiterbewegung der 20er und 30er Jahre vor allem als Interpret von Liedern Brechts, Eislers und Tucholskys bekannt geworden. Er war gegen den Faschismus und gegen den Krieg, er war auch Revolutionär, aber nicht frei von kleinbürgerlichen Tendenzen. Selbst ehemaliger Arbeiter (als Schlosser auf der Germania-Werft), stieg er in den Kreis „linker" Künstler um Piscator auf und floh in den 30er Jahren. Er gab u.a. „Lieder der internationalen Brigaden" heraus und einen Liederband zum 70. Geburtstag von Stalin.

Unter Leitung von ausgesuchten Vertretern der Kieler Bourgeoisie wie Kulturdezernent Otto Balzersen und dem ehemaligen Chef des kulturellen Teils der „Kieler Nachrichten", Hans H. Henseleit, wurde bei der Eröffnungsveranstaltung aus dem Leben und Werk dieses Mannes vollends eine kleinbürgerliche Tragödie gemacht. Es wurden zwei Filme gezeigt: „Ich bin kein Herr – Ernst Busch in Kiel 1900 bis 1924" und „Vergeßt es nie, wie es begann – Portrait Ernst Busch 1924-28". Die wichtigste Eigenschaft dieser Filme ist, daß sie die historische Wahrheit so verfälschen, daß das Publikum aus der Vergangenheit keine revolutionären Lehren ziehen kann. Vor allem der erste Film, der auch die Revolution von 1918 behandelt, vermittelt den Eindruck, daß die Arbeiterklasse einmal große Kämpfe geführt hat, daß dies aber jetzt längst und für immer vorbei ist. Dieser Absicht entsprechend werden z.B. die revolutionären Kämpfe in Kiel im November 1918 zu einem ziellosen Matrosenaufstand heruntergemacht, der seinen Höhepunkt und sein Ende mit der Demonstration in der Feldstraße fand. Resignation soll verströmt werden. Wer das bei der Eröffnungsvorstellung selbst noch nicht begriffen hat, bekommt es im Kommentar der „Kieler Nachrichten" noch einmal eingebläut: „Machen wir uns nichts vor: Dies alles ist historisch bei aller Lebendigkeit", und in ihm wird weisgemacht, daß das Publikum aus ganz alten und ganz jungen Leuten bestand, und daß die einen müde und resigniert waren und die anderen die Welt noch verändern wollten, aber bald auch „in das Räderwerk ihres Mechanismus geraten" werden („KN", 22.6.78).

Die Revolution von 1918 ist auch das Thema des Schauspiels „Feuer aus den Kesseln" von Ernst Toller. In diesem Stück werden aus den Kämpfen und dem Zusammenschluß der Kieler Matrosen, Arbeiter und Soldaten zufällige, spontane Aktionen einer Schiffsbesetzung gemacht, deren Interesse um Essen und Mädchen kreist. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Verfolgung der Heizer Köbes und Reichpietsch durch die bürgerliche Justiz. Bis auf Köbes werden alle Angeklagten als politisch schwankende Gestalten dargestellt, die sich dem Gewaltapparat der Bourgeoisie am Ende gebrochen unterwerfen. Köbes kann seine revolutionäre Haltung nur dadurch bewahren, daß er sich seinen Angehörigen gegenüber gefühllos verhält. Fazit: ein Revolutionär bricht entweder zusammen, oder wird brutal. Dieser Typ des scheiternden Revolutionärs ist ein Lieblingsmotiv von Toller, der selbst eine Zeitlang Mitgleid im Zentralrat der bayerischen Räterepublik war, bei der ersten gewaltsamen Aktion der Revolutionäre gegen die Konterrevolution (die Erschießung von 10 Geiseln in München) aber entsetzt ins Lager der Bourgeoisie zurückkehrte. Klar, daß die heutigen Sozialdemokraten so einen hätscheln. Sie befinden sich dabei im trauten Verein mit den Revisionisten, die an Tollers Werk „die überall spürbare Melancholie" und den „allerorten schlummernden Keim der Hoffnungslosigkeit" loben und begeistert verkünden: „Selbst in den Zeiten, da die Flamme der revolutionären Erwartung hell in ihm brannte, stellte er . . .die Frage nach den Grenzen aller Glücksmöglichkeiten, war auf einmal nicht mehr brennend, naiv und gläubig, war müde und skeptisch. Die Vision einer lichteren Menschheitszukunft, für die er sich mit seinem ganzen Leben allezeit einsetzte, die er mit so beredten Worten heraufbeschwören konnte, erlosch vor seinem grüblerischen Blick, der gebannt an dem ‚bleibenden Rest unlöslicher Tragik' haften bleib." (Bodo Uhse, Vorwort zu Ernst Toller, Ausgewählte Schriften, Berlin, Verlag Volk und Welt, 1961, S. XI)



Am Donnerstag, dem 29.6., führte der KBW und das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein eine Kundgebung in der Kieler Innenstadt durch gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, für den sofortigen Austritt der BRD aus der NATO, den Abzug aller Besatzungstruppen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Der Kieler Magistrat hatte diese Kundgebung genehmigen müssen, nachdem er noch im Vorjahr Kundgebungen ähnlicher Art verboten und von seinen Polizeikräften hatte angreifen lassen.

Die Kundgebung diente der Einleitung einer Propagandakampagne für diese Forderungen, die in der nächsten Zeit mit Veranstaltungen und Aktionen gegen die NATO-Herbstmanöver und die Jubiläumsfeiern der 6.Pzgren.div. fortgesetzt werden soll.

So tief in die Hoffnungslosigkeit getrieben, kann man sich dann in die Ausstellung „Paragrafik" im Kieler Schloß begeben. Und siehe, da wird endlich Hilfe geboten. Die Reaktionäre der CDU haben den Rechtsstaat mit einigen übertrieben scharfen Gesetzen verletzt, haben die Unterdrükkung ein wenig zu weit getrieben. Vor allem mit dem Kontaktsperregesetz, dem Verteidigerausschlußgesetz und den Berufsverboten. Diese Sachen gehören abgeschafft, und so werden sie denn auch auf einem der ausgestellten Plakate ganz progressiv auf den Misthaufen geworfen. Damit ist der Rechtsstaat wieder hergestellt und man kann beruhigt und gestärkt von Vertrauen auf das herrschende System nach soviel revolutionärer Tragik nach Hause gehen.

Die gemeinsame Linie dieser drei Veranstaltungen ist die Propagierung einer kleinbürgerlichen Kritik am Imperialismus. Die Sozialdemokraten schüren die kleinbürgerlichen Tendenzen im Kampf gegen die Reaktion, bieten sich als Heimstätten für die wachsende Unzufriedenheit an. Sie kommen bei den Massen damit aber nicht recht an, wem ist schon heimelig bei Leuten, die z.B. in einer kritischen Ausstellung über die bürgerliche Justiz die Kritik am §88a „vergessen" und damit die weitere polizeiliche Verfolgung der revolutionären Kritik am Imperialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung insgesamt zu gewährleisten versuchen?!

Fahrkostenerstattung für Schüler – ein geplatzter Luftballon

b.brr. Drei Wochen ist es her, da hat die Landtagsfraktion der CDU in ihren Änderungsanträgen zum Schulgesetzentwurf unüberhörbar ihren Willen zur Verbesserung der Transportkostenerstattung für Schüler verkündet, in der Hoffung, für die Schüler sei damit der Schulgesetzentwurf erledigt. Da es bei der Hoffung blieb, hat

hatte, wieder rückgängig zu machen. Nachdem CDU und FDP die Sache doch nicht dringlich fanden, zog auch die SPD ihren Antrag zurück zugungsten eines ‚Hearings', das Mitte Juli durchgeführt werden soll.

Auf diesem ‚Hearing' wird man den Bütteln des Finanzkapitals eindringlich klar machen müssen, daß die Sanierungspläne des Finanzkapitals und der Kaufhauskonzerne Karstadt und Horten, mehr Käufer in die Innenstadt zu ziehen und die einheimische Bevölkerung daraus zu vertreiben, nicht hingenommen werden.

Nichts als billige Arbeitskraft – Lehrlinge in einem Kleinbetrieb

b.waa. „Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk macht seit einigen Jahren einen leichten Aufwärtswind" (Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Februar 78). Über die Hälfte der Auszubildenden sind laut der Statistik im Handwerk beschäftigt, gegenüber dem Bereich Industrie und Handel. 1956 betrug die Anzahl der Auszubildenden in beiden Bereichen etwas über 29000. wobei im Bereich Indu-

Werft), stieg er in den Kreis „linker" Künstler um Piscator auf und floh in den 30er Jahren. Er gab u.a. „Lieder der internationalen Brigaden" heraus und einen Liederband zum 70. Geburtstag von Stalin.

Unter Leitung von ausgesuchten Vertretern der Kieler Bourgeoisie wie Kulturdezernent Otto Balzersen und dem ehemaligen Chef des kulturellen Teils der „Kieler Nachrichten", Hans H. Henseleit, wurde bei der Eröffnungsveranstaltung aus dem Leben und Werk dieses Mannes vollends eine kleinbürgerliche Tragödie gemacht. Es wurden zwei Filme gezeigt: „Ich bin kein Herr – Ernst Busch in Kiel 1900 bis 1924" und „Vergeßt es nie, wie es begann – Portrait Ernst Busch 1924-28". Die wichtigste Eigenschaft dieser Filme ist, daß sie die historische Wahrheit so verfälschen, daß das Pu-

beratende Berufe enthalten sind. Der Höchststand im ersten Bereich betrug 1967 34010 Auszubildende und sank von da an rapide auf 21016 1975. Im Handwerk dagegen sank die Zahl von 1956 29660 auf 1975 21738, wobei seit 1972 die Zahl steigt.

Häufig waren in der letzten Zeit Meldungen in der bürgerlichen Presse,

Wert legt der Obermeister der Raumausstatter-Innung auf eine verstärkte Lehrlingsausbildung, und die überbetriebliche Ausbildungsstätte soll ausgebaut werden(KN, 9.Juni 78). So haben's die Kapitalisten gern! Zweimal im Jahr wird ein Lehrling zur Ausbildung geschickt, ansonsten steht er die ganze Woche dem Kapitalisten zur Verfügung. Jugendvertretungen gibt es nicht. Zusammenschlüsse der Ju-

Großbetrieben stattfinden, sind dadurch erschwert.

Mehr Ausbildungplätze in Kleinbetrieben heißt nur, billige und willige Arbeitskräfte für die Kapitalistenklasse heranziehen, wie man in dem folgenden Interview mit einem Auszubildenden als Raumausstatter sehen kann. In der handwerklichen Produktion bleibt nachher nur ein kleiner Teil

man kann beruhigt und gestärkt von Vertrauen auf das herrschende System nach soviel revolutionärer Tragik nach Hause gehen.

Die gemeinsame Linie dieser drei Veranstaltungen ist die Propagierung einer kleinbürgerlichen Kritik am Imperialismus. Die Sozialdemokraten schüren die kleinbürgerlichen Tendenzen im Kampf gegen die Reaktion, bieten sich als Heimstätten für die wachsende Unzufriedenheit an. Sie kommen bei den Massen damit aber nicht recht an, wem ist schon heimelig bei Leuten, die z.B. in einer kritischen Ausstellung über die bürgerliche Justiz die Kritik am §88a „vergessen" und damit die weitere polizeiliche Verfolgung der revolutionären Kritik am Imperialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung insgesamt zu gewährleisten versuchen?!



Am Donnerstag, dem 29.6., führte der KBW und das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein eine Kundgebung in der Kieler Innenstadt durch gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, für den sofortigen Austritt der BRD aus der NATO, den Abzug aller Besatzungstruppen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Der Kieler Magistrat hatte diese Kundgebung genehmigen müssen, nachdem er noch im Vorjahr Kundgebungen ähnlicher Art verboten und von seinen Polizeikräften hatte angreifen lassen.

Die Kundgebung diente der Einleitung einer Propagandakampagne für diese Forderungen, die in der nächsten Zeit mit Veranstaltungen und Aktionen gegen die NATO-Herbstmanöver und die Jubiläumsfeiern der 6.Pzgren.div. fortgesetzt werden soll.

Fahrkostenerstattung für Schüler – ein geplatzter Luftballon

b.brr. Drei Wochen ist es her, da hat die Landtagsfraktion der CDU in ihren Änderungsanträgen zum Schulgesetzentwurf unüberhörbar ihren Willen zur Verbesserung der Transportkostenerstattung für Schüler verkündet, in der Hoffung, für die Schüler sei damit der Schulgesetzentwurf erledigt. Da es bei der Hoffung blieb, hat die Landesregierung jetzt den Landesrechnungshof die Abrechnungen über den Schülertransport überprüfen lassen und ist von ihm prompt zur besseren Kontrolle über die Vergabe der Gelder aufgefordert worden.

52,5 Mio. DM sollen die Gesamtkosten nach der Neuregelung betragen. Ein Drittel, d.h. ca. 17 Mio. DM zahlt das Land.

Eine erhebliche Steigerung, die durch die Zentralisierung des Schulsystems, verbunden mit unvorstellbaren Anfahrtwegen gerade für die vom Land kommenden Schüler, hervorgerufen wird. 0,9 Mio. DM waren es 1967, 10,9 Mio. DM 1977.

Um eine weitere Steigerung um 6 Mio. DM zu verhindern, soll jetzt eine genaue Überprüfung durch das Land vorgenommen werden. Die Schüler sollen in die öffentlichen Verkehrsmittel gezwungen werden und selbst zahlen. Der Landverkehr ist selten. Lange Wartezeiten sind die Regel. Zur Abwälzung der Fahrkosten auf den Lohn der Eltern kommt also eine erhebliche Ausdehnung des Schultages hinzu. Um dies zu erreichen, fordert der Landesrechnungshof ‚genauere Nachprüfungen'.

Der Kultusminister hat darauf erklärt, er werde dies beim Erlaß der neuen Regelung berücksichtigen. „Mehr Ortsnähe bei der Sachbearbeitung" hätte er auch vorgesehen.

Die ‚Verbesserung der Transportkostenerstattung' für Schüler bekommt Gestalt.

Nichts als billige Arbeitskraft – Lehrlinge in einem Kleinbetrieb

b.waa. „Die Zahl der Auszubildenden im Handwerk macht seit einigen Jahren einen leichten Aufwärtswind" (Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Februar 78). Über die Hälfte der Auszubildenden sind laut der Statistik im Handwerk beschäftigt, gegenüber dem Bereich Industrie und Handel. 1956 betrug die Anzahl der Auszubildenden in beiden Bereichen etwas über 29000, wobei im Bereich Industrie und Handel die kleinen Handelsbetriebe und wirtschafts- und steuerberatende Berufe enthalten sind. Der Höchststand im ersten Bereich betrug 1967 34010 Auszubildende und sank von da an rapide auf 21016 1975. Im Handwerk dagegen sank die Zahl von 1956 29660 auf 1975 21738, wobei seit 1972 die Zahl steigt.

Häufig waren in der letzten Zeit Meldungen in der bürgerlichen Presse, daß im Handwerk mehr Lehrlinge eingestellt werden sollen. Besonderen Wert legt der Obermeister der Raumausstatter-Innung auf eine verstärkte Lehrlingsausbildung, und die überbetriebliche Ausbildungsstätte soll ausgebaut werden(KN, 9.Juni 78). So haben's die Kapitalisten gern! Zweimal im Jahr wird ein Lehrling zur Ausbildung geschickt, ansonsten steht er die ganze Woche dem Kapitalisten zur Verfügung. Jugendvertretungen gibt es nicht, Zusammenschlüsse der Jugendlichen, wie sie z.B. beim regelmäßigen Berufsschulunterricht und in den Großbetrieben stattfinden, sind dadurch erschwert.

Mehr Ausbildungplätze in Kleinbetrieben heißt nur, billige und willige Arbeitskräfte für die Kapitalistenklasse heranziehen, wie man in dem folgenden Interview mit einem Auszubildenden als Raumausstatter sehen kann. In der handwerklichen Produktion bleibt nachher nur ein kleiner Teil als Gesellen. Der Rest wird als Handlanger in die Industrie geschickt.

b.waa. KVZ: Was lernst du, wie lang ist die Ausbildungszeit und was verdienst du dabei?

Auszubildender: Ich lerne Raumausstatter 3 Jahre lang und der ‚Verdienst' ist 190 DM im ersten Lehrjahr, 220 im zweiten und 250 DM im dritten Lehrjahr. Hinzu kommt eine Ausbildungsbeihilfe je nach Verdienst der Eltern; bei mir sind es 370 DM im Monat. In dem Betrieb, wo ich bin, ist ein Meister, 3 Lehrlinge und ein Geselle.

KVZ: Raumausstatter ist ein seltener Beruf, was macht ihr?

Auszubildender: Mein Beruf besteht aus vier Bereichen, 1. Polstei, 2. Fußböden auslegen, 3. Dekoration – Gardinen, 4. Wandbespannung, – Stoffe auf Wände bespannen. Daß der Raumausstatter ein seltener Beruf ist, ist auch schlecht, weil wir dadurch statt des wöchentlichen Unterrichts zweimal im Jahr 4 Wochen Blockunterricht in Kellinghusen haben. Ich finde, daß der Blockunterricht schlecht ist. Abgesehen vom Inhalt, den man im Betrieb nicht gebrauchen kann, sind wir 3 Lehrlinge immer einen Monat getrennt, weil jeder verschieden ‚Block' hat. Zweitens hat man mit anderen Schülern außer dem ‚Block' keinen Kontakt und bekommt auch nicht mit, was alles um einen herum geschieht. Z.B. den Kampf gegen den SGE. In den 4 Wochen bzw. 3 Wochen schreiben wir nur Arbeiten und müssen uns irgendeinen theoretischen Kram einbimsen, um anschließend dafür Noten zu erhaschen, lediglich zur ‚Selbstüberprüfung'. Außerdem hat der Block noch erhebliche finanzielle Nachteile.

KVZ: Wie läuft der Block denn so ab und was lernt ihr da?

Auszubildender: Wir haben vier Hauptfächer und noch ein paar Nebenfächer, Bürgerkunde und so was. Wir lernen z.B. wie sich Textilien zusammensetzen, wie sich Klebstoff chemisch zusammensetzt, im mathematischen Bereich müssen wir Stühle in der Perspektive zeichnen oder die Bemessung der Falten und wie man dies errechnet. In den ersten zwei Wochen werden nur Arbeiten geschrieben und zum guten Schluß bekommt man für jedes Fach je 2 Fernunterrichtsbriefe mit Aufgaben, die man zu Hause lösen muß. Das Ganze wird dann auch zensiert unter der Rubrik Hausaufgaben. Von jedem Blockunterricht bekommt man Zeugnisse (wo meist ein Vermerk drin steht ‚nur teilweise gemachte Hausaufgaben'). Man ist auch allein gar nicht in der Lage, die meist neuen Aufgaben ohne Bücher zu lösen. Wir haben nämlich nur im ‚Block' Unterrichtsbücher. Ansonsten muß man sich halt welche kaufen. Zu guter letzt muß der Chef die Zeugnisse noch unterschreiben. Meist kommt dann ‚Na ja von ihnen konnte man ja auch nicht mehr erwarten' oder er verzieht eine Miene falls doch mal ne Fünf dazwischen ist, denn das ist besonders peinlich für ihn, weil es dann auf *seinen* Betrieb zurückfällt und das ist natürlich keine besonders gute Reklame.

KVZ: Was passiert, wenn man beim ‚Block' fehlt oder nur eine Woche da ist?

Auszubildender: Dann fliegt man, bzw. man bekommt ein Internatsverweis oder Schulverweis. Somit kann man seine Lehre in den Wind schreiben.

KVZ: Wie sieht dein Alltag im Betrieb aus?

Auszubildender: Eigentlich mach ich alles, bis auf Sachen, die ich halt noch nie gemacht hab. Dann fahr ich oft mit dem einzigen Gesellen zu Kunden. Dabei bringt mir dann der Geselle einiges bei und ansonsten betätige ich mich häufig als Möbelpacker, wenn Möbel neu bezogen werden sollen, und wir sie in die Werkstatt transportieren müssen. Ohne uns Lehrlinge ist der Betrieb eigentlich aufgeschmissen und kann gar nicht existieren. Anfangs hieß es noch jeder soll *seinen* Arbeitsplatz sauber halten, das hat sich mittlerweile schon auf den ganzen Betrieb ausgedehnt. Ansonsten reißt man sich darum, Besorgungen zu machen, damit man mal raus kommt, weg von der ewigen Kontrolle allein schon wegen der begrenzten Räumlichkeiten hängt der Chef einem ewig auf der Pelle.

KVZ: Du wolltest noch was zu der finanziellen Lage sagen.

Auszubildender: Das ist so: Die Ausbildungsbeihilfe muß man jedes Jahr neu beantragen – sonst bekommt man sowieso nichts. Weiterhin mußt du ständig dem Arbeitsamt Informationen liefern, wo du dich aufhältst, wann man seinen Arbeitsplatz wechseln will, wann der Blockunterricht stattfindet usw. Für den Monat, wo man Blockunterricht hat, bekommt man lediglich die Kosten, die man sonst selbst zahlen muß – nämlich die Internatsgebühren von 171 DM zuzüglich 14 DM Fahrtkosten. Miete muß ich weiter zahlen z.B., da bin ich schlicht weg um 100 DM beschissen und weiß immer nicht, wie ich das alles zahlen soll.

KVZ: Was stinkt dir denn an deinem Betrieb?

Auszubildender: Viel. Man hat keine Rechte. Damit meine ich, daß man keine Vertretung hat, die unsere Interessen vertritt. Man kann sich zwar mit den anderen zwei Lehrlingen zusammentun aber dann? Soll man vielleicht zum Innenminister gehen und seine Sachen vorbringen? Dann nervt mich die ständige Kontrolle. Dann ist bei uns so ne Art Saisonbetrieb z.B. im Winter hauptsächlich Fußböden auslegen und so was und im Sommer mehr Jalousien anbringen usw., dann ist immer eine ganz schöne Arbeitshetze. Außerdem ärgert es mich, daß ich für die oft gleiche Arbeit wie der Geselle nur ein paar Mark bekomme.

KVZ: Weißt du schon, was du nach der Lehre machen willst?

Auszubildender: Auf keinen Fall bleib ich in diesem Laden, abgesehen daß der Meister auch froh sein wird, wenn er mich los ist. Wahrscheinlich bleibt einem nichts anderes übrig, als in so einen größeren Laden zu gehen, aber da wird man dann sicherlich nur ein Teil machen z.B. nur dekorieren oder so. Aber ob ich das mach weiß ich noch nicht.

Die Preissteigerungsrate der Bourgeoisie ist eine Lüge

Der niedrige Lohn zwingt zur Einschränkung in allen Bereichen, oft geht es nur noch über Verschuldung bei den Banken

b. brb./thg. Am 27.6 hat das Handelsblatt die Marschrichtung für die nächsten Lohnkämpfe abgesteckt: „Reallohnzuwachs nicht über 3,5%“, gleichzeitig ist das Sondergutachten der fünf Weisen herausgekommen, das auch „Lohnsenkung, Lohnsenkung“ plärrt. Schon die letzte Lohnerhöhung war ein Angriff auf die Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, teilweise ist die nicht mal ganz ausgezahlt worden, sondern mit betrieblichen Lohnerhöhungen verrechnet worden. Um diese Zahlen überhaupt nur etwas begründen zu können, streuen die Kapitalisten Lügen aus über eine angeblich nur um 2.5% ige Preissteigerungsrate. Die Tabelle über die Preissteigerungsrate bei wichtigen Grundnahrungsmitteln entlarvt schon die Lüge. Begleitet werden solche Lügen von der nächsten, uns ginge es ja so gut. Nachgewiesen wird das anhand der Anschaffung bestimmter Gegenstände, die alle als „Komfort“ ausgegeben werden. Diese Berechnung sieht sehr objektiv aus.

Mag sein, daß die Statistik auch nicht gefälscht ist, sieht man mal davon ab, daß der Bourgeois mit seinem Luxus da immer auch noch drin enthalten ist.

Sieht man sich die „komfortablen“ Gegenstände einmal näher an und vergleicht sie mit den Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie, kommt man schnell dahinter, daß es nichts mit Komfort zu tun hat, sondern damit, daß die Bourgeoisie in zunehmendem Maße die ganze Familie der kapitalistischen Lohnsklaverei unterwirft, die Arbeiterklasse zwingt, bestimmte Gegenstände anzuschaffen, um in der kurzen verbleibenden Zeit den Haushalt einigermaßen rationell abzuwickeln. Ein Senken des Lebensniveaus der ganzen Familie ist dabei herausgekommen trotz der sogenannten „komfortablen“ Sachen.



Über ein Drittel der Lohnabhängigen sind z.B. heute Frauen. Soll die Arbeiterfrau neben der Arbeit noch Kinder und Haushalt versorgen, ist sie gezwungen, Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger, Kaffeemaschine anzuschaffen. Immer erst zum Waschsalon gehen, dauert viel zu lange und ist auf die Dauer auch nicht billiger.

Hat man keine Tiefkühltruhe, kann man die Sonderangebote bei Lebensmitteln gar nicht nutzen, Vorkochen von Mahlzeiten und einfrieren, damit die Kinder sich das Essen warm machen können, wenn die Mutter arbeitet, ist ohnehin nicht drin.

Interessant sind die Zahlen für Nähmaschinen mit 68% und Fahrrädern mit 93%. Zeigen sie doch ganz offensichtlich das Sinken des Lebensniveaus. Die Fahrt zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Schule muß wieder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, weil Auto und Bus zu teuer sind; die Kleidung muß angesichts der hohen Preise wieder selbst genäht werden.

Das Auto als besonderen Komfort auszuweisen, ist auch schon frech, ist es doch die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Auseinanderreißen von Wohnung und Betrieb mit ihrer Sanierung und Abreißen von Wohnungen, die ein Erreichen des Ausbeuters ohne Auto oft unmöglich macht.

Diese für die Arbeiterfamilie insgesamt lebensnotwendigen Gegenstände, die Ausdruck der Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen sind, als Komfort auszugeben, ist schon ziemlich unverschämt.

Eingerechnet sind in diese Statistik natürlich auch nicht die Kredite und Ratenzahlungen, die dafür gemacht werden müssen. Über Jahre hinweg ist der Arbeiter den Kredithaien ausgeliefert, will er sich diese Gegenstände anschaffen. Für jedes Haushaltsgerät, jedes Möbelstück muß gespart werden, für die Heizungsjahresabrechnung Schulden gemacht werden.

Gespart werden muß am meisten an den Nahrungsmitteln, was man der Statistik entnehmen kann (uns liegt zuletzt vor die Statistik von 75/76 für das Bundesgebiet). Der Verbrauch an Lebensmitteln in kg/Einwohner und Jahr ist von 1971/72 bis 1975/76 gesunken bei Kartoffeln von 101 auf 87, Frischobst von 96,1 auf 87,8, Rindfleischkonserven 21,6 auf 21,3, Trinkmilch von 89,9 auf 84,4, Butter von 7,3 auf 6,6. Gestiegen ist dagegen der Verbrauch von Schweinefleisch von 41,4 auf 44,1 und Fisch von 3,7 auf 4,0, was daran liegt, daß auf bestimmte Einweißprodukte nicht verzichtet werden kann angesichts der harten Knochenarbeit im Betrieb.

Dem Einsparen von Nahrungsmitteln sind allerdings Grenzen gesetzt durch die Verschärfung der Profitproduktion, der Intensivierung der Arbeit.

Sie bedeutet für den Arbeiter eine beschleunigte Verausgabung von Lebenskraft und macht somit einen höheren Verbrauch von Lebensmitteln zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig. Allein die Schichtarbeit führt zu einem viel höheren Verbrauch an Lebensmitteln, die nur während der Arbeitszeit verzehrt werden müssen.

Bei Hellermann in Pinneberg werden drei Schichten gefahren. Das bedeutet für die Arbeiterinnen Wechselschicht für Lohngruppe 3a, also fur 1483. DM brutto. Während der Frühschicht von 6.00-14.00 Uhr frühstükken die Arbeiterinnen ein zweitesmal im Betrieb. In der Kantine kosten zwei halbe Brötchen 0,80 DM und eine Tasse Kaffee 0,40 DM. Mittags nehmen sie das billigste Folienessen zu sich, was die ganze Woche über aus Eintopfähnlichem besteht und 5,75 DM kostet. Abends wird nochmal mit den Familien warm gegessen.

In der Spätschicht, die von 14.00-22.00 Uhr geht, essen alle abends nochmal warm. Ein Würstchen, das man sich selber warm machen muß, kostet 1,10 DM in der Kantine. In der Nachtschicht von 22.00-6.00 Uhr werden Brote gegessen und sehr viel Kaffee getrunken.

Die Kolleginnen brauchen im Betrieb wöchentlich extra für Essen, Trinken und Zigaretten mindestens 30 DM, hier ist kein Einschränken mehr möglich. Ist an der Lebensmittelmenge nichts mehr abzuknapsen, geht es an die Qualität. Neue Äpfel kosten das Pfund 1,60 DM, die alte Ernste kostet das Pfund 0.95 DM. Und ist am Essen nicht mehr viel zu sparen, muß sich die Arbeiterklasse in anderen Lebensbereichen einschränken, so z.B. bei der Unterbringung der Kinder im Kindergarten.

Im Ellerauer Kindergarten wurden Anfang 77 die Gebühren um 30 DM für einen Ganztagsplatz erhöht, bei gleichzeitiger Personaleinsparung; die Kirche machte aus zwei Ganztagskräften einfach zwei Halbtagskräfte. Von 100 Kindern wurden seit dem letzten Herbst neun Kinder wegen Arbeitslosigkeit der Mütter und fünf Kinder wegen der hohen Gebühren abgemeldet.

Die Kinder müssen sich nun selbst versorgen oder werden von älteren Geschwistern beaufsichtigt. Eine 5%-ige Gebührenerhöhung für den Herbst ist schon wieder im Gespräch.

Das nächste, woran gespart werden muß, ist der Urlaub. Ein Metallarbeiter in Quickborn mit Frau und zwei Kindern bekommt an Urlaubsgeld gerade 50% vom Lohn, im Schnitt des letzten 1/4 Jahres 900 DM netto. Das Ferienhaus allein kostet schon 1000 DM, dann kommen Benzin, Lebensmittel und andere Urlaubssachen noch hinzu. 600 Überstunden waren nötig, um diesen Urlaub überhaupt finanzieren zu können. Und für viele Familien ist bereits der ganze Urlaub unerschwinglich geworden.

Eine Arbeiterin im Kieler Städtischen Krankenhaus hat für acht Personen, fünf Kinder, Mann und Onkel, ein eigenes Haus. Der ganze Lohn der Frau geht für die Kreditrückzahlung drauf. Urlaub ist da nicht mehr drin. Seit 17 Jahren hat die Frau keinen Urlaub mehr gemacht.

Der weiteren Ausplünderung auf dem Warenmarkt und durch Gebühren kann die Arbeiterklasse nur mit dem Lohnkampf entgegentreten, will sie nicht weiter in die absolute Verelendung gedrängt werden. Von „Kontrolle der Preisgestaltung“ und „Preisstop“ sprechen Reformisten und Revisionisten. Das ist pure Augenwischerei. Der bürgerliche Staat als Instrument der Kapitalistenklasse „gestaltet“ und „stoppt“ die Preise und die Kapitalisten verschlechtern eifrig die Warenqualität.

Nicht das Wetter ist schuld an Mißernten

b.hee. Fast jährlich wird einem Teil der Bauern durch plötzlich einsetzenden Regen die Heuernte ganz oder teilweise verdorben. Gerade in diesen Tagen kann man häufig Felder sehen, auf denen das Heu lose oder in Ballen gepreßt liegt und völlig durchgeregnet ist. Mit jedem Tag, den das Heu länger dem Regen ausgesetzt ist, verliert es an Futterwert. Besonders für die Milchviehhaltung ist das Heu eine wichtige Futtergrundlage. Eine Kuh, die 15 Liter Milch gibt, braucht, um diese Leistung zu erbringen, täglich zwischen 1200 und 1300 Gramm verdauliches Einweiß.

Hat der Bauer genügend Heu geerntet, um jeder Kuh im Winter täglich 8 kg Heu geben zu können, so hat er damit schon 560 Gramm verdauliches Einweiß je Tier abgedeckt. Den Rest bekommt die Kuh über andere Futtermittel. Durch den Regen verliert das Heu bis zu 10 % täglich an Futterwert, weil das Eiweiß abgebaut wird. Liegt das Heu wie jetzt fast schon 14 Tage im Regen, kann sich jeder ausrechnen, wieviel es an Wert für die Fütterung hat, auch wenn der Bauer es jetzt noch trocken einfahren kann. Das Heu wird zwar wegen des für die Kühe wichtigen Rohfaseranteils trotzdem noch verfüttert.

Als Grundlage für Milchleistung kann es aber nicht mehr betrachtet werden. Der Bauer ist also gezwungen, das notwendige Einweiß über andere Futtermittel zu ersetzen. Angenommen, er entscheidet sich für Sojaschrot, dann muß er davon 1,5 kg/Tier und Tag verfüttern, das macht den Winter über 300 kg. Bei dem gegenwärtigen Sojapreis von etwa 52 DM/dz muß er wegen der verlorenen Heuernte also 156 DM/Kuh zuschießen. Bei 30 Kühen gehen ihm so fast 5000 DM verloren!

Die Maschinen, um das Heu in kürzester Zeit mit guter Qualität zu ernten, gibt es schon lange. Nur können sie von den kleinen und mittelgroßen Bauern in der Regel nicht bezahlt werden. Außerdem sind ihre Felder oft klein und zerstückelt, so daß ein schlagkräftiger Ernteeinsatz schwer möglich ist. Der Fortschritt der Technik ist in diesem System einigen großen Bauern vorbehalten.

Schuld an den schlechteren Erträgen der Kleinbauern ist nicht das Wetter. Schuld daran ist einzig die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die für die Entwicklung der Produktivkräfte ein Klotz am Bein ist.

Hurenböcke, mit Diäten geschmiert



Tabelle: Preissteigerungsrate
Lebensmittel 1978 (Angaben in DM) 1975 (Angaben in DM) Steigerung in % 1970 (Angaben in DM)
da immer auch noch drin enthalten ist. gen sind z.B. heute Frauen. Soll die
Hurenböcke, mit Diäten geschmiert



Aus der Debatte des schleswig-holsteinischen Landtages am 11.5.78 – Thema: Ladenschlußgesetz (Wortprotokoll):

„Hamer (SPD): Um 18.00Uhr ist Schluß! – Latendorf (CDU): Das trifft in der Regel zu; wir gehen nachts nur ausnahmsweise unserer Tätigkeit nach! – Weitere Zurufe –
Clausen (Sozialminister): Das, was man dann noch braucht, bekommt man nicht unbedingt in den Läden, sondern in anderen Einrichtungen.
– Schuhmacher (FDP): Was brauchen sie denn dann noch? –Claussen (Sozialminister): Bier, Herr Kollege, nicht, was Sie dachten!“

Die Zeitung „Die Welt“ meldete am 12.5.78: Die schleswig-holsteinischen Landtagsparlamentarier sollen bald Teilzeit-Abgeordnete sein: „Zwei Tage Lehrer und drei Tage Abgeordneter“. Statt bisher 2130 DM Grunddiäten sollen sie künftig 4500 DM und statt einer steuerfreien Unkostenpauschale von 1000 DM nun 1800 DM erhalten.

Karl Marx hat die Finanzbourgeoisie und ihren geschmierten Anhang von Advokaten, Pfaffen, Politikern etc. einmal so charakterisiert: „Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Spitzen der Gesellschaft.“

von Wohnung und Betrieb mit ihrer Sanierung und Abreißen von Wohnungen, die ein Erreichen des Ausbeuters ohne Auto oft unmöglich macht.
Diese für die Arbeiterfamilie insgesamt lebensnotwendigen Gegenstände, die Ausdruck der Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen sind, als Komfort auszugeben, ist schon ziemlich unverschämt.
Eingerechnet sind in diese Statistik natürlich auch nicht die Kredite und Ratenzahlungen, die dafür gemacht werden müssen. Über Jahre hinweg ist der Arbeiter den Kredithaien ausgeliefert, will er sich diese Gegenstände anschaffen. Für jedes Haushaltsgerät, jedes Möbelstück muß gespart werden, für die Heizungsjahresabrechnung Schulden gemacht werden.
Gespart werden muß am meisten an den Nahrungsmitteln, was man der Statistik entnehmen kann (uns liegt zuletzt vor die Statistik von 75/76 für das Bundesgebiet). Der Verbrauch an Lebensmitteln in kg/Einwohner und Jahr ist von 1971/72 bis 1975/76 gesunken bei Kartoffeln von 101 auf 87, Fri-
Die Kolleginnen brauchen im Betrieb wöchentlich extra für Essen, Trinken und Zigaretten mindestens 30 DM, hier ist kein Einschränken mehr möglich. Ist an der Lebensmittelmenge nichts mehr abzuknapsen, geht es an die Qualität. Neue Äpfel kosten das Pfund 1,60 DM, die alte Ernste kostet das Pfund 0.95 DM. Und ist am Essen nicht mehr viel zu sparen, muß sich die Arbeiterklasse in anderen Lebensbereichen einschränken, so z.B. bei der Unterbringung der Kinder im Kindergarten.
Im Ellerauer Kindergarten wurden Anfang 77 die Gebühren um 30 DM für einen Ganztagsplatz erhöht, bei gleichzeitiger Personaleinsparung; die Kirche machte aus zwei Ganztagskräften einfach zwei Halbtagskräfte. Von 100 Kindern wurden seit dem letzten Herbst neun Kinder wegen Arbeitslosigkeit der Mütter und fünf Kinder wegen der hohen Gebühren abgemeldet.
Die Kinder müssen sich nun selbst versorgen oder werden von älteren Geschwistern beaufsichtigt. Eine 5%-ige
für Sojaschrot, dann muß er davon 1,5 kg/Tier und Tag verfüttern, das macht den Winter über 300 kg. Bei dem gegenwärtigen Sojapreis von etwa 52 DM/dz muß er wegen der verlorenen Heuernte also 156 DM/Kuh zuschießen. Bei 30 Kühen gehen ihm so fast 5000 DM verloren!
Die Maschinen, um das Heu in kürzester Zeit mit guter Qualität zu ernten, gibt es schon lange. Nur können sie von den kleinen und mittelgroßen Bauern in der Regel nicht bezahlt werden. Außerdem sind ihre Felder oft klein und zerstückelt, so daß ein schlagkräftiger Ernteeinsatz schwer möglich ist. Der Fortschritt der Technik ist in diesem System einigen großen Bauern vorbehalten.
Schuld an den schlechteren Erträgen der Kleinbauern ist nicht das Wetter. Schuld daran ist einzig die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die für die Entwicklung der Produktivkräfte ein Klotz am Bein ist.

Tabelle: Preissteigerungsrate

Lebensmittel	1978 (Angaben in DM)	1975 (Angaben in DM)	Steigerung in %	1970 (Angaben in DM)
Schweinekotelett o.Filet 1 kg	12,80	10,64	20%	8,66
Kabeljau o.Kopf 1 kg	6,40	5,84	9%	2,91
1 Suppenhuhn gefr. 1 kg	3,34	keine Ang.	k. Ang.	3,78
Deutsche Eier, Güteklasse A, 10 Stück	2,50	2,14	16%	1,90
1l Vollmilch, Plastiktüte	0,98	0,94	4%	0,67
Ortsübliches Roggenbrot 1 kg	2,80	1,98	48%	1,27
Weißkohl 1 kg, Hdlskl. II	1,18	0,64	84%	0,56
Inländ. Tafeläpfel 1 kg	3,78	1,08	80%	0,70
Bohnenkaffee, geröstet, mittl. Qualität, 250g.	6,75	4,26	34%	4,30
Weißwein, einfach, 0,7l	3,95	3,11	27%	2,65
1 Waschmaschine, vollaut. für 4 – 5kg Trockenwäsche	698,00	826,66	-15%	740,68
1 Schlafzimmer komplett furniert bzw. kunstst.besch.	1700 bis 2000	1583,66	9%	

Quelle: Zahlen von 1978 stammen von Hertie-Kiel vom 29.6.78, die anderen Zahlen aus dem „Statistischen Taschenbuch für Schleswig-Holstein“ von 1977.

„Jetzt wollen wir uns mal nicht benehmen, als wären wir in der Gartenlaube.“ (Norbert Blüm)

z.anb. Seit der Vorlage des 21. Rentenanpassungsgesetzes haben die Sozialausschüsse der CDU vehement gegen die Bundesregierung für die „Erhaltung der Bruttolohnbezogenheit“ der Renten gewettert. Ihr Vorsitzender Dr. Norbert Blüm, der hemdsärmelig dreinschauende Werkzeugmacher mit Hochschulstudium, wird allerdings inzwischen weniger oft in die Schlacht geworfen. Sein Parteikollege Heinrich Geißler ist bei den Debatten im Bundestag und in der Öffentlichkeit eher geeignet, dem großmäulig offensiven Biedenkopf Paroli zu bieten und einen Eindruck von der „Volkspartei“ CDU zu hinterlassen, in der „die unterschiedlichsten Auffassungen“ beheimatet sind. Der von der Bourgeoisie gehätschelte „Gegensatz“ zwischen der CDU-Mehrheit und ihrer „Gewerkschaftsfraktion“ in den Sozialausschüssen ist ein abgefeimter Plan zur Durchsetzung der Expansion und Kriegsvorbereitung der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Schließlich stehen einige Wahlbetrügereien an, die es zu organisieren gilt, und die Gesetzesmaßnahmen der politischen Reaktion der Bourgeoisie sind noch stets in der letzten Zeit aus dem „Streit“ der bürgerlichen Parteien verschärft hervorgegangen. Blüm soll den Zunder, den die CDU der Koalition von SPD und FDP dabei gibt, mit frischem Sauerstoff anreichern, indem er, wie die Sozialausschüsse insgesamt, sich „abgrenzt“ von Leuten wie Biedenkopf, der erklärt, daß der „Wohlfahrtsstaat“ an seine Grenzen gelangt sei, kein „Selbstbedienungsladen“ sei, daß es „abwegig ist, vom einzelnen Unternehmer eine Sozialpflichtigkeit seines Handelns zu verlangen“.

Blüm dagegen ereifert sich für die „Einheitsgewerkschaft“ und stützt sich dabei auf die Unterdrückungsmaßnahmen der Sozialdemokratie gegen die Gewerkschaftspolitik auf dem Boden des Klassenkampfes und auf die zunehmende Ablehnung in der Arbeiterklasse gegenüber den bürgerlichen Führern ihrer elementaren Organisation. Offen kann sich keine Fraktion der bürgerlichen Klasse erlauben, gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen, es müssen demagogische Mittel eingesetzt werden.

„Die Sozialausschüsse halten es für eine wichtige Aufgabe, den Forderungen der Gewerkschaften in der CDU Gehör zu verschaffen und umgekehrt dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften unverzerrt und unverstellt das, was die CDU will, zur Kenntnis nehmen. Aber ich gebe zu, daß das mehr eine

gerlichen Parteien verschärft hervorgegangen. Blüm soll den Zunder, den die CDU der Koalition von SPD und FDP dabei gibt, mit frischem Sauerstoff anreichern, indem er, wie die Sozialausschüsse insgesamt, sich „abgrenzt“ von Leuten wie Biedenkopf, der erklärt, daß der „Wohlfahrtsstaat“ an seine Grenzen gelangt sei, kein „Selbstbedienungsladen“ sei, daß es „abwegig ist, vom einzelnen Unternehmer eine Sozialpflichtigkeit seines Handelns zu verlangen“.

Blüm dagegen ereifert sich für die „Einheitsgewerkschaft“ und stützt sich dabei auf die Unterdrückungsmaßnahmen der Sozialdemokratie gegen die Gewerkschaftspolitik auf dem Boden des Klassenkampfes und auf die zunehmende Ablehnung in der Arbeiterklasse gegenüber den bürgerlichen Führern ihrer elementaren Organisation. Offen kann sich keine Fraktion der bürgerlichen Klasse erlauben, gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen, es müssen demagogische Mittel eingesetzt werden.

„Die Sozialausschüsse halten es für eine wichtige Aufgabe, den Forderungen der Gewerkschaften in der CDU Gehör zu verschaffen und umgekehrt dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften unverzerrt und unverstellt das, was die CDU will, zur Kenntnis nehmen. Aber ich gebe zu, daß das mehr eine

Transportarbeiteraufgabe ist, bei der man leicht zwischen die Stühle gerät, weil man sich nie an einer Stelle niederläßt. Vielleicht ist das aber auch ein Schutz gegen Verfilzungen ...“, sagt er und liebäugelt mit den Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung.

„Eine Gewerkschaft, die sich als Fortsetzung der Regierung mit anderen Mitteln darstellt, ist überflüssig. Niemand verlangt, daß die Gewerkschaften ihre SPD-Fixierung gegen eine CDU-Fixierung austauschen; die Hoffnung wäre, wie ich zugebe, vergebens ...“, und Blüms Bescheidenheit ist nichts anderes als Verhöhnung des Klassenkampfes und der selbständigen Politik der Arbeiterklasse.

Das macht auch den Kern seiner Sorte Demagogie aus. Mit der Entdeckung der „neuen sozialen Frage“ war die CDU im letzten Bundestagswahlkampf zum Angriff auf die Arbeiterklasse angetreten; die Erscheinungen der kapitalistischen Krise, der zunehmenden Verelendung als Wirkung der Schweißauspressung und Ausplünderung – all diese Verhüllungen des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses wurden in Widersprüche zwischen den verschiedenen Angehörigen der besitzlosen Klassen verwandelt. Am Entwurf für das neue „Grundsatzprogramm“ der CDU von 1976 hat Blüm als Mitglied der Programmkommission mitgearbeitet. Dort steht:

„Es gibt Mißstände und Not in neuer Form. Neue Gruppen von Benachteiligten sind entstanden. Die Keimzellen neuer sozialer Konflikte werden sichtbar. Sie begegnen uns zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Berufstätigen und Nichterwerbstätigen, Ausgebildeten und Hilfsarbeitern, also zwischen Starken und Schwachen.“ Die Spaltung der Arbeiterklasse, die auf der Grundlage des Lohnsystems von den Kapitalisten betrieben wird einzig zu dem Zweck, ihren Zusammenschluß und damit die Einschränkung der Konkurrenz als der Verkehrsform der Bourgeoisie zu erschweren und den einzelnen Arbeiter um so wirkungsvoller dem Kommando des Kapitals zu unterwerfen, diese Spaltung lastet um so schwerer auf der Arbeiterklasse, wie es den Kapitalisten gelingt, Teile der Proletarier in das nackte Elend zu drücken, sie als „überzählige“ Arbeitskraft in die Reservearmee der kapitalistischen Produktion zu verwandeln. Blüm leugnet die Tatsache der Verelendung nicht. Mehr noch, er konstatiert ihr *Anwachsen*, die „Existenz von Not in dieser Wohlstandsgesellschaft“. Womit man beim springenden Punkt angelangt ist, denn der „Wohlstand“, der zweifellos existiere, sei ja Ergebnis der Arbeit der Gewerkschaft im letzten Jahrhundert.

„Die Gewerkschaften sind das Kind des kapitalistischen Zeitalters. Ohne das Elend des Proletariats wäre die kollektive Notwehr nicht notwendig geworden ... Seit dem 19. Jahrhundert ist Sozialpolitik bei uns überwiegend mit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit beschäftigt. Dadurch hat sich die Lage der Arbeitnehmer entscheidend verbessert.“ Nur: „Die

der Grundlage des Lohnsystems von den Kapitalisten betrieben wird einzig zu dem Zweck, ihren Zusammenschluß und damit die Einschränkung der Konkurrenz als der Verkehrsform der Bourgeoisie zu erschweren und den einzelnen Arbeiter um so wirkungsvoller dem Kommando des Kapitals zu unterwerfen, diese Spaltung lastet um so schwerer auf der Arbeiterklasse, wie es den Kapitalisten gelingt, Teile der Proletarier in das nackte Elend zu drücken, sie als „überzählige“ Arbeitskraft in die Reservearmee der kapitalistischen Produktion zu verwandeln. Blüm leugnet die Tatsache der Verelendung nicht. Mehr noch, er konstatiert ihr *Anwachsen*, die „Existenz von Not in dieser Wohlstandsgesellschaft“. Womit man beim springenden Punkt angelangt ist, denn der „Wohlstand“, der zweifellos existiere, sei ja Ergebnis der Arbeit der Gewerkschaft im letzten Jahrhundert.

„Die Gewerkschaften sind das Kind des kapitalistischen Zeitalters. Ohne das Elend des Proletariats wäre die kollektive Notwehr nicht notwendig geworden ... Seit dem 19. Jahrhundert ist Sozialpolitik bei uns überwiegend mit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit beschäftigt. Dadurch hat sich die Lage der Arbeitnehmer entscheidend verbessert.“ Nur: „Die

Konzentration der Sozialpolitik auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit verdeckt häufig die Belange von *besonders Bedürftigen* in unserer Gesellschaft.“

Zum Grundwiderspruch wird hier die Spaltung der Arbeiterklasse in solche, die Arbeit haben, und solche, die von den Kapitalisten überzählig gemacht worden sind, in junge profitlich ausbeutbare Arbeitskräfte und alte durch die Ausbeutung verschlissene, und daher nur noch „kostende“. Es entspricht der demagogischen „Sicherung des Generationenvertrages“, wenn die unverschämten Rentenkürzungen Ehrenbergs dem Lohnkampf der Arbeiter in die Schuhe geschoben werden, die in ihrer unüberlegten Fixierung auf den überholten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit den Wert ihrer Arbeitskraft verteidigen. Die Folge sei nämlich, daß der „Sozialstaat“ fehlinterpretiert wird. Und so sieht diese Fehlinterpretation aus (aus dem Entwurf für das Grundsatzprogramm der CDU von 1976): „Die Gesellschaft orientiert sich an hergebrachten Maßstäben. Nach diesen neigt sie zu beurteilen, was sozial ist. Soziale Besitzstände, einst im Zeichen des Fortschritts errungen, müssen aber einer laufenden Überprüfung standhalten, ob sie auch unter den heutigen Bedingungen geboten sind. Gruppen, Verbände und auch Parteien müssen sich fragen lassen, ob ihre sozialen Ziele auch heute noch die frühere Vordringlichkeit besitzen ... Wer die Verpflichtung des Grundgesetzes zum Sozialstaat ernst nimmt, muß hier ansetzen.“



Folglich widerspricht es dem Grundsatz des Sozialstaates, wenn sich die Arbeiterklasse auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit „konzentriert“. Mitten in den harten Tarifkämpfen dieses Jahres gibt Blüm in schnoddrigem Ton dem „Spiegel“ ein Interview über „Renten, Gewerkschaften und Tarifpolitik“. Der Repor-

here Vordringlichkeit besitzen ... Wer die Verpflichtung des Grundgesetzes zum Sozialstaat ernst nimmt, muß hier ansetzen.“

Folglich widerspricht es dem Grundsatz des Sozialstaates, wenn sich die Arbeiterklasse auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit „konzentriert“. Mitten in den harten Tarifkämpfen dieses Jahres gibt Blüm in schnoddrigem Ton dem „Spiegel“ ein Interview über „Renten, Gewerkschaften und Tarifpolitik“. Der Repor-

"KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS HABEN SICH IN SCHÜTZENGRÄBEN EINGEGRABEN ... DIE WISSEN ES NUR NOCH NICHT. ALTE LIEBLINGSIDEEN DER CHRISTLICHEN SOZIALBEWEGUNG, DIE LANGE ZEIT ALS IDYLLE GALTEN, SIND PLÖTZLICH WIEDER GEFRAGT."
Geborgenheit in der Familie
Sicherheit durch Eigentum
Rücksicht auf Mensch und Natur
Haushalten mit knappen Mitteln
KAPITAL + ARBEIT

ter spielt ihm den Ball zu, indem er den beliebten „Gegensatz“ zwischen dem „Sozialausschüßler“ Blüm und dem „Strategen“ Biedenkopf konstruiert, der offen von einer notwendigen „Tendenzwende in der Tarifpolitik“ spreche, was ja wohl den „Arbeitnehmern nicht imponieren könne“. „Sie sind offenbar sehr um den Familienfrieden in den Sozialausschüssen besorgt“, raunzt Blüm aufgeräumt dazwischen, „Tarifautonomie bedeutet auch, daß die Sozialpartner ihre Abschlüsse, die sie in eigener Verantwortung treffen, *vor der Allgemeinheit rechtfertigen* müssen. Insofern bin ich auch für eine Diskussion über Lohnpolitik.“ Und nun verfolgen wir den beispiellosen Gedankengang eines christlichen Bourgeois, der es versteht, die Notwendigkeit der Senkung des Lohns *und* der Senkung der Renten als „neue tarifpolitische Spielräume“ zu fordern.

„Wenn die Arbeitnehmer sich an der Lohnfront zurückhalten sollen, damit Investitionen möglich werden, dann müssen die Arbeitnehmer, das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, an den Investitionen, die durch ihre Arbeit und durch ihre Lohnzurückhaltung ermöglicht werden, beteiligt werden“ – was der naive Herr Journalist so versteht, daß Blüm einen zentralen Fonds will, in den die Kapitalisten die Lohnbestandteile, um die sich die Arbeiter „zurückhalten“, einzahlen und schließlich – vielleicht einmal im Jahr – auszahlen. Damit dann alle gleich viel bekommen, müßte dieser Fonds überbetrieblich sein. Gegen „überbetrieblich“ hat Blüm nichts, gegen das Auszahlen schon eher:

„Ich wäre nur gegen einen *zentralen* Fonds oder gegen einen Fonds, der *per Zwang* die Arbeitnehmeranteile aufnimmt.“ Was der arbeitnehmerfreundliche Christenmensch meint, ist: Die Arbeiter verzichten auf Lohnerhöhung, die Kapitalisten sacken einen Extraprofit ein, der ihnen die Vorantreibung der kapitalistischen Rationalisierung schmackhaft macht, und die

betrieblich sein. Gegen „überbetrieblich“ hat Blüm nichts, gegen das Auszahlen schon eher:

„Ich wäre nur gegen einen *zentralen* Fonds oder gegen einen Fonds, der *per Zwang* die Arbeitnehmeranteile aufnimmt.“ Was der arbeitnehmerfreundliche Christenmensch meint, ist: Die Arbeiter verzichten auf Lohnerhöhung, die Kapitalisten sacken einen Extraprofit ein, der ihnen die Vorantreibung der kapitalistischen Rationalisierung schmackhaft macht, und die

„Beteiligung“ der Arbeiter am Vermögen besteht dann darin, daß die Arbeiter Anteilscheine erhalten, mit denen sie ihren eigenen Rausschmiß gekauft haben. Empört ist er, als der Journalist bemerkt, daß es schwer sein dürfte, die Arbeiterklasse mit der „Vermögensbildung als Lohnersatz“ zu ködern. „Schon Ersatz ist falsch. Das klingt so nach Kaffee-Satz“, bemerkt er. Es ist der Bodensatz der bürgerlichen Demagogie, der ausgefällt wird, wenn der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit „nicht mehr vorrangig“ ist. „Aktuell muß man die Gewerkschaften an die Tatsache erinnern, daß die Höhe des Lohnes auch über die Stärke des Rationalisierungsdrucks entscheidet“, und schon ist er sich mit Ehrenberg und seinen Arbeitswissenschaftlern vom Ifo-Institut einig.

Und um das Faß voll zu machen, vertritt er noch offen die Verschärfung der Spaltung durch das Lohnsystem: „Unter *normalen* Umständen bin ich schon dafür, daß wir eine Lohnpolitik betreiben, die die Schere nicht weiter öffnet. Jetzt aber müssen wir da eine Atompause einlegen.“

Die Lösung für die Rentensanierung ist entsprechend christlich. Blüm wirft sich in die Brust und betont die unbestreitbare Tatsache, daß die Steuerausplünderung so langsam ihre Grenzen erreicht hat. „Wir können nicht weiter an der Abgabenschraube drehen ... Bald sind wir an dem Punkt angekommen, wo es für den Arbeitnehmer billiger ist, er läßt sich die Steuern auszahlen und gibt sein Gehalt ab.“ Abgesehen davon, daß solcherlei offene Worte für die Arbeiterklasse alles andere als einen intelligenten Kalauer bedeuten, ist es Blüm bitterernst. Er ist gar nicht entfernt von Ehrenbergs ausgleichender Gerechtigkeit, im Gegenteil. „Wir beginnen damit, daß der Krankenversicherungsbeitrag nicht nur von den Alterseinkommen aus der Rentenversicherung erhoben wird, sondern von allen Alterseinkommen, die Lohnersatzfunktion haben.“

Das in den letzten Tagen unüberhörbar angestimmte Geschrei der Kapitalisten über die „zunehmenden Belastungen“ der Betriebsrentenkassen ist also mehr als ein Zufall. Das für die Finanzbourgeoisie mitreißende Konzept der „Sockelrente“ zeichnet seine Konturen mit unmißverständlicher Deutlichkeit ab: der große Fischzug ausgleichender Gerechtigkeit, die „Verrechnung“ von Sozialrente, Betriebsrente und Altersversorgung im öffentlichen Dienst auf ein allgemeines Niveau, einen Sockel zusammengekürzt; das, was der Rentner braucht, will er nicht verhungern, muß er in den Jahren der Ausbeutung durch eine „Privatversicherung“ zusätzlich vom Lohn vorschießen, was den Vorteil hat, daß das nicht die *staatliche* „Abgabenschraube weiter andreht“, sondern seine Privatangelegenheit ist.

Wer sich wundern sollte, wie der Sozialausschüßler Blüm zu diesen Expertisen fähig ist, wo er doch Germanistik, Theologie und Philosophie studiert hat und nicht etwa Ökonomie, der höre ihn:

„Wir können weder das Problem der Arbeitslosigkeit noch das der Lohnge-

Krankenversicherungsbeitrag nicht nur von den Alterseinkommen aus der Rentenversicherung erhoben wird, sondern von allen Alterseinkommen, die Lohnersatzfunktion haben.“

Das in den letzten Tagen unüberhörbar angestimmte Geschrei der Kapitalisten über die „zunehmenden Belastungen“ der Betriebsrentenkassen ist also mehr als ein Zufall. Das für die Finanzbourgeoisie mitreißende Konzept der „Sockelrente“ zeichnet seine Konturen mit unmißverständlicher Deutlichkeit ab: der große Fischzug ausgleichender Gerechtigkeit, die „Verrechnung“ von Sozialrente, Betriebsrente und Altersversorgung im öffentlichen Dienst auf ein allgemeines Niveau, einen Sockel zusammengekürzt; das, was der Rentner braucht, will er nicht verhungern, muß er in den Jahren der Ausbeutung durch eine „Privatversicherung“ zusätzlich vom Lohn vorschießen, was den Vorteil hat, daß das nicht die *staatliche* „Abgabenschraube weiter andreht“, sondern seine Privatangelegenheit ist.

Wer sich wundern sollte, wie der Sozialausschüßler Blüm zu diesen Expertisen fähig ist, wo er doch Germanistik, Theologie und Philosophie studiert hat und nicht etwa Ökonomie, der höre ihn:

„Wir können weder das Problem der Arbeitslosigkeit noch das der Lohnge-

rechtigkeit noch das der Alterssicherung mit den alten kapitalistischen Wachstumsideen oder sozialistischen Modellen lösen. Die Lösungen am Ausgang des 20. Jahrhunderts sind, wie ich glaube, nicht bei den Großideologen des 19. Jahrhunderts zu finden“, sondern bei den Großideologen der Finanzbourgeoisie des 20. Jahrhunderts wie Dr. Norbert Blüm.

„Ich vertraue der Mathematik einer Partei, die die absolute Mehrheit erringen will“, sagt er, und dafür muß man einiges liefern, was diese Mathematik in klingende Münze umsetzt. Geld stinkt nicht, und Norbert Blüm benutzt ein Deodorant.

Kommunistische Volkszeitung